

Enteignet Springer! — Zu spät!

Arbeiterkampf

Jg. 15, Nr. 262, 23. 9. 85 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM Förderpreis DM 5,- C 21734 E

Viel Lärm um Nichts ?

Streit um das Bülow-Papier

Mein Gott, was soll aus Deutschland werden? Seit der Panne von Stalingrad wurde keine vergleichbare Gefahr für das Überleben der Nation mehr registriert wie jene, die aus einem Papier des SPD-Politikers von Bülow zu entstehen scheint. Passieren soll nämlich nach dem Willen von Bülows folgendes: Die Bundesrepublik soll durch Reduzierung der Bundeswehr und Abzug unserer amerikanischen Freunde wehrlos gemacht werden. Dann wäre Berlin nur noch ein Spielball des Ostens. Die Russen würden uns Verträge zu ihren Gunsten diktieren. Die Deutschmark, heute die härteste Währung der Welt, wäre plötzlich nicht mehr gefragt und würde in den Keller abstürzen. Die Kurse unserer Aktien ebenso. Millionen Arbeitsplätze wären gefährdet, weil in einem wehrlosen, vom Osten abhängigen Land kein Kapitalist mehr einen müden Dollar investieren würde.

Dieses Szenario hat sich kein linksradikaler Satiriker ausgedacht. Es findet sich in der BILD vom 10.9. unter der Schlagzeile: *,,Der SPD-Plan. Was aus Deutschland wird, wenn die Amis abziehen''.* Autoren dieses Gruselmärchens für Millionen mündige Leser sind Volker Rühe (Außenpolitischer Experte der CDU) und Dr. Diether Stolze (Wirtschaftspolitischer Berater der Regierung). ,,Solche Idioten regieren uns'', wie in APO-Zeiten zutreffend formuliert wurde. In der BILD können sie hemmungslos die Sau rauslassen. Aber auch das, was von Sprechern der CDU/CSU in seriöseren Umgebungen, z.B. im Bundestag, zum Bülow-Papier ausgesagt wurde, bewegte sich hart an der Grenze zwischen kalkulierter Demagogie und unkontrollierter Dummheit: Das Bülow-Papier sei ,,bedenklich für die Sicherheit der Bundesrepublik und für ihr Ansehen in Ost und West''. Die ,,Sicherheitspartnerschaft'' mit den USA werde dadurch beendet. (Dregger) Die SPD begebe sich auf Irrwege, an denen die NATO zerbrechen könne. Wer nicht sehen wolle, daß die einzige Gefahr für Europa aus dem Osten komme, der untergrabe die Sicherheitspolitik des Westens. (Wörner)

Der Bundestagswahlkampf 1987 hat begonnen. Indessen könnte sich die Lächerlichkeit der kollektiven Aufregung über das Bülow-Papier schon an der schlichten Tatsache entlarven, daß darin kaum etwas steht, was nicht schon in Bülows früheren *,,Gedanken zur Weiterentwicklung der Verteidigungsstrategien in West und Ost''* lesen war. Und die wurden bereits im März 1984 publiziert, beispielsweise in der ,,Frankfurter Rundschau''. Im Wesentlichen entsprechen von Bülows Darlegungen den Beschlüssen des SPD-Parteitags vom Mai 1984. Aber in einem Land, in dem es keine ernsthafte öffentliche Debatte über die Militärpolitik gibt und in dem die BILD den Geisteszustand von Millionen reflektiert, spielen solche Tatsachen keine allzu effektive Rolle.

Was sind die Thesen von Bülow's? Knapp zusammengefaßt ungefähr dies: Die Lage in Europa sei politisch und militärisch unbefriedigend. Das Verhältnis der beiden Supermächte sei, obwohl eigentlich keine Seite einen Krieg wolle, gespannt und von Mißtrauen gekennzeichnet. Europa sei nach wie vor geteilt und überfüllt mit Kriegsmitteln, einschließlich Atomwaffen und übergroßen Präsenzheeren. Indessen sei ein Krieg mit Atomwaffen überhaupt nicht denkbar, da die Folge allgemeine Vernichtung wäre. Ein militärisches Austragen des Ost-West-Konflikts scheide somit aus. Ost und West müßten sich auf friedlichen Wettbewerb einstellen. Deshalb sei es notwendig und logisch, die Elemente der militärischen und politischen Konfrontation abzubauen. Dies sei nötig auch wegen der Gefahr des Übergreifens außereuropäischer Krisenherde auf unsere Region. Die geltenden militärischen Strategien in Ost und West seien diesem Ziel nicht mehr angemessen. Denn die aktuellen Strukturen beider Pakte seien — obwohl, wie gesagt, niemand einen Krieg führen wolle — zum Überraschungsschlag gegen den Gegner geeignet, wirkten somit provozierend. Erforderlich sei daher, daß beide Seiten ihre Armeen auf ,,strukturelle Nichtangriffsfähigkeit'' umrüsten. Also beispielsweise Aufbau einer starken Panzerabwehr und Abbau der eigenen Panzer. Analog für die Luftverteidigung. Die Dauer des Wehrdienstes solle zweckmäßigerweise verkürzt werden; dafür müßten dann häufiger Reservisten-Übungen stattfinden. Überhaupt könne man das Präsenzheer zugunsten der Reservisten verkleinern.

Fortsetzung S. 2

sind Volker Rühe (Außenpolitischer Experte der CDU) und Dr. Diether Stolze (Wirtschaftspolitischer Berater der Regierung). ,,Solche Idioten regieren uns'', wie in APO-Zeiten zutreffend formuliert wurde. In der BILD

zur Weiterentwicklung der Verteidigungsstrategien in West und Ost'' lesen war. Und die wurden bereits im März 1984 publiziert, beispielsweise in der ,,Frankfurter Rundschau''. Im Wesentlichen entsprechen von Bülows

Südafrika:

BRD weiter an der Seite der Rassisten

Mitte August richteten sich die Erwartungen vieler Menschen der Welt auf die Rede des südafrikanischen Präsidenten Botha. Trotz aller rationalen Einschätzung des weißen Rassitenregimes hofften viele darauf, daß Botha ein Signal geben würde, ein Einlenken auf die Forderungen der revoltierenden Menschen zeigen würde. Doch das Regime blieb seinem bisherigen Weg treu. *,,Ich bin nicht willens, die weißen Südafrikaner und andere Minderheitengruppen auf den Weg der Abdankung und des Selbstmordes zu führen. Zerstören Sie das weiße Südafrika und unseren Einfluß, und dieses Land wird in Gruppenzwist, Chaos und Armut abrutschen.''* Damit und mit ähnlichen Äußerungen erteilte Botha allen politischen Forderungen eine Absage, die nicht auf der Linie des Rassistenregimes liegen.

In den folgenden Wochen bis heute zeigte das Regime, daß es nicht nur verbal an seiner Linie festhalten wird. Das Morden an der rebellierenden schwarzen Bevölkerung ging unvermindert weiter. Ebenso die Verhaftungen: neben vielen anderen Menschen wurden wiederum 20 Führungsmitglieder der United Democratic Front (UDF) verhaftet, ebenso der Präsident des Weltbundes Reformierter Kirchen, Alan Boesak. Dies geschah am Tag bevor mehrere tausend Menschen zum Kapstädter Pollsmoor-Gefängnis demonstrierten, um die Freilassung von Nelson Mandela und der anderen politischen Gefangenen zu fordern. Ebenfalls an diesem Tag stellte der Minister für Gesetz und Ordnung, le Grange, Südafrikas bedeutendste schwarze

Fortsetzung S. 4



Münchener Attentat
unaufgeklärt, unverstanden, ungesühnt

Münchener Attentat
unaufgeklärt, unverstanden, ungesühnt

Vor fünf Jahren explodierte auf der Münchner Theresienwiese eine Bombe — mitten in den nach Hause strömenden Besucherstrom des Oktoberfestes hinein. Eine Aufklärung des mörderischen Anschlags hat nicht stattgefunden — wohl aber eine Verwischung der vorhandenen Spuren, eine Manipulation der justiziellen Ermittlungen, eine bewußt falsche Information der Öffentlichkeit. Zutiefst deprimierend muß es auf die Angehörigen der Toten, auf die Verletzten und Augenzeugen des Geschehens, letztlich auf jeden zivilisierten Menschen gewirkt haben, daß das Oktoberfest am nächsten Tag ohne Unterbrechung weiterging, daß die Stadt München so lange brauchte, um schließlich einen schäbigen Gedenkstein aufzustellen, daß finanzielle Hilfen für die Opfer nur nach einem bürokratischen Hürdenlauf erteilt wurden. Allzu schnell gingen Politiker und Medien zur Tagesordnung über, allzu leicht machte es sich die Justiz. Es war Wahlkampf und Strauß stand gegen Schmidt.

Die Erinnerung an das Geschehen, sofern ihr überhaupt Raum gelassen wird — ist unscharf, wie von einem Zeitraum, der in einer Art Trance durchlebt wurde. Die nächtliche Nachricht von dem Massaker, das schlagartige Bewußtsein, daß hier Faschisten am Werk gewesen sein mußten, die Angst, daß man trotzdem Linke dafür verdächtigen und bestrafen könnte, das Stichwort Reichstagsbrand irgendwo im Hinterkopf, die Assoziation zu Strauß, der ein Aufräumen bis zum Rest des Jahrhunderts angekündigt hatte, die Ahnung, hier werde die gleiche Regie wie in Bologna abgespielt, wo sieben Wochen zuvor 80 Menschen einer Bombe zum Opfer gefallen waren. Und nur Tage später das Gleiche in Paris, gegen eine Synagoge.

Dann der Versuch einer antifaschistischen Mobilisierung; die mühsame Suche nach Fakten in den Sensationsberichten der Presse, das verständnislose Abwinken von Bündnispartnern, dieman in der Anti-AKW- und alternativen Bewegung gewonnen zu haben meinte, die unglaubliche Erfahrung, daß man anderen Linken — in *so einer Situation* — mit ganz einfachen Worten erklären mußte, was Neonazis sind. Das Verteilen von Flugblättern: zum Beispiel während der Wahlkampfabschluß-Veranstaltung der SPD auf dem Frankfurter Römer. Wo einem von gestandenen Sozialdemokraten gesagt wurde: Haut doch ab, ihr seid doch Kommunisten. Schließlich demonstrierten in einigen (wenigen) Städten ein paar hundert Leute; aber 50 000 waren zwei Monate zuvor bei Rock gegen rechts gewesen...

Der Attentäter Gundolf Köhler war Mitglied der Wehrsportgruppe gewesen. Heute steht der WSG-Führer Hoffmann vor Gericht — München fehlt in der Anklage. Der ARBEITERKAMPF erschien am 7.10.80 mit der Hauptüberschrift: *,,Wir glauben nicht an Einzeltäter''.*

Siehe Artikel auf Seite 5

Der BBU-Vorstand hat beschlossen, sich an der Planung des Anti-NATO-Kongresses zu beteiligen. Ein Interview mit dem BBU-Vorstandsmitglied Klaus Sche-

Fortsetzung von Seite 1

Viel Lärm um Nichts ?

Beispielhaft dafür seien die Schweiz und Schweden, aber auch Israel, das eigentlich nicht gerade als Beispiel einer entwaffneten, ,,strukturell nichtangriffsfähigen'' Nation bekannt ist. Auf die Reduzierung der Bundeswehr müßte der Warschauer Pakt mit entsprechenden Schritten antworten. Insbesondere sei dann die Sowjetunion gefordert, ihre Truppen in Osteuropa einschneidend zu verringern; beispielsweise in der DDR von jetzt 400.000 auf 200.000. Bis zum Jahr 2000 sollte der letzte sowjetische Soldat aus Osteuropa verschwunden sein. Danach könne auch der Abzug der USA aus Westeuropa erfolgen, bis auf symbolische Kontingente, besonders in Westberlin. Die nuklearen Gefechtsfeldwaffen, die ohnehin wertlos seien, sollten bis auf einen zur Abschreckung noch benötigten Rest aus Europa abgezogen werden. Abgezogen werden solle auch die Pershing II. Eine Rest-Abschreckung, die auch von Bülow noch für notwendig erklärt, solle mittels seegestützter Atomwaffen erfolgen (U-Boot-Raketen). Schlußpunkt des Papiers: Die SPD stehe zu NATO und Bundeswehr.

Alles das ist so offensichtlich immanent vernünftig, bleibt also im Rahmen der herrschenden Militär-Logik, daß die Aufregung der Rechten über das Bülow-Papier unverständlich scheinen könnte. Beispielsweise ein Punkt besonders schriller Empörung, der Abzug der US-Truppen aus Europa. Von Bülow schlägt das für einen Zeitpunkt nach dem Jahr 2000 vor, also frühestens in 15 Jahren. Voraussetzung dafür soll der vorherige sowjetische Rückzug aus Osteuropa sein. Ginge es einfach nur nach politischer Vernunft, so müßte die CDU/CSU gerade diese Idee von Bülows begeistert übernehmen und als ihre eigene ausgeben: eindeutiger Verlierer wäre die Sowjetunion, die damit in der praktischen Konsequenz ihr europäisches ,,Imperium'' preisgeben müßte. Die Sowjetunion würde diesen Vorschlag — beide Supermächte ziehen sich militärisch total aus Europa zurück — höchstwahrscheinlich ablehnen, wenn sie hart beim Wort genommen würde. Also eigentlich ein großartiger Propaganda-Schlager für die Rechten.

Oder die Reduzierung der Bundeswehr als Präsenzheer: Daß es in den 90er Jahren schwächere Jahrgänge geben wird, sodaß die derzeitige Präsenzstärke der Bundeswehr nur mit unpopulären Sondermaßnahmen zu halten wäre (Frauen zum Bund; Verlängerung der Dienstzeit), ist unbestritten. Der Gedanke, das stehende Heer dann eben zu reduzieren und dafür die Leute häufiger für Reserve-Übungen dranzukriegen, ist logisch und zeitgemäß. Sowieso hat Bülow 100%ig recht (zwei Weltkriege bestätigen es vollauf), daß für die Kriegsstärke einer Nation nicht die Größe ihres Präsenzheeres entscheidend ist, sondern ihre militärische Aufbaufähigkeit in Zeit und Raum, das heißt die Frage, welche Reserven vorhanden sind und wie schnell sie ,,im Ernstfall'' zu mobilisieren und zu bewegen sein würden. Man könnte diese Probleme unter den Politikern und Militärs in aller Ruhe und Sachlichkeit diskutieren, und wird das hinter den Kulissen zweifellos schon tun. Aber für die Öffentlichkeit bevorzugt die CDU/CSU ein hysterisches Skandal-Geschrei. Ja, warum denn das Theater?

Vordergründig spielt sicher die anlaufende Schlacht um den Wähler 1987 eine Rolle. Die CDU/CSU verläßt sich auf die demoskopisch ermittelte Tatsache, daß über 80% der mündigen Bürger an Bundeswehr und NATO glauben — eine Quote, die selbst der liebe Gott hierzulande längst nicht mehr erreicht. Die CDU/CSU spekuliert ferner auf den vermuteten Umstand, daß von diesen 80% die Mehrheit wenig Sachkenntnis hat und mehr als allergröbste Schlagworte sowieso nicht zur Kenntnis nimmt. So daß ein Mix aus ,,Die Amis gehen'', ,,Die Russen kommen'', ,,Unsicherheit'', ,,Wehrlosigkeit'' schon seine Wirkung tun wird, um der SPD ein paar vielleicht entscheidende Prozente in der umkämpften Mitte abzunehmen. Umgekehrt setzt die SPD vielleicht darauf, daß insgesamt und langfristig betrachtet die politische Vernunft im Volk doch am Zunehmen ist, sodaß mit Vorschlägen, die an der NATO-Bindung usw. gar nichts ändern, aber rationaler sind als die geltenden Doktrinen, Boden gewonnen werden könnte. Mehr noch als die umkämpfte Mitte sind dabei wahrscheinlich die zu den Grünen Davongelaufenen im Blick. So gesehen wird der SPD das Gezeter der CDU/CSU nicht einmal unangenehm sein, denn es provoziert nach links hin Solidarisierungseffekte mit der angegriffenen SPD.

Eine weitere Überlegung: In den unmittelbaren praktischen Schlußfolgerungen würden sich vermutlich SPD einerseits und CDU/CSU andererseits nicht allzusehr unterscheiden. Die vorgeschlagene Umrüstung der Bundeswehr auf ,,strukturelle Nichtangriffsfähigkeit'' beispielsweise wird dadurch relativiert, daß es sich erstens um einen langfristigen Prozeß handeln soll, der zweitens korrespondierende Maßnahmen der Gegenseite voraussetzt. So bezieht sich die Verlagerung des Schwerpunkts vom Panzer auf die Panzerabwehr ohnehin erst auf die Zeit nach dem Leo Zwo, also auf Entwicklungen, die erst nach dem Jahr 2000 sich praktisch auswirken könnten. Daß dann Panzer im Kriegsbild überhaupt noch eine zentrale Rolle spielen werden, wird nicht nur von Sozialdemokraten bezweifelt. Auch für andere Teile der SPD-Vorschläge, z.B. den Abbau der taktischen Atomwaffen, gilt, daß es sich erstens um Langzeit-Programme handelt, und daß zweitens (wie von Bülow selbst schreibt) ein Spielraum für ,,Kompromisse'' gegenüber den USA einkalkuliert werden muß. Anders gesagt: Gar so heiß. wie
muß. Anders gesagt: Gar so heiß, wie
es bei der Lektüre der SPD-Pläne vielleicht stellenweise klingen könnte, soll das sowieso nicht gegessen werden.

Jenseits von manchmal gar nicht so übel klingenden Langzeit-Programmen ist die SPD in der konkreten Politik doch immer eine Partei geblieben, die sich großartig mit den gesetzten Bedingungen zu arrangieren versteht. Man könnte auch sagen: ,,Augenmaß für das Machbare''. Inzwischen scheinen auch große Teile der Grünen von dieser sozialdemokratischen Sekundärtugend angesteckt zu sein. Die Folge eines hypothetischen Wahlsieges der SPD 1987 wäre ganz sicher nicht eine Umwälzung der bundesdeutschen Militärpolitik. Man ist in dieser Hinsicht mit der SPD auf den Gebieten ,,innere und äußere Sicherheit'' 1969 bis 1982 bestens gefahren. Selbst dort, wo im Einzelfall die SPD Elemente des Staatsapparats auch demokratisiert hat, hat sie sie doch vor allem effektiviert. Und die Bindung an die westliche Wertegemeinschaft, an die NATO und an unsere amerikanischen Freunde würde zusätzlich dafürf sorgen, daß der militärische Reformeifer der SPD in den rechten Bahnen bleibt. Dieser Handlungsrahmen bundesdeutscher Politik wird von kaum einem Sozialdemokraten in Frage gestellt. Damit hat man die ,,Sachzwänge'' und ,,Handlungszwänge'' schon griffbereit, auf die man sich als Regierungspartei berufen könnte, wenn man das eigene Langzeitprogramm demontiert.

Das wirkliche Problem der CDU/CSU mit dem Bülow-Papier dürfte demnach nicht so sehr auf praktischem, sondern auf ideologischem Gebiet liegen: von Bülow, und mit ihm große Teile der SPD, gehen mit der vorherrschenden Bedrohungs-Ideologie nicht mehr konform. Gerade von Bülow hat in den letzten Jahren wiederholt, sehr gründlich, sachkundig, und argumentativ nicht widerlegbar die Bedrohungs-Doktrin der NATO und deren offizielle Kräfteverhältnis-Analysen kritisiert.

Die NATO, so von Bülow, sei dem Warschauer Pakt in vieler Hinsicht überlegen, insgesamt zumindest hinreichend gleichwertig. Das gelte auch für den konventionellen Sektor. Zu einem Überfall aus dem Stand — ein Lieblingsszenario der NATO — sei die Sowjetunion gar nicht in der Lage. Die sog. Vorwarnzeit vor einem sowjetischen Angriff sei deshalb auch erheblich länger als die von der NATO zugrunde gelegten 48 Stunden; sie müsse in Wochen statt in Tagen kalkuliert werden.

Mit dieser realistischen Analyse stellen sich von Bülow und andere sozialdemokratische Politiker gegen die herrschende Doktrin, die das Kräfteverhältnis in den allerschwärzesten Farben zu malen pflegt und sich um Fakten regelmäßig einen Dreck schert. Darin liegt — trotz allem, was dazu sonst noch zu sagen ist — ein progressives Element der SPD-Militärpolitik. Denn mit dieser Analyse stellt sich die SPD gegen den nationalen Konsens und trägt im Ergebnis zur Erschütterung des Volksglaubens an die Notwendigkeit von NATO und Bundeswehr bei. Grund genug für die CDU/CSU und das ganze rechte Lager, in Hysterie zu verfallen. Der bloße Versuch, die militärpolitische Debatte auf den Boden der Tatsachen zu stellen, muß unter den vorherrschenden Verhältnissen als Ketzerei wirken. Einem Ketzer-Tribunal glich denn auch die von der CDU/CSU dazu einberufene Bundestags-Sitzung. Und wenn schon über praktisch harmlose, immanent vernünftige Vorschläge wie die des Bülow-Papiers nicht rational diskutiert werden darf, so erst recht nicht über die heiligsten Güter der Nation wie Bundeswehr und NATO-Mitgliedschaft. An diesen Punkten hat auch das Bülow-Papier nichts anderes zu bieten, als peinlichste rituelle Verneigungen: man bekenne sich, man sei dankbar, man stehen in Treue fest usw. Es bleibt noch viel zu tun, um in diesem Land wenigstens das intellektuelle Niveau der Aufklärung zu erreichen.

Die Probleme mit der Heeresstruktur

Das ,,Verrats''-Geschrei hat zum Anlaß, daß Bülow den Bestand der Bundeswehr in Friedenszeiten — derzeit 495.000 Mann — antasten will. Die Schreier lassen dabei bewußt die Tatsache außer acht, daß Bülow den Kriegsbestand der Bundeswehr keineswegs antasten sondern sogar effektivieren will. Kaum jemand hierzulande weiß, daß die Bundeswehr im Kriegsfalle mit einer Armee von 1,3 Million Mann antreten würde nach drei Tagen Vorwarnzeit.

Der bisherige Friedensumfang der Bundeswehr kann aber sowieso nicht gehalten werden. Dazu schrieb der ehemalige Planungsleiter, Oberstleutnant Stützle (in der ,,Europäischen Wehrkunde'', 9/84): ,,*Hardthöhenplaner wissen lange, daß bestenfalls ein Friedensumfang von 450.000 Mann zu erhalten sein wird. Aber schon dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn mindestens 15.000 Frauen als freiwillige Soldaten Dienst tun.*'' Die konservativen Bundeswehrplaner und die CDU/CSU wollenaber neben der neuen Rüstungplanung den Erhalt der Friedensstärke der Bundeswehr zu d e r Frage hochstilisieren, ,,*wie wir es weiterhin mit der Sicherung unseres demokratischen Staates und seiner freiheitlichen Gesellschaft halten wollen. Da die Leistungen und Lasten für unsere Streitkräfte wachsen sollen, erlebt unser Gemeinwesen jetzt wohl eine Bewährungsprobe.*'' So beschrieb es der Chefredakteur des Bundeswehrzentralorgans, Wolfram v. Raven (in EW, 11/84). Ob diese Maßnahmen wie die Verlängerung der Wehrdienstzeit auf 18 und eventuell dann sogar 24 Monate oder andere militärisch effektiv sein werden, ist noch die Frage. *Der Chef des Wehrressorts wird folglich nicht allein mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit antworten können, den Friedensumfang der Armee wahren zu müssen.*'' Wenn nämlich, so führt Wolfram von Raven (s.o.) aus, sich ,,*der Argwohn nicht besänftigen*'' lasse, ,,*sie werde lediglich ,Gammelei' produzieren (...) so würde der Gewinn an Wehrdienstzeit mit einem Verlust an Wehrbereitschaft bezahlt, was politischen Schaden erzeugte, statt militärischen Nutzen zu stiften.*''

Bliebe alles wie bisher, so käme man mit derzeit rund 260.000 Zeitsoldaten und mit in den 90er Jahren dann maximal 100.000 zur Verfügung stehenden Wehrpflichtigen sehr schnell auf einen Friedensumfang der Bundeswehr von knapp über 300.000 Mann. Bülow hatte diese Zahlim letzten Jahr noch offentlich für ausreichend erklärt. Nach heftiger Kritik aus den Reihen der SPD (Horn, Kolbow, Corterier und Pawelczyk hatten ,,,*diese törichte Zahl*'' heftig angegriffen) hat Bülow diesmal vorsichtshalber keine Zahl mehr genannt.

Der bisherige Friedensumfang der Bundeswehr in wird in der Öffentlichkeit mit einem Kriegsszenario gerechtfertigt, das in den 70er Jahren von General Close unter heftigem Applaus der Springerpresse propagiert wurde. Die rote Armee könnte nach einem Überraschungscoup schon nach zwi Tagen am Rhein stehen, noch bevor NATO-Truppen überhaupt aufgewacht und mit Reservisten aufgefüllt seien. Bülow hatte schon im letzten Jahr darauf hingewiesen, ,,*daß Bonns NATO-Partner, wie die Niederlande, Belgien, Dänemark und auch Großbritannien die Annahme einer Warnzeit von nur 48 Stunden nicht akzeptierten. Sie weigerten sich, ,in Friedenszeiten den Großteil ihrer Truppen auf Wacht zu halten'.*'' (zitiert nach ,,Welt'', 15.11.84)

Bülows erklärte, in der jetzigen Wehrdienstzeit von 15 Monaten stecke bereits ,,*beachtlicher Leerlauf, der die Bereitschaft zum Wehrdienst eher untergräbt als fördert*'', was sich bei einer Verlängerung noch verschärfen müßte. (Welt, ebd.) Statt der bekannten Bundeswehr-,,Gammellei'' und den feudalen Überresten des hohlköpfigen Schliffs, des Waffen- und Uniformputzens will er mit den vorgeschlagenen sieben bis acht Monaten den Wehrdienst auf die tatsächliche Übungszeit reduzieren und dann regelmäßige Übungen für Reservisten anhängen, was die Gesamtwehrzeit im Endeffekt nicht einmal verkürzen müßte. Schweden, die Schweiz und das hochskriegsfähige Israel kann Bülow als Beispiele für real funktionierende Milizsysteme anführen. Reservisten können, wenn sie regelmäßig in festen Gruppen (statt militärbürokratisch verteilt) üben, schon in kürzester Zeit vergleichbar effektiv im Kriegseinsatz sein wie feste, präsente Armeeteile, das beweisen israelische Kriegsfeldzüge oder aber Vergleichsübungen der schwedischen Armee. Der Bülow-Vorschlag sieht also nicht einmal vor, die Wehrstruktur an die Verhältnisse in den USA oder Großbritannien anzupassen, wo erst in Krisen- und Kriegszeiten neben dem Berufsheer die Einbeziehung und Ausbildung größerer Bevölkerungsteile für den Kriegseinsatz beginnen müßte.

Bülow geht davon aus, daß mit seinem Konzept innerhalb von Tagen eine Reservistenarmee von über 1 Mio. Mann direkt für dem Kampfeinsatz parat stehen könnte, aber auch zur Übernahme der Funktionen des Territorialheeres der Bundeswehr. Die Heeresteile der Bundeswehr für die Versorgung und dem Einsatz im Hinterland stehen nach Ersetzen durch Reservisten im Kriegsfalle dann als kämpfende Truppe zur Verfügung, was die Kampfkraft erheblich erhöhen würde.

Selbst die konservativsten Heeresplaner, die sich nicht an ,,alten Zöpfen'' vergreifen möchten, diskutieren über ein solches Milizsystem aber als E r g ä n z u n g, als Ersatz der bisherigen Struktur lehnen sie es ebenso strikt ab. Auf keinen Fall ist also ein ernsthafter Grund vorhanden, solche Reformkonzepte als ,,Verrat'' abzustempeln.



Anna Johannesson ist tot.

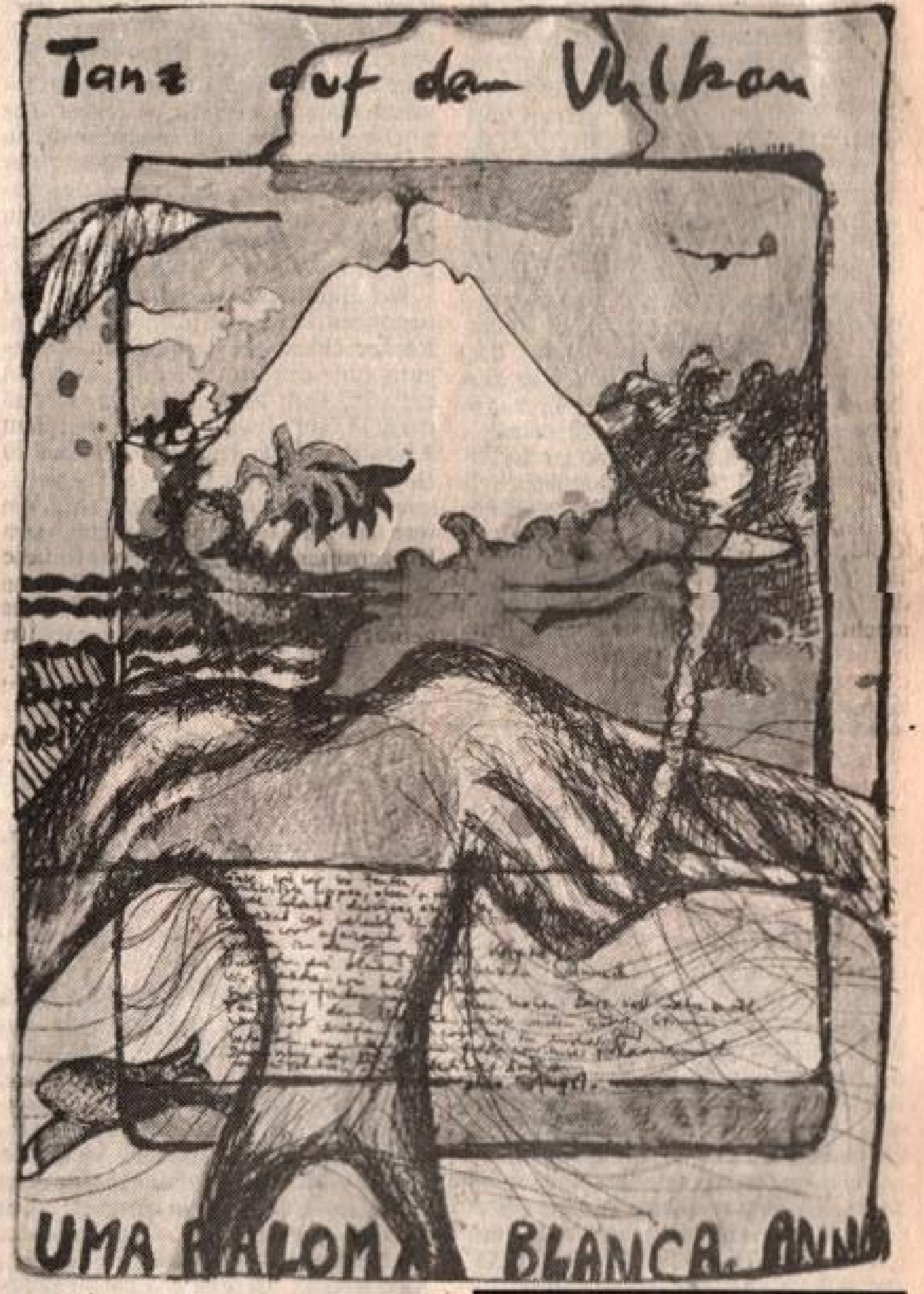
Sie starb am 13.9.1985 in einem Hamburger Krankenhaus. Der Alkohol hat ihren Körper zerstört.

Anna, die ihr Leben lang hat kämpfen müssen. Anna, die Herrschende, Arbeitgeber und Macker jeglicher Couleur immer frontal anging, ohne Pardon. Anna, die Betriebsrätin, die sich für ihre Kolleg(inn)en einsetzte und die so manchem Vorgesetzten Respekt abnötigte. Anna, die kompromißlos für die Rechte der Frauen stritt.

Anna, die Luxus so genießen und ihn sich so selten leisten konnte. Anna, die Portugal liebte, den Süden, die Glut, die Sonne.

Ihr Leben war ein Tanz auf dem Vulkan. Wie das Bild, das sie 1980 gemalt hat. Sie selbst die weiße Taube - uma paloma blanca. Flieg, Anna, flieg...

Genossinnen im KB



Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.

Auflage dieser Ausgabe: 4.500

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. ,,Zur-Habe-Nahme'' ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Pretoria unter Druck

Südafrika ist reich: Gold, Platin, Uran, Diamanten liegen dort in der Erde wie an sonst keinem anderem Fleck der Welt. Das Regime der Republik Südafrika ist auf diese Schätze gebaut, und Kapitalisten aller Länder haben profitiert. Nun ist die Krise da — ökonomisch und politisch — und das Kapital beginnt zu flüchten. Das Regime in Pretoria reagiert entschlossen und setzt dabei noch das US-Finanzkapital unter Druck.

Die südafrikanische Wirtschaft ist gegenwärtig mit ihrer größten Krise konfrontiert, manche Wirtschaftsfächleute sehen eine vergleichbare Situation nur mit der Depression in den 30er Jahren. Die Automobilindustrie fährt nur mehr mit einer Produktionsauslastung von 40 bis 50 Prozent, Bauwirtschaft und Immobilienhandel liegen darnieder. Die Inflationsrate liegt bei 17 bis 18 Prozent und für im Inland aufgenommenes Kapital müssen 23 bis 24 Prozent Zinsen gezahlt werden. Im zweiten Halbjahr 1984 stieg offiziell die Zahl der Arbeitslosen um 30% auf knapp über 40.000 — damit ist jedoch nur die Gruppe der Weißen und Farbigen erfaßt und keineswegs die scharze Bevölkerung. Nach einer Analyse der Wirtschaftsabteilung der Universität Stellenbosch (Südafrika) sind jedoch insgesamt ca. 3 Millionen Südafrikaner arbeitslos, die in den „unabhängigen" Homelands lebenden Menschen nicht mit eingerechnet. Die gleiche Studie geht davon aus, daß bis zum Jahre 2000 diese Zahl auf rund 5 Millionen ansteigen wird.

Die südafrikanische Wirtschaft ist ähnlich wie die der BRD vom Außenhandel abhängig. Rund ein Viertel dessen, was im Land produziert wird muß exportiert werden um damit das finanzieren zu können, was aus dem Ausland eingeführt wird. 80% aller Exporte bestehen jedoch aus mineralischen Rohstoffen oder landwirtschaftlichen Produkten, die durch strukturelle Veränderungen im Welthandel tendenziell auf eine geringer werdende Nachfrage stoßen. Wichtigstes Exportgut ist Gold, dessen Verkauf rund die Hälfte der gesamten Exporteinnahmen ausmacht. Doch der Goldpreis ist in den letzten Jahren rapide gefallen. Bei anderen wichtigen Exportgütern besteht keine Chance mit Mehreinnahmen aus der Krise herauszukommen: für Uran besteht weltweit ein Überangebot und keine Aussicht auf eine Erholung der

der Krise herauszukommen: für Uran besteht weltweit ein Überangebot und keine Aussicht auf eine Erholung der

Nachfrage. Das Angebot auf dem Diamantenmarkt ist in den letzten Jahren weltweit vergrößert worden, sodaß selbst das Vermarktungsmonopol von De Beers (Südafrika) in immer geringerem Maße in der Lage war das internationale Angebot zu drosseln und damit die Preise stabil zu halten. Für Eisenerz wächst die Konkurrenz aus der „3. Welt", und Kupfer wird immer weniger benötigt, da im Kabelbereich optische Fasern eingesetzt werden. Asbest wird zunehmend durch andere Materialien ersetzt.

Die südafrikanische Wirtschaft steht so in einer Flaute, die auch demnächst durch keine weltweite Brise abgelöst werden wird: *„Neue Technologien, wie Mikroelektronik, Biotechnologie, Industrieroboter, Informatik und Weltraumtechnik entwickeln sich rasch und auf Kosten der traditionellen verarbeitenden Industrie, des Bergbaus und der Landwirtschaft. Hochindustrialisierte Länder wie die USA, Japan und Westeuropa kreieren Wachstum ohne daß der Bedarf an Rohstoffen in einem Umfang wächst, der in Ländern wie Südafrika als Antrieb für eine wirtschaftliche Erholung benötigt wird."* (Nachrichten für den Außenhandel, 1.4.85).

Viel Gold, aber wenig Geld

Im Laufe dieses Jahrhunderts versorgte die südafrikanische Erde die Welt mit 38.000 Tonnen Gold. Rund die Hälfte des weltweiten Goldes wurde damit von den schwarzen Arbeitern zu Hungerlöhnen aus den Minen geschafft. Nach heutigem Kurswert entspräche dieser Goldberg einem DM-Äquivalent von 1.500 Mrd (320 US-Dollar je Unze = 31,25 g). Die aktuellen offiziellen Goldreserven weltweit entsprechen in etwa diesem Goldberg.

Gegenwärtig ist Südafrika immer noch der größte Goldproduzent mit ca. 40% Anteil an der Weltproduktion gefolgt von der Sowjetunion mit ca. 20%. Kanada, Brasilien und die USA folgen mit Anteilen zwischen fünf und sieben Prozent. Zu Beginn der südafrikanischen Wirtschaftskrise 1980 erreichte der Goldpreis seinen Höchststand mit 850 US-Dollar für die Unze. Gold war in dieser Periode für das Kapital die sicherste Anlage seines Geldes, da der Dollar rasant an Wert verlor und auf den Kapitalmärkten die Zinsen relativ niedrig waren. Alle wollten sie Gold, Gold, Gold, und so stieg der Preis in den Himmel. Im September 1981 veröffentlichte die südafrikanische Anglo-American-Corporation eine Studie, die für 1987 einen Goldpreis von 1.000 US-Dollar die Unze für wahrscheinlich hielt, mit ziemlicher Sicherheit jedoch einen Preis von über 600 US-Dollar die Unze annahm. Prognosen dieser Firma sind für den internationalen Goldmarkt deshalb von Wichtigkeit, da diese Firma 1980 rund 27% der westlichen Goldproduktion förderte. Es kam jedoch alles ganz anders: Der Dollar feierte in der Reagan-Zeit neue Triumphe, und die USA puschten den Zinssatz in ihrem Land und damit auch international auf ein Niveau, das die Kapitalisten wieder ihr Gold abstoßen ließ.

So sank der Goldpreis von den schwindelnden Höhen 1980 auf rund 320 US-Dollar die Unze gegenwärtig. Damit gab es lange Gesichter in Pretoria und Witwaters Rand, denn die Einnahmen des Staates und der südafrikanischen Multis waren tief getroffen, da der Goldverkauf rund die Hälfte der Exporteinnahmen ausmacht. Zeitgleich mit dieser Entwicklung steigerte das Regime seine staatlichen Aufwendungen für den Krieg gegen die Frontstaaten und die innerstaatliche Aufstandsbekämpfung. Die so entstehenden Defizite im nationalen Haushalt waren nur durch Kapitalaufnahmen im Ausland zu decken, und so stieg die Verschuldung gegenüber dem Ausland auf gegenwärtig mehr als 20 Mrd. US-Dollar.

Einen gewissen Anteil an dieser Misere hat der rückläufige Absatz von Krügerrands. Seit 1970 wird diese Münze vom südafrikanischen Regime geprägt und international verkauft. Diese Münze war nicht für den südafrikanischen Geldumlauf gedacht und ist so eine direkte Einnahmequelle für ausländische Devisen. Bisher war dies eine beträchtliche Profitquelle, setzten

ausländische Devisen. Bisher war dies eine beträchtliche Profitquelle, setzten

die Rassisten doch 15% ihrer jüngsten Goldproduktion in Form dieser Münzen ab. Bisher beherrschten sie mit dem Krügerrand rund 70% des US-amerikanischen Goldmünzmarktes, und in Europa lag ihr Marktanteil noch höher. Nun versuchen die Regierungen der USA, Kanadas, Australiens und Chinas ihrerseits mit Goldmünzen auf diesen Markt zu kommen, die kanadische Regierung hofft sogar, künftig den Marktanteil zu beherrschen, den früher die südafrikanische Regierung in den USA hielt. Der US-Kongreß bekundete zeitgleich mit dem Verkaufsverbot für den Krügerrand die Absicht, selber Goldmünzen aus den Beständen in Fort Knox herstellen zu lassen.

Kassenschluß vor Kontensturm

Trotz der ökonomischen Krise seit Beginn der 80er Jahr galt das südafrikanische Regime in internationalen Bankenkreisen immer als „erste Adresse", da von dort bei allen Problemen termingerecht gezahlt wurde. Die Revolte der schwarzen Bevölkerung und die weiterhin sich zuspitzende ökonomische Krise untergruben jedoch das bisher vorhandene Vertrauen des Kapitals in die Regierungsfähigkeit der südafrikanischen Rassisten. Das Gleichgewicht zwischen Risiko und Profit wurde nach Ansicht vieler Firmen und Banken zusehends labiler. In der jüngsten Vergangenheit schlossen 13 von 284 US-Firmen ihre Zweigniederlassungen in der Republik am Kap, die Gesamtsumme der US-Investitionen ging um 0.5 Mrd. auf 2.3 Mrd. US-Dollar zurück. Mit der einsetzenden Kapitalflucht verlor die südafrikanische Währung von Tag zu Tag an Wert, 1981 betrug das Wechselverhältnis zwischen Dollar und Rand noch 1:1, Anfang September '85 konnte man einen Rand für nur noch 35 Cents kaufen.



Dem drohenden Kapitalabfluß aus der Republik begegnete die südafrikanische Regierung Ende August mit der Schließung der Devisen- und Effektenbörse für einige Tage. Damit war für diese Zeit der Kapitalverkehr mit dem Ausland unterbrochen. In den folgenden Tagen bekundeten zahlreiche Banken in Europa und den USA, daß sie nicht bereit seien, ihre Kreditabkommen mit der südafrikanischen Republik oder Privatpersonen dieses Landes zu verlängern. Dieser Schritt war in sofern einschneidend, da innerhalb der nächsten Monate ein Großteil der Kredite, die nach Südafrika geflossen waren, zurückzuzahlen sind. Insbesondere US-Banken schätzten das Risiko von Verlusten im Südafrikageschäft wesentlich höher ein als noch vor einem Jahr. Sie hatten in den letzten Monaten klammheimlich begonnen, ihre Kreditanteile an andere Banken zu verkaufen, insbesondere an japanische Banken. Damit taten sie das ihre, den internationalen Kreditruf der Südafrikaner nach und nach zu ruinieren, was diese natürlich sehr erboste. Und so verkündete Pretoria Anfang September ein generelles Schuldenmoratorium für die nächsten vier Monate, insgeheim verbunden mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit auch nach Ablauf dieser Zeit mit ihrer Schuldenzahlung einzuhalten.

Zeitgleich hatte die südafrikanische Regierung den Kurs ihrer Währung gespalten, und zwar in einen „kommerziellen" Rand sowie in einen „Finanzrand". Betroffen von dieser Regelung ist im wesentlichen das Wertschriftengeschäft von Investoren, die nicht in Südafrika ihren Wohnsitz haben. Wenn Ausländer südafrikanische Aktien oder sonstige Wertpapiere kaufen oder verkaufen wollen, werden solche

Wenn Ausländer südafrikanische Aktien oder sonstige Wertpapiere kaufen oder verkaufen wollen, werden solche

Geschäfte künftig nur noch über den „Finanzrand" abgewickelt. Der Kurs dieses Rands wird von der südafrikanischen Regierung um 10% bis 30% günstiger gegenüber dem normalen Rand gestaltet. Alle anderen Geschäfte werden über den „kommerziellen" Rand abgewickelt.

Mit dieser staatlichen Abwehrmaßnahme soll zunächst verhindert werden, daß durch weitere Aktienverkäufe der Rand und die Kurse weiter fallen, dem Reiz zu desinvestieren soll entgegengewirkt werden. Weiterhin wirkt diese Abwehrmaßnahme dagegen, daß sich risikobereitere Kapitalisten für ein Butterbrot in Südafrika einkaufen. Insgesamt schützt diese Maßnahme das ausländische Kapital vor einem weiteren Verlust, den einzelne Kapitalisten mit sog. Panikverkäufen erhöht hätten. Infolgedessen reagierte die internationale Geschäftswelt auf diese Maßnahme mit großer Befriedigung. Die Buren hatten sich als kompetente Sachwalter der Interessen aller Seiten gezeigt.

Nach dieser Aktion ging der südafrikanische Zentralbankchef de Kock auf Tournee durch die Metropolen, um neue Kredite einzuhandeln und um eine Neuregelung der Begleichung der Auslandsverschuldung Südafrikas zu erreichen. Offiziell mochte aber niemand so recht mit ihm verhandeln, Mrs. Thatcher nicht, und auch die sonst so geldoffenen Schweizer Banker mochten sich zu einem tatsächlich stattgefundenen Treffen mit de Kock nicht bekennen. *„Von Washington bis Bern setzen Regierungsvertreter in Anbetracht der wachsenden Opposition in der Öffentlichkeit gegen die Apartheidpolitik Hilfe an die Regierung Botha gleich mit ‚politischem Selbstmord'. ... Im weiteren wird auf Zentralbankenebene klar zum Ausdruck gebracht, daß Südafrika nicht für Überbrückungskredite der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel qualifiziert sei; denn beim südafrikanischen Finanzproblem handelt es sich in der Tat nicht um einen wirtschaftlich-finanziellen Zahlungsengpaß, sondern um eine politisch bedingte Krise."* (NZZ, 7.9.) Und: *„Von verschiedener Seite wird betont, daß die Lage in Südafrika in keiner Weise mit derjenigen in den lateinamerikanischen Schuldnerländern zu vergleichen sei und daß es sich in ersterem Fall vorwiegend um ein politisches und nicht um ein wirtschaftliches Problem handle."* (NZZ, 5.9.) Gemeint waren mit den Anspielungen auf die „politischen Probleme" neben den Identifikationsproblemen hiesiger Politiker die Ansicht des internationalen Kapitals, daß die Buren nun doch einen anderen Weg gehen sollten als den superharten Kurs gegen die schwarze Revolte.

Demgegenüber tat De Kock alles nur mögliche, um das Verhalten der US-Banken dafür verantwortlich zu machen, daß die Republik Südafrika einen solch „unpopulären" Schritt wie die Verkündung eines Schuldenmoratoriums gehen mußte. Im Prinzip sei man zahlungswillig, schon im Interesse, das internationale Bankensystem nicht zu gefährden. *„Gleichzeitig warnte der Notenbankchef allerdings, daß sich in jeglichem Abkommen auch die ausländischen Einschätzungen der derzeitigen politischen Entwicklung in Südafrika widerspiegeln werde. Er betonte, man müsse eine Umschuldung als Bankenangelegenheit und nicht als Politikum ansehen."* (Handelsblatt, 13.9.)

Durchgesetzt hat sich auf jeden Fall wieder einmal die südafrikanische Regierung. Mitte September konnte de Kock mit Zusagen über neue Kredite nach Südafrika zurückkehren. Vermutlich ist de Kock in der Schweiz und in der BRD fündig geworden, denn sowohl in Zürich als auch in Bonn sind die Rückversicherungen für Bankenkredite an Südafrika ausdrücklich bestätigt worden.

wo./Imperialismus-Kommission



Auf der Demonstration in Hamburg am 28.8.

ANC verhandelt mit weißen Kapitalisten

Am 13. September fand in Sambia erstmalig ein Treffen zwischen weißen südafrikanischen Geschäftsleuten und Vertretern des ANC statt. Konkrete Ergebnisse wurden nicht bekannt; die Beteiligten erklärten lediglich, es herrsche Einvernehmen über die Notwendigkeit, „gerechtere Verhältnisse" zu schaffen. Weitere Zusammentreffen würden für sinnvoll gehalten.

Von verschiedenen Seiten wurden dieses Treffen heftig kritisiert. Präsident Botha warf den Geschäftsleuten „Schwäche vor den Feinden" vor (FR, 16.9.) und bezichtigte diejenigen des „Verrats", die mit der „terroristischen" schwarzen Opposition in Verbindung treten. Die schwarze Organisation AZAPO (die sich als Avantgarde der schwarzen Arbeiterklasse bezeichnet) kritisierte den ANC und erklärte ihre grundsätzliche Ablehnung gegenüber jedem Kontakt mit Vertretern der Weißen, denn diese wollten doch nur den Kapitalismus retten.

In der Tat dürfte dies das Motiv der Vertreter der großen Unternehmen sein, und es ist kaum anzunehmen, daß diese Absicht dem ANC verborgen geblieben ist. Leute wie Garvin Relly (Vorstandsvorsitzender des Bergbauriesen Anglo American/De Beers), Zac de Beer (Direktor ebendieser) und Tom Bloom (Direktor eines Nahrungsmittelkonzerns) gehören schon seit Jahren zu den Kräften, die es für den Fortgang der Geschäfte für günstiger halten, einen berechenbaren Übergang in Richtung auf eine schwarze Machtbeteiligung zu schaffen. Andernfalls sehen sie die Gefahr, daß das Land in einem Bürgerkrieg zerrüttet wird. Beachtliche 30 Millionen Rand (vor dem Absturz des Rand ca. 100 Millionen DM) umfaßt z.B. der Fond einer Stiftung der Anglo American and De Beers, über den als „Investition in die Zukunft des Landes" (G. Relly in seinem Jahresbericht, nach NZZ 24.7.85) gezielt Ausbildung von Schwarzen betrieben wird. Ebenfalls von diesem Unternehmen mitfinanziert wird die sog. „Urban Foundation", eine Stiftung, die sich bereits des öfteren mit regierungskritischen Studien über die Lage der städtischen schwarzen Bevölkerung bemerkbar gemacht hat.

Wenn Relly und Co. mit dem ANC Kontakt aufnehmen, so ist dies ein Eingeständnis, daß ihre bisherigen Versuche, eine gemäßigte Mittelschicht heranzuziehen, gescheitert sind. Gleichzeitig wird der Tatsache Rechnung getragen, daß es gerade die von der Regierung jahrelang betriebenen Scheinreformen und Hinhaltemanöver waren, an denen sich die Proteste entzündeten. Waren die „liberalen Kapitalisten" bisher noch bereit, dem Botha-Regime eine — wenn auch zögernde — Bereitschaft zur Veränderung zuzubilligen, hält man es nun offensichtlich für nötig, Druck von außen auszuüben. Da sie ohne nennenswerten Einfluß auf die Schaltstellen der politischen Entscheidungen sind, bleibt nur die Möglichkeit, sich der Weltöffentlichkeit, mit Blick auf die westlichen Imperialisten, als reformerische Kraft zu präsentieren.

Die Kritik am ANC, sich auf diesen Kontakt einzulassen, mag in der Befürchtung begründet liegen, daß reformorientierte Teile der Kapitalisten einen mäßigenden Einfluß auf die Entwicklung ausüben könnten. Der ANC hatte zudem vor einigen Wochen selbst erklärt, daß die Zeit, auf Verhandlungen zu orientieren, endgültig vorbei sei. Tatsache ist hingegen, daß gegenwärtig weder die Nationale Partei noch die westlichen Imperialisten dieses Signal aufnehmen und ernsthaft an die Diskussion um eine längerfristige Lösung denken. Wirkliche Verhandlungen finden nicht statt. Der jüngste Einmarsch südafrikanischer Militärs in Angola zeigt einmal mehr, daß die Rassisten auf jede Bedrohung ihrer Herrschaft eher mit neuen Aggressionen reagieren, als daß sie sich mit Veränderungen abfinden würden.

bt., Hamburg

Südafrika — Solidarität in der BRD

Wenn auch noch langsam, so nehmen doch die Solidaritätsaktionen mit dem Kampf gegen die Apartheid in Südafrika und für den umfassenden Boykott des weißen Rassisten-Regimes zu. Ein kurzer, unvollständiger Überblick über die größeren Aktionen nachfolgend (nicht erwähnt sind hierbei die zunehmende Vielzahl kleinerer Aktionen vor Banken, Firmen, Geschäften etc.).

21.9.: 6000 in Bonn

Aufgerufen hatte ein breites Bündnis, u.a. AAB, DKP, Grüne, Jusos sowie verschiedene linke Gruppen und Initiativen. In typisch Bonner Manier wurde diese Demonstration kurzerhand zur bundesweiten erklärt, ohne große Rückversicherung, ob dafür derzeit die Bedingungen geschaffen sind. Ebenfalls in typisch Bonner Bündnis-Manier wurde denn auch der SPD bedingungslos eine Rednerin eingeräumt. Stärkste sichtbare politische Gruppierung auf der Demonstration war die DKP. Ein autonomer Block umfaßte ca. 600 Teilnehmer. Schon frühzeitig gab es Polizeiübergriffe gegen die Demonstration, die durch Bullenketten zweigeteilt wurde. Auch der Kundgebungsplatz wurde von Polizeiketten durchzogen und „gevierteilt", ohne daß es nennenswerten Protest der Veranstalter gab. Die SPD-Rednerin Ingrid Matthäus-Meyer provozierte zusätzlich noch, indem sie die ‚Kollegen von der Polizei' begrüßte, die hierzulande — im Unterschied zu Südafrika — dazu da seien, „uns zu beschützen". Im inhaltlichen Teil unterschied sie sich von den übrigen Rednern (ANC, SWAPO, Südafrikanischer Kirchenrat, C. Götz (HBV), Alexander Schubart u.a.) durch die Unverbindlichkeit der Boykott-Forderung, die sie allein in dem Punkt konkretisierte, daß sie die Ausweitung des „EG-Kodex" auf südafrikanische Betriebe forderte.

21.9.: 5000 in Westberlin

Hier hatten praktisch das gesamte linke Spektrum, Kirchengruppen und Initiativen, ja sogar der SPD-Landesverband aufgerufen. Redner waren ein ANC-Vertreter und für die AAB Erika Runge. Während der Demonstration kam es zu ständigen Polizeiübergriffen, besonders gegen den Block der Autonomen. Wiederholt wurde in die Demonstration und sogar in die Kundgebung hineingeprügelt, mindestens acht Demonstranten verhaftet. Dieses Vorgehen der Polizei veranlaßte selbst die SPD zum Protest gegen den „wahllosen Polizeieinsatz" („Tagesspiegel", 22.9.).

16.9.: Namibia-Anhörung der Grünen

Große Presseaufmerksamkeit fand eine von den Grünen als Anhörung zur Situation in Namibia und der Rolle der Bundesrepublik geplante Veranstaltung. Prominenter Gast war Sam Nujoma, Präsident der SWAPO, der scharfe Kritik an der derzeitigen Südafrikapolitik der Bundesrepublik übte. Offizielle Regierungsvertreter blieben dieser Anhörung fern, die SPD sandte nur Beobachter.

Pretoria

10. - 12.9.: Grüne besetzen für 48 Stunden BRD-Botschaft in Pretoria

Auch diese Aktion von acht grünen Bundestagsabgeordneten und Vorstandsmitgliedern fand ein breites Presseecho. Die Grünen benutzten sie für die Verbreitung der Forderung nach Abschaffung der Apartheid, nach umfassendem Boykott und Freilassung der politischen Gefangenen.

29.8.: 250 demonstrieren in Göttingen

gegen die Apartheid. Aufgerufen hatten AGIL, Grüne, KB und diverse Initiativen. Eine Rednerin der Göttinger Aktionseinheit gegen Apartheid und ein Schwarzer aus Südafrika griffen scharf die Apartheidpolitik an. Vor Banken wurden kurze Zwischenkundgebungen abgehalten.

29.8.: 1000 in Düsseldorf

Nach einer Meldung der „UZ" beteiligten sich 1000 Demonstranten in Düsseldorf am Protest gegen die Apartheid.

28.8.: 3000 in Hamburg

Eine Aktionseinheit aus über 30 Organisationen und Initiativen sowie Kirchengruppen hatten zu dieser Demonstration aufgerufen, die in mehreren Zwischenkundgebungen vor Hamburger Einrichtungen, die Geschäfte mit Südafrika betreiben, die Apartheidpolitik angriff. Ein besonderer Aspekt lag dabei auch auf dem Protest gegen die öffentliche Äußerung von SPD-Bürgermeister Dohnanyi gegen einen Wirtschaftsboykott. Redner auf der Kundgebung waren Victor Kadalie vom ANC, ein SWAPO-Vertreter und Wolff Geisler von der AAB.

25.8.: 2500 in Frankfurt

Auch hier hatte ein breites politisches Bündnis zur Demonstration aufgerufen. Redner waren Zakes Mofokeng vom PAC und Alexander Schubart. Am Rande der Demonstration wurden Fensterscheiben bei Banken und der Baufirma Philip Holzmann eingeworfen.

Schwierigkeiten mit der Solidarität

In der Vorbereitung der Bonner Demonstration vom 21.9. war es zu teilweise heftigen Kontroversen um die Redner auf dieser Kundgebung gekommen. Der Streit ging allerdings diesmal nicht um einen SPD-Vertreter, sondern um die afrikanischen Redner. Ein politisches Spektrum aus dem AKAFRIK Münster, den Grünen, den Jusos sowie dem BUKO sah die Gefahr der Durchsetzung eines Alleinvertretungsanspruchs der wichtigsten und größten Organisation des südafrikanischen Widerstands, des ANC gegeben und protestierte dagegen. Sie verlangten einen Redner aus dem PAC, bzw. aus der „Black Consciousness Movement" (Schwarzen-Bewußtseins-Bewegung). Sie protestierten insbesondere gegen die Ausgrenzungsbestrebungen der westdeutschen ANC-Fürsprecher aus AAB und der DKP nahestehender Organisationen. Zeitweise hatten die Auseinandersetzungen eine solche Schärfe angenommen, daß ANC und SWAPO sich von den Demo-Vorbereitungen zurückzogen.

Die Vorgänge veranlaßten nun verschiedene Gruppen ein Flugblatt auf der Demonstration zu verteilen, das schwerpunktmäßig die Gleichbehandlung aller Organisationen des Widerstands in Südafrika fordert. Unterzeichnet ist das Flugblatt von einer seltenen Koalition aus AKAFRIK, Azania-Koordination, Azania/Südafrika-Gruppe der AL Berlin, GIM, Die Grünen und KPD. U.a. heißt es, daß auf der Bonner Kundgebung „die Kräfte nicht zu Wort kommen sollen, die sich nicht auf die Freiheitscharta beziehen, obwohl sie in Südafrika selbst einen wesentlichen Bestandteil des Widerstands ausmachen ..." Die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung wird aufgefordert, die Interessen des PAC und der Black-Consciousness-Bewegung „als selbstverständliche, unleugbare, starke Strömung innerhalb des Widerstandsspektrums zu akzeptieren, zu Wort kommen zu lassen und allen Versuchen, sie zu leugnen, entgegenzutreten".

Über die heutige Bedeutung des PAC liegen kaum relevante Belege vor. Die Bedeutung und Relevanz des ANC und der Bündnisorganisation UDF mit ihren 700 Mitgliedsorganisationen als stärkste und fortschrittliche Kraft im südafrikanischen Widerstand wird nicht bestritten. Auf der anderen Seite ist der PAC nach wie vor von der UNO und der OAU als wesentliche Organisation des Widerstands neben dem ANC anerkannt.

Also alles in Ordnung bei der demokratischen Forderung nach gleichberechtigter Behandlung? Sollte man meinen, zumal DKP-Ausgrenzungspraktiken aus der Vergangenheit hinlänglich bekannt sind.

Allerdings macht man es sich mit diesem Erklärungsmuster etwas zu einfach. Wir haben nicht vergessen, daß der PAC Mitte der siebziger Jahre die Konterrevolutionäre der UNITA in Angola, die von den USA und Südafrika gestützt wurden, gegen den Befreiungskampf in Angola unterstützt hat, ohne daß bis heute eine Korrektur dieser Politik bekannt ist. In der BRD fand diese Politik ihre Entsprechung bei Organisationen wie KBW und KPD/AO (heute aufgelöst), die aus ihrer Position des Kampfes gegen die „Supermacht" UDSSR bedenkenlos die UNITA unterstützten. Nachfolger dieser Politik befinden sich heute in den Teilen der Solidaritätsarbeit, die maßgeblich auf „Gleichberechtigung" pochen, insbesondere im AKAFRIK Münster. Daß dieser dabei eine sehr eigennützige Politik verfolgt, hat er u.a. bei der Organisierung der Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag bewiesen, als er gegen jede Absprache an der SWAPO vorbei einen Vertreter aus Namibia einlud, der Präsident der SWAPO-Abspaltung SWANU ist, aber nicht als solcher eingeführt wurde, sondern ganz unverfänglich als sachverständiger Rechtsanwalt aus Namibia. Die Veranstalter der Konferenz wurden dadurch in erhebliche Schwierigkeiten gebracht, bis sie ihrerseits dem AKAFRIK das Mißtrauen aussprachen und den SWANU-Vertreter wieder ausluden. Mißtrauen ist auch angebracht, wenn wie in Frankfurt das angesprochene bundesdeutsche Spektrum dem dortigen Aktionsbündnis einen Gewerkschafter aus Südafrika als Redner anträgt, der sich hinterher als PAC-Vertreter herausstellt. Mißtrauen auch, wenn die vorher genannte GIM in ihrer Zeitung „was tun" (vom 12.9.85) von der UDF als einem Bündnis spricht, 'welches von dem KP-geführten ANC dominiert wird'. Ein Sprachgebrauch, den wir bisher nur aus der bürgerlichen Hetzpresse kennen, dem aber bislang alle Belege fehlen. Nicht daß wir in das Geheul einstimmen würden, wenn ANC und UDF tatsächlich KP-geführt wären. Nur in diesem Fall entbehrt diese als Vorwurf gemeinte Behauptung jeglicher Grundlagen und nährt bei uns das Mißtrauen, daß solcherart Antisowjetismus bei einigen der Motor der Ausgewogenheit ist. Was wiederum das Einschwenken von Jusos und Teilen der Grünen auf diese Linie erklären könnte. Zur Zeit ist bundesweit erkennbar, daß Teile der Solidaritätsbewegung aus dem benannten politischen Spektrum die in den Anfängen befindliche Solidaritätsbewegung mit Auseinandersetzungen der geschilderten Art eher lähmen, als voranbringen. Für die Grünen ist es schon fast peinlich, daß — nach Angaben von Beobachtern — ihre Präsenz auf der Bonner Demo außer in einer Rednerin nur noch in der Unterschrift unter dem erwähnten Flugblatt bestand.

Wir werden darauf orientieren, daß in der hiesigen Solidaritätsarbeit die Stoßrichtung der Mobilisierung gegen die Apartheid, gegen die Rolle des BRD-Imperialismus nicht verloren geht, ebensowenig, wie für uns die maßgebliche Rolle des ANC unzweifelbar ist. Wo es sachlich gerechtfertigt ist im Sinne dieser Stoßrichtung sollten auch andere Vertreter Berücksichtigung finden. Die Organisierung der politisch-ideologischen Auseinandersetzung um Programme und Stoßrichtung des Befreiungskampfes darf mit dieser Aufgabe nicht verquickt werden, sondern muß der Organisierung von Streit und Diskussion unter den Linken vorbehalten bleiben.

hr.

Fortsetzung von Seite 1

Schülerorganisation COSAS (Congress of South African Students) unter Bann, was das faktische Verbot bedeutet. Mit diesem Verbot ergreift das Regime erstmals eine derartige Maßnahme gegen einer der 700 Mitgliedsorganisationen der UDF und zugleich gegen eine ihrer bedeutendsten. Der 1981 gegründete COSAS war Hauptorganisator der seit drei Jahren ständig stattfindenden Schulboykottaktionen.

Am 1. September rief die National Union of Mineworkers (NUM) zum Streik auf. Nach einigen Tagen mußte dieser Streik wieder abgeborchen werden, da die Streikbeteiligung durch die Repression und Spaltungsversuche der Minenleitungen angesichts der explosiven Situation zu gering war.

Während der Widerstand auf den Straßen sich verzweifelt gegen das Regime zu behaupten versucht, polarisiert sich das Verhältnis zwischen den schwarzen Politikern der Opposition und der Kollaboration. Gathsha Buthelezi, schwarzer Chefminister des KwaZulu-„Homelands" und Führer der sogenannten „kulturellen" Zulu-Stammesorganisation Inkatha, bezeichnete den ANC als einen „Papiertiger mit Papierzähnen. Die nackte Wahrheit ist, daß er (der ANC, Anm. AK) sich nach seiner Ausweisung aus Mocambique darauf verlegt hat, schwarze Zivilisten anzugreifen." Dazu gehört auch, daß im Juni vor dem US-Konsulat in Durban Inkatha-Gruppen demonstrierten und sich für US-Investitionen aussprachen. Buthelezi wird durch diese Politik immer weniger in der Lage sein, in irgendeiner Weise eine Figur des politischen Übergangs zu sein, als der er einmal im Gespräch war. Für die um Kontakt zum Widerstand bemühten Kapitalisten ist er nun auch kein Gesprächspartner mehr, wie das Gespräch zwischen dem ANC und Vertretern einiger großer südafrikanischer Firmen zeigte.

Wie wenig die Situation der schwarzen Bevölkerung die führenden Politiker in Bonn und Washington interessiert, zeigten die vergangenen Wochen. In einem Radiointerview vertrat Ronald Reagan die Ansicht, daß das Regime in Südafrika in wichtigen Bereichen die Rassenschranken beseitigt hätte, ähnliche wie in den USA in den 60er Jahren. Nach dem massiven Protest in der US-amerikanischen Öffentlichkeit mußte Reagan diese Position zurücknehmen. Trotzdem gab der Präsident grünes Licht für Sanktionen gegen das Apartheid-Regime, deren Inhalt das Regime jedoch in keiner Weise ernsthaft in Bedrängnis bringen. Die US-amerikanische Regierung scheint immer noch der Überzeugung zu sein, daß sich die Revolte in Südafrika mit der Zeit totlaufen wird und daß das Rassistenregime immer noch ein Garant für die Aufrechterhaltung imperialistischer Interessen im südlichen Afrika ist.

Die Bonner Regierung scheint sich mehr und mehr auf die rechteste Variante im westlichen Lage zu einigen. Nach einer kurzen Phase der Meinungsverschiedenheit zwischen Strauß und Genscher erklärte der Bundesminister im Kanzleramt, W. Schäuble, gegenüber der „Welt": „Die Regierung Botha hat in der Vergangenheit Anstrengungen für eine notwendige Reformpolitik in der richtigen Richtung unternommen. Diese Anstrengungen waren leider noch nicht ausreichend. ... Jetzt kommt es darauf an, psychologisch eine Situation herbeizuführen, die die Verantwortlichen in Südafrika nicht in eine Sackgasse treibt." (15.9.) Das heißt nichts anderes, als daß die bundesdeutsche Außenpolitik dem südafrikanischen Regime bis zum Ende die Stange halten wird. Die Aufgaben für eine Solidaritätsbewegung dürften angesichts dieser Politik nicht klarer zu definieren sein.

wo.

Erklärung des ANC zur Rede von Botha

„Der bewaffnete Kampf muß verstärkt werden"

Mitte August hielt Präsident Botha seine von allen Seiten mit Spannung erwartete Rede vor dem südafrikanischen Parlament. Die Rede erwies sich als eine Bestätigung der gegenwärtigen Apartheidpolitik. Wer noch vor der Rede irgendwelche Hoffnungen darin hatte, daß die derzeitige südafrikanische Regierung offen für ein anderes Vorgehen als die brutale Niederwerfung der schwarzen Revolte sei, wurde nachdrücklich auf die Realitäten gestoßen. Am folgenden Tag erklärte für den ANC Oliver R. Tambo in Lusaka:

Gestern abend mußte sich das Volk Südafrikas sowie die übrige Welt eine anmaßende Bekräftigung Präsident P.W. Bothas anhören, daß das Apartheidsystem unverändert bestehen bleiben werde. Während jeder Mensch in unserem Land wie im Ausland, der seinen Verstand gebraucht, sagt, mit der Apartheid müsse jetzt Schluß sein, brachte die herrschende Gruppe nichts anderes fertig, als sich als das zu zeigen, was sie ist — ein Clique absolut unverbesserlicher Rassisten, rücksichtsloser Reaktionäre und blutrünstiger faschistischer Größenwahnsinniger, die sich um niemanden scheren als um sich selber. (...)

Botha bekräftigte seine Entschlossenheit, Nelson Mandela und die anderen politischen Gefangenen im Gefängnis zu behalten, indem er anbot, ihre Entlassung in Betracht zu ziehen, wenn sie Bedingungen annähmen, die sie bereits zurückgewiesen haben und weiterhin ablehnen werden. Statt der Forderung unseres Volkes sowie der internationalen Gemeinschaft nachzugeben, diese wirklichen Führer unseres Volkes freizulassen und mit ihnen zu sprechen, versprach Botha, mit seinen bezahlten Angestellten zu sprechen, die er aushält, damit sie ihm helfen, das verbrecherische Apartheidsystem zu verwalten. (...)

Botha hat bestätigt, was wir bereits viele Male gesagt haben — daß die Apartheid nicht reformiert werden kann. Der Botha-Malan-Kurs hat unser Land bereits an den Rand des größten Flammenausbruchs in unserer Geschichte gebracht. Die einzige gangbare und von den Massen unseres Volkes abzeptierte Lösung bewegt sich um die Freiheitscharte und die Strategie des ANC. Die Massen unseres Volkes demonstrieren, daß nur ein Punkt auf der Tagesordnung steht: Aktion. Die vor dem ANC und unserem Volk stehende Aufgabe ist klar: Das Botha-Regime muß vernichtet werden — das ist die allerdringlichste Aufgabe.

Der bewaffnete Kampf muß und wird verstärkt werden. Die Massen unseres Volkes, denen Botha einen totalen Krieg erklärt hat, müssen und werden die allgemeine Offensive verstärken, um die Apartheidorgane der Regierung zu zerstören, um das verbrecherische rassistische System funktionsunfähig und um Südafrika unregierbar zu machen. Wir müssen unsere Einheit bewahren wie nie zuvor und allen Provokationen, uns zu spalten, wie nur wenige Tage zuvor in Durban, eine Abfuhr erteilen.

Viele Weiße werden ihr Leben lassen, so wie es die Schwarzen bereits mußten. Viel Besitz wird zerstört werden. (...)

Diejenigen aus unserem Volk, die ihre Hoffnungen darauf gesetzt haben, Botha werde die Gangart wechseln und einräumen, daß es eine drigende Notwendigkeit für einen Wandel gibt, müssen all ihre Illusionen fahren lassen. Sie müssen gegen das Botha-Regime aktiv werden, um die Ziele zu verwirklichen, für die sie sich ausgesprochen haben und die dieses Regime nun mit völliger Verachtung abgelehnt hat. Ich spreche damit die Geschäftswelt unseres Landes an, die Freiberufler und Intellektuellen, die kirchliche Gemeinschaft und andere. Ihnen sagen wir: Eure eigenen Interessen bedingen, daß ihr Euch dem Kampf für die Vernichtung des Frankensteinmonsters Apartheid anschließt. (...)

Die Zwänge des Apartheidsystems treiben das Pretoria-Regime dazu, blind in den eigenen Untergang zu marschieren und auf seinem Weg verbrannte Erde zu hinterlassen. Wir als seine Opfer sind bereit, jedes erdenkliche Opfer zu bringen, um Gerechtigkeit und Demokratie auf der Grundlage des Prinzips „Eine Person, eine Stimme" in einem einheitlichen Südafrika zu erreichen.

Südafrika hat seinen Rubikon überschritten.

Lusaka, 16. August 1985





5 Jahre nach dem Oktoberfest-Attentat

Blick hinter die Kulissen des Rechtsstaats

Ein Thema, das in der Bundesrepublik nie über mäßiges öffentliches Interesse herauskam, ist Inhalt eines soeben erschienen Buches. Die Geschichte des Oktoberfest-Attentates wird neu aufgerollt. Bei der Lösung der nach wie vor bestehenden Rätsel und Widersprüche gelingt zwar kein sensationeller Durchbruch. Beeindruckend und einmalig ist jedoch die kompakte Darstellung, die den Leser/die Leserin an das Verständnis des Modell Bayern im Modell Deutschland heranführt.

„Ich vergesse das Bild nicht, ich habe es oft später geträumt. Im Vordergrund die Toten, die Schwerverletzten am Boden, im Hintergrund die Menschenwand mit den Polizisten, und ganz im Hintergrund ging der Betrieb auf dem Oktoberfest weiter. Das Riesenrad drehte sich, die übliche Oktoberfestmusik war zu hören, und das Jauchzen und Kreischen der Leute in der Achterbahn, die ihren Spaß hatten. Im Vordergrund, die Leute am Boden, die haben gestöhnt, sie waren verletzt und hatten Schmerzen. Und wenn hundert Leute stöhnen, dann gibt das einen eigenartigen Klangteppich. Das mischte sich mit der Musik und der Volksfeststimmung. Ich dachte: Hier ist ein Schlachtfeld; so sieht Krieg aus."

Der Platz am Ausgang der Münchner Theresienwiese, wie ihn ein Zivildienstleistender erlebte; hier war am 26.9.1980 um 22.19 Uhr eine Bombe explodiert, die 13 Menschen das Leben kostete und über 200 verletzte. Es war das schwerste Attentat in der Geschichte der BRD — und das politisch gefährlichste: 9 Tage später sollte der Bundestag neu gewählt werden, und zum ersten und bisher einzigen Mal hatte die Rechte Franz Josef Strauß als Bundeskanzler-Kandidaten nominiert.

Während die Verletzten noch stöhnten, gaben prominente CSU-Politiker, großenteils aus den Bierzelten an den Tatort geeilt, Wahlkampf-Parolen aus. Beim Bonner Innenministerium, damals durch Baum (FDP) geleitet, wurde die Schuld gesucht. Das Konzept von Strauß sah vor (und das hat sich bis heute kaum geändert), die FDP unter 5% zu bringen, um in einem Zweiparteien-Parlament als stärkste Fraktion die Macht zu übernehmen. Der Kandidat war, seinem sogenannten Naturell entsprechend, wenig zimperlich: *„Man müßte jetzt ein Flugblatt verfassen, das nur eines zeigt — Baum im Gespräch mit Mahler"* (zitiert nach „stern" 10/84). Seine Erwähnung des ehemaligen RAF-Anwalts in diesem Zusammenhang macht klar, in welche Richtung er die Suche nach den Tätern lenken wollte, nach links natürlich, obwohl der blinde Terror gegen Unschuldige und Unbeteiligte seit jeher das Markenzeichen von Faschisten ist.

Elf Stunden nach der Explosion ergaben medizinische Untersuchungen

dige und Unbeteiligte seit jeher das Markenzeichen von Faschisten ist.

Elf Stunden nach der Explosion ergaben medizinische Untersuchungen

und erste Vernehmungen von Augenzeugen einen Verdacht gegen einen der Toten; seine Verstümmelungen schienen darauf hinzudeuten, daß er sich zuletzt gerade über die explodierende Bombe gebeugt hatte. Außerdem war er kurz zuvor am Ausgang der Theresienwiese mit einem kleinen Koffer und einer weißen Plastiktüte gesehen worden, die den Anschein machte, als ob sich ein schwerer Gegenstand darin befand. Bei dem Toten war sein Ausweis gefunden worden; eine Überprüfung der Personalien im zentralen Verfassungsschutz-Computer NADIS wurde veranlaßt. Das Ergebnis bekam zuerst der damalige Leiter der Abteilung Staatsschutz im bayerischen Innenministerium, Langemann, in die Hand. Am Samstag, den 27.9., um 10.03 Uhr gab er an das Lagezentrum Bayern (LZBy) die Meldung weiter: *„Der verdächtige Köhler ist Anhänger der Wehrsportgruppe Hoffmann."*

Am gleichen Vormittag sprach Strauß, dessen Frau Marianne und Sohn Max sich mit stündlichen Telefonanrufen beim LZBy unwirsch nach dem Stand der Dinge erkundigten, mit „Bild am Sonntag": *„Herr Baum hat schwere Schuld in zweierlei Hinsicht auf sich geladen. Erstens durch die ständige Verunsicherung und Demoralisierung der Sicherheitsdienste, die sich ja heute nicht mehr trauen, im Vorfeld aufzuklären und den potentiellen Täterkreis festzustellen. Zweitens durch die Verharmlosung des Terrorismus. Für mich ist Herr Baum als Innenminister eine Skandalfigur. Er hat zwar keine unmittelbare Verantwortung für dieses Attentat. Er ist aber als Innenminster fehl am Platz."*

Knapp vier Stunden, nachdem man um die WSG-Mitgliedschaft eines mutmaßlichen Attentäters wußte, erreichte um 13.50 Uhr ein Konvoi aus ehemaligen Bundeswehrfahrzeugen die deutsch-österreichische Grenze an der Bundesstraße in Schwarzbach. Die Grenzpolizei kontrollierte vier junge Männer, deren Personalien sie an LZBy im bayerischen Innenministerium durchgab. Es handelte sich durchweg um bekannte Wehrsportler aus Hoffmanns Truppe. Deshalb befand sich der Konvoi auch unter ständiger Überwachung durch Verfassungsschützer, die ihrerseits Langemann im LZBy auf dem Laufenden hielten. Ebenfalls am Grenzübergang anwesend: Reporter der „Quick" in Erwartung spannender Ereignisse. Später schrieben die bayerischen Ermittler über die Situation: *„Es entstand aus damaliger Sicht der Eindruck, daß dieses Vorhaben dazu diente, eventuellen Tatbeteiligten die Flucht ins Ausland zu ermöglichen oder Beweismittel beiseite zu schaffen."*

Trotz dieser scharfsinnigen Kombination liessen die Bayern den Konvoi passieren (trotz oder wegen?). In Österreich wurde den WSG-Männern jedoch die Einreise verweigert, sodaß sie kehrtmachen mußten, um in Garching bei München zu übernachten.

jedoch die Einreise verweigert, sodaß sie kehrtmachen mußten, um in Garching bei München zu übernachten.

Die vermutete Flucht- und Verdunkelungsgefahr führte schließlich zum blitzschnellen Zugriff der Polizei am nächsten Morgen. Ebenso schnell waren sie am Montag, den 29.9., wieder frei — wie Hoffmann und alle anderen WSG-Mitglieder, die man im Laufe des Wochenendes verhört oder vorübergehend festgenommen hatte.

An diesem Tag spekulierten Boulevardblätter bereits über den Gundolf Köhler als „Einzelgänger und Massenmörder". Damit nahmen sie das offizielle Ergebnis aller Untersuchungen vorweg. Im Schlußvermerk des bayerischen Landeskriminalamtes vom Mai 1981 heißt es lapidar: *„Schlußbemerkung. Nach dem jetzt vorliegenden abschließenden Ermittlungsergebnis ist festzustellen, daß Gundolf Köhler als Alleintäter gehandelt hat."* Etwas mehr Zeit ließ sich der Chef der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe, Rebmann. Seine Wertung bei Einstellung des Verfahrens am 23.12.82 lautet: *„Für eine Tatbeteiligung Dritter sprechen nur einige unterschiedliche Beweiserkenntnisse, die einen abschließenden Nachweis der Tatbeteiligung jedoch nicht zulassen."* Weiter und jetzt definitiv: *„Insbesondere haben die Ermittlungen nichts ergeben, was konkret dafür spräche, daß Angehöri-*

jetzt definitiv: *„Insbesondere haben die Ermittlungen nichts ergeben, was konkret dafür spräche, daß Angehöri-*

ge rechtsextremistischer Organisationen mit dem Anschlag in Verbindung stehen könnten." („stern" 10/84)



1983 beantragte der Münchner Rechtsanwalt Werner Dietrich im Auftrag zweier Opfer des Attentats die Wiederaufnahme des Verfahrens. Rebmann ließ einige Nachermittlungen durchführen — bezeichnenderweise durch dieselben Beamten, die den Fall schon im Mai '81 „erledigt" hatten. 1984 wurde die Wiederaufnahme erwartungsgemäß und routinemäßig abgelehnt. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß war nie auch nur im Gespräch — nicht einmal als Forderung. Im derzeit laufenden Marathon-Prozeß gegen Karl-Heinz Hoffmann wird das Stichwort München peinlichst gemieden, es sei denn, der WSG-Chef sondert selbst seine Desinformationen darüber ab.

Unerschütterlich halten Justiz und Politik am „Einzeltäter Köhler" fest. Dies gilt nicht nur für die derzeitigen Repräsentanten des Staates und ihren Sicherheitsapparat, dessen Spitzenpositionen von BKA bis BND mittlerweile durchgängig mit Parteigängern von CDU/CSU und anderen Alkoholikern besetzt sind. Es gilt ohne Einschränkung auch für die Schar von Sozialdemokraten und sog. Linksliberalen, die

besetzt sind. Es gilt ohne Einschränkung auch für die Schar von Sozialdemokraten und sog. Linksliberalen, die

aufgrund ihrer ehemaligen Funktion intime Kenntnisse aller Hintergründe haben dürften, und die ihre inzwischen nicht mehr neue Rolle in der Opposition zum Umdenken in so vielen Fragen nutzten. Nicht jedoch in dieser: Baum, Vogel, v. Schoeler, Herold u.v.a.m. schwiegen beharrlich, als es um die Wiederaufnahme der Ermittlungen ging. Schließlich braucht man die Grünen in diesem Zusammenhang überhaupt nicht erwähnen, weil Antifaschismus nicht zu den ökologischen Themen zählt.

Diesen „Markt" findet ein jetzt im Luchterhand-Verlag erschienenes Buch „Oktoberfest — Ein Attentat" vor, dessen Klappentext mit den Worten endet: ***„unaufgeklärt, unverstanden und ungesühnt"***. Schon weil dieser „Markt" so ist, müssen dem Buch die Daumen gedrückt werden. Autor Ulrich Chaussy ist über 250 Seiten eine eindringliche Zusammenfassung der Faktoren gelungen, die bei dem Terroranschlag eine Rolle spielten: vom Umfeld des Gundolf Köhler über den Verlauf der amtlichen Ermittlungen bis zur Atmosphäre jenes alljährlichen Bayern-Gaudis, welches im Westen beinahe ebenso mit dem Monat Oktober assoziiert wird wie im Osten eine wichtige Revolution...

Chaussy ist lesbar bemüht, nur die von ihm nachrecherchierten Fakten wiederzugeben; bewußt vermeidet er schnelle Kombinationen, Hypothesen, Spekulationen. Er will nicht in den Fehler verfallen, den er an den Ermittlungen kritisiert: *„Mit Spekulationen erwünschte Zusammenhänge herzustellen, mit Auslassungen unerwünschte Zusammenhänge zu ignorieren."* Seine vorsichtige Wertung im Anhang des Textes: Massive Zweifel an der offiziellen Version der Tat. Den mit dem Fall befaßten Behörden wirft er Fahrlässigkeit, Naivität und Dilettantismus vor. Dies kann man auch anders — schärfer — sehen.

Vor allem aber werden erstmals längere zusammenhängende Passagen von Zeugenaussagen aus den Akten wiedergegeben und nicht nur bruchstückhafte Zitate, wie bisher gelegentlich in der Presse geschehen. Dies ist es natürlich, worauf aktive Antifaschisten seit Jahr und Tag gewartet haben; dem soll auch im Folgenden unser Augenmerk gelten.

Ein Zeuge wird krank

Noch in der Nacht vom 26. auf den 27.9. meldet sich ein Mann bei der Polizei, um seine Beobachtungen an der Theresienwiese mitzuteilen. Er wird von den Ermittlern zunächst als der „zuverlässigste" Tatzeuge eingestuft; insgesamt fünf Mal wird er in den folgenden Tagen und Wochen zu Vernehmungen gebeten. Gerd Bahr (Name vom Buchautor geändert) sagt aus, Köhler sei ihm ungefähr 40 bis 50 Minuten vor der Explosion auf einer Verkehrsinsel (Brausebad) in der Nähe des späteren Tatorts aufgefallen. Er habe dort mit zwei anderen jungen Männern ein *„hektisches Gespräch"* geführt. Zitat Bahr: *„Subjektiv bin ich der Meinung, daß sich die Leute in der Dreiergruppe gekannt haben müssen. Es war so, wie wenn man sich kennt und irgend etwas diskutiert."* Köhler habe eine weiße Plastiktüte getragen, neben ihm sei ein kleiner brauner Koffer abgestellt gewesen.

Bahr beobachtet die Szene am Brausebad mehrere Minuten lang, bevor er seines Weges geht. Unmittelbar bevor die Bombe hochgeht, sieht er den jungen Mann mit der Plastiktasche und dem Koffer wieder. Er bemerkt noch, wie Köhler einen Gegenstand abzusetzen scheint, und bekommt ein ungutes Gefühl. Dann verliert er ihn aus den Augen, weil sich andere Menschen dazwischen schieben. Im Moment der Explosion *„war ich bereits aufgrund meines eben erwähnten Mißtrauens dabei, mich auf den Boden zu werfen. Dennoch erfaßte mich in der Fallbewegung in der Höhe der Schulter eine ungeheure Druckwelle und schleuderte mich zu Boden."* Bahr bleibt bis auf einige Prellungen bzw. Schürfungen unverletzt.

Aufgrund seiner Aussagen wird ein Phantombild Köhlers mit Plastiktasche und Koffer angefertigt. Ferner heißt es in einem Aufruf des bayerischen LKA vom 9.10.80, die beiden jungen Männer vom Brausebad mit Parkas und Kurzhaarschnitt *„werden gebeten, sich als wichtige Zeugen zur Verfügung zu stellen und sich umgehend mit der Sonderkommission des Bayr. Landeskriminalamtes in Verbindung zu setzen."* Formvollendet und höflich, aber ziemlich ungewöhnlich für eine Fahndung. Die Herren melden sich nicht — **der Koffer ist verschwunden.** Im Schlußvermerk des LKA wird er gar nicht erst erwähnt. In Rebmanns Abschlußbericht heißt es dagegen: *„Tatsächlich ist an der Sprengstelle auch ein kleinerer Koffer zurückgeblie-*

Abschlußbericht heißt es dagegen: *„Tatsächlich ist an der Sprengstelle auch ein kleinerer Koffer zurückgeblie-*

ben; das Behältnis war jedoch aus unbekannter Ursache bei Eintreffen des Spurensicherungsdienstes nicht mehr vorhanden." Der Koffer ist wichtig, weil Köhler im Gespräch mit Freunden in seiner Heimatstadt Donaueschingen (s.u.) über einen *„Anschlag auf die Wiesn"* diskutiert und dabei gesagt hatte, ***„daß bei einer solchen Sache zwei Mann nötig wären. Einer sollte den Sprengkörper befördern, der andere wäre für die eventuelle Fernzündung (!) verantwortlich. Gundolf sagte, einer schafft es aus körperlichen und geistig-seelischen Gründen nicht."*** Wenn der Koffer verschwand, muß es jemanden gegeben haben, der ihn verschwinden ließ.

Hektisches Gespräch, zwei Mann, geistig-seelische Belastung. Eine Tatzeugin sieht zwei Personen am Ausgang des Oktoberfests; in dem einen erkennt sie später Köhler wieder. Die beiden zerren an einem weißen Gegenstand zwischen ihnen. Sie denkt: *„Was machen die denn da für einen Unfug?"* Sie sagt laut: *„Was zerren die denn da?"* Ihr Mann, der sie begleitet, die Szene selbst aber nicht gesehen hat, kann sich später daran erinnern, diesen Satz gehört zu haben. Dann nimmt sie einen grellen Lichtschein wahr, unmittelbar danach die Detonation. *„Während dieser großen Helligkeit sah ich aus dem beobachteten Bereich zwei Beine weglaufen..."* Eine Vision? Sekundenbruchteile zuvor sah sie einen weißen Gegenstand etwas über Kopfhöhe nach oben fliegen. Das deckt sich jedenfalls haargenau mit der Aussage Bahrs. Dieser hatte seinen Angaben nach Köhler selbst zuletzt nicht mehr im Blickfeld. Er erinnerte sich aber daran, *„daß ich die helle Plastiktüte hochgehen sah."*

Zwei Mann, Gezerre, geistig-seelische Belastung. Eine dritte Augenzeu-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

gin fand sich nach der Explosion mitten zwischen Toten und Verletzten wieder. *,,Ihren Bekundungen zufolge hat unmittelbar nach der Explosion ein nicht identifizierbarer jüngerer Mann in Tatortnähe weinend ausgerufen: ,I kann nicht mehr! I wollt's nicht! I kann nichts dafür! Helft's ma!'''* **Dieser jüngere Mann stand an der Leiche von Köhler**; ein älterer Mann versuchte, ihn zu beruhigen. Offenbar haben es auch diese beiden vorgezogen, sich nicht den Behörden als Zeugen zur Verfügung zu stellen. Das bayerische LKA wiederum zog es vor, die Aussage in seinem Schlußvermerk zu verschweigen; bei Rebmann allerdings taucht sie auf.

Faßt man die bisher vorliegenden Informationen (s. AK 245 u. 251) zusammen, so haben insgesamt fünf verschiedene Zeugen unabhängig voneinander Köhler in der letzten Stunde vor dem Attentat mit anderen Personen zusammen gesehen. Ein weiterer Zeuge hat das Auto, das K. benutzte, schon am Mittag des 26.9.80 in München gesehen und sich dessen Kennzeichen notiert, weil er sich über die dabeistehenden vier jungen Leute ärgerte, die das Fahrzeug auf dem Bürgersteig geparkt hatten. Dasselbe Auto will eine Zeugin bereits in der Vorwoche, anläßlich der Eröffnung des Oktoberfestes, in München gesehen haben. Unter den fünf Insassen soll sich auch K. befunden haben. Nur eine einzige Zeugin hat K. allein mit seiner Plastiktüte auf den Papierkorb zugehen sehen, in dem er die Bombe dann deponierte. **Die Frage ist nicht, ob Köhler als Einzeltäter handelte. Die Frage ist, wie die Ermittler überhaupt auf diese abwegige Version, die den Zeugenaussagen diametral widerspricht, gekommen sind.**

Die eine Zeugin, fand Chaussy heraus, wurde zweimal kurz vernommen; auf etwa zehn ihr vorgelegten Lichtbildern konnte sie den erregt gestikulierenden und weinenden jungen Mann nicht wiedererkennen. Seit Oktober 1980 hat sie von der Polizei nichts mehr gehört. Der zweiten Zeugin gegenüber gaben sich die Beamten sehr skeptisch. Niemand anders habe ihre Aussage bestätigt. Bahr jedoch wurde wieder und wieder zu Gesprächen aufgesucht oder vorgeladen. Man fragte ihn nach seinem auffälligen Interesse, das er an jenem Abend für Köhler gezeigt hatte. Bahr erklärte, er sei homosexuell und an jenem Abend auf Kontakt aus gewesen. Man durchleuchtete sein persönliches, berufliches und politisches Vorleben. Schließlich erklärte er am 6.11.80 über die beiden Personen, die er in Begleitung K.s wahrgenommen hatte: *,,Es kann durchaus*

nen, die er in Begleitung K.s wahrgenommen hatte: ,,Es kann durchaus

möglich sein, daß sie mit Herrn Köhler in keinster Weise etwas gemeinsam hatten, daß der Gesprächsverlauf eine durchaus suggestive Beobachtungsweise war. Es kommt eher dem nach, daß Köhler sich fragend an die beiden Unbekannten wandte, zumal ich von mir aus vermutete, daß Köhler eine Übernachtungsmöglichkeit suchte, was ich durch den Treffpunkt Brausebad — ,Homosexuelle' — herauslas.''

Das kann man als **glatten Widerruf** bezeichnen. Bahr meinte schließlich auch, er sei sich nicht mehr sicher, ob Köhler, als er ihn zuletzt sah, tatsächlich den kleinen Koffer noch bei sich gehabt hatte. So werden Aussagen, wie sich Rebmann auf einer Pressekonferenz eine Woche später (s. AK 251) auszudrücken beliebte, ,,ausermittelt'', will sagen aus den Ermittlungen gefeuert. Chaussy hat natürlich versucht, diesen von ihm Bahr genannten Menschen selbst zu sprechen. Er fand heraus, daß er am 6.8.82 verstorben war. Dies war in der Akte der Karlsruher Bundesanwaltschaft (die erst ein Vierteljahr später geschlossen wurde) nicht enthalten.

Ein Zeuge stirbt

Bahr erkrankte in der Woche nach dem Attentat und sollte sich von dieser Krankheit nie wieder richtig erholen. Im Dezember '81 wurde er in eine psychosomatische Klinik im Schwarzwald überwiesen, wo sich sein Zustand weiter verschlechterte: Er erlitt einen Herzinfarkt. Chaussy ist — in der Annahme, Bahr könnte die beiden Parka-Männer besser gesehen haben, als es aus den Akten hervorgeht — der Frage nachgegangen, ob er vor irgendetwas Angst gehabt haben könnte. Der Hausmeister des Appartment-Blocks, in dem der tote Zeuge gewohnt hatte, kann sich daran erinnern, daß er Anfang '81 ein zusätzliches Sicherheitsschloß in seine Wohnungstür einbauen ließ. Im Juli '82 sei er ausgezogen; er habe die Aussicht auf die Theresienwiese, die er von seinem Appartment aus hatte, nicht länger ertragen können. Auf die gleiche Frage antwortet der Bruder Bahrs: *,,.... er hat eben zu mir gesagt, er will darüber nicht sprechen aus irgendwelchen Bedenken heraus, welche auch immer, daß er da nicht irgendwo dazwischen kommt, und daß vor allem auch ich da gar nichts drüber weiß, über die ganze Sache.''*



,,Ich handle nur so, wie ich glaube, daß Hitler heute handeln würde.'' (,,Führer'' Hoffmann)

Ohne eine Obduktion vorzunehmen, wird als Todesursache Herzversagen festgestellt. Merkwürdig findet Chaussy, daß er nur drei Tage nach Stefan Wagner starb, jenem hessischen Neonazi, der sich in einer Art Amoklauf der Beteiligung am Münchner Anschlag anklagte, bevor er sich (angeblich) selbst erschoß (s. AK 245).

Ungewöhnlich ist auch der Werdegang Bahrs, im Buch unter der Kapitelüberschrift *,,Seismograph''* wiedergegeben. Chaussy meint, *,,daß es in seinem Leben schon mehrfach Orte von Unruhe, man kann auch sagen: Berufung gegeben hatte, die ihn gleichsam magnetisch anzogen.''* 1964 bis '66 war Bahr Mitglied der NPD, in der er bis in den bayerischen Landesvorstand aufstieg. Nur wenige Wochen nach seinem Austritt tauchte er beim SDS auf, zunächst in München, dann in Westberlin. Dort war er bei APO-Demonstrationen 1967 ,,so aktiv'', daß er wegen Landfriedensbruchs zu neun Monaten mit Bewährung verurteilt wurde. Danach zog er sich zurück und arbeitete, wieder in München, als Sozialhelfer in einem Wohnheim für Strafentlassene. Weil er wohl auch engere Beziehungen zu einigen Heimbewohnern anzuknüpfen versuchte, mußte er nach eineinhalb Jahren diesen Dienst quittieren, um als Hotelkaufmann weiterzumachen.

Was stutzig machen muß, ist der unmittelbare Übergang vom NPD-Vorstand an die Spitze gewalttätiger De-

Was stutzig machen muß, ist der unmittelbare Übergang vom NPD-Vorstand an die Spitze gewalttätiger De-

mos von ,,langhaarigen Affen''. Da haben wir wieder eine solche Brücke von ganz rechts bis ganz links, von der eine bewährte Faustregel besagt, daß man prüfen sollte, ob sie nicht auf Staatsschutzpfeilern gebaut ist. War es Berufung oder Beruf, was Bahr an die Brennpunkte des Geschehens zog, um als ,,seismographischer'' Beobachter gesellschaftliches Beben anzuzeigen? Warum beschlich ihn im Unterschied zu allen anderen Tatzeugen diese vollkommen richtige Ahnung von Gefahr in den Minuten und Sekunden vor der Detonation? Und später: Hatte er Angst, von Mittätern Köhlers wiedererkannt zu werden, oder hatte er (noch mehr) Angst vor denen, die amtlicherseits mit der Bearbeitung des Falls — von ,,Aufklärung'' wird man kaum reden können — beauftragt waren? Gesetzt den Fall, ersteres träfe zu (das ist Chaussys Hypothese); dann wäre es verständlich, wenn Bahr versucht hätte, sich selbst aus der Schußlinie zu nehmen, indem er seine anfänglichen Aussagen widerruft. Bahr wäre also von sich aus auf die Ermittler zugekommen, um sich zu korrigieren. Offenkundig ist die Sache aber andersherum gelaufen — **die vernehmenden Beamten scheinen ihn so lange bedrängt zu haben, bis er seine ursprünglich protokollierten Beobachtungen so weit relativierte, daß sie praktisch völlig entwertet waren.**

Waren denn überhaupt ,,von Berufs wegen'' Leute auf jenem Oktoberfest, d.h. polizeiliche Sicherheitskräfte oder auch Langemanns Leute? Darüber ist bis zum heutigen Tag nichts zu erfahren. Dies ist umso erstaunlicher, als der ,,stern'' (10/84) von einem vertraulichen Treffen von Sicherheitsexperten eine Woche vorher zu berichten wußte, auf der über Bombendrohungen gegen das Oktoberfest gesprochen wurde: *,,Ein Teilnehmer warnte vor einer Besonderheit: ,der zu befürchtende Anschlag kommt von rechts'.''*

Noch ein kranker Zeuge?

Bereits einen Tag nach dem Attentat meldete sich die Polizei bei einer Frau in München, die Köhler während einer Ferienreise kennengelernt hatte. Viel war von ihr nicht zu erfahren. Sechs Tage jedoch brauchte man bis zum ersten Verhör mit K.s Freunden oder Bekannten in Donaueschingen. Nicht daß diese schwer zu finden gewesen wären: Reporter der ,,Qick'' tauchten bei ihnen schon am 27.9.80 auf. Folglich waren sie vorgewarnt und hatten ausreichend Zeit, sich abzusprechen und auf die Verhöre vorzubereiten. Erst in einem zweiten Gespräch am 29.10.80 wurden die Ermittler an dieser Stelle fündig. Die Köhler-Freunde Gärtner und Wiegand (Namen vom Buchautor geändert) sollten mit ihren Aussagen entscheidenden Einfluß auf den Gang der Dinge nehmen. So oder so — einer der beiden sagt die Wahrheit, der andere verbreitet faustdicke Lügen.

Gärtner behauptet, Köhler habe mit ihm und Wiegand über die Möglichkeit einer Wahlbeeinflussung durch Bombenanschläge gesprochen. ***,,In den drei Diskussionen gab Gundolf an, wenn zum Beispiel einmal etwas losginge, dann könne man es den Linken in die Schuhe schieben.''*** K. habe das Gespräch auf das Oktoberfest gebracht. ***,,Das Gespräch über das Oktoberfest stand im Zusammenhang mit der Wahl. Gundolf brachte die Idee mit dem Oktoberfest ins Spiel. Er sagte, daß eventuell auf dem Oktoberfest so etwas durchgeführt werden könnte.''*** K. habe sich zur Wehrsportgruppe Hoffmann und zur NPD bekannt. ***,,Auch Peter Wiegand war der Meinung, daß ein starker Mann gut sei. Während Gundolf eine nationalsozialistisch-faschistische Diktatur für wünschenswert hielt, war Peter Wiegand***

Während Gundolf eine nationalsozialistisch-faschistische Diktatur für wünschenswert hielt, war Peter Wiegand

nicht so eindeutig dafür.'' Köhler habe sich aber auch, laut Gärtner (der damit vielleicht hauptsächlich seine eigene Meinung wiedergibt), dafür ausgesprochen, *,,Zivilisten''* zu schonen. Leider fallen Juden nicht unter diese Kategorie: *,,Gundolf befürwortete nur (!) die Tötung von Juden, zog aber Gewalt konkret (!) nicht in Erwägung. Er sprach aber davon, daß man eventuell ein Bömble zünden könne ...''* usw.usf.

Beim Gärtner-Protokoll fällt ins Auge, wie oft darin betont wird, daß K.s Äußerungen nicht konkret gewesen seien, obwohl tatsächlich Ort, Zeit, Art und Zweck eines Anschlags bis ins Einzelne erörtert worden sind — vorausgesetzt, der Zeuge sagt die Wahrheit. Die Vernehmung soll sieben Stunden gedauert haben; ihr war ein vierstündiges nicht-protokolliertes Vorgespräch vorausgegangen. Geht man falsch in der Annahme, daß sich Gärtner sehr genau darüber im Klaren war, wie weit er mit seiner Aussage gerade noch gehen durfte, um nicht schnurstracks hinter Gitter zu wandern? Täuscht man sich, wenn man aus den Sätzen, wie ,,unkonkret'' alles gewesen sei, bereitwillige Formulierungshilfen von Staatsanwälten und Kommissaren herausliest? Bei diesen Hilfestellungen haben es die beamteten Herren sogar fertiggebracht, die von Köhler befürwortete Ermordung von Juden sogleich mit einem verharmlosenden Zusatz zu versehen. Das nennt man eine staatsbürgerliche Gesinnung. Alles deutet darauf hin, daß es einen deal mit Gärtner gegeben hat: Gegen die Zusicherung von Straffreiheit hat er ausgepackt.

Am nächsten Tag marschierten die Ermittler zu Wiegand. Dieser war noch weit verdächtiger als Gärtner: Er hatte nicht nur mit Köhler eine durch und durch unkonkrete Reise nach Zürich unternommen, um dort in Waffengeschäften Schießbaumwolle (Sprengstoff) einzukaufen und nach Zündern zu fragen, bei ihm war auch ein juristisches Buch gefunden worden. Darin unterstrichen: Der Gesetzestext über die Nichtanzeige geplanter Straftaten. Bei Wiegand dauerte das nichtprotokollierte Vorgespräch acht (!), die offizielle Vernehmung sechs weitere Stunden. Ergebnis: Das genaue Gegenteil der Angaben Gärtners. Das Wiegand-Protokoll sollte zum A und O des gesamten Verfahrens werden. Wiegand behauptet, für die Tat Köhlers könne es keinesfalls politische, sondern nur private Motive eines in jeder Hinsicht gescheiterten und verzweifelten Menschen geben.

Nach diesem Gespräch knüpften sich die Fahnder Bahr (s.o.) und Gärtner (s. AK 251) noch einmal vor. Beide nahmen ihre wichtigen Aussagen zurück. Von nun an gab es nur noch die Einzeltäter-Version. Es ist nicht nur zu bezweifeln, es ist höchst unglaubhaft, daß diese Version das ureigenste Produkt eines Donaueschinger Schwarzwald-Menschen sein soll, ohne daß da von kompetenter Seite nachgeholfen worden wäre. **Die Geschichte der Ermittlungen läuft darauf hinaus, daß vier Wochen lang nach Tatsachen gesucht wurde, um diese dann zwei Jahre lang wieder zuzudecken.** Bravo, Rebmann!

Wie aber nun freilich konnte der Gärtner zu seiner eigenartigen, politisch hochbrisanten Aussage gelangen? Ganz einfach: Ein Nervenarzt äußerte den Verdacht einer psychischen Erkrankung des Köhler-Bekannten. Im Schlußvermerk des bayerischen LKA liest sich das so, daß *,,er einfach nicht in der Lage war, ,Dichtung und Wahrheit' auseinanderzuhalten.''* **Von den beiden entscheidenden Zeugen des gesamten Verfahrens erlitt also einer einen Zusammenbruch in einer psychosomatischen Klinik, dem anderen wird bescheinigt, an einer nicht weiter klassifizierten psychischen Krankheit zu leiden.** Das LKA Bayern muß voll im Griff von Ostagenten sein. Denn die Sache mit der Psychiatrisierung ist doch eine Erfindung der Russen oder...?

Ermittlungen mit Dachschaden?

Mit besonderer Aufmerksamkeit zeichnet Chaussy das Wirken eines Mannes nach, der *,,wie eine Spinne im Netz''* im Zentrum des bayerischen Sicherheitsapparates agierte — der mit einem Doktortitel versehene Langemann. Zu Unrecht gelte die öffentliche Aufmerksamkeit ausschließlich den angestaubten Agentenstories dieses ehemaligen BND-Agenten, dem nach entsprechenden Veröffentlichungen in ,,konkret'' von Strauß ein ,,Dachschaden'' bescheinigt worden war. Weit mehr Schaden habe er in den Tagen nach dem Oktoberfest-Attentat angerichtet. Chaussy fand heraus, daß Langemann vom Morgen des 27.9. an ständig und

Oktoberfest-Attentat angerichtet. Chaussy fand heraus, daß Langemann vom Morgen des 27.9. an ständig und

unverzüglich mindestens ,,Quick'', ,,Bild am Sonntag'' und den Nachrichten-Dealer Frank Heigl in Südfrankreich (mit dem er ein Buchprojekt plante) über den letzten Stand der amtlichen Erkenntnisse auf dem Laufenden hielt. Dies erklärt, warum z.B. ,,Quick'' an der Grenze nach Österreich, in Donaueschingen und München schneller agierte als Kripo und Staatsanwaltschaft. Chefkorrespondent Paul Limbach war zufälligerweise sogar am Abend des 26.9. vor Ort. Im Bierzelt notierte er die ersten Reaktionen einer Prominenten-Runde mit bayerischem Finanzminister und Münchner Polizeipräsident, während draußen Menschen verbluteten. Riesig, was?

Diese Pflege der Presselandschaft — natürlich nur unter der Voraussetzung, daß es sich bei den Journalisten um Anhänger des Modell Bayern handelte — geschah in ausdrücklicher Absprache mit der Leitung des Innenministeriums unter seinem damaligen Chef Tandler. Buchautor Chaussy ist der Meinung, daß auf diese Weise der rechte Untergrund vorgewarnt und wahrscheinlich wertvolle Spuren verwischt wurden, noch bevor der Name Köhlers in den Medien bekanntgegeben war. Es fragt sich, ob damit alles erklärt ist. Interessant ist jedenfalls das Bild einer Presse, die als Sprachrohr von Geheimdiensten und Rechtsaußenpolitikern fungiert. Interessant ist die Verflechtung der Exekutive mit der ,,vierten Gewalt'' der Medien, um einvernehmlich die Öffentlichkeit zu manipulieren.

Gehen wir einmal davon aus, daß der Abteilungsleiter Staatsschutz im bayerischen Innenministerium der offizielle Kontaktmann der CSU-Spitze zu den Geheimdiensten ist. Dann hat Langemann mit seiner gezielten Öffentlichkeitsarbeit zu Gunsten der rechten Massenpresse politisch sehr umsichtig gehandelt. Es ist allemal besser, die Nachricht von der WSG-Mitgliedschaft des mutmaßlichen Attentäters selbst weiterzugeben, als daß der politische Gegner sie herausfindet und publiziert. Sonst kauft einem später niemand mehr eine Einzeltäter-Version ab...

Die Geschichte, die sich in diesem Fall aber nicht ironisch verhält, will es, daß ausgerechnet Langemann 1956 mit einer Arbeit ,,Das Attentat'' promovierte. Darin beschreibt er, daß es wirkliche Einzeltäter nur in den seltesten Fällen gibt. Häufig sei hingegen der *,,vorgeschobene Einzeltäter''*, der in Wirklichkeit auf Befehl politischer Führer handelt. Die andere Deutung dieses Begriffs liegt auf der Hand, wird aber nie ausgesprochen. Eine Einzeltäter-Version kann natürlich auch amtlicherseits ,,vorgeschoben'' werden, wenn es den Interessen des Staates dient. Jedenfalls wußte Langemann sofort nach dem Anschlag, was er zu tun hatte.

Warum aber um alles in der Welt telefonierte er in Permanenz mit jenem fern an der Cote d'Azur sitzenden Frank Heigl, der mit den heißen Infos gar nichts anfangen konnte und der Konkurrenz von Springer und Burda hoffnungslos unterlegen war? Da mag vielleicht so eine Art Absicherungsbedürfnis mitgespielt haben, so ein Gefühl, daß es vielleicht besser sein könnte, wenn noch jemand anderes, der nicht direkt zur CSU-Mafia gehört, mitbekommt, was man selbst weiß. Denn man kann ja nie wissen... Wenn es sich so verhält, dann hatte auch Langemann, der absolute Experte für Attentate, Angst — aber bestimmt nicht vor ein paar Neonazis.



Vor wem man wirklich Angst haben muß, das geht auch aus Chaussys neu-

Vor wem man wirklich Angst haben muß, das geht auch aus Chaussys neu-

em Buch nicht hervor, denn es vermeidet unbewiesene Schlüsse, auch wenn sie sich aufdrängen. Freilich: Wir ahnen es auch so. Der letzte Stand ist also der: Köhler handelte in und mit einer Gruppe. In dieser Gruppe gab es unmittelbar vor dem Anschlag eine hektische Situation bis zum offenen Streit; ein oder mehrere Begleiter K.s waren offenbar zuletzt nicht mehr einverstanden. Darauf weisen mehrere Zeugenaussagen hin, die einander nicht nur nicht widersprechen, sondern sich sogar ergänzen. Dadurch ist bei der Zündung des Sprengkörpers möglicherweise etwas ,,schiefgegangen''. Die beabsichtigte (aber nicht erreichte) politische Wirkung des Attentats — Wahlbeeinflussung — wurde vorher sehr genau besprochen und durchgespielt, so sorgfältig, daß es eigentlich kaum zum Bild Donaueschinger Studienanfänger paßt. Nach Mittätern Köhlers wurde trotz aller Hinweise darauf niemals gefahndet. Stattdessen wurden die entsprechenden Zeugen malträtiert, bis sie von ihren Aussagen wieder abrückten. Köhlers Verbindungen zur Wehrsportgruppe und zum Hochschulring Tübinger Studenten wurden zur belanglosen Randerscheinung zurechtgestutzt — genau so, wie Hoffmann es den Beamten erzählte. Hier tun sich Abgründe auf.

Es klingt unwahrscheinlich, daß eine Terrorgruppe eine derartige politische Deckung erfährt, wenn es sich dabei ausschließlich um ein paar jugendliche Neonazis handeln würde. Man sollte meinen, daß gewichtigere Interessen dahinterstecken.

Aber vielleicht war Strauß gar nicht der große Drahtzieher und Hintermann. Nur verhalten sich eben alle Dienststellen vom LKA Bayern bis zur Bundesanwaltschaft in Karlsruhe so, als ob sie annehmen, daß es jemand von diesem Kaliber war. Das ist schon komisch.

Komitee zur Wiederaufarbeitung zwischengelagerter Informationen

Alle nicht mit Quellenangaben versehenen Zitate aus Ulrich Chaussy, ,,Oktoberfest — Ein Attentat'', Luchterhand 1985, ca. 26 DM

14. bis 20. Oktober: DGB-Aktionswoche

Neue Angriffe auf gewerkschaftliche Rechte

Eine Einigung und zwei Arbeitsgruppen standen am Schluß des mit großem öffentlichen Getöse versehenen Trialogs zwischen Vertretern der Bundesregierung, des DGB und der Unternehmerverbände am 5. September. In allen substantiellen Fragen — ein Beschäftigungsprogramm, keine Änderung des sogenannten ‚Minderheitenschutzes' im Betriebsverfassungsgesetz, keine Änderung des §116 Arbeitsförderungsgesetz (‚Neutralitätspflicht' der Bundesanstalt für Arbeit), erweiterte Mitbestimmung bei der Einführung neuer Technologien, Überstundenabbau und Änderung der Arbeitszeitordnung — gab es keinerlei Änderungen der bisherigen Positionen.

Gab es nun Sieger und Besiegte? Zweifellos dürfte der arbeitsmarktpolitisch angeschlagenen Bundesregierung dieses Gespräch — das in dieser Form erste, seit vor acht Jahren die Gewerkschaften die ,,Konzertierte Aktion'' wegen der Mitbestimmungsklage der Arbeitgeber verließen — Punkte gebracht haben. Die ,,Sozialpartner'. sprechen wieder miteinander, Harmonie überwog. So ist man denn in der Bundesregierung und bei den Kapitalisten auch zuversichtlich, daß die Gespräche weitergehen werden. Mit den zwei Arbeitsgruppen zur Zukunft der Rentenversicherung und zur Verwendung der Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit (BfA) ist zunächst einmal für Gesprächskontinuität gesorgt. Ansonsten halten sich die DGB-Führer zur Zeit bedeckt, was die Fortsetzung der Spitzengespräche angeht. Breit äußerte sich skeptisch bezüglich des Nutzens, Wulf-Mathies (ÖTV) eher negativ, während Hermann Rappe (IG Chemie) als Befürworter einer Großen Koalition SPD/CDU klar für weitere Gespräche votierte. Eine Entscheidung darüber dürfte angesichts der DGB-Aktionswoche im Oktober sowieso erst nach diesen Aktionen anstehen.

Gesprächsergebnisse: Nichts

Für die Gewerkschaften ist Nullkommanichts bei diesem Gespräch herausgekommen. zwar wird gerne auf die Einigung bei der Verwendung der BfA-Überschüsse verwiesen, doch hat faktisch der DGB wenig damit zu tun. ,,*Tendenzielle Übereinstimmung*'' vermerkt die DGB-Erklärung vom 6.9. hierzu, ,,*bemerkenswerte Ansätze zu gemeinsamen Aktionen*'' glaubt dagegen der ,,Arbeitgeber'' (13.9.) zu erkennen. Die Einrichtung einer Arbeitsgruppe hierzu ist allerdings mehr ein Treppenwitz, da die Ergebnisse sowieso schon feststehen und der DGB bestenfalls noch informiert werden wird. Diese Überschüsse aus den Kassen der Arbeitslosenversicherung sind nicht aufgrund sinkender Arbeitslosigkeit zustande gekommen, sondern sind die Folge steigender Dauerarbeitslosigkeit und des Rausfallens dieser Dauerarbeitslosen aus den Leistungen der BfA. Der Streit darum ist eher ein Koalitionsstreit zwischen drei Richtungen in der derzeitigen Bundesregierung: Die FDP will ein sichtbares Signal für die Senkung der Lohnnebenkosten setzen, was mit dem jetzigen Kompromiß, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 0,1% zu senken, abgedeckt wird. Lambsdorff, Bangemann & Co. wollen damit ein deutliches Signal für weiteren Abbau der Unternehmensbelastungen setzen. Teile der Arbeitgeberverbände wollen ihrer mittelständischen Klientel die Kassen der BfA für weitere Ausbildungsmaßnahmen und Einarbeitungszuschüsse offenhalten, was mit 745 Millionen DM bereitgestellten Geldern für berufsqualifizierende Maßnahmen berücksichtigt wurde, allerdings unter der mindestens 1 Milliarde DM liegt, die der DGB forderte. Die CDU-Sozialausschüsse, ,,soziales Gewissen'' der Union, fanden schließlich Berücksichtigung mit der Forderung nach Verlängerung der Bezugsdauer für Arbeitslosengeld für ältere Arbeitnehmer (ab 45 Jahre 16 Monate, ab 50 Jahre 20 und ab 55 Jahre 24 Monate).

Neuer Zündstoff Arbeitskampfrecht

Wäre es nur dabei geblieben, der DGB hätte mit diesen Gesprächen dafür gesorgt, daß ziemlich viel Zündstoff aus der Aktionswoche herausgenommen wäre. Unfreiwillige Hilfe kam aber mittlerweile durch zwei Ereignisse, die die Handlungs- und Streikfähigkeit der Gewerkschaften erheblich berühren.

Zum einen das ,,Müller-Gutachten'' des ehemaligen Präsidenten des Bundesarbeitsgerichts, das nicht nur die gesetzliche Neufassung des §116 Arbeitsförderungsgesetz beschleunigen dürfte, sondern auch Bemühungen um eine grundsätzliche Neufassung des Streikrechts. Die gesetzliche Neufassung soll zukünftig verbindlich festlegen, daß die BfA kein Kurzarbeitergeld für mittelbar von einem Arbeitskampf Betroffene (bei Aussperrungen) auszahlen soll (siehe nebenstehenden Kasten). Damit wäre ein erheblicher Eingriff in die Streikkassen der Gewerkschaften vorgenommen oder — falls die Gewerkschaften kein Streikgeld an Ausgesperrte zahlen — ein zusätzliches Druckmittel gegen einen Streik geschaffen. Während die Bundesregierung offiziell immer noch so tut, als ob sie statt einer gesetzlichen eine einvernehmliche Regelung der Tarifpartner bevorzuge (die diese übereinstimmend als nicht möglich ansehen), hat FDP-Bangemann angekündigt, der §116 werde ,,*rechtzeitig vor der nächsten Tarifrunde fertiggestellt sein*'' (FAZ, 20.9.). Darüber hinaus will Müller mit dem Verbot von Warnstreiks, die ,,Erzwingungsstreiks'' sind (Streiks, die mit dem Ziel geführt werden, ,,*daß die Verhandlungen mit einem bestimmten, nämlich für die Arbeitnehmerseite günstigen Ergebnis zu Ende kommen*''), mit der Legalisierung von ,,Angriffsaussperrungen'' (sind Verhandlungen ,,*für dauernd ins Stocken geraten*'', kann ,,*der Arbeitskampf mit einer Angriffsaussperrung eröffnet werden*'') sowie der Einführung einer staatlichen ,,Zwangsschlichtung'' die Gewerkschaften weitgehend disziplinieren. Zwar ist dies noch Zukunftsmusik, aber schon hat die FDP die Übernahme der Müller-Vorschläge angekündigt und zusätzlich noch die gesetzliche Urabstimmungspflicht aufgenommen.

In diese Entwicklung paßt das jüngste Urteil des Bundesarbeitsgerichts, das eine Klage der Deutschen Postgewerkschaft abwies. Unter Berufung auf die Treuepflicht von Beamten soll es zukünftig legal sein, Beamte — die nicht streiken dürfen — als Streikbrecher für Arbeiten einzusetzen, die normalerweise von Arbeitern und Angestellten erledigt werden. Damit aber wäre ein Poststreik nahezu wirkungslos. Heute schon sind 60% aller Postbediensteten Beamte, in vielen Dienststellen ist das Verhältnis Beamte/Arbeitnehmer 80:20.

Die derzeit eher stockende Mobilisierung der Gewerkschaften für die Aktionswoche dürfte damit erneut ein wenig in Schwung kommen. Es bleibt aber in der Aktionswoche auch die Frage zu stellen, wie weit die Taktik des DGB-Vorstands, ,,*die Chance (zu) nutzen, mit den Gesprächswilligen auf dem Verhandlungswege zu positiven Ergebnissen für die Arbeitnehmer, vor allem für die Arbeitslosen zu kommen*'' (Ernst Breit in ,,Welt der Arbeit'', 29.8.) angesichts der offensichtlich anders verlaufenden Regierungspolitik nicht mehr als nur Verwirrung erzeugt. Der von Breit geforderte ,,*gemeinsame beschäftigungspolitische Kraftakt*'' von Regierung, Gewerkschaften und Unternehmern soll nach DGB-Meinung durch die Herbstaktionen nachdrücklich bestätigt werden. Und danach? Wird es wohl wieder Gespräche geben und das Warten auf eine sozialdemokratische Regierung.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Schluß
mit der Politik für wenige

Arbeit für alle
Mitbestimmung
Soziale Gerechtigkeit

Mitbestimmung
Soziale Gerechtigkeit

Solidarität ist unsere Stärke

DGB

DGB-Kundgebungen und Aktionstage

Ort	Datum	Redner/in
Mainz	5.10.	Lothar Zimmermann (DGB-Bundesvorstand)
Ludwigshafen	14.10.	Werner Vitt (IG Chemie-Vorstand)
Westberlin	14.10.	W-Berliner Referenten
Osnabrück	19.10.	Angestelltentag/Ernst Breit (DGB-Vors.)
Branschweig	19.10.	Aktionstag/Horst Klaus (IGM-Vorstand)
Bremen	19.10.	Aktionstag/Kurt v. Haaren (GdED-Vors.)
Dortmund	19.10.	Hans Mayr (IGM-Vors.)
Hannover	19.10.	Aktionstag
Hamburg	19.10.	Ilse Brusis (DGB-Bundesvorstand)
Frankfurt	19.10.	Hans Janßen (IGM-Vorstand)
Kassel	19.10.	Ernst Breit (DGB-Vors.)
Leer	19.10.	Detlef Hensche (IG Druck-Vorstand)
München	19.10.	Monika Wulf-Mathies (ÖTV-Vors.)
Northeim	19.10.	Aktionstag/Günter Volkmar (HBV-Vors.)
Nürnberg	19.10.	Franz Steinkühler (IGM-Vorstand)
Saarbrücken	19.10.	Karl-Heinz Janzen (IGM-Vorstand)
Stuttgart	19.10.	Lothar Zimmermann (DGB-Bundesvorstand)

(aus: Der Gewerkschafter, 9/85)

Das Müller-Gutachten zum § 116 Arbeitsförderungsgesetz

(Die von Müller vorgeschlagenen Änderungen sind fett gedruckt).

(1) Durch die Gewährung von Arbeitslosengeld darf nicht in Arbeitskämpfe eingegriffen werden. **Die Möglichkeit, daß es zu einem Eingriff kommen kann, muß bereits ausgeschlossen bleiben.**

(2) Ist der Arbeitnehmer durch Beteiligung an einem inländischen Arbeitskampf arbeitslos geworden, ruht der Anspruch auf Arbeitslosengeld bis zur Beendigung des Arbeitskampfes.

(3) Ist der Arbeitnehmer durch einen inländischen Arbeitskampf, an dem er nicht beteiligt ist, arbeitslos geworden, so ruht der Anspruch auf Arbeitslosengeld bis zur Beendigung des Arbeitskampfes, wenn

1. der Arbeitskampf auf eine Änderung der Arbeitsbedingungen in dem Betrieb, in dem der Arbeitnehmer zuletzt beschäftigt war, abzielt oder

2. die Gewährung des Arbeitslosengeldes den Arbeitskampf (gestrichen: beeinflussen würde.) **beeinflußt oder die Möglichkeit einer solchen Beeinflussung gegeben ist.**

(Gestrichen wurde: Die Bundesanstalt kann Näheres durch Anordnung bestimmen; sie hat dabei innerhalb des Rahmens des Satzes 1 die unterschiedlichen Interessen der von den Auswirkungen der Gewährung oder Nichtgewährung Betroffenen gegeneinander abzuwägen.)

(Weiter wurde der bisherige Absatz 4 gestrichen:

(4) Ist bei einem Arbeitskampf das Ruhen des Anspruchs nach Absatz 3 für eine bestimmte Gruppe von Arbeitnehmern ausnahmsweise nicht gerechtfertigt, so kann der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes bestimmen, daß ihnen Arbeitslosengeld zu gewähren ist. Erstrecken sich die Auswirkungen eines Arbeitskampfes über den Bezirk eines Landesarbeitsamtes hinaus, so entscheidet der Verwaltungsrat. Dieser kann auch in Fällen des Satzes 1 die Entscheidung an sich ziehen).

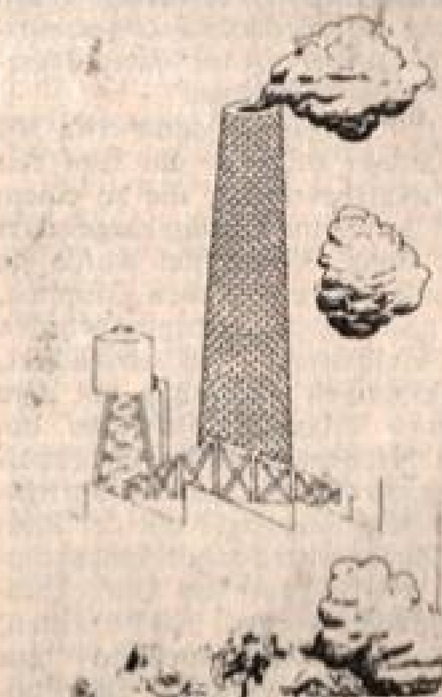
Neuer Absatz 4:

(4) **Absatz 1 gilt insbesondere auch für solche Arbeitskämpfe, deren Ergebnis nach den von den Tarifparteien für wesentlich erachteten Kampfzielen Modell- oder Signalcharakter haben.**

...

(Übernommen aus: ,,Politische Berichte'' 18 vom 7.9.85).

aus. Das Einzelheft kostet
DM 7,– (zzgl. Versand), das



Umweltschutz (oder) Arbeitsplätze bei der Norddeutschen Affinerie

Unter diesem Titel veranstaltet das ,,Autonome Bildungscentrum e.V.'' am 7. Oktober in Hamburg eine Diskussion um den Konflikt, der angesichts der Enthüllungen über Arsen-Belastungen der ,,Affi'' im Februar dieses Jahres aufbrach.

Beteiligt sind an dieser Diskussion: Benno Oldach, Betriebsratsvorsitzender der Norddeutschen Affinerie (bekannt als Eierwerfer im Hamburger Rathaus), Hubertus Schmoldt von der IG Chemie-Verwaltungsstelle, Fritz Vahrenholt, Staatsrat in der Hamburger Umweltbehörde, Erwin Jurtschitsch als Vertreter der GAL, Bernd Niclas, Betriebsrat der Lufthansa-Werft und Günther Thode, Betriebsratsvorsitzender der Hamburger Aluminiumwerke.

Am 7. Oktober, 18-21.30 Uhr, im Gewerkschaftshaus Besenbinderhof (Musiksaal) in Hamburg.

WAA Wackersdorf: Bundesweite Großdemonstration am 12. Okt. in München

Rodungsbeginn Anfang Oktober?

In Bayern verdichten sich die Gerüchte, daß Ende September die erste Teilerrichtungsgenehmigung für den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf (Oberpfalz) erteilt und bereits Anfang Oktober mit den Rodungsarbeiten begonnen werden soll.

In diesem Fall soll die für den 12. Oktober in München geplante bundesweite Großdemonstration an den Bauplatz verlegt werden, haben die Veranstalter — die Atommüllkonferenz, der BUND, die BI Schwandorf, die Landeskonferenz der bayerischen BIs, die Katholische Landjugendbewegung Bayern und die vereinigten Münchner Friedensinitiativen — beschlossen. Unterstützt wird die Demonstration bundesweit von Anti-AKW-Bürgerinitiativen, von den Grünen, der DKP, dem BBU und diversen weiteren Gruppen.

Erster Platzbesetzungsversuch

Seit fünf Jahren ist der Bau einer WAA in Bayern bekannt. Anfang dieses Jahres wurde die Standortentscheidung Wackersdorf bekanntgegeben. Bis dahin gab es immer wieder frustrierende Auseinandersetzungen mit den örtlichen Bürgerinitiativen, insbesondere der BI Schwandorf, die jedes Vorantreiben der Diskussion um Verstärkung des Widerstandes mißtrauisch begleiteten. Selbst bei Sprüh- und Plakataktionen erfolgte eine öffentliche Distanzierung der BI Schwandorf. Intensive Auseinandersetzungen, Erfahrungsaustausch mit AKW-Gegnern und Bürgerinitiativen aus Gorleben, Wyhl und Hainburg führten zu einer Aufweichung der Haltung der Schwandorfer. Am 23. Mai 1985 beschloß der BI-Vorstand: *,,Die BIs schließen in ihrem vielfältigen Widerstand gegen die WAA eine Platzbesetzung nicht aus.''* Zur Platzbesetzung am 15. August — der ersten derartigen Aktion in Bayern — verteilte die BI ein Flugblatt, in dem es u.a. hieß: Die Platzbesetzung *,,wurde nicht etwa von Berufsdemonstranten aus Norddeutschland oder anderswo geplant und ausgeführt, sondern durch Ab-*
Berufsdemonstranten aus Norddeutschland oder anderswo geplant und ausgeführt, sondern durch Ab-
sprache und Mithilfe der einheimischen Bevölkerung und Mitgliedern der ortsansässigen BIs ermöglicht ... Trotz dieser unverständlichen Vorgehensweise der Polizei wird weiterhin versucht, die Rodungsarbeiten und den Bau der WAA zu verhindern bzw. zu behindern. Wir, die BI SAD, haben Verständnis für diese, unsere Mitbürger, die aus Angst ... versuchen ... unser Recht auf körperliche Unversehrtheit auf diese Art (Anm: durch Platzbesetzung) zu verteidigen''.

Am 15.8. begannen dann etwa 300 WAA-Gegner morgens um fünf mit der Bauplatzbesetzung, die zu einem einwöchigen Sommercamp ausgeweitet werden sollte. Vorbereitet wurde sie sehr stark von autonomen Gruppen. Gleich nach Besetzungsbeginn wurden die Zufahrtswege verbarrikadiert, Holz gesammelt und zügig mit dem Bau eines 'Freundschaftshauses' begonnen. Nach anfänglicher Zurückhaltung begann die Polizei bereits am Mittag des Besetzungstages mit der Räumung. Zuvor waren schon hinzukommende WAA-Gegner am Durchkommen gehindert worden. 300 Polizisten, ein Sondereinsatzkommando aus Nürnberg, 4 Hubschrauber und Polizeihunde wurden in Einsatz gebracht. Unter Prügel und Einsatz von CN-Gas wurden die Demonstranten vom Platz gedrängt. Mehrere wurden wegen angeblichem Verstoß gegen das Vermummungsverbot verhaftet. Der Räumung folgte am Abend eine spontane Demonstration von mehreren hundert Menschen in Schwandorf und am Samstag, 17.8., ein ,,Waldspaziergang'' von 500 WAA-Gegnern.

Alles in allem schätzten WAA-Gegner und örtliche BIs diese Aktion als Erfolg ein, der erheblich zur Mobilisierung und öffentlichen Auseinandersetzung beigetragen hat. Derzeit ist die Klammer der verschiedenen Strömungen im WAA-Widerstand noch die ,,Gewaltfreiheit'', auf die man sich bei den geschilderten Aktionen geeinigt hatte. Noch ist nicht einzuschätzen,ob sich die Gemeinsamkeit beibehalten läßt, wenn die Auseindersetzungen an Militanz gewinnen. Die Gegenseite ist kräftig dabei, Stimmung zu machen und spricht schon mal gelegentlich von einer ,,RAF-Süd'', die sich um den Widerstand bemühe.

Die Demo am 12. Oktober

Die Mobilisierung für die Demonstration wird von einem Büro in München koordiniert. Seit Anfang September fährt ein Wackersdorf-Bauwagen von Norden nach Süden die ,,Atommüllstraße'' entlang. Hiervon ausgehend finden bundesweit Mobilisierungsveranstaltungen und Aktionen statt. Der Bauwagen soll begleitet von zahlreichen WAA-Gegnern am 12. 10. in München eintreffen und am Tag darauf nach Wackersdorf weiterfahren. Mittlerweile haben über hundert Gruppen den Demo-Aufruf unterstützt, 200.000 Flugblätter befinden sich im Umlauf. Aus Hamburg/Niedersachsen, dem Ruhrgebiet, Hessen-Nord, Freiburg/Konstanz/Stuttgart sind Sonderzüge angemeldet. Aus Südhessen, Bremen und einer Reihe weiterer Städte Busse. Die Veranstalter empfehlen Busreisen, da so flexibler auf den Bauplatz umorientiert werden könne. Derzeit, so heißt es, lägen bereits 20.000 Anmeldungen für die Demonstration vor.

Querelen mit SPD und Grünen

Nicht-Unterzeichner ist die SPD, der die Forderung nach *,,Stillegung aller Atomanlagen''* zu weitgehend war. Nichtsdestotrotz beansprucht sie einen zentralen Redebeitrag (im nächsten Jahr sind Landtagswahlen in Bayern).
Nichtsdestotrotz beansprucht sie einen zentralen Redebeitrag (im nächsten Jahr sind Landtagswahlen in Bayern).
Berufen kann sich die SPD dabei auf ein Grobkonzept für die Rednerliste aus dem Juli, das u.a. SPD und Grüne mit berücksichtigte. Die Sorge vor typischen Wahlkampfreden — die SPD meldete ihren gerade erst vor wenigen Tagen frisch gekürten Spitzenkandidaten Hiersemann an, die Grünen den Möchtegern-Kandidaten Eckart Rotter — führte auf der Sitzung am 17.8. zu dem einstimmigen Beschluß, beide Parteien nur bei der Auftaktkundgebung reden zu lassen. Beide reagierten empört und erklärten übereinstimmend, daß sie sich hierfür ,,zu schade'' seien. Die SPD zog die von ihr zugesagte finanzielle Unterstützung von DM 5000 zurück. Die bayerischen Grünen kündigten angesichts der veränderten Situation eine Überprüfung ihrer bisherigen Unterstützung und Mobilisierung an. Auf der Absprache der Veranstalter über den Ablauf in München traten beide am 28.8. nach dem Motto auf, Hiersemann und Rotter oder keiner und drohten mit Abbruch der Unterstützung. In der Abstimmung der sechs Veranstalter kam es zum Patt: BUND, Münchner Friedensintiativen und Katholische Landjugend stimmten für die beiden als Hauptredner, die Atommüllkonferenz, BI Schwandorf und die BI-Landeskonferenz dagegen. Doch damit war das Thema nicht erledigt. Grüne Vertreter wollten die BI Schwandorf unter Druck setzen, indem sie behaupteten, der BUND würde aus dem Veranstalterkreis austreten (was nicht den Tatsachen entsprach), falls die SPD sich zurückziehe. Die SPD schrieb an die Veranstalter einen Brief, in dem es unter anderem hieß: *,,Wir bedauern diesen Beschluß gerade deshalb, weil nach unseren Informationen Zweifel an der Beschlußlage der BI Schwandorf angebracht sind. Gerade das Abstimmungsverhalten dieses Vertreters hat das Abstimmungsergebnis entscheidend beeinflußt. Grundsätzlich muß hier die Frage gestellt werden, ob es sinnvoll ist, in einem Bündnis Mehrheitsentscheidungen gegen die wesentlichen Interessen eines Partners zu treffen ... Sollte dies (Anm.: die Zustimmung zu Hiersemanns Auftritt auf der Abschlußkundgebung) am Mittwoch, den 4. September, nicht geschehen, so sieht sich die SPD außerstande, ihre Mitglieder für diese Demonstration zu mobilisieren. Trotzdem wird sie ihren Kampf gegen die WAA konsequent fortsetzen''.*

Zusätzlich wurde die Versammlung am 4.9. mit der Ankündigung unter Druck gesetzt, daß im Falle fehlenden Wohlverhaltens wohl auch der Landrat Schuierer (SPD) nicht reden werde. In der entscheidenden Abstimmung enthielt sich die BI Schwandorf aufgrund dieser Querelen. Damit dürfen jetzt also SPD- und Grünen-Vertreter auf der Abschlußkundgebung reden. Allerdings wurde die Redezeit auf fünf Minuten begrenzt. Wer glaubt's, daß es auch so kommt?

Innerhalb der Grünen Bayerns hat das Verhalten ihrer Vertreter erhebliche Widersprüche hervorgerufen, u.a. existieren eine Reihe Protestbriefe. Die Diskussion darüber ist noch nicht ausgestanden. Vom bajuwarischen ,,rotgrünen'' Bündnis ist die Rede und von der Steigbügelhalter-Funktion der Grünen für die unverdiente Eintrittskarte an die SPD in die AKW-Bewegung, obwohl die Partei sich bisher nur von einzelnen Projekten, nicht aber vom Atomprogramm verabschiedet hat.

Nach einem Bericht von A., Nürnberg

Koordination der Demonstration am 12.10.:
Münchener Büro, Tel. 089/448 48 10
Weitere Informationen zu Wackersdorf und Aufnahme in die Telefonkette:
BIWAK-Büro/Regensburg: Tel. 0941/55 555 (ab 14 Uhr)
Schwandorf-Büro: 09431/20 759 (ab 14 Uhr)



Der besetzte Platz (Foto oben) und die polizeiliche Räumung (Foto unten)



Fortsetzung von (weiterblättern)S. 16

Henning Wegener — ein Mensch übrigens, der auch äußerlich einem Peter Boenisch geradezu frappierend ähnelt — wegen seiner Arroganz, Schwerfälligkeit und Dummdreistigkeit sich zum allgemeinen Gespött innerhalb der internationalen Szene bei ihren Stehparties und Empfängen gemacht hat.

Ein häßlicher Deutscher wurde berufen, eine ihm angemessene Regierung zu vertreten ...

ms, Bonn

Polizei stürmt Frankfurter Römer

Weitere Aufregung um zensierten HR-Film

Es war schon ein etwas ungewöhnlicher Anblick, der sich während der ,,Tage der offenen Tür'' im Frankfurter Römer bot: gerade die jungen Menschen, die sonst eher ein etwas gebrochenes Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie haben, waren in Scharen in den Sitz des Parlaments geströmt. Oder andersrum: Frankfurts Punkszene war angetreten, die Pressefreiheit zu verteidigen.

Aber der Reihe nach. Zur Zeit macht in Frankfurt ein Film allein dadurch Furore, daß der hessische Rundfunk (HR) sich weigert, ihn auszustrahlen. Wie bereits im letzten AK berichtet, geht es um die Startbahn-West-Dokumentation *,,Kinder haften für ihre Eltern''*. Der Film ist bekanntlich von der *,,Gesellschaft zur Wiederaufbereitung verbotener Filme (GWF)''* entführt und wieder freigelassen worden, nachdem eine ganze Reihe von Videokopien angefertigt waren. Auf verschiedenen halböffentlichen und internen Veranstaltungen haben sich mittlerweile Viele davon überzeugen können, daß eigentlich nichts dagegen spricht, den Film im HR auszustrahlen.

Eine gute Gelegenheit, diesen verbotenen Streifen auch während des Spektakels der ,,Tage der offenen Tür'' zu präsentieren, zumal so um die 300.000 Besucher erwartet wurden. So dachten die GRÜNEN im Römer und kündigten gleich mehrere öffentliche Vorführungen unter dem Motto an: ,,Was verboten ist, macht uns gerade scharf!''

Der HR, der ängstlich jede weitere Aufregung um diesen Film vermeiden wollte, war plötzlich wieder in Zugzwang. Und so schickte er am Sonnabend, den 7. September wieder einen Gerichtsvollzieher los, mit dem Auftrag, den GRÜNEN bei Androhung von 500.000 Mark Geldstrafe, ersatzweise sechs Monate Haft, zu untersagen, die Startbahn-Dokumentation zu zeigen. Die Parallele zur Veranstaltung der Frankfurter Deutschen Journalisten Union (dju) war unübersehbar: Nicht nur die diversen Anlagen der einstweiligen Verfügung waren identisch, auch die Reaktion war gleich. Der Film wurde nämlich trotzdem vorgeführt. Jedenfalls zweieinhalb mal.

Über den Bildschirm flimmerten gerade Szenen über die Auseinandersetzungen an der Startbahn-West, da wurden die trauten ,,Tage der offenen Tür'' jäh gestört. Im Überraschungsangriff stürmte eine Kommandoeinheit von Kripobeamten unter Leitung des Staatsanwaltes Degenhardt zum Videorecorder, um mit der inkriminierten Cassette wieder zu verschwinden, während bewaffnete und behelmte Polizei den Rückzug sicherte. Die festliche Stimmung war natürlich erst einmal hin, zumal viele Interessenten enttäuscht abgewiesen werden mußten.

Aber die Trübsal verflog schnell. Ein Flugblatt — umgehend erstellt — klärte Presse und Öffentlichkeit über die Polizeiaktion auf und lud zur *massenhaften* Vorführung am darauffolgenden Sonntag ein. Und so kam es zur eingangs beschriebenen Situation. Mehrere hundert Besucher drückten sich in den Fraktionsräumen der GRÜNEN herum, und der Film (Länge: 50 Minuten) mußte noch dreimal gezeigt werden, bis eine freundliche, aber bestimmte Lautsprecherstimme zum Verlassen des Römers aufforderte: die ,,Tage der offenen Tür'' neigten sich ihrem Ende entgegen. Die Polizei griff diesmal nicht ein. Das Risiko einer massiven Auseinandersetzung war für sie zu groß. Ausharrende Cineasten wurden für den kommenden Mittwoch, den 11. September, ins Kommunale Kino gebeten, wo die Aufführungstournee weiter gehen sollte.

Die Schlagzeilen der Montagsausgaben Frankfurter Tageszeitungen mögen den HR-Verantwortlichen noch lange in den Ohren geklungen haben. *,,Polizei stürmte Römer''*, *,,Startbahnfilm von der Justiz beschlagnahmt''*, *,,Polizei kassiert Startbahnfilm im Römer''*, war zu lesen. Von der Tatsache, daß so viele junge Menschen zum ersten Mal in ihrem Leben den Römer haben inspizieren können, fand man gar nichts. Dabei sind doch die GRÜNEN nur ihrer staatsbürgerlichen Verantwortung nachgekommen, als sie in den Römer einluden.

Da kam auch schon der nächste Nackenschlag — für den HR-Intendanten und seine Direktoren. *,,Plötzlich war die Raubkopie da''*, überschreibt die Frankfurter Rundschau (FR) ihre Berichterstattung über den Abend im Kommunalen Kino. Dabei war doch alles abgesprochen gewesen zwischen HR und Magistrat: der Film sollte nicht gezeigt werden. Tja, und wenn es nicht die beherzten Startbahngegner gegeben hätte, die den Film Kurzerhand selbst in das Vorführgerät einlegte, wäre es auch bei der Absprache geblieben. So kamen aber wieder fast zweihundert Interessierte in den Genuß des Verbotenen.

Zu allem Überfluß meldete sich auch wieder die GWF zu Wort. In einem Brief an den HR-Intendanten — der der Presse zugänglich gemacht wurde — drückt die GWF ihr Bedauern aus, den Film immer noch nicht endlagern zu können, weil der Intendant mit seinem *,,voreiligen Beschluß, durch einen Polizeieinsatz die idyllischen ,Tage der offenen Tür' in Frankfurt zu stören, den Film ,Kinder haften für ihre Eltern' erneut in die Schlagzeilen der Presse gebracht''* habe. Und die GWF hat gleich Konsequenzen gezogen: *,,Dies ist im Übrigen auch der wesentliche Grund, aus dem wir für ihre inzwischen erfolgte Abwahl gesorgt haben''*. Tatsächlich wurde Wolfgang Lehr am 23. August nicht wieder gewählt, als neuer Intendant wurde der derzeitige Frankfurter Universitätspräsident Kelm bestimmt.

Generös sorgt sich die GWF aber um einen *,,friedlichen Ausklang der Amtszeit''* und gestattet dem Intendanten die *,,sofortige Ausstrahlung des Films.''* *,,Andernfalls''*, so die GWF, *,,sehen wir uns gezwungen, die notwendige Ausstrahlung des brisanten Materials selbst bundesweit zu übernehmen''*.

Das wird ja auch langsam Zeit, bei diesem ungebrochenen Interesse an dem Film. Wetten, daß es ,,Kinder haften für ihre Eltern'' demnächst auch in Hamburg und anderswo geben wird?

Eine neue Qualität des Terrorismus?

Schicken wir vorweg. Nach wie vor gilt: Der europäische Terrorismus ist ein Produkt der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Europa, nicht umgekehrt. Trotz aller suggestiven Erklärungen seitens der RAF oder anderer terroristischer Gruppierungen liegt das Gesetz des Handelns noch nicht bei ihnen, sondern nach wie vor beim „europäischen Imperialismus", der „Militärmaschine" oder wie immer die herrschenden Verhältnisse von ihnen genannt werden mögen.

Schicken wir weiterhin vorweg: Trotz Kriegsgefahr und allgemein beklagtem Werteverfall, trotz Krise der Linken und aktueller Krise der Grünen bleibt die Zielsetzung sozialistischer Umgestaltung der Gesellschaften im Kern human und optimistisch, zielt auf menschlichere Lebensbedingungen für alle Menschen, d.h. Anhebung des allgemeinen Lebensniveaus, nicht bloße Liquidierung der von der jetzigen Ungleichheit profitierenden herrschenden Schicht.

Von diesen, zugegeben in der BRD zur Zeit nicht sehr populären Voraussetzungen ausgehend, stellen sich mir angesichts der neueren Entwicklung des westdeutschen und darüberhinaus europäischen Terrorismus, allen voran der RAF und ihres Umfelds, Fragen, die nicht mehr durch Schweigen zu beantworten sind. Keineswegs ausschließlich, sehr wohl aber exemplarisch können — und müssen — diese Fragen anhand der vorerst letzten Aktion der RAF, dem Sprengstoffanschlag auf die Frankfurter US-Airbase am 8. August dieses Jahres gestellt werden. Das betrifft insbesondere die nach ihren bisherigen Erklärungen von der RAF in diesem Zusammenhang vorgenommene Erschießung des GI Edward Pimental.

Der Frankfurter Airbase-Anschlag war der vorläufige Höhepunkt terroristischer Aktionen seit Beendigung des letzten Hungerstreiks von 84/85 nach der Erschießung des MTU-Managers Zimmermann am 1.2.85. Im Gegensatz zu der klammheimlichen und in manchen Fällen, wie bei den Grünen, auch offen ausgesprochenen Erwartung auf einen Rückgang der terroristischen Aktivitäten nach dem Ende des Hungerstreiks machten die Untergrund-Militanten aller Schattierungen von der während des Hungerstreiks neu aus der Taufe gehobenen „Euro-Guerilla", bestehend vor allem aus der Kooperation von RAF und der französischen „Action Directe" (AD), sowie den belgischen „Cellules Combattantes Communistes" (CCC) bis hin zu militanten Ökos und Tierschützern, ihre angekündigte Offensive in der Tat wahr, wenn die Aktivitätsdichte auch unter dem Pegel der Hungerstreikmonate blieb: mehr als 30 bekanntgewordene z.T. schwere Anschläge wurden seit Ende des Hungerstreiks durchgeführt. (Siehe dazu die nebenstehende Übersicht.)

Dies allein wäre weniger für die Linke, sondern eher für das BKA und die mit ihm kooperierenden europäischen Polizisten ein Problem. Tatsächlich wird die europäische Integration über die Bemühungen um gemeinsame Anti-Terror-Strategien und -einsätze z.Zt. erheblich gepuscht. In der BRD wird vom Instrument des Paragraphen 129a wieder offensiver Gebrauch gemacht wie z.B. bei dem Versuch, militante Tierschutzgegener zu einer „terroristischen Vereinigung" aufzubauen uam.

Diese Entwicklung kann zweifellos für die Linke nach der zurückliegenden Pause wieder zu einer gefährlichen Bedrohung werden. Das aktuelle Problem für die Linke bei den neueren terroristischen Aktivitäten liegt allerdings in der zunehmenden politischen Diffusität der Aktionen, bei denen immer häufiger nicht mehr zwischen linker und rechter Zielsetzung unterschieden werden kann. Auch als „links" definierte Aktionen überschreiten immer häufiger früher geltende Tabus, nach denen eine linke Aktion nicht gegen die Bevölkerung oder Unbeteiligte gerichtet sein durfte und nach denen ihr politischer Zweck eindeutig vermittelbar sein mußte.

Tierschutzgegener zu einer „terroristischen Vereinigung" aufzubauen uam.
Diese Entwicklung kann zweifellos für die Linke nach der zurückliegenden Pause wieder zu einer gefährlichen Bedrohung werden. Das aktuelle Problem für die Linke bei den neueren terroristischen Aktivitäten liegt allerdings in der zunehmenden politischen Diffusität der Aktionen, bei denen immer häufiger nicht mehr zwischen linker und rechter Zielsetzung unterschieden werden kann. Auch als „links" definierte Aktionen überschreiten immer häufiger früher geltende Tabus, nach denen eine linke Aktion nicht gegen die Bevölkerung oder Unbeteiligte gerichtet sein durfte und nach denen ihr politischer Zweck eindeutig vermittelbar sein mußte.

Selbst nach den Maximen der auch von der heutigen RAF sehr verehrten Aktivisten und Aktivistinnen der ersten Stunde der damaligen „Baader-Meinhof-Gruppe" kann die Airbase-Aktion, inbesondere die Erschießung des Edward Pimental, nicht als revolutionäre Aktion gelten. In einem in der „taz" vom 13.9. veröffentlichten Brief wies der einstige Bundesvorsitzende des SDS, K.D. Wolff, mit Recht darauf hin, daß U. Meinhof z.B. in einer nachträglichen Bewertung der Baader-Befreiung von 1971, mit der die RAF sich praktisch als Gruppe konstituierte, geschrieben hatte: „*Die Frage, ob die Gefangenenbefreiung auch dann gemacht worden wäre, wenn wir gewußt hätten, daß ein Linke dabei angeschossen wird — sie ist uns oft genug gestellt worden —, kann nur mit Nein beantwortet werden.*"

Falls das namens der RAF zur Erschießung E. Pimentals abgegebene Bekenntnis tatsächlich von der RAF stammen sollte, dann müßte man sagen:

Die bloße Tatsache, daß sich die RAF als kriegführende Partei in der Situation eines allgemeinen Kriegszustandes, der keine Opfer, sondern nur Beteiligte kenne, definiert, könnte aus einem Mord mitnichten eine revolutionäre Tat machen, sondern lediglich die Legitimation von Menschenverachtung, Brutalität und politischer Dummheit. Weniger als je zuvor kann sich die RAF heute darauf berufen, Teil eines international geführten Klassenkrieges zu sein: Sie hat als „Fraktion" des „weltweiten Klassenkrieges" in Europa weder die Legitimation der Befreiungsbewegungen der Welt noch die der hiesigen politischen Kräfte, ganz zu schweigen von der Legitimation des von ihnen gern für sich ins Feld geführten Proletariats. Vielmehr zieht sie ihre Existenz gerade aus der z.Zt. nicht vorhandenen Kampfbereitschaft des hiesigen Proletariats und seiner z.Zt. geringen internationalen Solidarität. Genau hieraus resultiert ihre zwar verständliche, aber politisch fatale Stellvertreterideologie und -aktivität: Von einem allgemeinen Kriegszustand in der BRD und Europa zu reden, während die Bevölkerung dieses Landes in seiner großen Mehrheit, wenn überhaupt um etwas, dann um die Erhaltung seines Friedens kämpft, verrät nicht nur eine grandiose Fehleinschätzung der konkreten Lage, sondern zugleich im Gegensatz zu den eigenen Einschätzungen eine kosmische Entfernung zu den Menschen, die man politisch agitieren will.

Aber selbst wenn das alles nicht so wäre und die „westeuropäische Guerilla" tatsächlich Ausdruck des Aufbaus der „proletarischen Front" in Europa wäre, die sich in konkreten Kämpfen mit Truppen der NATO befände usw., bliebe die blanke Liquidierung des gefangenen Gegners — und als solchen müßte man den GI Pimental dann ja wohl begreifen — wenn er sich denn wirklich in der Gewalt der RAF befunden hat — eine politische Barbarei, noch dazu, wenn es nur darum gegangen sein sollte, wie es in dem Bekennerbrief heißt, daß man seinen Ausweis gebraucht habe, um auf das Airbase-Gelände zu kommen. Wenn schon kriegführende Partei, die z.B. in Bezug auf die eigenen „Kriegsgefangenen" in den BRD-Knästen auf die Einhaltung der Genfer-Konvention pocht, dann aber bitte sehr doch konsequenterweise auch Einhaltung der Regeln dieser Konvention gegenüber den Gefangenen des Gegners! Wie man es auch dreht und wendet: Die Tötung Edward Pimentals ist mit grundsätzlichen politischen Argumenten für eine linke Strategie nicht zu rechtfertigen.

Bei aller in den letzten Jahren zu beobachtenden militaristischen Radikalisierung der RAF scheint es mir daher aber trotz des vorliegenden Bekennerbriefes immer noch unwahrscheinlich, daß sie den Tod von Pimental zu verantworten haben soll und seine Erschießung gar noch zum Maßstab zukünftiger Aktivitäten erheben will. Viel spricht selbst unterhalb der genannten prinzipiellen Argumente schon auf der banalsten logistischen und kriminalistischen Ebene dagegen. Auf ein paar wesentliche Punkte sei kurz hingewiesen:

— Die Ermordung E. Pimentals soll laut Bekennerbrief eine „Beschaffungsaktion" gewesen sein, um an den für das Abstellen der Autobombe im US-Gelände benötigten Ausweis heranzukommen. Dazu ist anzumerken: Das wäre nach Meinung von Rebmann & Co. die erste „Beschaffungsaktion" der RAF in dieser Art. So etwas sei vollkommen untypisch für die RAF, weil die RAF sich üblicherweise ihre Logistik planmäßig und langfristig aufbaue. Für eine solche Argumentation spricht auch die aktuelle Planmäßigkeit beim Vorgehen während der letzten Aktionen der RAF.



BILD nach dem Dortmunder Kaufhaus-Anschlag


BILD nach dem Dortmunder Kaufhaus-Anschlag

— Mit der Beschaffungsaktion könnte, so wird in der Linken vermutet, eine logistische Panne ausgefüllt worden sein. Eine logistische Panne ist bei den Aktionen der RAF aller Erfahrung nach tatsächlich selten. Allerdings war bisher offenbar eher Praxis, die Sache dann lieber technisch in die Grütze gehen zu lassen, als sich mit politisch derart selbst für die RAF ruinösen Methoden herauszuhauen.

Aber selbst angenommen, es habe sich so abgespielt, daß man sich dann eben noch schnell in der Nacht einen beliebigen Ausweis besorgen mußte und selbst angenommen, das war nicht mehr auf dem Wege des Deals mit irgendeinem drogensüchtigen GI möglich, welche politische Notwendigkeit soll es gegeben haben, Pimental — wie aus den polizeilichen Befunden hervorgeht — erst bewußtlos zu schlagen und dann, nachdem man ihn ausgeraubt hat, auch noch per Genickschuß zu erschießen?

Aktionen der RAF aller Erfahrung nach tatsächlich selten. Allerdings war bisher offenbar eher Praxis, die Sache dann lieber technisch in die Grütze gehen zu lassen, als sich mit politisch derart selbst für die RAF ruinösen Methoden herauszuhauen.
Aber selbst angenommen, es habe sich so abgespielt, daß man sich dann eben noch schnell in der Nacht einen beliebigen Ausweis besorgen mußte und selbst angenommen, das war nicht mehr auf dem Wege des Deals mit irgendeinem drogensüchtigen GI möglich, welche politische Notwendigkeit soll es gegeben haben, Pimental — wie aus den polizeilichen Befunden hervorgeht — erst bewußtlos zu schlagen und dann, nachdem man ihn ausgeraubt hat, auch noch per Genickschuß zu erschießen?

— Die Polizei stellte von sich aus keinen Zusammenhang zwischen dem Mord an E. Pimental und dem Anschlag auf die Airbase her, bestritt ihn sogar ausdrücklich, sondern verfolgte die Spur „Pimental" zunächst als normalen Mordfall. Es ist beim besten Willen kein politisches Interesse der RAF denkbar, — selbst wenn sie etwa mit dem Mord zu tun gehabt haben sollte — die Polizei auf diese Spur zu setzen und in der Öffentlichkeit einen Mord auf sich zu nehmen, für den sie nicht einmal von der Polizei verdächtigt wird.

— Es wäre mehr als eine unverzeihliche Dummheit, bei einem Anschlag dieser Größenordnung eine derart offensichtliche Spur zu legen, wie es durch das Ansprechen Pimentals in der Frankfurter Kneipe geschah. Sowohl die Frau, die den GI abschleppte als auch der ihnen folgende Mann „puertoricanischen Aussehens" waren durch Zeugen mehr als leicht identifizierbar.

— Das Nachreichen des Bekennerschreibens für den Mord an E. Pimental könnte statt für eine RAF-Verantwortlichkeit ehe dafür sprechen, daß jemand die Chance gesehen hat, eine Mordspur unter dieser politischen Spur zu verwischen.

Schließlich kann selbst den im Untergrund lebenden RAF-Mitgliedern bei aller vorstellbaren Einengung ihres Informations- und Blickfeldes nicht entgangen sein, daß nicht nur die weitere Linke, sondern selbst ihr potentielles Umfeld inzwischen Schwierigkeiten mit der Identifizierung von Aktionen als Linke hat. Anschläge gegen NATO-Einrichtungen und NATO-Personal stehen spätestens seit einer Reihe von derartigen rechten Aktionen 1982 inzwischen auch auf der Tagesordnung der Rechten. Rechte Nachahmungstäter wie im Fall des Anschlags in einem Dortmunder Kaufhaus im März diesen Jahres, diffuser Terror wie bei dem Anschlag auf den Passagierteil des Frankfurter Flughafens am 19.6., haben weiteres zur öffentlichen Verwirrung beigetragen. In einem „Interview mit Genossen aus der RAF" in der Untergrundzeitschrift „Zusammen kämpfen", Nr. 2, wird deutlich, daß den RAF-Militanten diese Tatsachen äußerst bewußt sind. „Dortmund war gezielt gegen die mobilisierung während des hungerstreiks gerichtet, gegen die politische evidenz und die klarheit der aktionen, daß es die bullen selbst waren, die dann als „aktion christian klar" angerufen haben, ist ja wohl eindeutig", heißt es da seitens des interviewten RAF-Mitglieds. Man weiß also Bescheid.

Welches Interesse sollte die RAF bei diesem Wissen gegen die Kritik aus der eigenen Szene — so z.B. in der „Radikal" vor ihrem Prozeß 1984, so auch trotz aller Solidarität wieder nach dem Hungerstreik von 84/85 haben, die Identifizierungsmöglichkeiten mit ihren Aktionen als eindeutig linke Aktivitäten noch weiter zu senken als es ohnehin schon geschehen ist? Kein noch so verblendeter RAF-Kader könnte ernsthaft glauben, mit der Legitimation der Gefangenen-Erschießung aus logistischen Sachzwängen heraus mobilisierend auf ihre Szene zu wirken — ganz zu schweigen von der übrigen linken und sonstigen Öffentlichkeit.

All diese Gründe sprechen gegen eine Verantwortung der RAF für den Tod E. Pimentals. Die bloße Tatsache, daß es zu dem mit RAF unterschriebenen Bekennerbrief bisher keine autorisierte Distanzierung seitens der RAF gibt, spricht allerdings dafür. Die Aufrechterhaltung dieses Bekenntnisses seitens der RAF, ja sogar dessen Propagierung unter der Losung „Alle müssen begreifen, daß Krieg ist — und sich entscheiden", verbunden mit der Feststellung, daß es für sie bzgl. der US-Soldaten keine Unterscheidung mehr zwischen Täter und Opfer gebe, würde bedeuten, daß sich die RAF von ihrem bisherigen linken Selbstverständnis zu lösen gedenkt und von ihrer bisherigen Strategie der exemplarischen Aktionen gegen das „Herz der Bestie" und seine Repräsentanten zur Strategie der allgemeinen terroristischen Verunsicherung übergeht. Denn was für die US-Soldaten gilt, gilt konsequenterweise auch für die der Bundeswehr, für die Polizei und sämtliche übrigen Funktionsträger des Staates bis hin zum Postboten und rechten Gewerkschaftssekretär. Die Übergänge zur „normalen" staatstragenden Bevölkerung werden fließend, rechte und linke Anschläge ununterscheidbar. Eine solche Strategie der allgemeinen terroristischen Verunsicherung war bisher die Spezialität der Rechten.

Es liegt bei der RAF, uns Klarheit zu geben, wohin sie steuert. **F.**

Erklärung zur Erschießung von Edward Pimental
„Die Bestimmung der Aktion war, eine Schaltstelle der US-Militärmaschine — Zentrum der imperialistischen Kriegsführung — aus der Funktion zu bringen.
Das heißt: Materiell gegen ihre Kommandozentrale oder ihr militärisches Gerät (falls es gegen das HQ aus irgendeinem Grund nicht möglich gewesen wäre) und die, die diese Maschinerie zum Funktionieren bringen — also gegen die Air Base und alle Soldaten, die im HQ oder sonst irgendwo ‚ihren Job' machen.
Tatsache ist, daß jeder dort heute
schen Revolutionären Front auf neuer Stufe real geworden: Sie kann die Kräfte des Imperialismus zersplittern und einen neuen Durchbruch für den weltweiten Prozeß der Befreiung erkämpfen.
Nur in dieser Schärfe der Konfrontation wird es real: Befreiungskrieg, Kampf für den Kommunismus in der westeuropäischen Metropole.
In diesem Prozeß ist es eine wesentliche Aufgabe und Möglichkeit der westeuropäischen Guerilla, die Funktionsfähigkeit der imperialistischen Militärmaschine hier im Zen-

Erklärung zur Erschießung von Edward Pimental

„Die Bestimmung der Aktion war, eine Schaltstelle der US-Militärmaschine — Zentrum der imperialistischen Kriegsführung — aus der Funktion zu bringen.

Das heißt: Materiell gegen ihre Kommandozentrale oder ihr militärisches Gerät (falls es gegen das HQ aus irgendeinem Grund nicht möglich gewesen wäre) und die, die diese Maschinerie zum Funktionieren bringen — also gegen die Air Base und alle Soldaten, die im HQ oder sonst irgendwo ‚ihren Job' machen.

*Tatsache ist, daß **jeder** dort heute schon den Transport von US-Interventionstruppen in den Mittelmeerraum und/oder den Nahen Osten organisiert — als wir die Aktion gemacht haben, war das ‚Bright Star'-Manöver kurz vor dem Abschluß und die ersten Truppen mit ihrem Gerät wurden bereits über die Air Base zurückverlegt; während der TWA-Entführung flog ein Killerkommando der Delta Force für die geplante militärische Lösung Richtung Naher Osten — oder als Soldat direkt zum Einsatz geschickt wird, wie z.B. die Spezialeinheiten der Air Force, die auf der Air Base stationiert sind.*

Die Air Base in ihrer Funktion als Drehscheibe des imperialistischen Krieges und Geheimdienstzentrum steht unmittelbatr in der Konfrontation zwischen internationalem Befreiungskampf und Imperialismus — die Krieg ist — und damit alle Soldaten, die dort sind.

Der internationale Klassenkrieg hat sich seit Vietnam in der Dialektik der Kämpfe soweit entwickelt, daß wir diese Eskalation des revolutionären Krieges in der Metropole heute für uns bestimmt haben — als Angriff der westeuropäischen Guerilla.

Im Angriff des Stadtguerillakommandos der FMLN gegen US-Marines in San Salvador, der Entführung der TWA-Maschine durch die ‚Organisation der Unterdrückten der Welt' im Libanon und jetzt im Angriff gegen die Air Base durch ein gemeinsames Kommando von Action Directe und uns ist die Perspektive der internationalen antiimperialistischen Revolutionären Front auf neuer Stufe real geworden: Sie kann die Kräfte des Imperialismus zersplittern und einen neuen Durchbruch für den weltweiten Prozeß der Befreiung erkämpfen.

Nur in dieser Schärfe der Konfrontation wird es real: Befreiungskrieg, Kampf für den Kommunismus in der westeuropäischen Metropole.

In diesem Prozeß ist es eine wesentliche Aufgabe und Möglichkeit der westeuropäischen Guerilla, die Funktionsfähigkeit der imperialistischen Militärmaschine hier im Zentrum zu stören, die Planbarkeit und Kalkulierbarkeit ihres Einsatzes unmöglich zu machen.

Wir haben Edward Pimental erschossen, den Spezialisten für Flugabwehr, Freiwilliger bei der US-Army und seit drei Monaten in der BRD, der seinen früheren Job an den Nagel gehängt hat, weil er schneller und lockerer Kohle machen wollte, weil wir seine ID-Card gebraucht haben, um auf die Air Base zu fahren.

Für uns sind die US-Soldaten in der BRD nicht Täter und Opfer zugleich, wir haben nicht diesen verklärten, sozialarbeiterischen Blick auf sie.

Nach Vietnam, Libanon, Grenada und der offiziellen Einführung der Air-Land-Battle-Doktrin, der Offensivstrategie für Blitzkriege in der 3. Welt und Angriffe gegen die sozialistischen Saaten im Osten muß jeder GI begreifen, daß er dafür bezahlen wird, Krieg zu führen, d.h.:

Alle müssen begreifen daß Krieg ist — und sich entscheiden.

Natürlich geht es nicht um einen durchgeknallten Anti-Amerikanismus, wie die Counter-Propaganda das streut. Worum es geht, ist der praktische Begriff des internationalen Klassenkrieges für die Entwicklung des revolutionären Prozesses in der westeuropäischen Metropole.

Die militärischen Basen, Einrichtungen, Kommandostellen der US-Streitkräfte, der NATO sind Kriegsgebiet."

Rote Armee Fraktion
25.8.85 (taz, 29.8.85)





Der Airbase-Parkplatz nach dem Anschlag

Übersicht über die Entwicklung terroristischer Anschläge seit Abbruch des Hungerstreiks am 1.2.1985

Berücksichtigt wurden alle bekanntgewordenen Anschläge und Anschlagversuche, die im weitesten Sinne mit den Zielsetzungen der propagierten ,,westeuropäischen Guerilla'' übereinstimmen, außerdem einige Aktionen des ,,internationalen Terrorismus'', die für das politische Gesamtklima in Sachen Terrorismus wichtig sind. Ausgenommen habe ich Aktivitäten der IRA und der ETA. Eine vergleichbare Bilanz für die Zeit der Hungerstreiks 84/85 findet sich in AK 254 und 255. F.

2.3.1985: Athen — Sprengstoffanschlag auf das **Botschaftsgebäude** der BRD. Bekennerbrief der Gruppe ,,Christos Kasimis'', in dem zur Unterstützung des Hungerstreiks aufgerufen wird. (Original)

8.2.1985: Genf — Brandanschlag auf Sitz der **,,Partei der Arbeit'' (PdA)**, bei dem das Büro z.T. zerstört wurde. (taz, 5.3.85)

19.2.85: WBln — nächtlicher Sprengstoffanschlag auf die **Wohnung des Leiters des polizeil. Staatsschutzes, Manfred GANSCHOW.** Der in einer Feldflasche zur Explosion gebrachte Sprengstoff richtete ,,erheblichen Schaden'' an. In einem Bekennerbrief heißt es u.a., mit der Aktion sei dem Staatsschutzbeamten ,,seine persönliche Sicherheit genommen worden, mit der er in Berlin jeden Widerstand, der sich nicht an den offiziellen Spielrahmen hält, verfolgt.'' Es wird der Abriß der HS-Trakte gefordert und bei den Nachbarn um ,,Entschuldigung für die nächtliche Ruhestörung'' gebeten. (FR, 19.2.85)

19.2.85: Genf — versuchter Sprengstoffanschlag mit 24-Millimeter-Panzerübungsgranate auf ein Fenster des **Polizeigebäudes.** Bekennerbrief der ,,AUTONOMEN ZELLEN''. (taz, 5.3.85)

28.2.1985: Genf — Brandanschlag auf den Genfer **Theatersaal Palladium**, in dem eine Rede des franz. Rechtsextremisten Marie le Pen geplant war. Bekennerbrief der ,,AUTONOMEN ZELLEN''. (taz, 5.3.85)

3.3.1985: Genf — versuchter Brandanschlag auf **schweizerische Bundesbahn.** Bekennerbrief der ,,AUTONOMEN ZELLEN''. (taz, 5.3.85)

5.3.1985: Genf — Brandanschlag auf sechs Armeelastwagen in der **Militärkaserne Vernets** in Genf, Sachschaden ca. 100.000 DM. Bekennerbrief der ,,AUTONOMEN ZELLEN''. (taz, 5.3.85)

8.3.1985: Dortmund — Sprengstoffanschlag in einem **Kaufhaus** während der Verkaufszeit. 8 Menschen werden z.T. schwer verletzt. Eine ,,Aktion Christian Klar'' übernimmt per Bekennerbrief die Verantwortung. Von der BILD-Zeitung angeführt, entwickelt die Presse eine triefende Kampagne gegen die RAF, die eindeutig im Dienste des NRW-Wahlkampfes steht. Aus dem sog. RAF-Umfeld gehen Distanzierungserklärungen ein, so eine Erklärung ehemal. pol. Gefangener: ,,Niemals Aktion der RAF''. Die RAF selbst schweigt.
Pünktlich nach Abschluß der Wahl, seit Sonntag, d. 10.3. um 22.19 wird der angebl. RAF-Anschlag dann zu einem ,,dummen-Jungen-Streich'' erklärt und als Täter der Lehrling Torsten RETTA aus Dortmund präsentiert, ein ,,Bastler'', ,,Eigenbrödler'' usw. Bei Durchsuchungen seiner Wohnung wird noch ein nicht abgeschicktes Bekennerschreiben einer ,,AVG'' gefunden. Nach Angaben von Torsten R. müsse das als ,,antifaschistisches Volksgefühl'' übersetzt werden. Recherchen am Ort ergeben, daß Retta langjähriges Mitglied des örtlichen ,,Kyffhäuserbundes'' ist. (lfd. Tagespresse vom 8.3. -12.3., Spiegel, 11.3. und 18.3.)

7.3.1985: Bochum, Essen, Hamburg — Sprengstoffanschläge auf das Gebäude der **IG-Bergbau** (Bochum), des **,,Gesamtverbandes des deutschen Steinkohlebergbaus''** (Essen), der **,,Peter-Doehle-Schiffahrts-AG''** (Hamburg). Es entsteht Sachschaden. In einem Bekennerbrief der ,,REVOLUTIONÄREN ZELLEN'' werden die Anschläge da-
7.3.1985: Bochum, Essen, Hamburg — Sprengstoffanschläge auf das Gebäude der IG-Bergbau (Bochum), des ,,Gesamtverbandes des deutschen Steinkohlebergbaus'' (Essen), der ,,Peter-Doehle-Schiffahrts-AG'' (Hamburg). Es entsteht Sachschaden. In einem Bekennerbrief der ,,REVOLUTIONÄREN ZELLEN'' werden die Anschläge da-
mit begründet, daß die drei Objekte der Anschläge zu den ,,Totengräbern'' des britischen Bergarbeiterstreiks gehören. (taz, 9.3.)

11.3.1985: Im **SPIEGEL** erscheint ein **Artikel** unter der Überschrift: *Susi, Benno und die Feuerteufel, ein neuer Tätertyp in der Gewaltszene: Öko-Terroristen.*'' Über 600 ,,Straftaten'' habe das BKA seit 83 gezählt mit Schäden in ,,zweistelliger Millionenhöhe''. ,,*Neben den letzten Anhängern der Rote Armee Fraktion (RAF), die noch immer das ‚Schweinesystem' einfach wegsprengen wollen, bomben und zündeln nun Täter unterschiedlicher Motivation.*
Wie Öko-Aktivisten Strommasten sprengen, so blockieren militante Rüstungsgegner Schienenstränge, auf denen Munitionszüge rollen; fanatische Tierversuchsgegner brechen zu Befreiungsaktionen bei Tierzüchtern ein oder verwüsten Labors von Pharma-Firmen, rabiate Datenschützer stecken Computerfirmen in Brand — statt einer politisch motivierten Tätergruppe gibt es seit geraumer Zeit eine Vielzahl.''
Typisch für diese Szene sei nach Ansicht des VS bisher, daß man zwar die Gefährdung von Repräsentanten der ,,Atommafia'' etc. in Kauf nehme, jedoch stets vermeide, unbeteiligte Bürger zu verletzen, da dies dem Ziel, Leben zu schützen, widerspreche — allerdings könne es sein, daß das Atypische typisch werde, d.h. die Anschläge brutaler und ,,theorieloser''. (Spiegel, 11/859)

12.3.1985: Lissabon, Evora — 7 Bombenanschläge gegen **ausländische Vertretungen.** Dabei werden in Evora zwei **Häuser von Siemens-Technikern** beschädigt. Es entstehen überall schwere Sachschäden. Die Anschläge werden der Organisation ,,VOLKSKRÄFTE DES 25. APRIL'' zugerechnet, die bereits 23 Anschläge seit Anfang des Jahres ausführte. (H.Abl., 12.3.)

30.3.1985: Lüneburg — Anschläge an 6 Stellen auf die **Bahnverbindung Lüneburg-Dannenberg**, über die in Kürze die Behälter für das atomare Zwischenlager in Gorleben transportiert werden sollen, Die Strecke war durch abgesägte Bäume und umgeknickte Signale unpassierbar gemacht worden. Die unbekannten Akteure wiesen mit Telefonanrufen auf die Anschläge hin. (H.Abl., 31.3.)

8.4.1985: Hamburg — Sprengstoffanschlag auf die Gebäude der **,,Internationalen Schiffahrts Studiengesellschaft'' (ISS)** und des **,,Project Management Office'' (PMO)** in Hamburg-Wandsbek. Vor der Explosion erfolgt telefonische Warnung an umwohnende Bevölkerung. Es entsteht Sachschaden. In einem Bekennerbrief begründet eine ,,ILLEGALE MILITANTE KÄMPFENDE EINHEIT JONAS THIMME'' die Anschläge mit der Verantwortung der beiden Firmen für die Planung der NATO-Fregatte 90. (BILD, 9.4. und Original)

13.4.1985: Heidelberg — versuchter Sprengstoffanschlag auf den **,,Technologiepark'' der Universität''.** In einem Bekennerbrief übernimmt die ,,ROTE ZORA'' die Verantwortung. Der Anschlag richte sich gegen die ,,Gesellschaft zur Förderung molekularbiologischer Forschung in Heidelberg e.V.'', in der Firmen wie BASF, Boehringer, Merck die Grundlagenforschung in der Gentechnik bestimmten ,,*Dies ist unser Beitrag zu dem Kongreß ‚Frauen gegen Gentechnik und Reproduktionstechnik*'', heißt es in dem Schreiben (Original, taz, 18.4.)

20.4.1985: Brüssel — Sprengstoffanschlag auf das Gebäude der **Nordatlantischen Versammlung**, die ,,interparlamentarische Organisation'' der NATO. Die 100 Kilo TNT-Bombe soll der bis dahin stärkste Anschlag gegen die NATO in Belgien gewesen sein. An dem zur Explosionszeit menschenleeren Gebäude entsteht schwerer Sachschaden. Zwei Stunden nach dem Anschlag bekannte sich durch Bekennerbrief beim belgischen Rundfunk eine ,,FRONT REVOLUTIONAIRE D'ACTION PROLETAIRE'' (FRAP). (Welt, FAZ, FR, HAbl., 22.4.)

20.4.1985: Brüssel — Sprengstoffanschlag auf das Gebäude der **AEG-Telefunken** im Stadtteil Uccle. Schwerer Sachschaden. Parolen vor Ort und Bekenneranruf der ,,FRONT REVOLUTIONAIRE D'ACTION PROLETAIRE'' (FRAP). (FR, HAbl., 22.4.).

23.4.1985: Düsseldorf — Sprengstoffanschlag nach telef. Warnanruf auf Niederlassung des Siemenskonzerns. In einem Bekennerschreiben fordern Unbekannte: ,, *Stört den Weltwirtschaftsgipfel.*'' (Akte, H.Abl., 23.4.)

29.4.1985: Köln, Düsseldorf, — 3 Sprengstoffanschläge auf Repräsentanten der Wirtschaft: in Düsseldorf auf die **Hauptfiliale der Deutschen Bank**, in Köln auf den **Gesamtverband der Metallindustrie**, sowie eine Niederlassung des Chemie-Konzerns **Hoechst.** Die vor den Gebäuden abgelegten Feuerlöscher-Bomben richten äußerliche Sachschäden in Größenordungen von mehreren 100.000 DM an. In Bekennerschreiben an
schaft: in Düsseldorf auf die Hauptfiliale der Deutschen Bank, in Köln auf den Gesamtverband der Metallindustrie, sowie eine Niederlassung des Chemie-Konzerns Hoechst. Die vor den Gebäuden abgelegten Feuerlöscher-Bomben richten äußerliche Sachschäden in Größenordungen von mehreren 100.000 DM an. In Bekennerschreiben an
dpa und taz übernehmen ,,REVOLUTIONÄRE ZELLEN'' die Verantwortung und erklären die Anschläge als ihren Beitrag zum gerade stattfindenden Weltwirtschaftsgipfel-Treffen in Bonn. (FR, Welt, 30.6.)

30.4.1985: Paris — Sprengstoffanschlag auf das franz. Unternehmen **,,Telecommunications Radioelectriques et Telephoniques'' (TRT).**
Bekennerbrief der ,,ACTION DIRECTE'' (AD). Darin heißt es, man habe mit der TRT eine ,,industrielle Basis der Zusammenarbeit der Achse Paris-Bonn für Waffensysteme der NATO'' treffen wollen. (FR, 4.5.85)

5.1.1985: Brüssel — Sprengstoffanschlag per Autobombe vor dem Gebäude des **belgischen Unternehmerverbandes.** Zwei Feuerwehrleute kommen ums Leben. Verantwortung übernimmt ,,CELLULES COMBATTANTES COMMUNISTES'' (CCC) (Zeit, 3.5.)

1.5.1985: Bonn — versuchter Sprengstoffanschlag auf das Gebäude des **,,Bundesverbandes der Deutschen Luftfahrt'' (BDLI)** in Bad Godesberg. Die Feuerlöscherbombe wird auf der Terrasse des BDLI entdeckt und entschärft. In einem Bekennerschreiben einer anonymen Gruppe an die ,,taz'' heißt es unter der Losung ,,*Die Revolutionäre Front in Westeuropa entwickeln*'': ,,*Der BDLI ist die zentrale Organisation der westdeutschen Rüstungsindustrie. Kohl, Genscher und Konsorten werden auf dem Weltwirtschaftsgipfel die Richtlinien verfolgen, die ihnen unter anderem vom BDLI gegeben worden sind.*'' (taz, BILD vom 2.5.; taz, 5.5.85)

3.5.1985: Köln — Sprengstoffanschlag auf die BRD-Niederlassung der franz. Firma **,,Telecommunications Radioelectriques et Telefoniques'' (TRT).** Die Explosion reißt ein Loch in die Rückfront des Gebäudes, Schaden ca. 40.000 DM. TRT ist auf dem Gebiet der Nachrichtenübermittlung tätig, beliefert auch die Bundeswehr, stellt elektronische Waffenausrüstung her, ist an der Konstruktion der deutsch-franz. Luftabwehrrakete ,,Roland'' beteiligt. (FR, 4.5.85)

3.5.1985: Koblenz — versuchter Sprengstoffanschlag auf das **,,Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung''**. Die Bombe wurde gefunden und entschärft. (FR, 4.5.85)

5.3.1985: WBln — Sprengstoffanschlag auf einen **Feldwebel der US-Armee.** Die Bombe explodiert, als der Mann seinen Privatwagen starten will. Obwohl der Wagen ,,zerfetzt'' worden sei, erleidet der Mann nur leichte Verletzungen. Urheber des Attentats unbekannt. (FR, 4.5.85)

9.5.1985: Luxemburg — Sprengstoffanschlag auf **Hochspannungsmasten** nahe des Ortes Leudelange. Bekennerbrief einer ,,KÄMPFENDEN UMWELTSCHUTZBEWEGUNG''. (HABl., 9.5.85)

10.5.1985: Dortmund — Brandanschlag auf den Transportbus der örtlichen **FAP**, der Nachfolgeorganisation der verbotenen **ANS**. In einem Bekennerschreiben bezeichnet die Gruppe ,,ANTIFASCHISTISCHE AKTION RUHRGEBIET'' die Aktion als ihren Beitrag zu den Landtagswahlen in NRW. In dem Schreiben heißt es u.a.: ,,*Einen Faschismus nationalsozialistischer Ausprägung wird es in der BRD nicht mehr geben*''. Es seien eher Entwicklungen möglich wie jetzt in der sog. 3. Welt. ,,*Antifaschistischer Kampf ist Teil des antiimperialistischen Kampfes.*'' (Original)

5.10.1985: Osnabrück — Sprengstoffanschlag auf die **NATO-Pipeline** bei Dinklage. Nach eigenen Angaben in dem Bekennerbrief der ,,KÄMPFEMDEN EINHEIT JOHANNES THIMME'' zerstörte die in dem unterirdischen Schaft erfolgende Sprengung das Pipelinerohr und setzte das auslaufende Kerosin in Brand. Weiter heißt es in dem Brief, seit dem Hungerstreik 84/85 habe eine ,,*neue, wichtige Phase des revolutionären Kampfes angefangen. Es ist wichtig, uns über die volle Schärfe, die die Konfrontation hier hat, nicht mehr zu täuschen. Durch die zwangsläufigen Wirtschaftskrisen und die Entwicklung der Befreiungsbewegungen an allen Ecken der Erde bleibt den Imperialisten nur die brutale Gewalt zur Erhaltung ihrer Macht. Der Staat wird in Zukunft mit voller Härte gegen alle, die es ernst meinen, vorgehen. Die Zeit, wo er sich mit einem demokratischen Mäntelchen gefiel, ist vorbei. Das ist die Realität, von der wir ausgehen müssen. ‚Es gibt kein ruhiges Plätzchen zwischen Mündungsfeuer und Aufschlag': dieser Satz gilt mehr denn je.*'' (Original)

31.5.1985: Darmstadt — Sprengstoffanschlag auf die unterirdische **NATO-Pipeline** in der Nähe des Frankfurter Flughafens. Es entsteht ein geringer Schaden von ca. 5.000 DM durch Auslaufen von Kerosin. Der Anschlag wird von Unbekannten einem Pfarrer in Moerfelden-Walldorf gemeldet. In einem Bekennerbrief, in dem auf den Zusammenhang zwischen Imperialismus und Startbahn West verwiesen wird, übernimmt eine ,,REVOLUTIONÄRE ZELLE'' die Verantwortung. (taz, 1.6.85, taz, 3.6.85)
entsteht ein geringer Schaden von ca. 5.000 DM durch Auslaufen von Kerosin. Der Anschlag wird von Unbekannten einem Pfarrer in Moerfelden-Walldorf gemeldet. In einem Bekennerbrief, in dem auf den Zusammenhang zwischen Imperialismus und Startbahn West verwiesen wird, übernimmt eine ,,REVOLUTIONÄRE ZELLE'' die Verantwortung. (taz, 1.6.85, taz, 3.6.85)

2.6.1985: Hannover — versuchter Sprengstoffanschlag auf das **Verwaltungsgebäude der Hannover-Messe.** Dabei kommt der angebliche Urheber des Anschlags, Franz Jürgen PEMÖLLER, ums Leben. Der Sachschaden beträgt ca. 100.000 DM. Franz Jürgen P. kann dem linken Spektrum, aber keiner bestimmten Gruppe zugeordnet werden. (taz, FR, H.Abl. 3.6.85). Die Polizei nimmt gegen Pemöllers Begleiterin Isabell JACOB und weitere Personen, die beschuldigt werden, einer für den versuchten Anschlag verantwortlich gemachten Gruppe ,,WIRTSCHAFTSWUNDERKINDER'' anzugehören, Ermittlungen nach Paragraph 129a auf. (FR, taz, 11.6.85)

14.6.1985: Beirut — **Entführung einer TWA-Maschine** durch schiitische Terroristen. Wird zum Anlaß für Forderung nach US-geführter internationaler Anti-Terror-Konvention und -Truppe. US-Präsident Reagan kündigt einen Kreuzzug gegen die ,,Zentralen des internationalen Terrorismus'' an. Die BRD-Presse entdeckt wieder einmal den ,,Terrorismus als Angriff auf die Zivilisation'' (Spiegel, 27/85) Die BRD-Regierung versichert der US-Regierung, mit ihrem Know-how und konkreten Aktivitäten ihren Teil dazu beitragen zu wollen. GSG-9-Experte Wischnewski fordert die Aufstellung europäischer Anti-Terror-Spezialeinheiten nach dem Muster der GSG-9. Ende des Geiseldramas am 1.7.85. (Welt, 2.7.85)

19.6.1985: Frankfurt — Sprengstoffanschlag auf dem **Flughafengelände im Abflugbereich**, Halle B. Zwei Kinder und ein Portugiese werden getötet, 42 Menschen, vier davon schwer, verletzt. Per Bekennerbrief übernimmt eine ,,ARABISCHE REVOLUTIONÄRE ORGANISATION'' die Verantwortung. In der Erklärung wird der ,,westdeutsche Geheimdienst'' beschuldigt, mit ,,*Einsatz von Gewalt in Westdeutschland lebende Araber zu rekrutieren und sie zu Attentatsmissionen gegen revolutionäre Führer in den Nahen Osten zu schicken.*'' Dabei arbeite der westdeutsche Geheimdienst mit dem CIA und dem israelischen MOSSAD zusammen. ,,*Wir wußten, daß unschuldige Opfer verletzt werden würden*'', hieß es in dem Schreiben, ,,*doch das war nur ein kleiner Preis für die Praktiken des westdeutschen Geheimdienstes.*''
Die Polizei bewertet dieses und weitere Bekennerschreiben als Werk von ,,Trittbrettfahrern''. Insgesamt gehen innerhalb einer Woche sieben Bekennerschreiben ein. (FR, taz vom 21./22.6.). Am 24.6. meldet sich eine Gruppe ,,Friedenseroberer'' bei der französischen Nachrichtenagentur AFP. Sie übernimmt die Verantwortung für den Anschlag und droht zugleich mit der Zerstörung eines Jumbo-Jets sowie eines ,,bedeutenden Gebäudes'' in Frankfurt noch im Juni. ,,*Es stört uns nicht, wenn Frauen und Kinder getötet werden*'', heißt es, ,,*es gibt keine Unschuldigen.*'' Die Verfasser des Textes begründen ihre angeblichen Gewalttaten mit der Umweltverschmutzung. Im übrigen übernehmen sie auch gleich noch die Verantwortung für den Anschlag auf die Brüsseler Niederlassung der Firma Beyer vom 22.6.85. (taz, HAbl. 24.6.85)
Bis zum Ende des Monats haben sich 30 Bekenner zu Wort gemeldet, darunter auch eine RAF und andere BRD-Gruppen. Der SPIEGEL (27/85) bringt eine Story unter dem Titel: ,,*Die größte Bekennerlawine aller Zeiten.*'' Die Urheber des Anschlags bleiben unbekannt.

22.6.1985: Brüssel — Sprengstoffanschlag auf die belgische Niederlassung der **Firma Beyer**. Per Bekennerschreiben an die französische Agentur APF übernimmt eine Gruppe ,,PEACE CONQUERORS'' die Verantwortung. Sie begründet ihre Aktion mit ,,Umweltschutz''. (Siehe dazu auch 19.6.85, Anschlag auf Frankfurter Flughafen) (taz, 24.6.)

2.7.1985: Borstel/Kreis Segeberg — angeblich versuchter Brandanschlag **militanter Tierschützer** führt zu nächtlichen Festnahmen von 13 Personen. Die Bundesanwaltschaft erhebt Ermittlungen nach Paragraph 129a. (taz, HAbl., 2.7.85)

2.7.1985: Madrid — Sprengstoffanschläge auf zwei internationale **Fluggesellschaften**. Bei einem Anschlag gegen die Niederlassung der britischen Fluggesellschaft British Airways wird eine Frau getötet und 24 Menschen verletzt. Eine Handgranate, die etwa gleichzeitig in die Räume der jordanischen Luftfahrtgesellschaft ALIA geworfen wird, explodiert nicht. (FR, HAbl., Mopo, 2.7.85) Ein anonymer Anrufer übernimmt tags darauf im Namen einer ,,ORGANISATION DER UNTERDRÜCKTEN'' die Verantwortung. Die Anschläge seien eine Antwort auf die Ankündigung von US-Präsident Reagan, gegen die Zentren des internationalen Terrorismus vorgehen zu wollen. (taz, 3.7.85)

8.8.1985: Frankfurt — Sprengstoffanschlag auf den **US-amerikanischen Teil des Frankfurter Flughafens**. Zwei Menschen werden getötet, 20 weitere z.T. schwer verletzt. Die Detonation der Autobombe, die mittels falscher Papiere aufs Gelände gefahren worden ist, erfolgt um 7.15 Uhr auf dem Parkplatz in der Nähe des Kommandeurgebäudes. Nach Angaben des BKA sollen Schrauben unter den Explosionsstoff der Bombe gemischt worden sein, um ihre Splitterwirkung zu erhöhen. In einem Bekennerschreiben unternehmen ,,ACTION DIRECTE'' und
scher Papiere aufs Gelände gefahren worden ist, erfolgt um 7.15 Uhr auf dem Parkplatz in der Nähe des Kommandeurgebäudes. Nach Angaben des BKA sollen Schrauben unter den Explosionsstoff der Bombe gemischt worden sein, um ihre Splitterwirkung zu erhöhen. In einem Bekennerschreiben unternehmen ,,ACTION DIRECTE'' und
RAF die Verantwortung für die von einem ,,KOMMANDO GEORGE JACKSON'' durchgeführte Aktion. In dem Schreiben wird die Airbase u.a. als ,,Drehscheibe für Kriege in der 3. Welt von Westeuropa aus'', als ,,Geheimdienstnest'', als ,,Einfallstor nach Europa für den Krieg gegen die sozialistischen Staaten im Osten'' bezeichnet. Der ,,imperialistischen Maschine'', die zur ,,Offensive'' aushole, müsse der ,,proletarische Internationalismus'' entgegengesetzt werden. Von der ,,westeuropäischen Guerilla'' werde im Angriff ,,die Front des Befreiungskrieges hier aufgebaut''. Schließlich heißt es: ,,*Die Internationale revolutionäre Front kann die Kräfte des Imperialismus zersplittern, sie ist die konkrete Perspektive für den Sieg über die imperialistische Maschine.*'' (FR, 9.8.85, Akte)
Einen Tag später wird der US-GI Edward Pimental ermordet aufgefunden. Die Polizei stellt zunächst keinen Zusammenhang zwischen dem Anschlag und dem Mord her. Am 29.8.85 geht allerdings ein mit RAF unterzeichnetes BEKENNERSCHREIBEN, in dem unter dem Motto ,,*Begreifen, daß Krieg ist und sich entscheiden*'' der Zusammenhang zwischen dem Anschlag und dem Mord hergestellt und namens der RAF für beides die Verantwortung übernommen wird: ,,*Wir haben Edward Pimental erschossen, weil wir seine ID-Card gebraucht haben*'', heißt es in dem Schreiben.
Nicht nur in der bürgerlichen Presse stößt dieses Schreiben auf Ablehnung. Es werden Vermutungen laut, ob es sich bei dem Schreiben um eine geschickte Fälschung der Mörder E. Pimentals handeln könnte. Eine Distanzierung der RAF von diesem Brief ist aber bis heute nicht bekannt. (Erklärung: taz, 29.8.85, übrige Berichterstattung: taz und FR seit dem 8.8. ff.)

13.8.1985: Hamburg — Brandanschlag auf das **Architektenbüro Gibbins,** versuchter Brandanschlag auf einen **Neue-Heimat-Rohbau.** Motiv ist wohl in deren Sanierungsaktivitäten zu suchen. Eine Erklärung liegt aber nicht vor. (BILD 12.8., taz 13.8.85)

13.8.1985: Frankfurt — versuchter Brandanschlag auf **Liegewagen für die US-Army auf dem Frankfurter Ostbahnhof**. Die wegen technischen Defekts nicht gezündeten Bomben werden von Putzfrauen entdeckt. Hinweise auf Urheber werden nicht gefunden. (taz, 13.8.85)

15.8.1985: Mönchengladbach — ein Sprengstoffanschlag auf den **Sendemast des Militärrundfunks American Forces Network (AFN)** legt die Anlage lahm. Zwei weitere Brandsprengsätze werden gefunden und entschärft. (taz, 16.8.85)

21.8.1985: Köln — Sprengstoffanschlag auf einen Rohbau des **Max-Planck-Instituts** in Köln-Müngersdorf. Der Sprengsatz detoniert in der Belüftungsanlage des noch ungenützten Baus, Schaden ca. 80.000 DM. Die Gruppe ,,ROTE ZORA'' schickt ein Bekennerschreiben an die ,,taz''. Darin heißt es zur Begründung des Anschlags u.a., von dem Institut würde unter Beteiligung von Bayer-Leverkusen und dem Bundesforschungsministerium vor allem ,,grüne Gentechnologie'' betrieben, um eine weltweite ,,Kontrolle der Agrarwirtschaft durch einige multinationale Konzerne'' zu sichern. (taz, 21.8.)

3.9.1985: Dortmund, Hamburg — Sprengstoffanschläge auf Computerfirmen: Der Dortmunder Anschlag gilt der Firma **,,Mathematischer Programmier-und Beratungsdienst''**, einer Tochtergesellschaft des Hoesch-Konzerns. Es entsteht Sachschaden in Höhe von 4 Millionen DM, einige Maschinen wurden beschädigt. Zu Ausfällen kam es lt. Auskunft der Firma nicht.
In Hamburg erfolgt zeitgleich zu dem Anschlag in Dortmund ein Sprengstoffanschlag auf die Hamburger Computer-System-Firma **,,Scientific Controll System''**. Es entsteht ein Schaden von ca. 3 Millionen DM. Das Gebäude im Stadtteil Langenhorn wird schwer beschädigt. Der Sprengsatz reißt ein großes Loch in die Außenwand und verwüstet den dahinterliegenden Rechnerraum. Auch hier führt der Anschlag nicht zu Ausfällen.
In einem Bekennerschreiben übernehmen ,,REVOLUTIONÄRE ZELLEN'' die Verantwortung. Unter dem Motto ,,Brennende Computer'' heißt es u.a. zur Begründung: ,, ... *die Logik der Computer ist die Logik des Kapitals*'', die Computerfirmen hätten sich zu ,,Know-how-Zentren von Kapital und Herrschaft aufgeschwungen'' deren Auftraggeber ,,*aus Wolfsburg und Wiesbaden ebenso wie aus Südafrika und Saudi-Arabien*'' kommen. ,,*Sie sitzen in den Befehlszentren des Industrie- und Handel- und Finanzkapitals ebenso wie in den Planungsstäben des Innen- und Kriegsministeriums ... Der Feuerschein, der SCS und MPB zu Asche zerfallen machte, entspringt unserer radikalen, praktischen Kritik der totalen Organisation der Gesellschaft durch big business und seine allgegenwärtige Technik, die die Welt und Vorstellung so lückenlos besetzt haben, daß der Gedanke, es könne anders sein, zur fast hoffnungslosen Anstrengung zu werden droht.*'' (Erkl., taz, 2.9.85, Bericht, taz, FR, 3.9.85)

6.9.1985: Paris — 4 Sprengstoffanschläge gegen verschiedene Firmen in Paris. Betroffen sind: 1. das **Bauunternehmen ,,Spie-Batignolles''**, dessen Fensterscheiben bis in die zehnte Etage splittern. Die Firma baute das erste franz. Atomkraftwerk auf südafrikanischem Boden; 2. das Gebäude von **,,Renault International''**. Die Firma hält drei bis fünf Prozent des südafrikanischen Automobilmarktes; 3. die **,,Gesellschaft für Kohle-Import und -Transport'', ATIC**. Fensterscheiben und Inneneinrichtungen wurden zerstört. Die Gesellschaft ist Zwischenstation beim französischen Billigeinkauf südafrika-
schem Boden; 2. das Gebäude von ,,Renault International''. Die Firma hält drei bis fünf Prozent des südafrikanischen Automobilmarktes; 3. die ,,Gesellschaft für Kohle-Import und -Transport'', ATIC. Fensterscheiben und Inneneinrichtungen wurden zerstört. Die Gesellschaft ist Zwischenstation beim französischen Billigeinkauf südafrika-
nischer Kohle; 4. der **Großkonzern ,,Pechiney''**, der zusammen mit dem franz. Erdölkonzern Total in Südafrika die Filiale ,,Minatome'' gegründet hat, die in Namibia eine Uranmine unterhält. Die Schäden bei ,,Pechiney'' bezeichnete die Polizei als bedeutend. U.a. wurden zwanzig Autos beschädigt.
Die ,,ACTION DIRECTE'' (AD) übernimmt per Bekennerschreiben die Verantwortung. Sie begründet die Anschläge als gegen den ,,südafrikanisch-französischen Imperialismus'' gerichtet. (taz, 6.9.85)

7.9.1985: St. Wendel/Saarland — Sprengstoffanschlag auf die **US-Raketenbasis**. Durch drei Bombenexplosionen wird eine Radaranlage und ein Sendemast beschädigt. Der Schaden geht in ,,Millionenhöhe''. Bei dem Raketensystem der in St. Wendel stationierten D-Batterie des 359. Flakbataillons handelt es sich um ,,Hawk''-Luftabwehrraketen zur Bekämpfung von feindlichen Tieffliegern. Die Urheber des Anschlags sind nicht bekannt. (FAZ, 7.9.85)

11.9.1985: Hamburg: — Brandanschlag auf die **Baufirma ,,C&K Spezialtiefbau''** in Pinneberg. Insgesamt gehen 10 Brandsätze nacheinander auf dem Gelände der Firma hoch. Es entstand ein Schaden von ca. 200.000 DM.
In einem nicht unterzeichneten Bekennerbrief wird die Aktion als ,,exemplarisch'' bezeichnet: ,,*Der imperialistische Krieg findet nicht nur in der Dritten Welt statt, sondern auch hier ... Sanierung und Stadtplanung sind als Teil davon zu begreifen.*'' Die Stadtplanung setze die Herrschaftsinteressen des Imperialismus durch Schaffung einer ,,*Bewohnerstruktur*'' um, die ,,*Konkurrenz, Leistungsstreben und Verinnerlichung der bürgerlichen Normen und Werte anstelle von Klassenbewußtsein und solidarischem Handeln erzeugen soll*''. Sie soll die ,,*Architektur übersichtlicher machen*'', und damit ,,*Auseinandersetzungen mit der Staatsgewalt verhindern. Baufirmen setzen als letztes Glied in der Kette die Stadtplanung in die Realität um*''. (taz, 11.9.85)

Unterschriftensammlung gegen SDI

Macht mit beim letzten Aufgebot?

Für einen bestimmten Teil der Friedensbewegung hat Weihnachten schon begonnen, und die Bescherung war einfach super. Es gibt eine neue Unterschriftensammlung! Gegen SDI! Von Naturwissenschaftlern, echt!! Dr. Willy Brandt ist dabei. Und Prof. Ehmke, Geheimrat Schily, auch h.c. Leinen, der Jo! Die Krefelder Initiative unterstützt den Appell. Außerdem 35 Künstler — stellvertretend für die Künstler der Welt! Das ist klasse, das ist eine aktionsorientierte Motivation. Bitte bei Hausbesuchen nicht die Mitgliederwerbung (Thälmann-Aufgebot) vergessen. *„Wir sind pfiffig, mach mit bei den jungen Pionieren!"* („UZ", 17.9.85). Brutzelnde Argumente gegen SDI auf dem Holzkohlengrill und Unterschriftenlisten aus dem Erbsensuppen-Kessel. Frieden, den man schmecken kann! Dramatischer als jemals zuvor in der Geschichte entfaltet sich heute die Auseinandersetzung um Krieg und Frieden.

Aktionstag aller HHer Parteigruppen

Freitag, 20. September 1985
Betriebsgruppen
Sonnabend, 21. September 1985
Wohngebiets- und Hochschulgruppen

Wir wollen 10 000 Unterschriften gegen die Weltraumrüstung sammeln!

Den Ipunkt nicht vergessen, z. B. Adressen für Einladungen zum Gruppenabend sammeln; Eintrittsgespräche vereinbaren!

PS: Ulschten-Extra, Ankündigungsflugblätter für Hausbesuche, Unterschriftslisten etc. in den Kreisbüros.

Aus: UZ, 18.9.85

Und noch was ist wie Weihnachten: Die Friedensbewegung kam zu dem bedeutsamen Stück Text wie die Jungfrau zum Kind. Keiner hat was gemerkt. Zwar war am Rande der Kölner Konferenz Mitte Juni davon die Rede gewesen, eine Erklärung gegen SDI zu erarbeiten, doch haben es ein paar Profis der großen Friedenspartei SPD vorgezogen, möglichst wenig Menschen mit Auseinandersetzungen um Inhalte zu behelligen. Eben ein richtiges Geschenk. Zudem sind die Argumente ja von einer Handvoll naturwissenschaftlicher Genies abgesegnet. Sie, die man gern als die „Philosophen von heute" bezeichnet, *„warnen vor der Strategischen Verteidigungsinitiative"*. Wie schön, daß es das noch gibt: Wissenschaftler, die sich verantwortlich fühlen.

Kritisch, überlegt, gemessen. Nicht dieses starre, fundamentalistische „**Keine** Stationierung, **keine** Raketen, **keine** Waffen", womit die Friedensbewegung nur in die Niederlage gerannt

Kritisch, überlegt, gemessen. Nicht dieses starre, fundamentalistische „Keine Stationierung, keine Raketen, keine Waffen", womit die Friedensbewegung nur in die Niederlage gerannt

ist. Wir warnen, wir geben zu bedenken, wir erteilen Ratschläge. Warum sich schon durch schroffen Ton mit denen überwerfen, die man doch überzeugen will?

Bei SDI, referieren die kompetenten Warner, gehe es um neue Technologien, *„die einen vollständigen Schutz vor Atomwaffen ermöglichen und schließlich diese Waffen selbst überflüssig machen sollen"*. Das Ziel „**soll**" sein, die Abschreckung durch *„gegenseitige Sicherheit abzulösen"*. Dies werde jedoch aus technischen Gründen nicht möglich sein.

Was **soll** das *„soll"*?? Es kann bedeuten: Dies behauptet die US-Regierung; wir, die Warner, verzichten darauf, den Wahrheitsgehalt dieser Behauptungen zu hinterfragen. Es kann auch bedeuten, und diese Interpretation legt der weitere Text sogar nahe: Dies **beabsichtigt** die US-Regierung. Dann würden die kompetenten Warner die Aufrichtigkeit dieser angeblichen Absichten unterstellen. Schon nach den ersten drei Sätzen lacht einem der Schwachsinn frohgemut ins Gesicht. Aber wenn es nur Schwachsinn wäre — geschenkt. Hier wird eine in Grunde plumpe und kaum getarnte Lüge, eine Lüge, mit der sich die Lügner selbst kaum Mühe geben, expertenmäßig aufgewertet. Wie kann man diese Lüge der Reagan-Administration — SDI **solle** die atomare Abschreckung überflüssig machen — kommentarlos wiedergeben, während dieselbe Administration mehr Atomwaffen bestellt, als ihre Rüstungsindustrie liefern kann?

Festzuhalten ist: So gut ist die US-Regierung in einem Appell der Friedensbewegung jedenfalls bisher noch nicht weggekommen. Wenn sie wirklich Atomwaffen abschaffen wollte, so wäre das doch allerhand. Was an ihr kritisiert wird, ist lediglich, daß sie die Realisierbarkeit dieses ehrenwerten Vorhabens falsch einschätzt. Eigentlich schade...

Um diesen Argumentationsrahmen des Appells richtig beurteilen zu können, muß man sich vorstellen, die Friedensbewegung hätte vor Jahr und Tag erklärt: Schmidt/Carter bzw. Reagan/Kohl wollen mit Pershing II und Cruise Missiles das militärische Ungleichgewicht in Europa beseitigen. Also den Frieden sicherer machen. Dies wird nicht möglich sein, weil diese Waffen z.B. nicht so zielsicher und schnell treffen können, wie behauptet wird. Deshalb warnen wir vor einer Stationierung. Außerdem sind sie viel zu teuer. Tatsächlich hätte man mit einer solchen Argumentation einen tollen Erfolg verbuchen können: Beweist nicht der Unfall von Waldheide/Heilbronn, daß das Zeug nicht hält, was versprochen wurde?!

Was wird nun passieren, wenn SDI, obwohl es im Ziel nicht realisierbar ist, trotzdem gemacht wird? Der Gegner wird die Verteidigungssysteme *„mit Hilfe von heute schon bekannten Technologien unwirksam machen oder durch eine vermehrte Zahl von Angriffswaffen überrennen."* Dies wird sogar viel leichter und billiger sein als SDI. Eigentlich gemein. Da startet der Westen, wenn es auch aussichtslos erscheint, einen Versuch, von der gegenseitigen Vernichtungsstrategie runterzukommen, und der Osten stellt dafür einfach immer mehr Raketen auf.

Dies ist genau das Drehbuch, das Reagan liebt, und der Film, in dem die Warner eine gern gesehene Statistenrolle spielen. Der Held reitet mit bloßen Händen in die Prärie, um die bis an die Zähne ausgerüsteten Indianer zu entwaffnen. Damit wir alle endlich in Frieden auf dieser wunderbaren Erde leben können. Die Spießer von Western Town warnen ihn: Mach das nicht, das schaffst du nie! Und der Held reitet doch, weil er weiß, die Regie wird's schon richten. Auf wessen Seite gerät der Zuschauer beinahe automatisch in diesem Film?? Übrigens befinden sich auch in der Bundesrepublik gelegentlich Indianer zu Besuch, die erzählen können, wie sich die weißen Siedler einmal quer durch den Kontinent hindurchverteidigten.

Weiter kombiniert der Text: *„Da die Vermehrung nuklearer Angriffswaffen eine naheliegende Gegenmaßnahme zur Raketenabwehr darstellt, ist eine Vergrößerung der nuklearen Arsenale zu erwarten. Das atomare Wettrüsten wird damit weitergehen."* Man bemerke auch hier wieder, wem der schwarze Peter dezent zugeschoben

nale zu erwarten. Das atomare Wettrüsten wird damit weitergehen." Man bemerke auch hier wieder, wem der schwarze Peter dezent zugeschoben

wird. Der Westen würde ja gar nicht weiter aufrüsten — nur weil der Osten seine Gegenmaßnahmen gegen die Raketenabwehr trifft, fühlt er sich genötigt, mitzuziehen. Das klingt schon fast so, als ob das Wettrüsten ohne SDI zu ende ginge.

Unter den Voraussetzungen, die der Appell macht, müßte man doch geradezu umgekehrt sagen: Die USA arbeiten an der Entwicklung eines militärischen Systems, das nicht funktioniert — prima! Der Sowjetunion wird es leicht fallen, ihre Gegenmaßnahmen zu treffen — na also! Für das nicht funktionierende System werden irre Summen verpulvert — je teurer, desto besser. Dadurch wird die wirtschaftliche Entwicklung der Industrieländer behindert — für die Dritte Welt kann das nur von Vorteil sein. Ein Großteil der Forschungsmittel werden gebunden — dann sind die Forscher wenigstens mal mit etwas beschäftigt, was militärisch schlecht verwertbar ist.

So aber wird kein Mensch argumentieren, weil natürlich niemand wirklich daran glaubt, daß die US-Regierung einen solchen Fehler macht. Mithin sind die Voraussetzungen, auf denen der Appell aufbaut, falsch. Wer nicht den Mut hat, die aggressiven, offensiven, kriegerischen Absichten des SDI-Programms auszusprechen, wer es nicht fertigbringt, eine Lüge Lüge zu nennen, dem wird kaum etwas Vernünftiges zu SDI einfallen.

Wir verstehen schon, weshalb sich Sicherheitsexperten wie Brandt, Ehmke, Voscherau unter dem Appell tummeln. Und für das Verhalten der beteiligten naturwissenschaftlichen Genies ist bereits von der APO ein nützlicher Begriff geprägt worden („Fachidiot"). Daß aber ein der DKP nahestehender Friedensflügel sich aufmacht, diesen Text mit den Unterschriften zehntausender Bundesbürger anzureichern, um die Glaubwürdigkeit der Rüstungskontrollpolitik des Westens (!) zu retten, ist wohl nur noch mit dem Griff nach dem letzten Strohhalm zu erklären. Die „Warnung" fordert ja nicht einmal etwas Substanzielles, z.B. SDI zu verhindern. Stattdessen soll die BRD *„ihren internationalen Einfluß"* geltend machen. Der DKP-Vorsitzende Mies bringt es auf den Punkt: ***„Bonn muß auf Reagan einwirken."*** („UZ", 18.9.85). **Auf den Kanzler kommt es an, was?** Mies ist es augenscheinlich gewohnt, in historischen Etappen zu denken, und Reagan wirkt ja auch immer noch sehr jugendlich. Aber ob er das noch erleben wird?

Nicht zum ersten Mal sonnen sich Sozialdemokraten friedenspolitisch an der Seite naturwissenschaftlicher Experten. Ende der fünfziger Jahre war der „Göttinger Appell" der große Hit, in dem sich Physiker gegen eine atomare Bewaffnung der BRD wandten. Natürlich wurden auch damals vornehme und hochmoralische Worte gefunden, daß die besseren Politiker und die besseren Wissenschaftler und überhaupt die besseren Deutschen bei so einer Schweinerei nicht mitmachen würden, und ... daß man die Kernkraft eben friedlich nutzen solle. Heute ist die BRD eine Atommacht mit Atombomben-Fertigteillager. Der vorliegende Appell sieht ganz so aus, als ob für die nächste Generation der Waffentechnik eine ähnliche Option in Arbeit ist. Eureka ist ja nicht der Titel eines anderen Programms. Eureka ist der Titel einer anderen Verkaufsstrategie.

das noch erleben wird? Nicht zum ersten Mal sonnen sich Sozialdemokraten friedenspolitisch an der Seite naturwissenschaftlicher Ex-

de



Thesen zum 8. Parteitag der DKP

Neue Fragen des Kampfes für Frieden und Arbeit - für eine ...nde

I. Wir Kommunisten und die weltweite Auseinandersetzung um Krieg und Frieden

These 1

Es gibt nichts Wichtigeres als den Frieden – Reagans Sternenkriegspläne und die neue Dimension der Kriegsgefahr

...matischer als jemals zuvor in der Geschichte entfaltet sich heute die Auseinandersetzung um Krieg und Frieden. Die Konfrontations- und Hochrüstungspolitik der reaktionärsten Kräfte des Imperialismus beschwört die Gefahr eines Atomkrieges herauf. Mit den Sternenkriegsplänen der USA erhält diese Gefahr eine völlig neue Dimension.

Die Militarisierung des Weltraums würde zu einer neuen Runde des Wettrüstens führen und einer Begrenzung der atomaren Rüstung auf der Erde die Grundlage ent- ... Sie untergräbt die strategische Stabilität, ver- ... Lage weiter ...

Dokument
Wir warnen vor der strategischen Verteidigungsinitiative

Die Bundesregierung trifft in diesen Monaten die folgenschwere Entscheidung über ihre Beteiligung an den Forschungsarbeiten zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) der US-Regierung. Im Rahmen dieser Initiative sollen neue Technologien entwickelt werden, die einen vollständigen Schutz vor Atomwaffen ermöglichen und schließlich diese Waffen selbst überflüssig machen sollen. Ihr Ziel soll es sein, die bisherige Strategie der gegenseitigen Zerstörungsfähigkeit durch eine Strategie gegenseitiger Sicherheit abzulösen.

Die Einwände gegen dieses Vorhaben unter technischen, sicherheitspolitischen, finanziellen und forschungspolitischen Gesichtspunkten sind allerdings so grundsätzlicher Natur, daß das Ziel unerreichbar und schon der Versuch, solche Pläne zu verwirklichen, gefährlich und schädlich erscheint.

Der Schutz vor Atomwaffen soll durch ein gestaffeltes System von neuartigen Abwehrwaffen erreicht werden, die teilweise im Weltraum stationiert werden. Solche Waffen der Zukunft gehen aber weit über den gegenwärtigen Stand der Technik hinaus. Von vielen wichtigen Komponenten ist nicht bekannt, ob sie überhaupt jemals realisierbar sein werden. Dagegen weiß man sehr wohl, daß es leicht und verhältnismäßig billig sein wird, die Waffensysteme der strategischen Verteidigung mit Hilfe von heute schon bekannten Technologien unwirksam zu machen oder durch eine vermehrte Zahl von Angriffswaffen zu überrennen.

Ein vollständiger Schutz vor Atomwaffen ist daher nicht zu erreichen.

Auch wenn ein strategisches Verteidigungssystem nur teilweise wirksam sein sollte, müßte es vom Gegner als Bedrohung empfunden werden, weil die massive Abschreckung außer Kraft gesetzt würde.

Der Plan zu SDI ist mit den erklärten Zielen der Genfer Abrüstungsverhandlungen, nämlich Reduktion der Nuklearwaffen und Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum, unvereinbar:

Da die Vermehrung nuklearer Angriffswaffen eine naheliegende Gegenmaßnahme zur Raketenabwehr darstellt, ist eine Vergrößerung der nuklearen Arsenale zu erwarten. Das atomare Wettrüsten wird damit weitergehen.

Ein Verbot von Antisatellitenwaffen wird nicht möglich sein, wenn Satellitenkampfstationen im Weltraum geplant werden, die außerdem selbst als wirksame Antisatellitenwaffen eingesetzt werden können. Der Rüstungswettlauf wird durch SDI in den Weltraum getragen.

Sollte SDI in die Entwicklungs- und Testphase treten, so müßte der Vertrag über die Begrenzung von Systemen zur Abwehr ballistischer Raketen von 1972 (ABM-Vertrag) und möglicherweise das Atomtestverbot von 1963 gekündigt werden. Damit würde die gesamte Rüstungskontrollpolitik des Westens unglaubwürdig werden.

Die Kosten eines Raketenabwehrsystems werden auf viele hundert Milliarden Dollar veranschlagt. Summen dieser Größenordnung, die zu den bisherigen Rüstungsausgaben noch hinzukommen, werden jede Volkswirtschaft unzumutbar belasten und Mittel binden, die zur Lösung von Problemen der Dritten Welt und im sozialen und Umweltbereich dringend benötigt werden. Die Bewältigung dieser Probleme ist die eigentliche Herausforderung für die Zukunft.

Ein Innovationsschub für zivile Anwendungen, der von der SDI-Forschung erwartet wird, ist ebenfalls keine Rechtfertigung für eine Teilnahme der Bundesrepublik. Wenn man bereit ist, für den technischen Fortschritt große Mittel aufzuwenden, so kann man dies sehr viel wirkungsvoller durch die direkte Förderung von sinnvollen Projekten im zivilen Bereich tun. Die Behauptung, daß sich technische Spitzenstellung nur auf dem Umweg über militärische Forschung erreichen lasse, erscheint äußerst fragwürdig. Japan ist ein gutes Gegenbeispiel. Zudem werden militärische Geheimhaltung und Wettbewerbsinteressen der beteiligten Unternehmen den erwarteten Austausch von Technologien zwischen Westeuropa und den USA beschränken und verzögern.

Das SDI-Programm wird einen großen Teil der Forschungsmittel an eng

weg über militärische Forschung erreichen lasse, erscheint äußerst fragwürdig. Japan ist ein gutes Gegenbeispiel. Zudem werden militärische Geheimhaltung und Wettbewerbsinteressen der beteiligten Unternehmen den erwarteten Austausch von Technologien zwischen Westeuropa und den USA beschränken und verzögern.

Das SDI-Programm wird einen großen Teil der Forschungsmittel an eng

begrenzte Technologiebereiche binden. Diese Konzentration muß zwangsläufig andere, nicht weniger wichtige Bereiche benachteiligen und so eine vielseitige und gleichmäßige wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland behindern.

Aus diesen Gründen fordern wir die Bundesregierung auf,

* sich nicht an der Erforschung, Entwicklung, Erprobung und Stationierung von Weltraumwaffen zu beteiligen,
* sich dafür einzusetzen, daß bestehende Rüstungskontrollverträge eingehalten werden,
* ihren internationalen Einfluß geltend zu machen, damit die bewaffnete Nutzung des Weltraums durch vertragliche Regelungen verhindert wird.

Bonn, den 6. August 1985

Dr. Helmut Aichele, Erlangen · Heinrich Albertz, Berlin · Prof. Dr. Ulrich Albrecht, Berlin · Dr. Jürgen Altmann, Marburg · Prof. Dr. Günter Altner, Heidelberg · Egon Bahr, Bonn · Prof. Dr. Heinz Bauer, Gießen · Prof. Dr. Herbert Begemann, München · Prof. Dr. Karl Bonhoeffer, Köln · William Borm, Bonn · Willy Brandt, Bonn · Reiner Braun, Köln · Prof. Dr. Egbert Brieskorn, Bonn · Prof. Dr. Werner Buckel, Karlsruhe · Prof. Dr. Paul J. Crutzen, Mainz · Dr. Dieter Dehm, Frankfurt · Prof. Dr. Hoimar von Ditfurth, Staufen · Prof. Dr. Werner Dosch, Mainz · Prof. Dr. Hans-Peter Dürr, München · Dr. Heinz Düx, Frankfurt · Horst Ehmke, Bonn · Erhard Eppler, Bonn · Dr. Heinz-Günter Franke, Münster · Prof. Dr. Georges M. Fülgraff, Frankfurt · Prof. Dr. Ulrich Gehring, Heidelberg · Helga Genrich, Bonn · Christian Götz, Düsseldorf · Prof. Dr. Helmut Gollwitzer, Berlin · Prof. Dr. Bernhard Gonsior, Bochum · Prof. Dr. Ulrich Gottstein, Frankfurt · Günter Grass, Berlin · Prof. Dr. Norbert Greinacher, Tübingen · Gert Greune, Velbert · Michael Groß, Frankfurt · Ingo Günther, Lauterbach · Prof. Dr. Hans-Peter Harjes, Bochum · Detlef Hensche, Stuttgart · Prof. Dr. Peter Herrlich, Karlsruhe · Dieter Hildebrandt, München · Prof. Dr. Jörg Hüfner, Heidelberg · Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Bremen · Dr. Werner Holtfort, Hannover · Prof. Dr. Wolfgang Huber, Heidelberg · Prof. Dr. Nils Jäger, Bremen · Prof. Dr. Walter Jens, Tübingen · Prof. Dr. Willibald Jentschke, Hamburg · Dr. Peter Michael Kaiser, Münster · Prof. Dr. Rudolf Kirste, Mainz · Horst Klaus, Frankfurt · Prof. Dr. Ulrich Klug, Köln · Prof. Dr. Hubert Kneser, Köln · Prof. Dr. Georges Köhler, Freiburg · Karlheinz Koppe, Bonn · Christian Krause, Bonn · Prof. Dr. Matthias Kreck, Mainz · Prof. Dr. Walter Kreck, Bonn · Dr. Knut Krusewitz, Berlin · Prof. Dr. Rainer Labusch, Clausthal-Zellerfeld · Torsten Lange, Bonn · Dieter Lattmann, München · Jo Leinen, Saarbrücken · Prof. Dr. Reinhart Lempp, Tübingen · Ingrid Matthäus-Maier, Bonn · Prof. Dr. Eckart Maus, Göttingen · Dr. Alfred Mechtersheimer, Starnberg · Prof. Dr. Hans Mommsen, Bochum · Helmut Prieß, Swisttal · Dr. Maurizio Ragnetti, Mainz · Prof. Dr. Thomas Raiser, Gießen · Prof. Dr. Manfred Reetz, Marburg · Prof. Dr. Christian Reichardt, Marburg · Dr. Rainer Rilling, Marburg · D. Kurt Scharf, Berlin · Jürgen Scheffran, Marburg · Prof. Dr. Jozef Schell, Köln · Otto Schilly, Bonn · Uli Schmitz, Dortmund · Prof. Dr. Hans-Peter Schneider, Göttingen · Jörg Schulz-Trieglaff, Hannover · Prof. Dr. Jürgen Seifert, Hannover · Dr. Wolfgang Send, Göttingen · Ekkehard Sieker, Köln · Prof. Dr. Jörg Siekmann, Kaiserslautern · Dorothee Sölle, Hamburg · Eckart Spoo, Hannover · Prof. Dr. Peter Starlinger, Köln · Klaus Staeck, Heidelberg · Franz Steinkühler, Oberursel · Prof. Dr. Wolfram Thiemann, Bremen · Ulrich Vultejus, Hannover · Josef Weber, Kaarst · Prof. Dr. Horst Wegener, Erlangen · Prof. Dr. Manfred Wichelhaus, Köln · Willi Wölbeck, Oberhausen · Prof. Dr. Friedrich von Zezschwitz, Gießen · Andreas Zumach, Berlin.

Gemeinsam gegen Star Wars — aber wie? —

,,Niemand soll sich Illusionen machen: Nicht für den ‚Krieg der Sterne', sondern für einen Atomkrieg auf der Erde werden Weltraumwaffen gebaut." (Generale für den Frieden)

Gegen Reagans demagogisches Schlagwort einer ,,Strategischen Verteidigungsinitiative'' (SDI) ist sich die Friedensbewegung darin einig, daß
— SDI die Offensivsysteme nicht überflüssig machen, sondern ergänzen soll (,,Waffen-Mix'');
— ein Schutz auch der amerikanischen Zivilbevölkerung illusorisch ist, da selbst optimistische Schätzungen von einer höchstens 95%igen Fähigkeit ausgehen, anfliegende Raketen zu zerstören, und die restlichen 5% des sowjetischen Atompotentials noch ausreichen würden, das gesamte Territorium der USA zu verwüsten;
— SDI vielmehr als weiterer Baustein in der US-Militärstrategie zu werten ist, sich aus den Fesseln des atomaren Patts zu befreien und eine Kriegsführungsfähigkeit zu erreichen (‚victory is possible');
— SDI die Gefahr eines (auf Europa) begrenzten Atomkrieges erhöht;
— SDI die bestehenden Rüstungskontrollvereinbarungen — insbesondere den ABM-Vertrag — hinfällig machen und einem forcierten Rüstungswettlauf die Schleusen öffnen würde;
— SDI den USA wirtschaftlich und technologisch zu einem neuen Aufschwung und gewachsener Stärke gegenüber ihren Konkurrenten verhelfen soll.

Weitgehende Ratlosigkeit herrscht jedoch darüber, wie der Widerstand gegen SDI organisiert werden kann. Die folgenden Thesen stützen sich auf die in der westdeutschen Friedensbewegung begonnene Debatte, die als Denkanstoß für die hiesige Diskussion genutzt werden sollte, worin der **eigenständige** Beitrag der Friedensbewegung im Kampf gegen SDI bestehen könnte.

Die Ausgangsbedingungen sind andere als in der NATO-,,Nachrüstungs''debatte. Während die ,,Nachrüstung'' als beinahe faßbare Gefahr empfunden wurde, die Betroffenheit wesentlich zur Mobilisierung beigetragen hat, erscheint die Weltraumrüstung weniger greifbar. Es gibt keine ,,definierbare'' Stationierung dieser Waffen, zumindest nicht vorerst und vor allem nicht bei uns. Es gibt keinen Beschluß der NATO, gegen den man angehen und dessen Rücknahme man fordern könnte.

Anders als bei der ,,Nachrüstung'' gibt es bereits jetzt — ohne Zutun der Friedensbewegung — eine breite Opposition auch in bürgerlichen Kreisen. Zumindest skeptisch äußern sich die FDP, das Bundesforschungsministerium, Teile der westdeutschen Industrie und der CDU; die SPD spricht sich zur Zeit gar ‚bedingungslos' gegen eine Beteiligung der Bundesregierung am SDI-Projekt aus.

Der letzte Schrei: ‚Koalition der Vernunft' ...

Der letzte Schrei: ‚Koalition der Vernunft' ...

Was liegt näher — so fragt das KOFAZ (Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit) —, als ,,die Widersprüchlichkeit im Regierungslager und die nach wie vor vorhandene Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung gegen weitere Aufrüstung ... zum Ausgangspunkt unserer Überlegungen über die Aufgaben der Friedensbewegung in der nächsten Zeit (zu) nehmen?'' (Rundbrief 2/85).

Ein neues Patentrezept für den ,,Friedenskampf'' ist bereits zur Hand: Wesentliche Aufgabe der Friedensbewegung sei es, treibender Teil, Motor einer gegen den US-Konfrontationskurs gerichteten ,,Koalition der Vernunft'' aller politischen Kräfte zu werden, die sich gegen SDI ausgesprochen haben. ,,Obskures Objekt der Begierde'' sind die NATO-Staaten Dänemark und Norwegen, Frankreich, der britische Außenminister Howe, Kreise der bundesdeutschen Industrie (Nixdorf, Mannesmann-Vorstandsmitglied Weisweiler), Teile der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien (FDP, Biedenkopf), die SPD und die Gewerkschaften.

Die Krefelder Initiative hält es nicht für ausgeschlossen, ,,daß unsere Überlegungen eines Tages Unterstützung aus Kreisen erhalten, die wir heute zu unseren stärksten Gegnern zählen.''

... selbst mit Raketenbefürwortern

Daß der Widerspruch in Sachen SDI von sehr unterschiedlichen Motiven getragen wird, wird zugestanden: ,,Selbst Raketenbefürworter wie die britischen und französischen Außen- bzw. Verteidigungsminister Howe und Hernu gehören zu den schärfsten Kritikern von Star wars: Natürlich tun sie das nicht aus den gleichen Motiven wie die Friedensbewegung. Beide wollen nicht, daß die Bedeutung ihrer ‚Atomstreitmacht' durch die Weltraumwaffen geschmälert wird. Auch Genscher und große Konzerne unseres Landes sind vor allen Dingen aus dem Interesse am Handel, an Märkten und an der Eigenständigkeit gegenüber dem US-Konkurrenten skeptisch gegen Star wars, nicht aber aus einer Bekehrung zur Abrüstung.'' (MSB, 7 Thesen)

,,Echte und harte Vetomöglichkeiten''

Wenn diese ,,Koalitionspartner'' mit einer Abrüstung zugegebenermaßen nichts am Hut haben, warum soll die Friedensbewegung dann auf eine Zusammenarbeit mit ihnen setzen?

,,Eine **Nichtbeteiligung Westeuropas**'' — so die Antwort Dieter Engels (Mitglied im nordrheinwestfälischen Vorstand der DFG/VK) — wäre ein bedeutender Erfolg der Friedensbewegung. Schließlich **käme es einer Defacto-Absage an die dem Programm zugrundeliegenden Strategievorstellungen gleich**, die auf eine Führbarkeit und Begrenzbarkeit des Atomkrieges hinauslaufen. Es ist zweifelhaft, ob die Reagan-Administration, vor allem angesichts der Widerstände in den USA selber, das ‚Star-wars'-Programm ohne Unterstützung der NATO-Verbündeten wird durchziehen können. Die Haltung der Bundesregierung hat darum wieder einmal Signalfunktion.''

Schützenhilfe erhält Engels von Sieker und Zellner (Sicherheitsexperten der SPD-Bundestagsfraktion).

Sieker unterstellt unlösbare ökonomische Probleme: ,,In bezug auf die Realisierung des SDI-Projekts zeichnen sich auch für die USA bezüglich ihrer ökonomischen Möglichkeiten erstmals Grenzen ab ... Insofern sind **die Amerikaner auf europäische und japanische Gelder zur Realisierung ihres Projektes angewiesen''**. Laut Zellner riskierten die USA bei einem Alleingang den Bestand der NATO: ,,Nordamerika ist zwingend darauf angewiesen, daß NATO-Europa bei SDI mitmacht, weil eine Nichtbeteiligung NATO-Europas in dem Sinne, daß nur Nordamerika von Raketenabwehrsystemen ‚geschützt' wird, NATO-Europa dagegen nicht, eine für jeden derart sichtbare Zweitklassenqualität innerhalb der NATO darstellen würde, daß die NATO aufhören würde, als

stemen ‚geschützt' wird, NATO-Europa dagegen nicht, eine für jeden derart sichtbare Zweitklassenqualität innerhalb der NATO darstellen würde, daß die NATO aufhören würde, als

funktionierende strategische Einheit zu existieren. Nicht einmal mehr die Illusion darüber wäre möglich. **Deswegen hat NATO-Europa eine echte und harte Veto-Möglichkeit gegen SDI durch einfaches Nichtmitmachen. Den USA stellt sich dann die Alternative: SDI oder die NATO''.**

Weinberger: Regierungsvereinbarungen nicht erforderlich

Die These, daß SDI ohne deutschen Segen das Licht der Welt nicht erblicken würde, mag vielleicht dem Selbstbewußtsein schmeicheln. Schade, daß sie mit der Realität nur bedingt zu tun hat. Auf ein sog. Rahmenabkommen zwischen der US- und der Bundesregierung wird zur Zeit insbesondere von den westdeutschen Konzernen gedrängt, die sich am SDI-Programm beteiligen wollen. Zu welchen Bedingungen die US-Regierung zu einem derartigen Abkommen bereit wäre, ist noch offen. Daß sie darauf nicht angewiesen ist, hat Weinberger vor längerer Zeit erklärt: Regierungsvereinbarungen über eine Beteiligung europäischer Länder am Forschungsprogramm SDI seien nicht mehr erforderlich. Er setzt hauptsächlich auf die Mitwirkung einzelner Firmen in Europa und anderen Ländern. (Tsp, 25.5.85) Damit befindet er sich in Übereinstimmung mit einem Großteil der umworbenen Partner der famosen ,,Koalition der Vernunft''. Für den französischen Forschungs- und Technologieminister Curien, Spiritus rector von EUREKA, ,,steht überhaupt nicht zur Debatte, daß die französischen Firmen ihre Verträge mit den USA brechen.'' (taz, 28.5.85) Bundesforschungsminister Riesenhuber kann sich gut vorstellen, ,,daß der Pentagon einfach deutsche Firmen unter Vertrag nimmt, das Wissen nutzt, wie er es brauchen kann, und damit ist die Sache beendet.'' (FAZ, 28.5.85) In dieselbe Kerbe schlug Schmidt in seinem Offenen Brief an Kohl.

Ökonomischer Kollaps oder burden sharing?

Kaum stichhaltiger ist die Prognose eines ökonomischen Zusammenbruchs der USA. Die Kosten für das gesamte Raketenabwehr-programm werden zur Zeit auf die astronomische Summe von 1 Billion US-Dollar geschätzt. Dies entspricht in etwa 3 US-Rüstungshaushalten. Berücksichtigt man jedoch, daß von einem Realisierungszeitraum von 15 bis 20 Jahren ausgegangen wird, so erscheint eine Finanzierung des Projektes zumindest nicht als unvorstellbar. Durchschnittlich würde SDI den Rüstungshaushalt mit 15-20% belasten. Warum sollte sich die US-Administration diesen ,,Luxus'' nicht leisten, zumal wenn die These des KOFAZ stimmt, daß Reagans Militärstrategie mit SDI quasi steht und fällt? Weinberger zumindest scheint davon auszugehen, daß die USA in der Lage sind, das Projekt auch ohne direkte Beteiligung der westeuropäischen Regierungen zu finanzieren.

Der Wunsch, dem die voluntaristische Zusammenbruchsthese entspringt, ist nur zu verständlich. Allein — fromme Wünsche sind selten gute Ratgeber. Stattdessen sollte sich die Friedensbewegung auf die bereits jetzt absehbaren realen Gefahren einstellen: den Versuch der USA, sich durch ein ,,burden sharing'' bei der konventionellen Rüstung Entlastung zu verschaffen. Auf diesem Sektor wird der Druck auf die westeuropäischen NATO-Staaten zweifellos zunehmen.

Westeuropäischer Schulterschluß ...

Von Bedeutung für die Perspektivdiskussion der Friedensbewegung ist die von Zellner aufgeworfene Frage, welche Konsequenzen SDI für die Zukunft der NATO hat.

In der Tat werden die amerikanischen Weltraumambitionen in Westeuropa mit gemischten Gefühlen verfolgt. Selbst Bundesverteidigungsminister Wörner befürchtet das Entstehen von Zonen ungleicher Sicherheit in der NATO, da weltraumgestützte Abwehr-

folgt. Selbst Bundesverteidigungsminister Wörner befürchtet das Entstehen von Zonen ungleicher Sicherheit in der NATO, da weltraumgestützte Abwehr-

systeme keinen Schutz vor den europäischen Nuklearsystemen bieten können. Frankreich und Großbritannien sehen mit Sorge einer Relativierung ihrer Atompotentiale entgegen, insbesondere wenn die Sowjetunion eigene Defensivwaffen entwickeln und stationieren würde.

Um aus der Klemme zu kommen, setzen alle etablierten Parteien auf einen westeuropäischen Schulterschluß.

Strauß und Dregger fordern — **ergänzend** zu SDI — eine ,,Europäische Verteidigungsinitiative'', um wirksame Defensivwaffen gegen die sowjetischen Kurz- und Mittelstreckenraketen, Marschflugkörper und Flugzeuge zu entwickeln.

Die als **Alternative** zu SDI ausgegebene Antwort Genschers und der SPD auf die ,,amerikanische Herausforderung'' besteht darin, gemeinsam mit Frankreich einen zweiten, **europäischen Pfeiler** der NATO zu gießen, um Westeuropa in die Lage zu versetzen,
— unter dem ,,in absehbarer Zeit unersetzbaren strategischen Schirm der USA'',
— gestützt auf das Abschreckungspotential der französischen und britischen Atomwaffen,
seine konventionelle Verteidigungsfähigkeit in dem Maß zu garantieren, das einen rein konventionellen Angriff durch ein zu hohes Risiko aussichtslos macht.

Als Zielvorstellung am Ende eines langen Prozesses schwebt der SPD vor, die Abschreckung durch gesicherte Defensivfähigkeit zu überwinden. ,,Bilaterale Verhandlungen zwischen Paris, London und Moskau hätten ein europäisches nukleares Gleichgewicht zum Ziel, das alle anderen amerikanischen und sowjetischen für Europa relevanten Atomwaffen entbehrlich macht.'' (Bahr)

Auf **diese** nordamerikanisch-westeuropäischen Divergenzen in Sachen Star-wars zu setzen, wäre für die Friedensbewegung fatal. Da ein annäherndes konventionelles Gleichgewicht zur Voraussetzung alles weiteren erklärt wird, läßt sich ohne prophetische Gaben voraussagen, daß die von der SPD angebotene Konzeption in der Praxis auf eine forcierte konventionelle Aufrüstung hinausliefe, für die der Sowjetunion, deren konventionelle Überlegenheit für alle etablierten Parteien außer Frage steht, schon jetzt der schwarze Peter zugeschoben wird.

... Absage an Reagans Militärstrategie?

Der rauhen Wirklichkeit hält Engels' These, daß eine Nichtbeteiligung der westeuropäischen Staaten einer Defacto-Absage an die dem SDI-Programm zugrundeliegenden Strategievorstellungen der Reagan-Administration gleichkäme, nicht stand:
— Keinen Einfluß hätte eine solche Entscheidung auf die Verfügbarkeit der US-Regierung über die in der Bundesrepublik und den anderen westeu-

— Keinen Einfluß hätte eine solche Entscheidung auf die Verfügbarkeit der US-Regierung über die in der Bundesrepublik und den anderen westeu-

ropäischen Staaten stationierten Atomwaffen (Pershing II, Cruise Missiles und andere Systeme).
— Die von Teilen des etablierten Lagers als Alternative zu SDI gedachte konventionelle Aufrüstung Westeuropas würde sich nahtlos in das Airlandbattle-Konzept einfügen, dessen konventionelle Realisierungskomponenten unter den Begriffen Rogers-Plan und FOFA (Follow on Forces Attack) bekannt sind.

Wenn Bahrs These stimmt, daß sich die strategischen Waffen der Supermächte durch die (beiderseitige) Installierung von ABM-Systemen neutralisieren und dadurch unbenutzbar würden, wäre dann ein konventionelles Aufrüstungsprogramm nicht die europäische Ergänzung zu SDI? Zumindest in militärischen Zirkeln wird z.Z. in dieser Richtung debattiert: punktzielgenaue atomare Offensivsysteme und weltraumgestützte Defensivsysteme, um das sowjetische Nuklearpotential in Schach zu halten — hochtechnisierte konventionelle Waffensysteme, um Kriege unterhalb der nuklearen Schwelle führbar zu machen. Aufschlußreich ist der Hinweis des NATO-Oberbefehlshabers Rogers, daß die konventionelle Verteidigung so wichtig werden wird wie niemals zuvor in der NATO-Geschichte. (Spiegel 19/85)
— Eine konventionelle Aufrüstung Westeuropas würde den USA zudem weitere ‚Entlastung' für militärische Operationen in anderen Regionen der Welt verschaffen, für die mit der Aufstellung Schneller Eingreiftruppen und dem Wartime-Host-Nation-Support-Abkommen, das die Arbeitsteilung für den Fall ‚kleiner' Kriege regelt, bereits heute wichtige Voraussetzungen vorhanden sind.
— Als wichtigste ,,europäische Antwort auf das amerikanische SDI-Programm'' (Genscher) wird z.Z. EUREKA angesehen. Von Frankreich als zivile Alternative in die Diskussion gebracht, von Teilen des westdeutschen Regierungslagers als Ergänzung gesehen, stehen dessen militärische Anwendungsmöglichkeiten außer Frage.

Die Ambivalenz des Eureka-Programms ergibt sich schon aus den angesprochenen Bereichen der Fortschrittstechnologie wie Optik und Elektronik, Großcomputerwesen, Hochleistungslaser und Partikelstrahlung und künstliche Intelligenz. In diesen Bereichen findet eine zunehmende Überlappung von militärischer und ziviler Technologie statt (‚Dual-use'), sie sind multifunktional, d.h. für militärische und zivile Anwendung brauchbar (vgl. Rilling, Blätter für dt. und int. Politik, 6/85, S. 668 ff.).

Parallel zu Eureka kündigte der französische Verteidigungsminister Hernu an, daß Frankreich, das bereits an Antiraketenwaffen arbeitet, eine enge militärische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Weltraumwaffen anstrebt. Von der SPD und Genscher wurde dieses Angebot sogleich aufgegriffen. Beabsichtigt ist jedoch nicht — wie Genscher ausdrücklich hervorhob — ein ,,Gegensatz zur Atlantischen Allianz. Diese müsse vielmehr gestärkt werden durch einen ‚europäischen Pfeiler, der diesen Namen verdient, und nicht durch viele europäische Pfeilerchen'' (Tsp., 28.7.85)

Angesichts dieser Entwicklung ist es sicherlich zutreffender, von einer **Einbindung** in die amerikanischen Strategievorstellungen zu sprechen als von einer Absage. Substantiell geht es bei den NATO-internen Querelen aus Sicht der westeuropäischen Staaten

gievorstellungen zu sprechen als von einer Absage. Substantiell geht es bei den NATO-internen Querelen aus Sicht der westeuropäischen Staaten

darum, mehr Einfluß und Gewicht im Bündnis zu erhalten, während die USA bestrebt sind, die mit ihrer waghalsigen Politik verbundenen Risiken für sich möglichst zu minimieren und einen möglichst großen Teil der Kosten auf die Bündnispartner abzuwälzen.



Welche Konsequenzen ergeben sich aus der NATO-Strategiedebatte für die Friedensbewegung?

Während die Vorstellungen des Pentagons darauf abzielen, das System der gegenseitig garantierten Abschreckung i.S. einer **Abschaffung der Selbstabschreckung** zu überwinden, versuchen die westeuropäischen Staaten dem dadurch entstehenden Dilemma (,,Zonen unterschiedlicher Sicherheit'') durch ein Zusammenrücken und gemeinsame, besser koordinierte ökonomische und militärische Kraftanstrengungen entgegenzuwirken.

Beide Strategiedebatten laufen auf eine weitere Aufrüstung hinaus und erfordern den entschiedenen Widerstand der Friedensbewegung. Dennoch bietet die Debatte auch Anknüpfungspunkte, die genutzt werden sollten.

1. Die SPD, für die es jahrelang nahezu geheiligter Grundsatz war, daß die **gegenseitige Abschreckung** den Frieden sichere, spricht nun von einer ,,Überwindung der Abschreckung als Zielvorstellung.'' (Bahr)

Fred Charles Iklé, Staatssekretär im Pentagon, schreibt in seinem Plädoyer für SDI: ,,Die Vereinbarung eines stabilen Gleichgewichts der gegenseitigen Beschränkung ist psychologisch unver-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

einbar mit der konstanten Bedrohung, einander gegenseitig zu vernichten ... Der zweite Bestandteil ist das Schlimmste in den internationalen Beziehungen, nämlich ein endloses Bemühen, Streitkräfte aufrechtzuerhalten, die ständig bereit sind, den Gegner zu vernichten, gekoppelt mit dem unerbittlichen Entschluß, es ihnen unmöglich zu machen, dieser Umklammerung des Schreckens zu entgehen. Diejenigen, die an das Dogma einer stabilen und gegenseitig vereinbarten Verwundbarkeit glauben, erkennen nicht die Dynamik dieser Unvereinbarkeit. Ihre angepriesene Ordnung ist zutiefst unstabil im Kern ihres Wesens." (FAZ, 30.5.85)

Ein schwerer Fehler wäre es, würde sich die Friedensbewegung zum Verteidiger der „guten alten Abschreckung" gegen die aggressivere neue Variante aufschwingen.

Stattdessen sollten offensiv einseitige Abrüstungsschritte und ein Ausstieg aus allen kriegsvorbereitenden Maßnahmen gefordert werden: Ablehnung der Bundeswehrplanung 85-97, von Airland battle und Fofa, keine Wiederbelebung der WEU, keine Militarisierung des Weltraums, bedingungsloser Abzug der Pershing-II-Raketen und keine Stationierung von Cruise Missiles in der BRD, Kündigung des Wartime-Host-Nation-Support-Abkommens, Reduzierung des Rüstungsetats, keine offensiven, konventionellen Großwaffensysteme.

Durch die Strategie der einseitigen Abrüstung würde sich die Friedensbewegung aus der „Logik" der gegenseitigen Abschreckung und von der verhängnisvollen Fixierung auf die Rüstungskontrollverhandlungen lösen, die noch nie zu substantieller Abrüstung geführt haben.

Die Vision einer effektiven **Abrüstung** ist auf Dauer sicher auch glaubwürdiger und mobilisierender als die Verteidigung des Status quo von gestern.

2. Die im Zusammenhang mit SDI aufgebrochene Strategiediskussion im etablierten Lager („Zonen unterschiedlicher Sicherheit") sollte ferner als Chance begriffen und genutzt werden, „über die argumentative Ebene in einen Bevölkerungskreis einzudringen, der bisher der Friedensbewegung verschlossen war. Wenn sich die USA mit Anti-Raketen-Raketen schützen, dieser Schutz aber aus vielen Gründen nie — zumindest nicht im gleichen Umfang — für Westeuropa gelten kann, dann sind alle Bekundungen von der Risikogemeinschaft auch bei bürgerlichen Wählern nicht mehr vermittlungsfähig." (Mechtersheimer)

Anknüpfend an die von Mechtersheimer beschriebene Legitimationskrise der NATO sollte aufgezeigt werden, daß

— die „Atlantische Allianz" weniger denn je Verteidigungsbündnis ist,

— es geradezu lebensgefährlich geworden ist, in dieses Militärbündnis eingebunden zu sein, dessen Führungsmacht sich zielstrebig auf die Führbarkeit und

daß

— die „Atlantische Allianz" weniger denn je Verteidigungsbündnis ist,

— es geradezu lebensgefährlich geworden ist, in dieses Militärbündnis eingebunden zu sein, dessen Führungsmacht sich zielstrebig auf die Führbarkeit und

Gewinnbarkeit von (Atom-)Kriegen vorbereitet.

Damit wird perspektivisch ein Weg der militärischen Abkoppelung von den USA, aber auch von Frankreich und Großbritannien und des Austritts aus der NATO beschritten. (Jacobitz/Bartkowiak, ‚Einseitige Abrüstung und Austritt aus der NATO')

3. Will sich die Friedensbewegung nicht mit der undankbaren Rolle begnügen, Eulen nach Athen zu tragen, darf sie ihre Ziele nicht auf die Minimalforderung „Keine Beteiligung der Bundesregierung an SDI" zurechtstutzen lassen. Will sie Abrüstung durchsetzen, so ist eine „Koalition der Vernunft" mit verschiedenen Aufrüstungsbefürwortern ein denkbar schlechtes Rezept. Wichtigste Aufgabe der nächsten Zeit wird es sein, die Bevölkerung über die komplexen Zusammenhänge aufzuklären, die zwischen der konventionellen, taktisch-nuklearen, strategisch-nuklearen und Weltraumrüstung bestehen, nämlich daß unter dem Schutz neuer atomarer Offensiv- und Defensiv-Waffen (SDI) die konventionell/atomar-taktische Kriegführungskapazität in Europa durch USA/NATO verstärkt wird.

Die Aufmerksamkeit sollte also nicht auf ein einzelnes Waffensystem gelenkt werden, sondern auf die den verschiedenen Rüstungsmaßnahmen zugrundeliegenden Strategien. Auf diese Weise könnte es der Friedensbewegung gelingen, wieder die Meinungsführerschaft in der Abrüstungsdebatte zurückzuerobern und der gegenwärtig akuten Gefahr zu entgehen, zum außerparlamentarischen Appendix der parlamentarischen Opposition zu degenerieren.

Alternative Liste Berlin
Friedensbereich

SDI — Der erfolgreiche Weg zur Erstschlagsfähigkeit?

In der friedenspolitischen Diskussion um SDI kommt es hinsichtlich der durch dieses Programm verursachten Gefahren im wesentlichen zu zwei unterschiedlichen Einschätzungen. Sie betreffen die anhand des SDI-Programms unterstellte Absicht der US-Regierung, gegenüber der SU die Fähigkeit zum präemptiven Erstschlag zu erlangen.

Während die Vertreter der einen Position behaupten, auch in Zukunft seien die Risiken einer nuklearen Auseinandersetzung und insbesondere die Option des präemptiven Erstschlags nicht kalkulierbar, bezeichnen die Vertreter der Gegenposition dies als „tendenzielle" Verharmlosung. Das führt bis zu der Unterstellung, das „System der Abschreckung" würde dadurch plötzlich eine ihm nicht zustehende positive Würdigung erfahren. Im folgenden soll der Versuch der Auseinandersetzung mit den genannten Positionen unternommen werden. Damit soll erreicht werden, daß die Begründungen für die einzuschlagende „Linie" in der Auseinandersetzung um die Behandlung von SDI deutlicher werden.

I.

Mit dem hier verwendeten Begriff des Erstschlags ist der Entwaffnungsschlag (preemptive strike) gemeint.

Nach einer in diesem Frühsommer herausgegebenen Liste des BMVg (1) verfügt die UdSSR derzeit über 1.398 landgestützte Interkontinentalraketen unterschiedlicher Bauart. Die unmittelbar vor ihrer Einführung stehende Rakete mit der Bezeichnung „SS-25" ist darin noch nicht enthalten, weil nicht klar scheint, ob sie alte Systeme ersetzt oder ergänzt (dazu noch weiter unten). Hinzu kommen die auf U-Booten stationierten strategischen Raketen sowie die regional-strategischen „SS-20".

Alleine zur Ausschaltung der sowjetischen landgestützten Raketen dürften die USA genötigt sein, eine vierstellige Zahl von Atomsprengkörpern hinreichend genau in ihre Ziele zu bringen (ggf. mit doppelter Zielabdeckung). Schon diese hohe Zahl von Nuklearexplosionen dürfte, auch wenn die imperialistischen Länder zunächst verschont blieben, hinsichtlich der zu erwartenden „Nebenschäden" zu dem in der letzten Zeit verstärkt thematisierten klimatologischen Folgen (nuklearer Winter) führen.

Als absolute Vorbedingung wäre es bei einem versuchten präemptiven Schlag gegen die UdSSR nötig, alle Früh- und Vorwarneinrichtungen und -möglichkeiten auszuschalten. Die SU muß „blind" gemacht werden, bzw. ihre Reaktionszeit muß soweit eingeschränkt werden, daß sie nicht mehr in der Lage wäre, ihre eigenen Raketen

Früh- und Vorwarneinrichtungen und -möglichkeiten auszuschalten. Die SU muß „blind" gemacht werden, bzw. ihre Reaktionszeit muß soweit eingeschränkt werden, daß sie nicht mehr in der Lage wäre, ihre eigenen Raketen

rechtzeitig zu starten. Einmal ganz abgesehen davon, daß die USA diese Bedingung nicht erfüllen, gehen wir anschauungshalber trotzdem diese Option durch.

Gelänge es der UdSSR doch, „nur" noch ganze 10% ihres landgestützten Raketenpotentials auf den Weg zu schicken, dann würden selbst bei einer Verlustquote von 50% immer noch 320 Sprengköpfe ihr Zielgebiet in den USA erreichen. Und 320 Nuklearexplosionen, jede mit der mehrfachen Sprengkraft der Hiroshima-Bombe, wären selbst für ein Land von der Größe der USA das vollständige „Aus". Welche Rolle die strategischen U-Boot-Raketen (SLBMs) spielen (könnten), soll erstmal beiseite gelassen werden. Sie würden ohnehin nur das Bild zu Lasten der USA verschieben können. Ob die SU schon gegenwärtig zweitschlagfähige Marschflugkörper, die luftgestützt nahezu unverwundbar wären, besitzt, ist mir nicht bekannt.

Fazit: Unter den gegenwärtigen Bedingungen wäre der präemptive Erstschlag, besser: sein Versuch, der garantierte Selbstmord für die USA und einen unbekannt großen Teil der Menschheit.

II.

Eine wichtige Rolle bei der Diskussion um die Erlangung der Entwaffnungsschlagfähigkeit spielt das NAVSTAR-System im Zusammenhang mit der einzuführenden U-Boot-Rakete mit der Bezeichnung „Trident D-5" („Trident II") auf Seiten der USA. Das aus 18 Satelliten bestehende NAVSTAR-System soll eine absolut genaue Standortbestimmung der Raketen-U-Boote (SSBN) gewährleisten. In Kombination mit den „Trident D-5" SLBMs soll hier ein hinreichend zielgenaues Waffensystem entstehen, das auch gehärtete Punktziele in der SU erfolgreich angreifen kann. In der strategischen Rüstung der USA soll den SSBNs ein Rollenwechsel zuteil werden. Neben ihrer klassischen Zweitschlagsrolle (counter city) sollen sie Beständteil des entwaffnungsschlagfähigen Potentials werden.

Das NAVSTAR-System befindet sich noch in der Phase des Aufbaus bzw. der Erprobung und wird Anfang der 90er bereitstehen. Die SLBM „Trident D-5" befindet sich im derzeit zweiten Jahr ihres auf sechs Jahre angesetzten Entwicklungs- und Erprobungszeitraums. In zwei Jahren sind die ersten an Land vorzunehmenden Teststarts vorgesehen.

Die „Trident D-5" soll in Zukunft in SSBNs der „Ohio"-Klasse stationiert werden. Zunächst ist der Bau von 12 Booten dieser Klasse geplant (mit jeweils 24 SLBMs). Im Herbst 1985 geht das siebte Boot in die See-Erprobung. Vom neunten Boot an ist die Ausrüstung mit „Trident D-5" geplant, und in der Folge ist auch die Ausrüstung der bereits im Dienst stehenden Boote mit dieser SLBM geplant. Wenn die Erprobung ohne größere Verzögerung vonstatten geht, und wenn die Treffgenauigkeit von CEP 90m (2) erreicht wird, dann stünde — so die These — den USA in der ersten Hälfte des nächsten Jahrzehnts eine entwaffnungsschlagfähige U-Boot-Streitmacht zur Verfügung. Diese bestünde dann aus 12 SSBN x 24 SLBM x 14 (je 100 kt) = 4.032 auf Einzelziele programmierbaren Sprengkörpern.

Selbst wenn nicht alle Boote zur Verfügung stünden, besäßen die USA die Kapazität, die Bunker der gegenwärtigen landgestützten Raketen der UdSSR zu zerstören (gegenwärtig etwa 70% ihrer strategischen Waffen), ja die gesamte UdSSR umzupflügen. Doch auch diese Option unterliegt Bedingungen:

— Die Frühwarnzeit muß so kurz sein, daß die Reaktionsfähigkeit der SU gegen Null tendiert. D.h. die Boote müssen auch nahe an die Küste heran.

— Jede Frühwarnmöglichkeit (Satelliten, Radarstationen, see- und luftgestützte Systeme etc.) müßte ausgeschaltet werden.

— Aufmarsch und Vorbereitungsmaßnahmen der USA müssen sich der Wahrnehmung der UdSSR entziehen.

— Auch die Zweitschlagsmöglichkeiten der UdSSR müssen zu 150% abgedeckt sein und „erfolgreich" ausgeschaltet werden.

Dem erfolgreichen (d.h. daß die USA verschont bleiben bzw. kaum getroffen werden) Funktionieren dieser Option widersprechen die folgenden Punkte:

— Die UdSSR wird in der Lage sein, ihr Reaktionsvermögen weiter zu

ausgeschaltet werden.

Dem erfolgreichen (d.h. daß die USA verschont bleiben bzw. kaum getroffen werden) Funktionieren dieser Option widersprechen die folgenden Punkte:

— Die UdSSR wird in der Lage sein, ihr Reaktionsvermögen weiter zu

sensibilisieren bis hin zur Möglichkeit des „launch on alarm" oder „launch on warning" (Start während des Anflugs feindlicher Raketen).

— Selbst die Lähmung oder das ausschalten von c3I (3) Systemen im Vorgriff wird wegen der verlorengegangenen Rückkoppelung zu den Befehlszentralen zum automatischen Abschuß von Vergeltungswaffen führen.

— Die UdSSR kann einen Teil ihres Zweitschlagspotentials dem Zugriff entziehen.

— Konkret bekannt sind wenigstens zwei Programm der UdSSR zur Erhaltung ihrer Zweitschlagsfähigkeit: Zum einen wird derzeit eine mobile landgestützte Interkontinentalrakete eingeführt (jeweils 24 „SS-25") auf zwei „Raketenfeldern". (Ob diese Waffen andere ablösen oder zusätzlich stationiert werden, ist nicht klar. Jedenfalls sind SALT-Bedingungen wegen der Höchstgrenze berührt). Zum zweiten befinden sich nach der gleichen Quelle (4) in der UdSSR wenigstens fünf Marschflugkörper in Entwicklung/Erprobung, von denen zwei eine Reichweite von über 3.000 km haben sollen. Wieweit die Bemühungen der Sowjets um einen strategischen Bomber (NATO: „Blackjack") gediehen sind und ob er — was wahrscheinlich ist — zweitschlagfähige Marschflugkörper als Bewaffnung trägt, ist derzeit nicht zu erfahren.

Es sei an dieser Stelle noch einmal vermerkt, daß es auch bei diesem „Szenario", selbst wenn die Entwaffnung der UdSSR „erfolgreich" gelingen sollte, zur schon benannten ökologischen Katastrophe kommen würde (dies träfe im übrigen für jedes Erstschlagsszenario zu).

III.

Dem abgesicherten Entwaffnungsschlagszenario mit voll ausgebautem SDI (ich verzichte an dieser Stelle auf ein Referieren seiner Funktion) stehen folgende entscheidende Einschränkungen gegenüber:

— Gelingt es den USA überhaupt, die technischen Probleme mit dem Laser in den Griff zu bekommen? Das System müßte nach Quantität und Qualität jeder Angriffsform widerstehen können. Die Laser/Strahlenwaffen bilden den Eckstein einer Auffanglinie gegen ballistische Flugkörper. (Energiebeschaffung und -übermittlung, Bündelung im Ziel, Genauigkeit, usw.)

— Die UdSSR hat eine ganze Palette von Möglichkeiten, ein SDI-Waffensystem technologisch zu unterlaufen durch Härtung oder Verspiegelung der Flugkörper, Drehung der Flugkörper, Verkürzung der Brennzeiten, sukzessive Starts, Täuschen (Attrappen, vorgetäuschte Feuerschweife, usw.) (5).

— Ausbau und Verbesserung eigener klassischer Zweitschlagssysteme (U-Boote, Marschflugkörper, usw.)

— Die UdSSR hat selbst angekündigt, daß sie im Falle der Realisierung von SDI ihr offensives Potential drastisch ausbauen würde (evtl. geht sie gar selbst in den Kosmos?).

Vermutlich wird die SU auch Anstrengungen unternehmen, die sensiblen und relativ schutzlosen Bereiche im SDI-System zu stören/lähmen oder auszuschalten.

IV.

Mit dem Vorangegangenen meine ich hinreichend skizziert zu haben, daß es den USA nicht gelingen wird, den „großen" nuklearen Entwaffnungsschlag gegen die UdSSR führen zu können, ohne daß die USA selber einem für sie unannehmbaren Risiko durch einen Vergeltungsschlag ausgesetzt wären. Damit werden präemptive Szenarien und Modelle zu einer Kriegsoption mit unkalkulierbaren Folgen. Dies wird m.E. auch in Zukunft für jede Art des nuklearen Ersteinsatzes seitens der NATO so bleiben.

Aus diesem Urteil jedoch zu folgern, die Kriegsgefahr werde verharmlost, auch wenn von einem für die Agitation leicht nachvollziehbaren Muster Abschied genommen werden muß, ist absurd.

Es soll nicht behauptet werden, daß die USA deswegen schon automatisch auf jede wie auch immer geartete Atomkriegsplanung/-drohung verzich-

leicht nachvollziehbaren Muster Abschied genommen werden muß, ist absurd.

Es soll nicht behauptet werden, daß die USA deswegen schon automatisch auf jede wie auch immer geartete Atomkriegsplanung/-drohung verzich-

teten. Nur sollte klar werden, welche objektiven Folgen dieses Kriegsbild nach sich zöge.

Der Entkräftungsversuch, ein Krieg habe immer „etwas unkalkulierbares an sich" verbreitet nur oberflächlich philologischen Scharfsinn. Denn wer auch immer eine solch konsequenzreiche Unternehmung wie einen nuklearen Entwaffnungsschlag real in Erwägung zieht, ist bei Strafe des eigenen Todes dazu gezwungen, alle Risiken durchzuspielen und ggf. auszuschalten. Da hilft es auch nichts, wenn der Verweis auf Gray/Paine erfolgt, die in ihrem Aufsatz „Victory is possible" 20 bis 30 Mio. tote US-Amerikaner für zumutbar halten. Denn erstens kann weder heute noch morgen irgendjemand sagen, ob für dieses Opfer der Sieg tatsächlich zu haben sei oder ob die Verluste nicht ein Vielfaches betrügen. Zweitens ist keineswegs ausgemacht, daß bei „nur" 20 bis 30 Mio. Toten die USA wegen der Schäden am materiellen Fundament überhaupt noch als Gesellschaft existieren kann. Will sich der Westen die Möglichkeit militärischer Lösungen offenhalten, wird die NATO auch weiterhin an der Option des nuklearen Ersteinsatzes (first use) festhalten und Kriegsoptionen entwickeln, die die politischen und militärischen Restrisiken eines Nuklear-einsatzes geringer und für sie selbst kalkulierbarer machen sollen.

Die Rüstung und die militärpolitischen Aussagen der UdSSR machen den Erstschlag, gleich auf welcher militärischen Ebene, zu einem Risiko, dessen Größe nicht berechenbar ist. Zum einen sind die sowjetischen (und die anderen WVO-Streitkräfte) zum Gefecht unter nuklearen Bedingungen trainiert und ausgerüstet. Dies verleitet einige Kritiker der Militärpolitik der SU zu der Behauptung, die UdSSR sei zur begrenzten Nuklearkriegsführung bereit. Sie habe damit insgeheim Regionalisierungstendenzen eines globalen Konfliktes, wie sie von Seiten der USA mit dem Schlagwort von der „horizontalen Eskalation" bekannt sind, übernommen. Welchen Sinn hätten sonst z.B. die „SS-20", wird da gefragt. Auf der anderen Seite werden die eindeutigen politischen Aussagen der UdSSR , wonach ein Atomkrieg nicht begrenzbar sei, als (hinterhältiger?) Widerspruch zu ihrer tatsächlich differenzierten nuklearen Rüstung gesehen. Der eigentliche Inhalt dieses „Widerspruchs" ist doch aber, daß sich die UdSSR die Mittel zur Vergeltung bzw. Beantwortung eines NATO-Ersteinsatzes vorbehält. Sie macht damit für die NATO den Ersteinsatz zu einem unkalkulierbaren Risiko. Der scheinbare Widerspruch ist also überlegt, er ist Baustein der sowjetischen Abschreckung.

Dieses Dilemma der NATO führt m.E. in drei mögliche Richtungen:

1. Der nukleare „schwarze Peter" wird der UdSSR zugeschoben: Schwere konventionelle Schläge im Rahmen der verschiedenen „deep strike"-Modelle sollen die WVO zwingen, ihrerseits als erste mit Nuklearwaffen zu antworten. Die UdSSR müßte damit ihren Ersteinsatzverzicht aufgeben.

2. Es wird angestrebt, den Krieg unterhalb der nuklearen Schwelle führbar zu machen, was als „Konventionalisierung" in verschiedenen Ausprägungen bekannt ist. Die Militärfachpresse kolportiert immer wieder, daß sich auch die WVO-Streitkräfte verstärkt auf eine subatomare Ebene der Kriegsführung vorbereiten (genannt werden immer wieder die ominösen „operativen Manövergruppen" — hochmobile Stoßgruppen, die zum selbstständigen Gefecht in der Lage sind, etwa in Korpsstärke).

3. Die NATO sucht nach Möglichkeiten, Nuklearwaffen ohne große „Nebenschäden" und ohne zu große provokative Wirkung ins „Spiel" zu bringen (etwa bei einem Einsatz auf hoher See).

Die erste der genannten Möglichkeiten ist für die UdSSR eine ausgemachte Selbstmordoption. Sie legt die Eskalationsdominanz in die Hände der NATO, die nun ihrerseits ein unkalkulierbare nukleare Antwort an die WVO abgeben kann (die politischen Implikationen lasse ich mal weg). Mit dieser Option gäbe die UdSSR einen wesentlichen Eckpfeiler ihrer Abschreckung aus der Hand. Die beiden anderen Möglichkeiten erscheinen damit als die wahrscheinlicheren.

Führt eine solche Sichtweise nun zu einer Apologie der Abschreckung? Zu einer solchen Aussage könnte man kommen, wenn die („gegenseitige") Abschreckung nicht mehr als Funktion

Möglichkeiten erscheinen damit als die wahrscheinlicheren.

Führt eine solche Sichtweise nun zu einer Apologie der Abschreckung? Zu einer solchen Aussage könnte man kommen, wenn die („gegenseitige") Abschreckung nicht mehr als Funktion

von Interessen sondern zur selbständigen, quasi handelnden Größe der Politik erhoben wird. Die Nachkriegsgeschichte belegt jedoch recht eindeutig, daß die UdSSR sich gegenüber den USA immer rezeptiv oder reagierend verhielt. Es war und ist durchgängig die UdSSR, die mit ihrer strategischen Streitmacht die USA abschreckt, während es immer die USA waren und heute wieder das Bestreben (SDI) vorführen, durch einen neuen Rüstungsschub die Abschreckungsfähigkeit der sowjetischen Streitmacht zu ihren Gunsten zu überwinden. Technologisch mag den USA einiges gelingen, aber ob sie es je schaffen wird, die UdSSR mittels der Androhung eines Entwaffnungsschlags zur Kapitulation zu zwingen oder diesen Schlag gar durchzuführen, muß jedoch auf's ernsthafteste bezweifelt werden.

In Anerkennung dieser Lage suchen die Militärstrategen Austragungsorte unterhalb der global-strategischen Ebene. Welche politischen Konstellationen nun zu einer wie auch immer gearteten militärischen Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und der WVO führen und wie ggf. Nuklearwaffen ins Spiel gebracht werden, bedarf gesonderter Überlegungen.

Be., Westberlin

Anmerkungen:

1. Vgl.: WT 8/85, EWK 7/85, ÖMZ 4/85
2. Circular error probability, Halbmesser in dem 50% der Sprengköpfe niedergehen
3. Command, Control, Communication and Intelligence (im weitesten Sinne Aufklärung)
4. ÖMZ 4/84
5. Vgl. „Spiegel", 29/85

BBU und NATO

W. Raetz(BUF) interviewt K. Scherenberg(Vorstand BBU)

Klaus Scherenberg ist Mitglied im BBU-Bundesvorstand und vertritt ihn im Bonner Koordinationsausschuß. Der BBU-Vorstand hat beschlossen, sich an der Planung des Anti-NATO-Kongresses zu beteiligen.

Werner Raetz arbeitet im Rahmen des BUF (= Bundeskongreß Unabhängiger Friedengruppen) an der Vorbereitung dieses Kongresses mit. Der BUF hat vor einiger Zeit die Initiative unternommen, einen solchen Kongreß für das kommende Jahr auf die Beine zu stellen. Ein erstes Vorbereitungstreffen dazu findet am 6. Oktober 1985 in Frankfurt (von 12-18 Uhr) statt (Ort und Termin sind beim BUF zu erfahren). Wir wollen aus diesem Anlaß im ARBEITERKAMPF Debatten und Auseinandersetzungen um die NATO-Frage in der Friedensbewegung vorstellen. Das Interview in dieser Ausgabe soll dazu ein Anfang sein.

W.R.: Der BBU hat bei einer seiner letzten Vorstandssitzungen beschlossen, sich am vom BUF vorgeschlagenen Projekt eines Anti-Nato-Kongresses zu beteiligen. Das scheint auf Anhieb erstmal überraschend, weil der BBU zwar nicht nur mit Ökologie, sondern durchaus auch mit Frieden in Verbindung gebracht wird, aber wie kommt Ihr ausgerechnet darauf, Euch an einem Anti-Nato-Kongreß zu beteiligen?

K.S.: Dafür gibt es eigentlich mehrere Gründe. Einer ist, daß wir sehen, daß es in der Friedensbewegung bislang einen gewissen Widerspruch gibt. Wir haben uns auf der einen Seite in den vergangenen Monaten und Jahren gegen viele der neuen Aufrüstungsprojekte gewandt, gegen Pershings, gegen Cruise Missiles, gegen SDI, gegen neue offensive Strategien wie Airland-Battle, wie Rogers-Plan, wie Wartime Host Nation Support und noch vieles mehr. Wir haben auch analysiert, daß mit diesen ganzen Projekten die NATO in unmittelbarem Zusammenhang steht, wahrscheinlich sogar Auslöser dieser Aufrüstungsschübe war. Andererseits hat die Friedensbewegung die NATO selbst nie thematisiert. Wir finden das in gewisser Weise inkonsequent, Einzelmaßnahmen zu kritisieren, aber nicht die Institution, die dahintersteht. Das ist ungefähr so, als würde man sagen, ich bin zwar gegen Fußballspielen und gegen Fußball, aber ich stehe fest zum Deutschen Fußballbund.

Der zweite Grund ist ein prinzipieller, was Bewegungen betrifft. Die Friedensbewegung ist dadurch groß geworden, daß sie in den vergangenen Jahren neue Themen aufgegriffen hat, manchmal auch provozierend, für die es auch in der Bevölkerung noch keine Mehrheit gab. Sie hat sich diese Mehrheiten dann erkämpft. Im Augenblick haben wir den Eindruck, daß sich die zaghaft und zahm gewordene Bewegung überwiegend an Themen und Projekten orientiert, für die es bereits eine Mehrheit in der Bevölkerung gibt, und dadurch das Initiieren von neuen Ideen und neuen Diskussionen verabsäumt. Aktuelles Beispiel: das Papier von von Bülow aus der SPD hat wesentlich mutiger und provokativer neue Wege beschritten, als die Friedensbewegung das mit ihren eigenen Diskussionen in den letzten Monaten getan hat. Wir sind der Meinung, daß die Bewegung und nicht die Parteien wieder der Auslöser für neue Debatten, für Aufbrüche zu neuen Ufern sein müssen; eine perspektivische Diskussion über die NATO gehört zu diesen neuen Themen dazu. Deshalb wollen wir uns an diesem Kongreß beteiligen.

Du stimmst zu, daß so ein Kongreß ganz allgemein die Funktion haben

Du stimmst zu, daß so ein Kongreß ganz allgemein die Funktion haben

soll, das Thema NATO überhaupt mal in der Friedensbewegung zu einem Thema zu machen. Zum zweiten sagst du, daß so ein Kongreß auch die Funktion haben soll, ein Stück weit dieses Thema auch sehr bewußt provozierend und kontrovers in die Debatte zu bringen. Wie stellt ihr euch so einen Kongreß vor, wie könnt ihr euch das denken, daß diese Funktion, das Thema kontrovers in die Debatte zu bringen, Aufbruch zu neuen Themen zu sein, Aufbruch zu einer weitergehenden gesellschaftspolitischen Dabatte zu sein, wie könnt ihr euch vorstellen, daß so ein Kongreß das leisten kann? Wer vor allen Dingen an politischen Kräften, sollte das gemeinsam oder kann so ein Projekt gemeinsam machen?

Wir gehen davon aus, und aus der Richtung kommt ja auch eigentlich die Initiative für diesen Kongreß, daß eine Reihe von Leuten dort die Forderung aufstellen wird: ,,Bundesrepublik raus aus der NATO.'' Bekanntermaßen gibt es viele andere, die diese Forderung gegenwärtig nicht teilen. Ich bin da auch skeptisch.

Aber wenn ich das richtig verstanden habe, ist dieser Kongreß ja bewußt so offen angelegt, daß zur Teilnahme niemand eine ,,eidesstattliche Erklärung'' unterschreiben muß, daß er diese Forderungen teilt und nur dann teilnehmen kann. Ich halte das für sinnvoll. Es hat uns unsere Teilnahme sicherlich erleichtert. Die verschiedenen Positionen, die es zur NATO gibt, von nur kritisieren bis zur Forderung ,,Raus aus der NATO!'', alle diese Sachen sollten dort vertreten und diskutiert werden können. Und ich bin sicher, daß dieses Aufeinandertreffen von Positionen zunächst mal dazu beitragen wird, in der Öffentlichkeit das Tabu NATO überhaupt zu brechen. Welches Ergebnis letztlich dabei rauskommt, das werden wir dann sehen.

Die verschiedensten Themen, die verschiedensten Positionen, sagst du, müssen dort vorgetragen und eingebracht werden können. Heißt das, daß du dir vorstellst, daß dort Positionen auch ihren Platz haben, wie sie beispielsweise von einem großen Teil der Sozialdemokraten in der Friedensbewegung vertreten werden, die sagen, man muß von innen her Einfluß auf die Nato nehmen, damit sie ihren augenblicklichen aggressiven Charakter verliert, oder damit, so sagen sogar manche, der Versuch, die NATO zu einer aggressiven Organisation zu machen, gestoppt wird? Es wird dann auf das Beispiel Griechenland verwiesen. Hältst du solche Vorstellungen für am Platz innerhalb eines solchen Kogresses? Denkst du, daß solche Vorstellungen dazu beitragen können, eine inhaltlich kontroverse und zugespitzte Debatte um das Thema in der Öffentlichkeit zu verankern und zu führen?

Da würde ich unterscheiden. Es ist ja beabsichtigt, für diesen Kongreß einen Trägerkreis zu gründen. Ich glaube, daß es ungeheuer kompliziert wäre, diese höchst unterschiedlichen Positionen zur NATO schon in dem Trägerkreis selbst zu diskutieren und eventuell lösen zu wollen, das soll ja auf dem Kongreß geschehen. Deshalb gehe ich davon aus, daß in diesem Träger-

tuell lösen zu wollen, das soll ja auf dem Kongreß geschehen. Deshalb gehe ich davon aus, daß in diesem Träger-

kreis maßgeblich Organisationen sein werden, die eine sehr skeptische Position zur NATO haben und nicht davon ausgehen, daß man die NATO von innen heraus reformieren kann.

Kannst du das mal an Organisationen festmachen? Wer, denkst du, sollte da noch drin sein in so einem Trägerkreis, und bei wem denkst du, würde es schwierig werden?

Ja, ich geh davon aus, daß die unabhängigen Initiativen, die diesen Kongreß auch initiiert haben, drin sein werden, sehr viele Dritte-Welt-Gruppen, der BBU, sicherlich Grüne noch, denn die vertreten ja auch diese Positionen, bei anderen wird man sehen. Ich hätte auch nichts dagegen, wenn Teile der Sozialdemokratie in diesen Trägerkreis vertreten sein würden. Ich bin aber der Meinung, daß die Auseinandersetzung ,,Raus aus der NATO'' oder ,,Reform von innen'', die sicher auf uns zukommt, auf dem Kongreß selbst zur Sprache kommen soll, daß vom Trägerkreis her eine relativ eindeutige Position vorgetragen werden muß, die dort zur Diskussion gestellt wird und von denen, die andere Positionen haben, dann auf dem Kongreß selber angegriffen werden kann. Das ist meines Erachtens die bessere Strategie, um das Tabu NATO zu brechen. Der Trägerkreis stellt etwas weitestmöglich Einheitliches zur Diskussion, was dann auf dem Kongreß selber von anderen kritisiert werden kann.

Das deckt sich relativ weitgehend mit den Vorschlägen, wie der BUF sie in der ersten Einladung zu diesem Kongreß gemacht hat, führt natürlich dann aber direkt zu der Frage, wie steht denn nun ihr als BBU oder wie stehst du zur NATO? Ihr habt ja nicht nur diesen Beschluß gefaßt, den Anti-NATO-Kongreß zu unterstützen, sondern ihr habt gleichzeitig auch beschlossen, in der Friedensbewegung in diesem Herbst als BBU einen Schwerpunkt zu setzen auf den 12.11., den 30. Jahrestag der Gründung der Bundeswehr. Wie siehst du die Rolle der Bundeswehr, wie siehst du die Rolle der Bundesrepublik überhaupt innerhalb der NATO?

Also zunächst mal muß ich sagen, wir stehen, was die NATO und auch was Bundeswehrdiskussion betrifft, im BBU am Anfang eines Denkprozesses. Und wir haben uns bewußt an diesem Kongreß und auch an den Aktivitäten zum 30. Jahrestag der Bundeswehr nicht zuletzt deshalb beteiligt, um uns selbst unter Zugzwang zu setzen, uns mit diesen bisher weitgehend tabuisierten Themen näher zu beschäftigen.

Das heißt, die Diskussion im BBU ist noch nicht so weit, daß du hier jetzt eine deutliche Position des BBU zur Bundeswehr oder zur NATO abgeben könntest. Frage an dich persönlich, als Klaus Scherenberg: Die Einschätzung des BUF und vieler unabhängiger linker Teile der Friedensbewegung ist die, daß die Bundeswehr von Anfang an ein aggressives Instrument deutscher Großmachtpolitik, deutscher Kapitalinteressen gewesen ist, diesen Charakter vielleicht heute etwas deutlicher

Großmachtpolitik, deutscher Kapitalinteressen gewesen ist, diesen Charakter vielleicht heute etwas deutlicher

zeigt als in der Vergangenheit, daß sich da aber nichts Grundlegendes geändert hat. Würdest du diese Einschätzung teilen?

Ich gehe im wesentlichen von zwei Ursachen aus, die zur Teilnahme der Bundesrepublik an der NATO geführt haben. Das eine ist die nach dem zweiten Weltkrieg von vielen Medien und Politikern hier geschürte Angst vor Bedrohung aus dem Osten. Ich erwarte übrigens von einem solchen Kongreß, daß er sich auch mit diesem Thema auseinandersetzt, weil das für viele Leute hier die Begründung dafür ist, daß sie in der NATO sein wollen.

Gibt es eine militärische Bedrohung der BRD aus dem Osten?

Das glaube ich nicht. Aber es gibt natürlich auch, das meinst du wahrscheinlich eben, eine zweite Begründung für Bundeswehr und NATO und diesen Zusammenschluß. Ich gehe davon aus, daß Militärbündnisse grundsätzlich kein Selbstzweck sind, kein Ergebnis nur von Ängsten oder Aggressionsgelüsten einzelner Menschen, sondern daß sie die Funktion haben, bestimmte ökonomische Interessen militärisch abzusichern.

Die NATO soll also kapitalistische Interessen und Absatzmärkte weltweit militärisch absichern. Die gleichen ökonomischen Interessen hat auch die Bundesrepublik, denn auch sie ist, wie die anderen NATO-Staaten, ein kapitalistisches Land. Es gibt da also eine Interessensidentität, trotz aller Unterschiede im einzelnen. Deshalb wäre es m.E. verkürzt oder gar falsch, die Bundesrepublik immer nur als bloße ,,Geisel'' der USA oder der NATO zu sehen.

Diese Interessenabsicherung klingt bei dir ein wenig neutral. Ist es nicht so, daß diese Interessenabsicherung praktisch heißt, daß die NATO dazu da ist, einerseits gegenüber der Dritten Welt vorhandene Abhängigkeiten zu erhalten und eventuell weitere neue zu schaffen, andererseits aber ganz wesentlich auch dazu da ist, den Teil der Welt, der bisher für den kapitalistischen Weltmarkt weitgehend verschlossen und unzugänglich ist, sprich die Staaten Osteuropas und eine Reihe Staaten Asiens, kapitalistischer Interessen wieder zugänglich zu machen? Ist es nicht so, daß die NATO ganz wesentlich dazu da ist, um, wie Reagan immer sagt, dieses ,,Reich des Bösen'' auszulöschen, und ist es nicht so, daß die Bundesrepublik in gerade diesem Prozeß eine treibende Rolle spielt, daß gerade bundesdeutsche Kapitalinteressen ganz vehement auf eine Rückeroberung des Ostens zielen und damit der Bundesrepublik sogar eine Vorreiterrolle in der NATO zuffällt?

Bis auf die beiden Zielsetzungen ,,auslöschen'' und ,,den Osten zurückerobern'' stimme ich den Dingen zu, die du gesagt hast. Ich gehe davon aus, daß es einen Unterschied gibt zwischen der öffentlich abgegebenen Begründung für die NATO und ihren eigentlichen Zielen. Die offizielle Rechtfertigung heißt, wir müssen die Bedrohung aus dem Osten abwehren. Diese Begründung halte ich für fadenscheinig. Eine Zielsetzung der NATO ist tatsächlich, wie du eben selber gesagt hat: Absicherung wirtschaftlicher Interessen weltweit und weil diese Absatzmärkte jetzt für nötig befunden werden, (wir sind ja in einer Krise des Kapitalismus) auch und gerade in der

märkte jetzt für nötig befunden werden, (wir sind ja in einer Krise des Kapitalismus) auch und gerade in der

Dritten Welt.

Das heißt aber nach wie vor Absicherung tendenziell eher defensiv. Erhalten dessen, was man hat, und weniger aggressiv Schaffung, Eroberung neuer Märkte, neuer Möglichkeiten, Profite zu machen.

Also Erhaltung zunächst mal sowieso. Das sieht man an der Entwicklung in Nicaragua, das sieht man im südlichen Afrika, das sieht man wahrscheinlich noch am deutlichsten anhand der Äußerungen führender Politiker zu westlichen Interessen im Nahen und Mittleren Osten. Das sieht man auch, ich kann nur Stichworte nennen, an Dingen wie Wartime Host Nation Support und ähnlichem. Ich würde aber nicht ausschließen, daß gegenüber Ländern, bei denen nicht klar ist, welchem der beiden großen Blöcke sie sich tendenziell zuordnen würden, in der Tat die NATO kapitalistische Interessen auch durchaus aggressiv vertreten könnte, dafür gibt es ja, ohne das im einzelnen jetzt ausweiten zu können, reichlich Beispiele.

Aber nochmal nachgefragt, du unterstellst der NATO keine offene militärische aggressive Absicht gegen Osten?

Wenn man sich anguckt, was sich in neuerer Zeit an Strategiedebatten innerhalb der NATO abspielt, Stichwort ,,Airlandbattle'', oder ,,horizontale Eskalation'' zum Beispiel, gehe ich davon aus, daß ein solcher Konfliktfall eintreten könnte — unter bestimmten Voraussetzungen. Also ein von der NATO oder den USA ausgehender Erstschlag gegenüber der Sowjetunion. Ich bin mir aber nicht sicher, daß die NATO vordringlich diesen Zweck hat, also den Osten anzugreifen, sondern würde da eher den zweiten Begründungszusammenhang für wichtiger halten, nämlich westliche Interessen maßgeblich in Staaten der sogenannten Dritten Welt abzusichern.

Im Rahmen einer Debatte wird vertreten, der tendenziell aggressive Charakter der NATO sei im wesentlichen begründet durch US-amerikanische Interessen. Diese US-amerikanischen Interessen, (Stichwort, das du selbst genannt hast, ,,atomarer Erstschlag gegen die Sowjetunion'') gefährden tendenziell auch die Sicherheit Europas. Deshalb muß Europa seine eigene Sicherheitspolitik entwickeln. Eine Sicherheitspolitik, die sich nicht völlig abkoppeln und loslösen darf von den USA, die aber sehr stark eigenständige Interessen vertritt. Das ist eine Diskussion, die ja besonders intensiv auch in der sozialdemokratischen Partei geführt worden ist. Das Buch von Lafontaine mag da als ein erstes bekanntes Beispiel genannt sein. Du bist ja nun auch Mitglied der sozialdemokratischen Partei. Was hältst du von dieser Diskussion? Was hältst du von diesem gesamten Konzept der Europäisierung?

Ich finde es zunächst mal sinnvoll, überhaupt über Alternativen zur gegenwärtigen Blockbildung nachzudenken. Auch nach Alternativen zu suchen, die diese Blockkonfrontation und damit ja auch gewissermaßen die NATO überwinden. Ich finde es auch richtig, daß eine Diskussion über eine ,,Europäisierung Europas'' geführt

und damit ja auch gewissermaßen die NATO überwinden. Ich finde es auch richtig, daß eine Diskussion über eine ,,Europäisierung Europas'' geführt

wird mit dem Ziel, die augenblicklich noch vorherrschende Abhängigkeit der Europäer von strategischen und militärischen Überlegungen der USA in die Wege zu leiten. Ich habe allerdings klare Vorstellungen darüber, wie diese Diskussion *nicht* enden darf. In einem Satz ausgedrückt: Eine größere Eigenständigkeit Europas darf nicht dazu führen, daß man sich zwar von der amerikanischen Vorherrschaft in der NATO löst, aber Europa gleichermaßen zu einem zweiten, NATO-gleichen Pfeiler ausbaut. Damit wäre überhaupt nichts gewonnen, es würde die gegenwärtige Situation nicht verbessern, sondern eher verschlimmern.

Du siehst also in diesem Konzept oder in einigen Aspekten dieses Konzeptes der Europäisierung durchaus auch friedenspolitisch sinnvolle Ansätze.

Richtig.

Ist es denn nicht so, daß die eingangs auch von dir beschriebene westliche Interessenidentität insoweit gegeben ist, als natürlich sowohl die USA ein kapitalistisches Land sind als auch die westeuropäischen Länder kapitalistische Länder sind, damit ihrerseits Interesse an Absicherung, Verbreiterung ihrer Einflußzonen haben? Und ist es nicht so, daß eine völlige Abkoppelung Europas von den USA gar nicht denkbar ist, sondern daß dort eine Interessenidentität vorliegt, die im Falle eines höheren militärischen und poltischen Gewichts Europas im Ergebnis immer insgesamt zur Stärkung des Blocks der kapitalistischen Länder führen muß und damit überhaupt nicht friedenspolitisch positiv sein kann?

Das ist im Prinzip nur mit mehreren Sätzen zu beantworten. Wenn man davon ausgeht, das war ja meine Einschätzung am Anfang, daß das Militär-



Chúmez

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

bündnis NATO eine Zweckinstitution ist zur Absicherung kapitalistischer Interessen hier und im Weltmaßstab, dann muß man eigentlich konsequent zu dem Ergebnis kommen, daß sich an dieser Militärpolitik, ob nun unter dem Begriff NATO oder unter einem anderen Begriff, nichts ändert, solange ihre Grundlagen, nämlich das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, in der gegenwärtigen Form fortbestehen. Denn solange die Interessen aus ökonomischen Gründen gleichbleiben, wird sich auch auf dem militärischen Sektor theoretisch nicht viel ändern. (...) Wenn man dieser Gefahr begegnen will, daß eine ähnliche Politik gemacht wird, ob in der NATO oder unter einem anderen Dach, dann kann man das eigentlich nur, indem man sich selbst die Fähigkeit nimmt, militärpolitisch eine offensive oder aggressive Politik überhaupt betreiben zu können. Das ist ja auch der Ansatzpunkt einer Diskussion um eine wirkliche, nicht nur vorgetäuschte, Umrüstung der Bundeswehr auf reine Defensivfähigkeit (Stichwort strukturelle Nichtangriffsfähigkeit), Umorientierung der Bundeswehr auf eine reine Milizarmee, Umorientierung der Bundeswehr auf eine Armee mit einer Wehrpflichtzeit von sieben bis acht Monaten. Dieses sind in meinen Augen, gemeinsam mit der Idee einer Sicherheitspartnerschaft, Möglichkeiten, es duch eine neue Organisationsform von Sicherheitspolitik auszuschließen, daß die Bundeswehr oder ein militärischer Verbund in Europa das noch tun kann, was im Augenblick die NATO tut.

Die Bewertung dieser Vorschläge mal dahingestellt, die wären ein eigenes Gespräch wert, die Frage: Wären denn solche Vorstellungen mit der BRD als Mitglied der NATO überhaupt zu verwirklichen, oder ist nicht vielmehr der Austritt der BRD aus der NATO Voraussetzung, um überhaupt realistisch solche Konzepte angehen zu können?

Ich glaube, daß Vorschläge, wie ich sie eben benannt habe und wie sie ja in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit diskutiert worden sind: strukturelle Nichtangriffsfähigkeit, Defensivbewaffnung, Verkürzung der Wehrzeit innerhalb der Bundeswehr, mittelfristig ein Rückzug der Blockführungsnächte aus Zentraleuropa, natürlich das gegenwärtige Blocksystem und wohl auch die NATO in Frage stellen. Ich finde es aber richtiger, über diesen Weg das Problem NATO anzugehen auch mit allen Konsequenzen, als am Anfang zu sagen, „BRD raus aus der NATO". Damit könnten Ansätze, dieses Tabuthema überhaupt zu brechen, in der gegenwärtigen Bewußtseins- und Gefühlssituation vielleicht vorschnell kaputt gemacht werden.

Das heißt also, Herangehen an das Thema nicht über die Benennung des Gesamtzusammenhangs, sondern über

Das heißt also, Herangehen an das Thema nicht über die Benennung des Gesamtzusammenhangs, sondern über die Benennung einzelner besonders deutlich sichtbarer Erscheinungsweisen dieses Gesamtzusammenhangs. Wie stellt ihr euch denn auf einem solchen Hintergrund die weitere Behandlung des NATO-Themas in der Friedensbewegung vor?

Ich gehe nach dem, was ich am Anfang gesagt habe, davon aus, daß nach den vielen friedenspolitischen Themen, die wir in der letzten Zeit diskutiert haben, jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, perspektivisch auch die Frage in Angriff zu nehmen: Können wir nach all den Katastrophen, die die NATO schon initiiert hat, überhaupt noch Mitglied in der NATO sein? Ich will, daß dieses diskutiert wird, aber ich will nicht die Antwort vorausnehmen.

Ich halte diese Diskussion auch deshalb für notwendig, weil die Friedensbewegung in den vergangenen Monaten und Jahren immer nur gesagt hat, was sie nicht will, und es ihr bislang noch nicht gelungen ist, wirklich greifbare, konkrete und von Menschen auch verstehbare Alternativen aufzuzeigen. Und ich gehe davon aus, daß viele Leute, ohne sich näher Gedanken zu machen, neben anderen Gründen allein deshalb zur NATO stehen, weil noch niemand in der Lage war, zu zeigen, was für alternative Möglichkeiten es überhaupt gibt. Und ich erhoffe mir von dieser ganzen Diskussion auch, wenn die Frage NATO oder nicht erst mal aufgeworfen ist, daß dann auch verstärkt Versuche gemacht werden, Alternativen auszuarbeiten. Alternativen, die aus der Bewegung kommen, und wir es nicht, wie im Augenblick, Parteien überlassen, sich darüber Gedanken zu machen, wie man über den Tag hinaus eine neue und andersgeartete Sicherheitspolitik entwickeln kann.

Also alternative Sicherheitspolitik als ein wesentliches Thema der Friedensbewegung. Wie wesentlich? Muß dieses Thema deiner Meinung nach den Stellenwert bekommen, den in der Vergangenheit Raketen gehabt haben, oder den einige heute gerne der SDI-Frage zumessen würden?

Ja. — Man kann einfach nicht jede neue Aufrüstungsmaßnahme, die von seiten des sogenannten westlichen Bündnisses ausgeht, ablehnen, auch einheitlich ablehnen, ohne irgendwann zwangsläufig zu dem Punkt kommen zu müssen, die Sache als solche zu diskutieren und die Institution als solche in Frage zu stellen. Wir müssen uns endlich Gedanken darüber machen, was wir wollen und nicht nur darüber, was wir nicht wollen!

Und der Zeitpunkt ist deiner Meinung nach heute da.

Ja

Danke schön, Klaus

Gern geschehen. Aber laß mich bitte noch eines sagen, was mir wirklich sehr am Herzen liegt:

Das, was von Bülow getan hat mit seinem Papier, was ja eine Riesendiskussion und eine aktuelle Stunde und lauter Titelseiten in Zeitungen hervorgerufen hat, hätte im Prinzip aus der Friedensbewegung kommen müssen!

Denn es ist Aufgabe der Bewegung, diese neuen Ansätze einzuführen. Es ist aber leider nicht aus der Bewegung gekommen, weil wir wegen dieser Meinung, nur noch etwas aufzugreifen, was von vornherein mehrheitsfähig ist, zu solchen Dingen im Augenblick gar nicht strukturell in der Lage sind und es dann ganz zwangsläufig anderen überlassen müssen (bemerkenswerterweise einem ehemaligen Staatssekretär im Verteidigungsministerium), neue Denkanstöße zu geben. Wenn man das aber so macht als Bewegung, also Angst hat, notfalls auch mal Dinge, die provozieren, zu sagen, und das Parteien überläßt, dann muß man sich nicht darüber wundern, daß die Parteien in der Diskussion wieder stärker werden, die Bewegung schwächer wird und die Leute glauben, wir bräuchten vielleicht gar keine Bewegung mehr, weil die Parteien doch, nachdem wir die Kritikpunkte gesagt haben, die wirklichen Perspektiven entwickeln. Wir sagen „Pershing nein", wir sagen „SDI nein", wir sagen „Airlandbattle nein", aber wir sagen wenig darüber hinaus, und wir überlassen es dann den Parteien, die konstruktiven Ideen für die Zukunft der nächsten Jahrzehne auszuarbeiten. Das bringt uns ein Stück tiefer und andere ein Stück höher, darin sehe ich eine Gefahr.

Der augenblickliche Zustand des Koordinationsausschusses der Friedensbewegung, auch seine politische Ausgewogenheit, will ich mal sagen, führt ja nun dazu, daß sowas sehr

Koordinationsausschusses der Friedensbewegung, auch seine politische Ausgewogenheit, will ich mal sagen, führt ja nun dazu, daß sowas sehr

schwierig dort zu machen ist. Heißt das nicht, wenn man so eine Entwicklung von Alternativen, ein Aufgreifen von gesellschaftspolitisch provokanten Ideen, von weiterführenden Gedanken haben will in der Friedensbewegung, daß man dann eventuell noch mal durch eine Phase durch muß, in der innerhalb der Friedensbewegung eine polarisierte und polarisierende Debatte geführt wird?

Möglicherweise. Die Friedensbewegung darf jedenfalls nicht zu einem Institut zur Verifikation demoskopisch erforschter Ergebnisse werden, das ist nicht unsere Aufgabe. Sondern die Friedensbewegung muß Initiator und Katalysator von neuen Ideen sein. Um mal das Stichwort zu nennen: Auch von realen Utopien. Diese Diskussionen müssen wir anfangen. Es ist im Prinzip eine Aufgabenverschiebung zwischen Parteien und Bewegung eingetreten. Während wir uns Gedanken über praktikable, äußerst realistische und damit zwangsnotwendig sehr konventionelle Umsetzungen unserer eigenen Forderungen machen, obwohl die Friedensbewegung nie die Regierung haben wird, entwickeln die Parteien neue Ideen über den Tag hinaus und Perspektivdiskussion und Alternativen. Im Prinzip müßte das Verhältnis umgekehrt sein. Wir müßten diejenigen sein, die neue Denkanstöße geben, und meinetwegen sollen sich die Parteien, die ja mal die Regierung stellen können, darüber Gedanken machen, wie das real umgesetzt ist. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist es fast umgekehrt. Und das führt dann auch dazu, daß so der Drive und der emotionale Impuls irgendwie aus der Bewegung im Augenblick raus ist.

Nochmals vielen Dank!

Für die SPD-Linke ist der Abzug der Pershing-II-Raketen kein Thema

Parallel zum Papier Bülows hat auch der „August-Bebel-Kreis" seine „sicherheitspolitischen Vorstellungen" vorgelegt. Sie sind unter dem Titel *„Frieden 2000: Das Jahr 2000 beginnt 1987"* in der Frankfurter Rundschau (vom 17./18.9.85) abgedruckt. Mit diesem Konzept wendet sich der Kreis an die SPD, aber vor allem auch an die Friedensbewegung, um SPD-Thesen und eine SPD-Regierung 1987 als zentrales Ziel zu verankern. Dem Zirkel, der sich *„der SPD in kritischer Solidarität verbunden fühlt"* und im April 1984 gegründet wurde, gehören u.a. an: Walter Dirks, Iring Fetscher, Norbert Greinacher, Sylvia und Martin Greiffenhagen, Martin Hirsch, Eberhard Jäckel, Inge und Walter Jens, Dieter S. Lutz, Hans Peter Dürr.



Ist ja auch schon lange her!
Pershing-Stationierungsbeginn 1984

Die „Neue Europäische Friedensordnung" (NEFO)

Der Aufbau dieser NEFO wird von der Gruppe als Fernziel angegeben. Herzustellen sei sie schrittweise, zunächst über eine Neuauflage der Entspannungspolitik, die sogenannte *„Gemeinsame Sicherheit"*(GS). Wunderbarerweise soll schon in diesem Stadium der *„militärisch-industrielle Komplex"* wegfallen und eine *„strukturelle Nichtangriffsfähigkeit"* erreicht sein.

Die Weiterentwicklung der GS ist dann das „System Kollektiver Sicherheit" (SKS). Zusätzlich zu „vertrauensbildenden Maßnahmen" im Frieden kommt jetzt bei SKS dazu, daß die beteiligten Staaten *auch im Konflikt- und Kriegsfalle"* zusammenstehen sollen, und zwar *„unter Einschluß gemeinsamer (militärischer) Sanktionen gegen jeden Friedensbrecher. Die SKS-Mitglieder"* — erfährt der staunende Friedensfreund — *„müssen nach wie vor bereit sein — allerdings kollektiv — in letzter Konsequenz auch ‚Krieg für den Frieden' zu führen."*

Selbst die Autoren sehen die Gefahr, daß ein europäisches SKS *„auch unter neuem Etikett lediglich alte Paktpolitik nach außen, d.h. gegenüber Nicht-Mitgliedern"* betreibt. *„Im Extremfall würde das eine dritte Supermacht neben den beiden Weltmächten USA und UdSSR bedeuten."*

Dies könne aber durch *„definitorische Restriktionen und programmatische Vorgaben"* verhindert werden. Ein genialer Einfall, daß man kapitalistische Staaten, deren Expansionsdrang durch ihre Wirtschaftsweise vorgegeben ist, durch bloße papierene Festlegungen von einer aggressiven Außenpolitik abhalten könnte. Nur — auf den Einfall sind schon andere gekommen, da muß man sich nur ähnliche *definitorische Restriktionen"* und

Außenpolitik abhalten könnte. Nur — auf den Einfall sind schon andere gekommen, da muß man sich nur ähnliche *definitorische Restriktionen"* und

„programmatische Vorgaben" im Grundgesetz oder in der NATO-Charta anschauen. Der Erfolg spricht Bände...

Die Quadratur des Kreises

„Zwar soll das System eurokollektiver Sicherheit keine Supermacht sein, aber in seiner Verteidigungsfähigkeit doch stark genug, um auch eine angreifende Weltmacht so zu schwächen, daß sie während oder nach ihrer Aggression die andere Weltmacht fürchten muß, auf einen Angriff also verzichtet."

Eine gleich doppelt gewagte Utopie: Einerseits soll der SKS-Pakt neben den beiden existierenden Großmächten USA und UdSSR aufgebaut werden. Verständlicherweise können die Autoren nicht angeben, wie man insbesondere die Sowjetunion dazu bringen will, ihr gesamtes Vorfeld an das westeuropäische Kapital abzutreten.

Andererseits sollen die SKS-Staaten zwar *„strukturell nichtangriffsfähig"*, aber doch unheimlich *„verteidigungsstark"* sein. Dies soll dadurch passieren, daß man einer angreifenden Großmacht A zwar nicht selber den Garaus macht, ihr aber damit droht, sie so zu schwächen, daß sie danach der anderen Großmacht B hilflos ausgeliefert ist.

Ich unterstelle, daß der SKS-Pakt aus kapitalistischen (und „assoziierten") Staaten besteht, jedenfalls wird in dem Papier nirgends von einer Änderung der Wirtschaftsordnung gesprochen. Wird es da nicht so sein, daß er die „schützende Großmacht B" in der ebenfalls kapitalistischen USA, den potentiellen Feind (Großmacht A) aber in der UdSSR sehen wird? Und ist nicht diese „Verklammerung" europäischer und amerikanischer Kriegsführung

Perspektive 1987

Daher ist es kein Wunder, daß die Autoren nirgends das Verhältnis von EKS und NATO-Mitgliedschaft ansprechen. Tatsächlich ließe sich wirkliche Sicherheitspartnerschaft mit dem „realen Sozialismus" nur nach dem Modell Finnlands erreichen, also außerhalb der NATO und durch radikale Abrüstung. Bezeichnend, daß weder das Beispiel Finnlands, noch der NATO-Austritt als Perspektive des „August-Bebel-Kreises" irgendwo auftaucht. Im Gegenteil: Vor *„Neutralität"* *wird ausdrücklich gewarnt, weil „die Organisation der Kriegsverhütung nicht mehr als nationalstaatliches Problem gelöst werden kann."*

Wer in den Fernperspektiven der Autoren vor lauter Friedensgeschwafel den harten (militärischen) Kern nicht entdeckt, dem müßte zumindest bei den *„kurz- und mittelfristigen Forderungen"* einiges klar werden, zumal sie sich ziemlich 100%ig mit den SPD-Parteitagsbeschlüssen von Juli 1974 decken. Die Verfasser schicken voraus, daß sie zwar „mit Blick auf die SPD formuliert" haben, *„sich aber auch an die Friedensbewegung und an die Partei ‚Die Grünen' richten."* Wenn es dann auch noch in der Überschrift heißt: *„Frieden 2000 oder: Das Jahr 2000 beginnt 1987"* dann wird ersichtlich, daß es sich hier um Vorschläge für ein mögliches SPD-Regierungsprogramm handelt, das von Grünen und Friedensbewegung unterstützt werden soll. Der eigentliche Hammer an den

gramm handelt, das von Grünen und Friedensbewegung unterstützt werden soll. Der eigentliche Hammer an den

Vorschlägen ist jetzt, daß sie weder den Abzug von Pershing 2 und Cruise missile enthalten, noch einen Stationierungstop. Zwar wird all dies in dem Papier befürwortet, es taucht aber nicht mehr auf, wenn es um **konkrete** Abrüstungsmaßnahmen geht, die („auch") einseitig durchgeführt werden können. D.h. genau dieser — für die Friedensbewegung bisher entscheidende — Punkt soll weiter auf den Verhandlungsweg geschoben werden, wo doch der „August-Bebel—Kreis" an anderer Stelle selbst schreibt: *„Nach den Erfahrungen mit den bisherigen Rüstungssteuerverhandlungen sind ‚einschneidende Maßnahmen' über Verhandlungen allein nicht (...) zu erreichen. Erforderlich sind deshalb auch einseitige Schritte."* Diese konkreten einseitigen Schritte, die die Autoren angeben, haben nun als gemeinsamen Nenner, daß sie die laufende Aufrüstung überhaupt nicht beeinträchtigen (geschweige denn rückgängig machen), sondern höchstens und nur teilweise verlangsamen.

Beispiel 1: Gefordert wird *„der Verzicht auf die Modernisierung taktischer Nuklearwaffen", „die Rückverlagerung von Nuklearwaffen weg von den Grenzen zwischen den Militärpakten", „die Verringerung der Atomwaffenstationierung."* All dies sind Dinge, die die NATO sowieso beschlossen hat: Im Zuge des Rogers-Plans werden taktische Nuklearsysteme durch moderne konventionelle Waffen ersetzt.

Beispiel 2: Gefordert wird *„der Verzicht auf jegliche Erforschung und Entwicklung von Weltraumwaffen", keine Umsetzung der FOFA-Pläne"* und *„Beschränkung der Reichweiten von Flugzeugen und Raketen."* Hört sich im Grunde nicht schlecht an. Die Forderungen sind aber einerseits sehr unspezifisch und dadurch leicht zu unterlaufen (z.B. welche Laserwaffen sind Gefechtsfeldwaffen, welche Laserwaffen sind Weltraumwaffen; was gehört zu FOFA, was nicht? Ab welcher Reichweite sind Raketen und Flugzeuge „deep-strike"-Waffen?) Andererseits ist selbst im Falle der optimalen Durchsetzung dieser Forderungen **in der Bundeswehr** nichts gewonnen. Wenn nicht gleichzeitig die NATO-Mitgliedschaft gekündigt wird, bedeutet das nämlich nur, daß es eine „Lastenverlagerung" im Bündnis geben wird: Die Westdeutschen mit ihren Kurzstreckenraketen wären dann eben für die grenznahen Aufgaben von FOFA und für den Flankenschutz zuständig, die „deep strikes" werden von den USA selbst erledigt.

Beispiel 3: *„Das (vorläufige) Einfrieren des Militärhaushaltes".* Sicherlich würde dies das Tempo der Aufrüstung verlangsamen. Aber sind 60 Milliarden DM (BRD-Kriegsetat 1984 nach NATO-Maßstab) wirklich eine Summe, die für diese scheußlichen Zwecke „eingefroren" werden muß? Und was heißt das verschämt eingeklammerte „vorläufig"? Wenn die USA Druck machen, oder wenn „der Russe" nicht abrüstet, darf es dann „volle Pulle" weitergehen? Ein Armutszeugnis, selbst für Sozialdemokraten!

Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit?

Wie in vielen anderen SPD-Papieren auch, bleibt der Begriff „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit" völlig unbestimmt. Geradezu lächerlich wird es, wenn *„realisierbare Schritte"* dahin angegeben werden. Da wird vor allem

Nichtangriffsfähigkeit" völlig unbestimmt. Geradezu lächerlich wird es, wenn *„realisierbare Schritte"* dahin angegeben werden. Da wird vor allem

einer Homogenisierung der NATO-Streitkräfte das Wort geredet, etwa indem man *„die Bildung gemischtnationaler Kontingente"* und die *„Gewährung der Wahlfreiheit zur Ableistung des Wehrdienstes auch in ausländischen Allianz-Streitkräften"* empfiehlt. Das große Problem der Autoren sind *„einzelstaatliche Aggressionen"*, die durch *„die Aufgabe des nationalen Triade-Konzeptes"* verunmöglicht werden sollen, selbstverständlich *„unter Beibehaltung der Effektivität des Gesamtsystems".* D.h. an der Schlagkraft der NATO insgesamt soll sich nichts ändern, der Verbund von konventionellen, nukleartaktischen und nuklearstrategischen Waffen (= Triade) soll aber nicht mehr von Einzelstaaten übernommen werden, sondern durch Arbeitsteilung im Bündnis insgesamt. Eine solche Strategie hat im Ernst natürlich mit der Friedensbewegung nichts mehr zu tun, sondern höchstens noch mit ihrer Nutzbarmachung als SPD-Stimmvieh. Entsprechend blumig sind die „Friedensanleihen", die das Papier vorgeblich sogar bei der Neutralität oder gar der sozialen Verteidigung macht, entsprechend schwammig sind die Aussagen, wenn es auch nur um irgendeinen konkreten Abrüstungsschritt geht. Dazu ist es besonders dienlich, daß sich im Bebelkreis u.a. Personen versammelt haben, denen ein gewisses ernsthaftes Engagement in der Friedensbewegung nicht abzustreiten war. Ob es Naivität, Leichtgläubigkeit, schlichte Dummheit oder subjektive Rechtsentwicklung war, was sie zu ihrer Unterschrift verleitet hat, Jens, Greinacher und Flitner haben der Friedensbewegung einen Bärendienst erwiesen.

Jürgen/Stuttgart

Genf: Atomwaffensperrvertrags-Überprüfungskonferenz
BRD will raus aus dem Vertragskorsett

,,Nazi'' nennen ihn die Greenpeace'ler in Genf. Gemeint ist Botschafter Henning Wegener, seines Zeichens Leiter der BRD-Delegation bei der 3. internationalen Sperrvertrags-Überprüfungskonferenz in Genf. Cornelia Durrant von der britischen Greenpeace-Sektion: ,,Er nimmt die rechtesten aller hier vertretenen Positionen ein, rechter noch als die Türkei und gilt hier allgemein als das Sprachrohr der USA, weil er das vorbringt, was sich die USA hier nicht offen zu sagen trauen.''

Es lohnt offenbar, einen Blick zu werfen auf die BRD-,,Diplomatie'' im Rahmen der vierwöchigen Atomwaffensperrvertrags-Überprüfungskonferenz, auf der etwa 85 Regierungsdelegationen über mögliche Verbesserungen der Nicht-Weiterverbreitungspolitik berieten.

Diese Konferenz, die am 22.9. beendet wird, war für Friedens- und Anti-AKW-Gruppen der Anlaß für ein ,,Internationales Volkstribunal gegen die weltweite atomare Aufrüstung trotz Atomwaffensperrvertrag'' am 14./15.9.85 in Genf sowie der Aufhänger für die bundesweite Konferenz ,,Atombomben — made in Germany?'' am 6.-8.9.85 in Bonn.

Bekanntlich ist die Bundesrepublik noch nie als besondere Förderin des Atomwaffensperrvertrages in Erscheinung getreten. Sie hat sich dem Nichtverbreitungsvertrag auch nicht *,,frühzeitig und in der Erwartung angeschlossen, daß er zur weltweiten Friedenssicherung beitragen wird''*, wie es Staatsminister Möllemann am 29.8. in Genf zum Besten gab. Sondern sie ist ihm erst nach jahrelangen Widerständen und zahlreichen Vorbehalten beigetreten und in der Hoffnung, daß dieser Vertrag ohnehin nach 25-jähriger Laufzeit — 1995 — ausläuft. Der Widerstand gegen die ursprünglich vorgesehene unbefristete Laufzeit des Vertrags war 1967/68 einer der Kernpunkte der Nervereien der Regierung Kiesinger/Brandt gegen seine Unterzeichnung (vgl. AK 243). Ob es 1995 zu einer Verlängerung dieses Vertrages kommt, ist sehr fraglich. Auch wenn die Widersprüche zwischen den Teilnehmerstaaten der 3. Genfer Überprüfungskonferenz bisher mit erlesener diplomatischer Höflichkeit vorgetragen werden, sind sie doch so gravierend, daß selbst das Zustandekommen einer einvernehmlichen Schlußerklärung eher unwahrscheinlich ist.

Die wesentlichen Differenzen der Genfer Konferenz konzentrierten sich auf zwei Punkte: Einmal auf die Nichteinhaltung der Abrüstungsverpflichtung nach Artikel VI, NPT durch die atomaren Großmächte (vgl. AK 257). Zum anderen geht es um die Frage der vollständigen Kontrollen (,,full scope safeguards''): Während die Sperrvertragsmitgliedsstaaten wenigstens auf dem Papier alle ihre nuklearen Anlagen der Kontrolle durch die Internationale Atomenergieagentur (IAEA) zu unterstellen haben, betreiben speziell die BRD, Schweiz und Frankreich eine Atomexportpolitik, die bei Lieferung in Nichtunterzeichnerstaaten wie Argentinien oder Pakistan auf vollständige Kontrollen verzichtet und somit alle die Länder begünstigt, die dem Stomwaffensperrvertrag aus durchsichtigen Gründen nicht beigetreten sind.

Trotz völlig unterschiedlicher internationaler Widerspruchslinien ist die BRD in beiden Punkten prinzipienfest geblieben: Unterstützt wurde jeweils das, was dem Sperrvertrag maximal schadet.

Vollständiger Atomwaffen-Teststopp

Bekanntlich wird insbesondere durch die USA und Großbritannien der Atomwaffensperrvertrag eklatant und fortlaufend gebrochen: Als Gegenleistung zum Nuklearverzicht der übrigen Unterzeichnerstaaten haben sich diese Länder sowie die Sowjetunion in Artikel VI, Sperrvertrag dazu verpflichtet, *,,ernsthafte Verhandlungen über effektive Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens zu ergreifen.''* (vgl. AK 257) In der Präambel des Sperrvertrages wird zusätzlich die *,,Entschlossenheit''* aller Unterzeichner betont, *,,darauf hinzuwirken, daß alle Versuchsexplosionen von Kernwaffen für alle Zeit eingestellt werden.''*

Während auf der Genfer Konferenz insbesondere die blockfreien Staaten diesen Vertragsbruch zwar erstaunlich moderat aber eben doch eindeutig kritisierten, besaß von allen Vertretungen allein die bundesdeutsche Delegation die Stirn, Abrüstungsinitiativen wie z.B. die ,,4-Kontinente-Friedensinitiative'' (ein Zusammenschluß von Indien, Mexiko, Tansania, Schweden, Griechenland und Argentinien zugunsten eines Test-, Produktions-, und Stationierungsstopps für Atomwaffen und ihre Trägersysteme) anzugreifen und das sowjetische einseitige Atomwaffentest-Moratorium nach Kalter-Kriegs-Manier zurückzuweisen. Die UN-Presseerklärung ,,NPT/80'' vom 9.9.85 zitiert das völlig aus dem Rahmen fallende Gezeter des BRD-Botschafter Wegener über die *,,beispielslose Aufrüstung der Sowjetunion seit Inkrafttreten des Atomwaffensperrvertrags''*, wo doch gleichzeitig die USA *(,,ihre nukleare Abwurfmasse (,throw-weight') um 75% reduziert und auf den niedrigsten Stand seit 1960 gebracht habe.''* Im übrigen hätten die Sowjets 60% mehr Atomwaffentests durchgeführt als die USA, was der Hintergrund sei für ihren einseitigen Atomteststopp: *,,Ein unverifizierbares Moratorium, das jederzeit rückgängig gemacht werden kann, ist keine Lösung für das Problem der Atomwaffentests.''*

Für die Bundesregierung freilich scheint ohnehin nicht die Durchführung von Atomwaffentests, sondern die Forderung nach einem vollständigen Teststoppvertrag das Hauptproblem zu sein. Das zeigt sich nicht allein an der ,,Überlegung'', die ,,Abrüstungsbotschafter'' Wegener (er ist gleichzeitig ständiger Botschafter bei der Genfer Abrüstungskonferenz) seinen Gesprächspartnern gegenüber bezüglich der friedensgefährdenden Dimension eines Atomtest-Verbotes zum Besten gibt. In dieser Story, die wohl nur einer ganz bestimmten Spezie Mensch einfallen kann, wird vor einer *,,neuen Krise in den Ost-West-Beziehungen''* gewarnt, die ein vollständiges Atomteststoppabkommen zur Folge haben könne. Denn — so Wegeners Logik — wenn heute jedes Ziel in der SU zweifach anvisiert sei, um die Fehlzündung einer Rakete notfalls zu kompensieren, (sog. ,,double-targeting''), müßten ohne Atomtests, d.h. mit einer noch größeren Unsicherheit hinsichtlich der Zündsicherheit und Genauigkeit jedes Ziel in Zukunft mindestens 3- oder 4-fach angepeilt werden. Ergo: Atomteststopp = gewaltige Aufrüstung ...

Diese Haltung äußert sich nach außen auch in den penetranten Versuchen der Bundesregierung, immer abenteuerlichere ,,Verifikationsprobleme'' bei einem vollständigen Atomteststoppvertrag aus dem Hut zu zaubern: so soll mit heutigen Meßgeräten eine kleine Atomdetonation in 5 km (!) Bodentiefe nicht mehr wahrnehmbar sein...

Auf dieser Linie liegt auch der offiziell von der BRD eingebrachte Vorschlag zur Errichtung eines internationalen seismischen Überwachungs- und Überprüfungssystems für Atomsprengungen, das vor Unterzeichnung eines Atomteststoppvertrages (insbesondere in den Weiten der Sowjetunion ...) installiert werden solle. Tatsache ist jedoch, daß der vollständige Atomteststoppvertrag schon vor fünf Jahren als zwischen den USA, der UdSSR und Großbritannien als praktisch ausgehandelt dargestellt wurde, daß die USA sich seit 1981 jedoch weigern, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, und daß die Verifikationsfrage als technisch gelöst gilt.

Vollständige Atomenergiekontrolle

Die Bundesregierung, die bei Atomwaffentests der strengste Kontrolleur von allen sein will, ist gleichzeitig der stärkste Opponent von Kontrollen, wenn es um den Export der eigenen Atomanlagen geht. Während beispielsweise Kanada, Großbritannien und die USA ihre Atomexporte davon abhängig machen, daß alle Anlagen des betreffenden Landes den Kontrollen der IAEA unterstellt werden, schafft sich die BRD durch den Verzicht auf derartige ,,full scope safeguards'' Wettbewerbsvorteile und Freunde bei diversen Militärs. Mit der Bevorteilung der außerhalb des Sperrvertrags stehenden Staaten bei Nukleareinkäufen wird der Sperrvertrag natürlich völlig entwertet. Dies ist der Hintergrund für die — speziell gegen die BRD-Praktiken gerichtete — Forderung von Dänemark, Finnland, Island, Norwegen, Schweden, den Niederlanden, Australien und Kanada auf der Überprüfungskonferenz, die Einführung vollständiger Kontrollen zur ,,minimum condition'' künftiger Atomexporte zu machen. Während diesbezüglich zwar auch der Atomexporteur Schweiz *,,einige Bedenken''* anmeldete, vertrat auf der Genfer Konferenz die BRD die knallharte Position: **,,We could not join a consensus on fullscope safeguards.''** (UN-Press-Release NPT/87, 10.9.85) Wobei man in dieser Frage — so Wegener — bemüht sei, sich *,,diskret, mit nicht so hohem Profil verständlich zu machen.''*

Atomwaffenfreie Zone in Europa

Eine weitere ,,leadership in opposition'', so ein Beobachter der Internationalen Quäker-Organisation bei den UN, hält die Bundesrepublik bei dem Versuch, den Vorschlag diverser Staaten, darunter Griechenland und Finnland, nach Schaffung atomwaffenfreier Zonen u.a. in Europa aus dem Schlußdokument der Konferenz zu kippen. Hart bleiben heißt auch hier die Devise, die in diesem Fall gar das Bundeskanzleramt selbst erteilt haben soll. War etwas dran an dem auf den Fluren der UN-Konferenz kursierenden Gerücht, wonach ein US-Diplomat eine Unterstützung der Forderung nach atomwaffenfreien Zonen u.a. in Europa für den Fall angedroht hat, daß die Bundesrepublik auf ihrem Verzicht von ,,full scope safeguards'' besteht? Vermutlich nicht, muß doch die US-Delegation hochinteressiert sein an einem Verbündeten, der in Sachen Atomwaffentests die Schmutzarbeit übernommen hat ...

Erfreulich ist vor diesem Hintergrund einzig und allein, daß Diplomat

Fortsetzung (8 Felder zurück) S. 8

Internationales Tribunal gegen die weltweite Aufrüstung

Wirkliche Vertreter von Völkern oder Massenbewegungen waren auf der 3. Überprüfungskonferenz ohnehin nicht zugegen. Diese kamen auf Initiative des Schweizer Friedensrates und des Genfer Friedenskomitees am 14./15.9.85 zu einem Tribunal in Genf zusammen, um über die Gefahren einer westeuropäischen Atomstreitmacht und über die verheerenden Auswirkungen der Atomenergienutzung speziell in den Ländern der 3. Welt zu berichten.

Maria Pangeliman von den Marianen-Inseln (östlich von Japan) referierte über den seit fünf Jahren anhaltenden Widerstand der Inselbewohner gegen die Pläne Japans, seinen Atommüll in der Nähe der Inseln zu versenken, wodurch die Lebensgrundlagen der Inselbewohner zerstört würden.

Dieser Skandal wird komplettiert durch den Umstand, daß den Inselbewohnern keine eigene Vertretung gestattet wird, sondern die USA die Wahrnehmung der Interessen dieser Inseln nach wie vor an sich reißen. Der Fillipino Gideon B. Manapat berichtete von den Massenkämpfen der ,,Nuclear Free Philippines Coalition'' gegen die US-Atomreaktoren auf den Philippinen. Die militanten Anti-AKW-Kämpfe gipfelten 1985 in einem dreitägigen Generalstreik in der Umgebung eines AKWs gegen die geplante Inbetriebnahme.

Jos'e Frederico Westercamp von der argentinischen MOVIP (Bewegung für Leben und Frieden) berichtete von den immer noch virulenten Bombenplänen innerhalb der argentinischen Atomenergiekommission und von der nahezu ungebrochenen Akzeptanz der Atomenergie bei der argentinischen Bevölkerung.

Peter Manning von der Londoner SWAPO-Vertretung erläuterte die Arbeitsbedingungen auf der Rössing-Mine und berichtete von der Zusammenarbeit der Minen-Direktion mit einer südafrikanischen Polizeistation auf dem Werksgelände gegen die — so wörtlich in einem Rössing-Dokument — ,,civil labor or terrorist attacks against the mine''.

Und schließlich Dhirendra Sharma von der indischen Atomenergiekritikergruppe COSNIP, der von der indischen Atomenergie-Kommission berichtete, deren drei Vertreter alle aus der gleichen Familie stammen und nicht dem Parlament sondern allein dem Premierminister gegenüber verpflichtet sind. Einerseits wurde 1983/84 in Indien ein neues Atomprogramm mit Kosten von 15 Mrd. Dollar gestartet, andererseits gibt es bis heute im indischen Parlament noch keine Atomenergie-Debatte.

Dieses zweitägige Tribunal wurde vor einem kleinen, etwa achtzigköpfigen Auditorium durchgeführt, war aber nichtsdestotrotz authentischer und inhaltsreicher als das vierwöchige Diplomaten-Marathon der UN über den Atomwaffensperrvertrag. In der Schlußerklärung des Tribunals wird u.a. die sofortige Stillegung der Urananreicherungsanlage in Gronau und des Schnellen Brüters in Malville gefordert.

Friends Of The Earth und der World Information Service On Energy (WISE) haben drei Ausgaben eines „NPT-NGO-Bulletins" mit kritischen Beiträgen im Rahmen der Sperrvertragsüberprüfungskonferenz publiziert und vertrieben.

Materialien über das „Internationale Volkstribunal" und die Ausgaben des „Bulletin" sind erhältlich über WISE Amsterdam, P.O. Box 5627, 1007 AP Amsterdam, The Netherlands.

ms, Bonn, 19.9.85

SDI und BRD: Ein Regierungsabkommen mit den USA ist "wahrscheinlich"

Eine gemischte Delegation der Bundesregierung und der westdeutschen Wirtschaft hat in den USA die Möglichkeiten für ein Regierungsabkommen über SDI erkundet. Nach der Rückkehr aus den USA haben die Industrievertreter deutlich Stellung für den Abschluß eines regierungsoffiziellen Rahmenabkommens bezogen.

Bis hin zur SPD wird die einzelbetriebliche Beteiligung westdeutscher Konzerne an SDI gar nicht in Frage gestellt. Finanzielle Regelungen wären demnach Aufgabe der Verhandlungen zwischen den Konzernen und ihren US-amerikanischen Auftraggebern aus Staat und Wirtschaft. Dieses Verfahren wenden auch diejenigen Staaten an, deren Regierungen sich nicht offiziell an SDI beteiligen werden: Frankreich, Norwegen, Kanada, Dänemark und Australien. Damit ist jedoch die Hürde des stetig wachsenden Technologie-Protektionismus der USA nicht genommen. Für die möglichen Geschäftsverhältnisse im Rahmen von SDI gälte normalerweise die Grundregel, daß der Auftraggeber alle Forschungsergebnisse, für die er zahlt, erwirbt und über deren weitere Verwendung bestimmen kann. Dies würde für die westdeutschen Konzerne bedeuten, daß sie Entwicklungsmöglichkeiten ihrer Forschungen nicht im Rahmen des westeuropäischen EUREKA-Programms anwenden dürften, ohne daß die nordamerikanischen Auftraggeber ihr Jawort gegeben hätten. Diese Entwicklung würde die Konkurrenzfähigkeit der Konzerne auf zivilkommerziellem Sektor beschränken und auch den Ausbau einer eigenständigen westeuropäischen Militärmacht behindern. Um das zu verhindern, soll mit Regierungsunterstützung in einem Abkommen gesichert werden, daß westdeutsche Konzerne ihre Forschungsarbeiten auch anders als im Rahmen von SDI verwenden können und sie zusätzlich an weiteren technologischen Entwicklungen im SDI-Rahmen teilhaben können, also die USA den Geheimnisschutz nicht weiter extensiv ausdehnen sollen.

Der zweite Hauptaspekt eines Rahmenabkommens wäre militärpolitischen Charakters. Neben üblichen NATO-Propagandafloskeln wie dem ,,Nichtanstreben von Überlegenheit'' verfolgt die BRD-Regierung das Ziel, die Abstimmung innerhalb der NATO vor der Stationierung von SDI-Systemen schriftlich zu fixieren. Dieser Teil eines Abkommens würde aber nur dann greifen, wenn es tatsächlich zur Verwirklichung des ,,Verteidigungs-(Gesamt)Systems'' käme. Nur sieht es danach überhaupt nicht aus; wahrscheinlich ist die Erprobung und Stationierung einzelner Bestandteile im All oder für das erdnahe Gefechtsfeld. Das könnte dann konkret so aussehen, daß die USA ihre geplanten ,,Labor- und Weltraumversuche zur Demonstration der erforderlichen Technologien für boden- und raumgestützte Zielerfassung und -verfolgung sowie für präzise Ausrichtung von Sensoren und Waffen'' durchführen und nach erfolgreichem Versuchsabschluß diese Systeme verwenden. Bei diesem Verfahren würde ein Abkommen über die Erörterung von SDI-Stationierung in der NATO belanglos. Einzig und allein politische Motive könnten die USA veranlassen, sich auf den Schein der Abstimmung mit den Verbündeten einzulassen.

Der Sinn des Rahmenabkommens besteht demnach nur in der Verbesserung der Konkurrenzbedingungen für die westdeutschen Monopole gegenüber denen anderer Staaten, die keine Regierungsabkommen mit den USA eingehen. Derzeit befinden sich die USA aber in einer Stärkeposition gegenüber der Bundesregierung, denn die meisten westdeutschen Konzerne, die für die Mitarbeit an SDI in Frage kommen, haben längst ihre Bereitschaft zur Mitarbeit signalisiert. Der Verhandlungsspielraum der Bundesregierung ist dadurch nur enger geworden: Sie kann den USA letztlich nur die politisch-moralische Unterstützung von SDI anbieten. Die handfesten Interessen der US-Industrie am Schutz von Technologie-Vorsprüngen wird das kaum aufwiegen.

fo./Bremen

»Atombomben — made in Germany?«

Etwa 200 Menschen nahmen am 6.-8. September '85 in Bonn-Beuel an der Fachkonferenz „Atombomben — made in Germany?'' teil. Erstmals wurden aus diesem Anlaß die vielfältigen Recherchen der Anti-AKW-, Friedens- und 3.-Welt-Bewegung über die eigenständige Atom(waffen)politik der Bundesrepublik zusammengetragen.

Ein Teil der Referate kann in dieser Ausgabe des AK nachgelesen werden: Erst in der Zusammenschau zeigt sich, welche Mengen an Information über den „Griff zur Bombe'' in der Bundesrepublik verdeckt, verschleiert oder tabuisiert werden.

Das Ergebnis der vorgetragenen Recherchen laut Presseerklärung der Veranstalter vom 8.9.: „In der Bundesrepublik wurde und wird der Griff zur Atombombe zielstrebig vorbereitet.''

Unter dem Eindruck der Informationen und der Debatten wurde im Laufe der Konferenz innerhalb des Trägerkreises — und hier insbesondere in Auseinandersetzung mit der SPD-nahen IFIAS (Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit), dem Juso-Bundesvorstand und einem Vertreter der SPD Hessen-Süd — ein Forderungskatalog erarbeitet und verabschiedet, der die bisherige SPD-Programmatik weit rechts liegen läßt: Ablehnung von „Eureka'', Einstellung jeglicher nuklearen Zusammenarbeit mit Frankreich, Beendigung aller Atomexporte und last not least unverzügliche Stillegung aller Atomanlagen. Im Trägerkreis waren neben den genannten SPD-Gruppen die Bundestagsgrünen, Friedensliste, DFG/VK, BUF, KOFAZ sowie diverse Initiativen aus der 3. Welt- und insbesondere der Anti-AKW-Bewegung vertreten, deren Braunschweiger Bundeskonferenz im November '84 den Startschuß für diese Veranstaltung gegeben hatte. Als Unterstützer zeichneten u.a. diverse Bundestags- oder Europaparlamentsabgeordnete von SPD (Rudi Arndt, W.M.Catenhusen, F.Duve, Katrin Fuchs, Reinhold Hiller, Horst Jungmann, Horst Peter, Barbara Simons, Heidi Wieczorek-Zeul) der Grünen, der BUND Hessen, DFU, Forum Na- mann, Horst Peter, Barbara Simons, Heidi Wieczorek-Zeul) der Grünen, der BUND Hessen, DFU, Forum Na-turwissenschaftler für Frieden und Abrüstung, GAL, Greenpeace, KA der Friedensbewegung, KB. Auf der Konferenz selbst glänzten jedoch insbesondere Friedensinitiativen, aber auch SPD- und DKP-nahe Kreise in erster Linie durch Abwesenheit. Vertreten war hingegen (wenn auch jeweils nur mit kleinen „Delegationen'') beinahe jede wichtige Anti-AKW-Standort-BI. Ein Überblick über das Eingreifen der die Friedensbewegung dominierenden Kräfte während der Konferenz bzw. ihrer Vorbereitung ist deshalb angebracht.

SPD-Linke

Das Interesse von Teilen der SPD war in erster Linie abhängig von der hessischen grün-roten Zusammenarbeit. Während der Phase der grünen Aufkündigung der Zusammenarbeit in Hessen wollte dieser Teil die Konferenz am liebsten nach Frankfurt holen und von örtlichen Sozialdemokraten organisatorisch ausrichten lassen. Mit Wiederaufnahme der hessischen Zusammenarbeit auf Grundlage des bekanntermaßen SPD-freundlichen „Doppelvierer''-Papiers über die Atomenergiepolitik verringerte sich spürbar das Interesse der SPD-Linken an der Zusammenarbeit auf Grundlage eines unmißverständlichen Aufrufs (vgl. AK 256). Bis zur Konferenz selbst hatten fast alle zuvor angekündigten SPD-Vertreter ihre Teilnahme stillschweigend zurückgezogen und das Feld allein MdB Catenhusen — Verfasser einiger kritischer Fragen zum französischen „Superphenix'' — und Klaus Traube überlassen; unmittelbar nach Konferenz-Ende waren sie gar nicht mehr gesehen.

Ihre inhaltliche Stoßrichtung zielte auf den legalistischen Ansatz, wonach die BRD solange nicht zur Atomwaffenmacht werden könne, wie der Atomwaffensperrvertrag weiter besteht. Zweitens wurde zwar das 1974/75 von der SPD eingefädelte Brasiliengeschäft als *„der nukleare Sündenfall der Bundesrepublik''* bezeichnet, jedoch nur, um der BRD-Atompolitik in Sachen militärischer Option ansonsten eine beinahe 100%ige Unschuld zu attestieren. So konzentrierte Klaus Traube die politischen Ausagen seines Beitrages auf eine Argumentation, derzufolge erst und erstmals durch die WAA Wackersdorf die technische Infrastruktur für eine Atombewaffnung gegeben sein werde. Ausgeklammert wurde das sehr viel näher liegende Plutoniumlager in Hanau, verneint wurde jeder Gedanke an ein militärisches Kalkül bei der Etablierung des Atomprogramms und geradezu gewarnt wurde vor einer historischen Analyse der Motive bundesdeutscher Atompolitik. Traube merkt offenbar gar nicht, wie sein Stern sinkt, während er im Eiertanz über's Parkett stolpert:

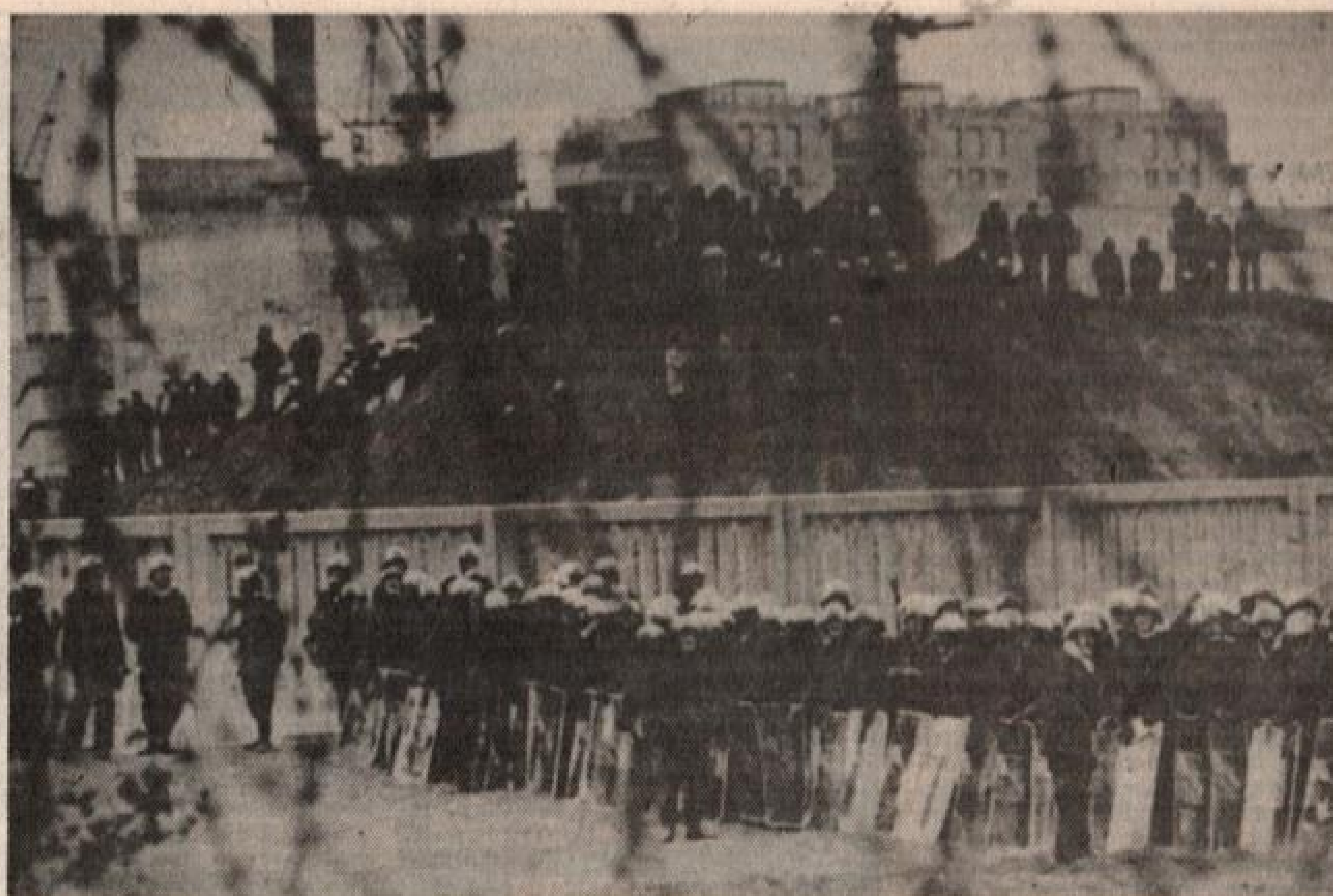
„Ich warne jetzt dringend davor, hier als die wesentlichste Frage des Kongresses der Frage nachzugehen: War das ein eindeutiger politischer Wille? Dann verdecken wir mit dieser Art von Kontroverse das ganz Simple...Das Brisante ist doch die Möglichkeit einer technischen Infrastruktur. Dahinter tritt doch die Frage, ob das so gewollt war oder nicht, völlig zurück. Selbstverständlich gibt es mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit einmal eine politische Konstellation, in der die politischen Kräfte, die auch die Atombewaffnung in der Bundesrepublik wollen, Oberhand gewinnen und dann plötzlich die ganze Infrastruktur vorhanden ist. D.h. diese Gelegenheit macht Diebe. Das ist doch das Entscheidende. Es ist doch nicht die Aufgabe dieses Kongresses, nun unbedingt nachzuweisen, daß alle bösen Buben in der Bundesrepublik das so gewollt haben. Denn er würde sich damit auch verrennen.'' Daß sich in der Konferenz-Abschlußerklärung eine andere Position durchgesetzt hat, besagt wenig. Erstaunlich ist allerdings, daß ausgerechnet Traube, der es bis heute vorgezogen hat, über seine Erfahrungen als ehemaliger Interatom- und Brütermanager wenig konkretes auszupacken, von einer historischen Analyse direkt abrät. Vergangenheitsverdrängung statt Vergangenheitsbewältigung?

DKP-Kreise

DKP-Kreise

Die frühe Zusammenarbeit von Bundestagsgrünen und einzelnen SPD-Abgeordneten war für das DKP-Umfeld vermutlich der springende Punkt für verstärktes Interesse an dieser Konferenz. Daß aber auch von dieser Seite aus letztendlich geblockt werden würde, war spätestens seit dem 23.8.85 klar. An diesem Tag brachte die DKP-freundliche „Deutsche Volkszeitung/Die Tat'' eine klare Abgrenzung zum Konzept der Konferenz „Atombomben made in Germany''. Der Argumentationsstrang: Wackersdorf kann die BRD nicht an die Bombe bringen, weil der Atomwaffensperrvertrag existiert. Dieser Vertrag existiert wegen der weltweiten Kräfteverhältnisse, die dem Westen die Entspannungspolitik aufnötigen. Ergo: *„Ob dieser Teil der Entspannungspolitik weiterhin in den internationalen Beziehungen trägt, wird in den Zentren der Welt entschieden. Wackersdorf gehört — mit Verlaub gesagt — nicht dazu.''* (DVZ v. 23.8.85) Diesem Artikel vorausgegangen war eine Lobpreisung des Atomwaffensperrvertrags seitens der SED aus Anlaß der 3. Genfer Überprüfungskonferenz (s. FAZ vom 16.8.85: „ DDR preist Atomwaffensperrvertrag''). Die „UZ'' ließ vor diesem Hintergrund den Vertreter der „Friedensliste'' im Trägerkreis allein und brachte im Vorfeld der Konferenz nicht eine Zeile dazu.Nach der Konferenz dann erschien ein Beitrag mit der unvermeidlichen Überschrift: *„SDI-Beteiligung verletzt Atomwaffensperrvertrag''* (UZ, 11.9.85)...Der gemeinsame Nenner der bisher von SPD-Kreisen geäußerten Position liegt in dem Bemühen, die eigenständige Rolle und die von ureigensten Interessen diktierte (nukleare) Aufrüstung der Bun-

Fortsetzung nächste Seite



Kalkar, 24.9.1977

Dietrich Schulze-Marmeling

Militärpolitische und -strategische Aspekete des westdeutschen Nuklearvorbehalts

Ich möchte mich in meinem Referat den militärpolitischen und -strategischen Aspekten des westdeutschen Nuklearvorbehalts widmen. Die Darstellung dieser Aspekte soll dabei anhand/entlang zweier Modelle nationaler nuklearer Optionen bzw. zweier Wege zum „nuklearen Abzug'' erfolgen, die z.Zt. in der diesbezüglichen Debatte der offiziellen und etablierten „Sicherheitspolitik eine Rolle spielen.

Das „nukleare Dilemma'' der BRD

Vorab sollen jedoch — in der hier gebotenen Kürze — die Voraussetzungen und Inhalte des sogenannten „nuklearen Dilemmas'' der BRD geklärt werden, als Triebfeder der westdeutschen Gier nach Nuklearwaffen. Mit der Herausbildung des „nuklearstrategischen Patts'' zwischen den USA und der SU und eines Zustandes „gegenseitig gesicherter Zerstörung'' hat eine Feststellung des Machtpolitikers Bismarck neue Aktualität bekommen: tig gesicherter Zerstörung'' hat eine Feststellung des Machtpolitikers Bismarck neue Aktualität bekommen: „Keine Macht'', so Bismarck, „wird je zu bewegen sein, ihr Bestehen auf dem Altar der Vertragstreue zu opfern, wenn sie imstande ist, zwischen beiden zu wählen.'' Übertragen auf das Verhältnis BRD-USA, aber auch BRD-Frankreich und BRD-Großbritannien, bedeutet dies schlicht und ergreifend, daß Washington, London und Paris kaum dazu bereit sein werden, ihre nationale Existenz zwecks Wahrung von BRD-Interessen zur Disposition zu stellen. Es sei denn, diese entsprechen exakt den eigenen nationalen existentiellen Interessen.

Dies macht die sogenannte „Glaubwürdigkeitskrise'' der US-Nukleargarantie und der NATO-Strategie aus. Um eine nukleare Drohung gegenüber der SU auszusprechen, ist die BRD — da sie nicht selbst die Kommandogewalt über strategische Nuklearwaffen innehat — auf die Zustimmung zu dieser Drohgebärde seitens der USA bzw. der westlichen Nuklearstaaten angewiesen, sowie auf deren Bereitschaft, sich bei „Fehlschlagen'' der Drohgebärde militärisch zu engagieren. Zwar dürfte die konventionelle Kampfkraft der Bundeswehr allemal dazu ausreichen, den Warschauer Pakt (WP) von einer konventionellen Aggression abzuschrecken. So wie das für den europäischen Kriegsschauplatz abgestellte und vorgesehene nukleare Arsenal der NATO allemal langen dürfte, die SU von der Unsinnigkeit eines nuklearen Schlagabtausches in Europa zu überzeugen — gesetzt den Fall, die SU würde eine konventionelle oder nukleare Aggression gegen Westeuropa beabsichtigen. Doch aus den dargestellten Gründen leidet jede Drohung mit dem nuklearen Einsatz unter einem Mangel an „Glaubwürdigkeit'', sofern es dabei primär um die Wahrung von BRD-Interessen geht. Der BRD fehlt es heute an den Voraussetzungen für eine eigenständige offensiv politisch instrumentierbare Abschreckung. Dies betrifft auch konventionell vorgetragene Operationen, die nicht durch die glaubwürdige Androhung der nuklearen Eskalation „nuklear abgedeckt'' werden können.

In einem Szenario dargestellt würde dies wie folgt aussehen: Im Zuge eines konventionellen Gefechtes gelingt es der BRD, einen Streifen des WP-Territoriums zu erobern. Die Fortsetzung des Feldzuges könnte die existentiellen Interessen der SU derart berühren, daß diese die nukleare Eskalation eingeht, die die Vernichtung der BRD implizieren würde. Folglich muß die BRD an einem räumlich, zeitlich und von der politischen Zielsetzung her begrenzten Waffengang interessiert sein und ihrerseits dazu in der Lage sein, die Kriegsbeendigung — zwecks Zementierung der für sie vorteilhaften Situation — zu erzwingen. Dies könnte durch die glaubwürdige Androhung der nuklearen Eskalation — für den Fall eines sowjetischen Rückeroberungsfeldzuges — bzw. durch einen selektiven nuklearen Einsatz gegen das Sanktuarium der SU erfolgen. Sinn dieses nuklearen Einsatzes wäre es, die lektiven nuklearen Einsatz gegen das Sanktuarium der SU erfolgen. Sinn dieses nuklearen Einsatzes wäre es, die SU an den Abgrund der nuklearen Eskalation heranzuführen, auf daß sie vor diesem zurückschreckt und sich auf den neuen Status quo einläßt. Die Möglichkeit der Androhung oder des tatsächlichen selektiven nuklearen Angriffs gegen SU-Territorium — zwecks Wahrung von BRD-Interessen — ist allerdings dann nicht gegeben, wenn es zu einem gegenseitigen Verzicht auf den Ersteinsatz strategischer Waffen oder aber ein „understanding'' zwischen SU und USA hinsichtlich der Aussparung ihrer Territorien kommt. BRD-eigene strategische Nuklearwaffen wären hiergegen eine Art „Versicherung''. Das skizzierte Szenario existiert im übrigen real, allerdings wird es hierzulande nur immer für eine räumlich, zeitlich und eskalatorisch begrenzt vorgetragene sowjetische Aggression erörtert.

Doch zu den bereits erwähnten zwei Optionen eines bundesrepublikanischen „Fingers am nuklearen Abzug''.

In der gegenwärtigen militärpolitischen Debatte um einen BRD-„Finger am Abzug'' werden die folgenden beiden Modelle erörtert, die zwar bei oberflächlicher Betrachtung in Inhalt und Akzentsetzung unterschiedlich sind, sich dennoch ergänzen bzw. aufeinander aufbauen:

— die „integrierte europäische Nuklearstreitmacht'' und

— die nationale (d.h. nicht mit einer anderen Nation geteilte) Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen, genauer: ein BRD-eigenes Arsenal nuklearstrategischer Waffen. D.h. an Waffen, mit denen sich vom Territorium der BRD aus sowjetisches Territorium („Sanktuarium'') bedrohen lassen, was der Sowjetunion die Option einer auf ihr osteuropäisches Vorfeld begrenzten Kriegführung verwehren soll. Dies unterscheidet sie von taktischen Nuklearwaffen oder nuklearen Gefechtsfeldwaffen, die immer die Option der „regionalen'' Begrenzung und „Abkoppelung'' (durch die USA) in sich bergen.

„Integrierte Europäische Nuklearstreitmacht''

Doch zunächst zu dem Modell der „integrierten europäischen Nuklearstreitmacht''. Sie soll (nach den bislang formulierten Vorstellungen) die britischen und französischen (strategischen) Nuklearwaffen sowie die in Europa stationierten, beim SACEUR assignierten US-Nuklearwaffen umfassen und in einen gemeinsamen „Pool'' bringen. In diesem Zusammenhang ist natürlich der z.T. gigantische quantitative und qualitative Ausbau der britischen und französischen Arsenale von Interesse, die z.T. mit MIRV-Technologie, verbesserter Zielgenauigkeit und der Befähigung zum selektiven Einsatz ausgestattet werden.

Die Einbeziehung des beim SACEUR assignierten NATO/US-Potentials erfolgt nicht nur unter quantitativen Gesichtspunkten. Auf CEUR assignierten NATO/US-Potentials erfolgt nicht nur unter quantitativen Gesichtspunkten. Auf diese Weise soll eine „Verkoppelung'' der „europäischen Nuklearstreitmacht'' mit dem nuklearstrategischen Arsenal der USA gewährleistet bzw. zumindest symbolisiert werden. D.h. der SU wird signalisiert, daß sie es im Falle einer nuklearen Krise nicht nur mit der „europäischen Nuklearstreitmacht'' zu tun hätte.

Kompliziert wird die bis hierhin simpel anmutende Addition nuklearer Potenzen allerdings, wenn es um die „Kollektivierung'' des Einsatzbefehles über diesen „Nuklearwaffenpool'' geht. Soll das Projekt einer „europäischen Nuklearstreitmacht'' („mit amerikanischem Kern'' bzw. den US-Systemen in Europa als „Eckpfeiler'') tatsächlich etwas qualitativ Neues darstellen, zur Stärkung der „Abschreckung'' in Europa beitragen und den außenpolitischen Handlungsspielraum der BRD erweitern (durch Hinzufügung eines „glaubwürdigen'' nuklearen Droh- und Druckmittels), dann muß die Intention lauten, die bislang national geprägte Nuklear- und Einsatzstruktur durch die Konstruktion eines „gemeinsamen Kommandos'' zu ersetzen. Aus naheliegenden und verständlichen Gründen ist jedoch jeder Staat, der über ein nuklearstrategisches Waffenarsenal verfügt, nicht dazu bereit, den Einsatzbefehl über seine Streitmacht mit einem anderen Staat zu teilen. Denn die Nuklearstreitmacht verfügt ja nicht nur über die Fähigkeit, gegnerisches Territorium zu verheeren, sondern auch — bedingt durch die Zweitschlagsoption des Kontrahenten — die Vernichtung des eigenen Sanktuariums zu provozieren.

Von daher möchte niemand auf diesem Niveau an die westdeutsche Außen- und Sicherheitspolitik gekoppelt werden. Niemand möchte für die Wahrnehmung westdeutscher Interes-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Dietrich Schulze-Marmeling

Militärpolitische und -strategische Aspekete des westdeutschen Nuklearvorbehalts

sen — jedenfalls soweit sie nicht existentiell mit den eigenen übereinstimmen — die Vernichtung seiner „nationalen Substanz" riskieren.

Umgekehrt bedeutet dies: Je zentralistischer Einsatzbefehl und Kommandostruktur organisiert sind, desto „glaubwürdiger" ist die Abschreckungsdrohung. Dies gilt nicht nur für Washington, Paris und London, sondern natürlich auch für Bonn. Die Etablierung eines „nuklearen Verteidigungsrates" oder eines ähnlichen Gremiums, in dem Abordnungen der verschiedenen westeuropäischen NATO-Staaten über den Einsatz von Nuklearwaffen zu entscheiden hätten, läuft jedoch dieser Erkenntnis zuwider. Das Mißtrauen der BRD gegenüber den USA und Frankreich ist aber von der Skepsis gespeist, daß „unsere Verbündeten", wenn es um die Sicherung/Artikulierung von primär BRD-spezifischen Interessen gehen würde, zu zögerlich mit der Androhung eines Einsatzes von Nuklearwaffen sein könnten. D.h., das Problem ist aus der Sicht der Herrschenden nicht primär, daß diese Verbündeten gegen den Willen der BRD Nuklearwaffen einsetzen könnten, sondern daß sie ihre Nuklearwaffen zu lange zurückhalten.

In Anbetracht der divergierenden Interessen der EG- und NATO-Staaten und ihrer unterschiedlichen geographischen Lage könnte man somit die Gleichung aufmachen: je mehr Leute mitentscheiden, desto unwahrscheinlicher der Einsatz von nuklearen Vernichtungswaffen. Dies würde jedoch — auch in Relation zum nuklearpolitischen Status quo — nicht zur Stärkung der „Abschreckung" hinsichtlich ihrer

Fortsetzung von vorheriger Seite

aus: „Das Bonner Kernwaffenkartell", Staatsverlag DDR

Atomsperrvertrag wurde unterschrieben – Bonn läßt sich Zeit

Bild Zeitung

NPD fordert: Nicht unterschreiben!

DN Deutsche Nachrichten

Gegner des Sperrvertrages erhalten Zulauf

Wachsende Kritik am Sperrvertrag

Noch viele Dissonanzen beim Atomwaffen-Sperrvertrag

Bonn muß sich Zeit lassen

Bonn soll über den Sperrvertrag hart verhandeln

Die Welt

Sperrvertrag: Vieldeutige Paragraphen – CSU gegen Unterzeichnung

CSU-Entschließung: Front gegen den Sperrvertrag

Bayern-Kurier

CSU macht Front gegen den Sperrvertrag

Süddeutsche Zeitung

Strauß: Atomsperrvertrag noch nicht unterzeichnen – Parteitag der CSU unterstreicht seine Bedenken

„Kein schnelles Ja zum Sperrvertrag" – Erklärung der CDU/CSU-Fraktion

Klepsch: Sperrvertrag nicht unterzeichnen – Von unserem Korrespondenten – Sch. Bonn, 21. August – Der CDU-Abgeordnete Egon Klepsch, Bundesvorsitzender der Jungen Union, hat die Bundesregierung aufgefordert, den Atomsperrvertrag nicht zu unterzeichnen.

Wehrpolitiker der CSU lehnen Sperrvertrag ab

Die Welt

Hallsteins zweite Warnung – Der Atomsperrvertrag steht einer europäischen Verteidigung entgegen

Generalinspekteur a.D. Trettner: Der Sperrvertrag dient nicht dem Frieden

Rheinischer Merkur

Westdeutsches Störfeuer gegen Kernwaffensperrvertrag

Westdeutsches Störfeuer gegen Kernwaffensperrvertrag

politisch offensiven Instrumentierbarkeit führen, sondern eher einer weiteren Schwächung gleichkommen.

Militärpolitisch betrachtet geben daher Modelle einer „integrierten europäischen Nuklearstreitmacht" wenig Sinn. Wenn es um die Stärkung der nuklearen Abschreckung und ihre politisch offensive Anwendbarkeit gehen soll, dann gibt es zwischen der alleinigen Einsatzgewalt der USA (bei Mitspracherecht der BRD hinsichtlich Einsatzplanung und Zielauswahl) und der

klearen Abschreckung und ihre politisch offensive Anwendbarkeit gehen soll, dann gibt es zwischen der alleinigen Einsatzgewalt der USA (bei Mitspracherecht der BRD hinsichtlich Einsatzplanung und Zielauswahl) und der

nationalen Verfügung über eigene strategische Nuklearwaffen durch die BRD keine militärpolitisch zweckmäßige „Zwischenlösung". Denkbar wäre lediglich, daß Frankreich, Großbritannien und die USA kleinere Kontingente ihrer Waffen in einen „europäisierten Pool" einbringen, über den dann auch die BRD mitzuentscheiden hätte. Allerdings käme einem derartigen „Pool" (als Neuauflage der Multilateralen Atomstreitmacht MLF) lediglich eine politisch-symbolische und militärisch betrachtet gegenüber den nationalen Nuklearasenalen bestenfalls zweitrangige Funktion zu. Voraussetzung für eine auch militärisch sinnvolle „europäische Nuklearstreitmacht" — als Verbesserung gegenüber dem Status quo — ist die zeitlich vorgeschaltete politische Einigung Westeuropas und die Installierung einer westeuropäischen, supranationalen, die Nationalstaatsstruktur ablösenden politischen Zentralgewalt bzw. die totale Synchronisierung der außenpolitischen und militärischen Interessen. Frankreich müßte z.B. die „deutsche Wiedervereinigung" als „seine Sache" verstehen und das Territorium der BRD als sein eigenes und in jedem Fall und mit allen Mitteln zu schützendes „Sanktuarium" betrachten. Erst damit wären die Voraussetzungen für einen „nuklearen Konsens" gegeben, der im Falle einer Krise eine schnelle Entscheidung erlauben würde und ohne den jede nukleare Abschreckungsstrategie Gefahr läuft, in den Augen des Kontrahenten als „unglaubwürdig" zu erscheinen.

Da jedoch eine europäische Einigung dieser Qualität nicht in Aussicht steht, muß davon ausgegangen werden, daß das Projekt einer „europäischen Nuklearstreitmacht" heute eine eher politische und symbolische Funktion zu erfüllen hat. Es gilt ein Tabu zu brechen, nämlich das Tabu, daß der BRD — aufgrund historischer Erfahrungen wie ihrer geostrategisch brisanten Lage — kein „Finger am Abzug" gebührt.

Die „europäische Nuklearstreitmacht" wäre so betrachtet lediglich ein „Zwischenschritt" zu einer erheblich weitergehenden Lösung: der nationalen Verfügungsgewalt über ein eigenes Arsenal an strategischen Nuklearwaffen. Denn weder das Modell der „Mehrheitsentscheidung" — was ja immerhin voraussetzt, daß a) die BRD genügend Staaten findet, die sich mit ihr für den Nuklearwaffeneinsatz (bzw. seine Androhung) aussprechen, und b) die überstimmten Staaten (z.T. nationale Eigentümer der einzusetzenden Waffen) dann tatsächlich dazu bereit wären, ihre nationale Existenz ohne unmittelbare Notwendigkeit und gegen ihren Willen zur Disposition zu stellen — noch das Modell des Vetorechtes (was nur dazu geeignet ist, jeden Einsatz von Nuklearwaffen zu unterbinden, was jedoch das „deutsche Problem" noch verschärfen würde) sind dazu geeignet, dem „nuklearen Dilemma" der BRD Abhilfe zu ver-

rechtes (was nur dazu geeignet ist, jeden Einsatz von Nuklearwaffen zu unterbinden, was jedoch das „deutsche Problem" noch verschärfen würde) sind dazu geeignet, dem „nuklearen Dilemma" der BRD Abhilfe zu ver-

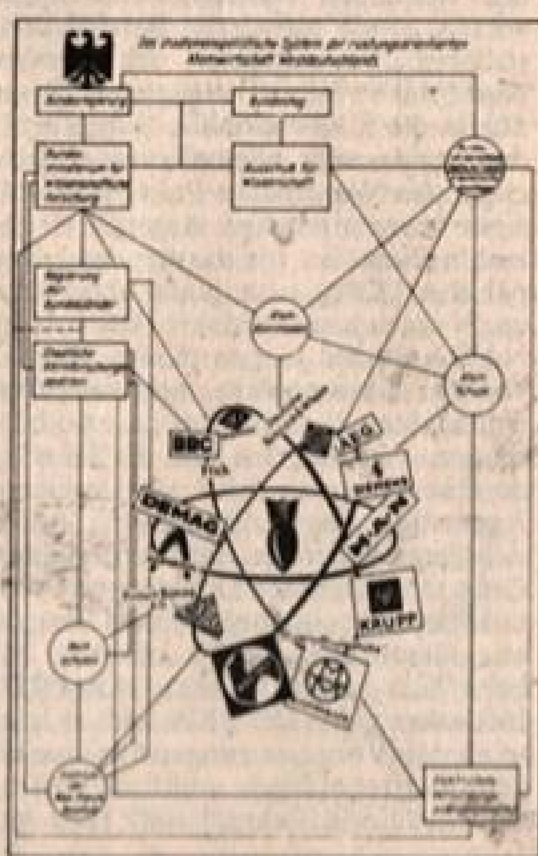
schaffen.

In diesem Zusammenhang sei noch ein Rückblick auf das Projekt der MLF erlaubt, das Anfang bis Mitte der 60er Jahre die Gemüter in den westlichen Hauptstädten bewegte.

— Der BRD ging es seinerzeit um die Durchbrechung des nuklearen Tabus und eine Rückversicherung gegenüber der Relativierung der US-Nukleargarantie durch das sich abzeichnende nuklearstrategische Patt zwischen den „Supermächten".

— Die USA hatten ihrerseits mit dem MLF-Projekt die Konservierung der bipolaren nuklearen Ordnung und die Genugtuung der nuklearhungrigen Westeuropäer im Auge. Das MLF-Projekt sollte den Aufbau nationaler nuklearstrategischer Streitkräfte verhindern helfen und zudem mit einem US-Veto-Recht bezüglich der Einsatzentscheidung versehen werden. So sollte gesichert werden, daß die USA nicht durch den selbständigen Einsatz der MLF seitens der Westeuropäer zum nuklearen Engagement gezwungen werden konnten.

Für die BRD bestand damals faktisch nur die MLF-Option, während Frankreich gleich den eher symbolischen Wert der MLF erkannte (zusätzlich zu dem Problem, daß Paris nicht an einer westdeutschen Mitbestimmung interessiert war) und von daher den Aufbau der allein nationaler Kommandostruktur unterstellten „Force de frappe" betrieb.



Der geringe militärische Wert des MLF-Projektes wurde in Bonn erst relativ spät erkannt. Der mit dem MLF-Projekt verbundene geringe militärische Nutzen stand in keinem Verhältnis zu dem politischen Schaden, der der BRD von einer Weiterführung der MLF-Diskussion und einem aggressiven Beharren auf nuklearer Mitbestimmung drohte. Hatte man einstmals die offen gehaltene „nukleare Option" als militärisch-diplomatischen „bargaining chip" für Zugeständnisse der SU

MLF-Diskussion und einem aggressiven Beharren auf nuklearer Mitbestimmung drohte. Hatte man einstmals die offen gehaltene „nukleare Option" als militärisch-diplomatischen „bargaining chip" für Zugeständnisse der SU

in der „deutschen Frage" verstanden, so mußte man nun registrieren, daß in Anbetracht gewandelter internationaler Rahmenbedingungen (globale Entspannung) das lautstarke Festhalten an der nuklearen Mitbestimmung hinsichtlich einer Realisierung des Anspruchs auf Wiedervereinigung eher kontraproduktiv wirken mußte. Fortan beließ man es bei einem „Offenhalten" der nuklearen „europäischen" Option und kaprizierte sich auf Verbesserung des Mitspracherechtes bezüglich der Einsatzplanung der US- und NATO-Nuklearwaffen (in der NPG = Nuklearen Planungsgruppe). Mancher erblickte darin gar einen militärpolitischen Vorteil gegenüber dem MLF-Projekt: Eine gemeinsame europäische Nuklearstreitmacht — so hieß es — repräsentiere nur einen Bruchteil der gesamten Nuklearstreitkräfte des Westens, während ein Planungs-Arrangement Einfluß auf einen erheblich größeren Teil der westlichen Nuklearkapazitäten ermöglichen könnte. Zudem sei es eine Illusion anzunehmen, die Eigentümer nuklearstrategischer Arsenale ließen sich überstimmen und „enteignen". In Anbetracht dieser Situation stellte die Zentralisierung der Kommandogewalt bei den USA (bzw. den nuklearen Eigentümern) hinsichtlich der „Glaubwürdigkeit" von „Abschreckung" noch die beste Lösung dar.

An dieser Situation hat sich bis heute nichts geändert. Auch Frankreich dürfte — dem aktuellen militärpolitischen Flirt mit der BRD zum Trotz — kaum dazu bereit sein, der BRD einen „Finger am Abzug" ihrer nuklearstrategischen Streitkräfte zu gewähren. Denkbar ist lediglich eine Beteiligung an der Einsatzplanung und Zielauswahl der „Force de frappe", wie sie bereits im Rahmen der NPG bezüglich der britischen und Teilen der US-Nuklearstreitkräfte existiert. Die Entscheidung über den Einsatz seiner nuklearstrategischen Streitkräfte wird sich Frankreich jedoch allein vorbehalten.

BRD-eigenes Arsenal nuklearstrategischer Waffen

Damit können wir zum zweiten Modell übergehen, der nationalen Verfügungsgewalt bzw. ein BRD-eigenes Arsenal an nuklearstrategischen Waffen. Dieses Modell nimmt einen Gedanken auf, der bereits in der militärpolitischen Strategiedebatte der frühen 60er Jahre eine bedeutende Rolle gespielt hat und hier mit dem Namen Franz-Josef Strauß verbunden war: Die Installierung einer „nuklearen Automatik", die vom BRD-Territorium ausgehend die umgekehrt nicht zu gewährleistende Ankoppelung an die nationalem Kommando unterstellten NATO-Nuklearasenale garantieren soll. Von dieser Vorstellung war damals auch der Aufbau der französischen „Force de frappe" begleitet. Der „Force de frappe" sollte — im Falle eines Konfliktes

Kommando unterstellten NATO-Nuklearasenale garantieren soll. Von dieser Vorstellung war damals auch der Aufbau der französischen „Force de frappe" begleitet. Der „Force de frappe" sollte — im Falle eines Konfliktes

mit militärischen Eskalationsoptionen in Europa — die Funktion eines „Auslösers" zufallen. Durch den selbständigen Einsatz von französischem Kommando unterstellten strategischen Nuklearwaffen sollten die USA — gegen ihren ursprünglich von Abstinenz geprägten Willen — zum nuklearen Engagement für französische Interessen gezwungen werden. Diese Intention veranlaßte McNamara zu der Äußerung, die USA würden sich im Falle einer nuklearen Krise dazu provoziert sehen, die französischen nuklearstrategischen Streitkräfte „präventiv" — in ihrer Funktion als „Auslöser" — auszuschalten. Der gegnerischen Seite zuzuordnende Dritt-Staaten-Arsenale (China) sollten wiederum durch ABM-Maßnahmen neutralisiert werden.

Die amerikanischen Bemühungen, mit der SU eine Übereinkunft über die Weitergabe von Nuklearwaffen zu erreichen, resultierte aus der Furcht um den weiteren Bestand der bipolaren Nuklearordnung. Jedes neue Dritt-Staaten-Arsenal drohte diese Ordnung mit zusätzlichen Unwägbarkeiten zu konfrontieren und mußte die Krisenbeherrschung wie die politische Kontrolle des Einsatzes von Nuklearwaffen zusätzlich erschweren.

Wie lautet nun das Kalkül bezüglich einer westdeutschen Nuklearstreitmacht? Worum es nicht geht — und in Anbetracht des globalen nuklearen Kräfteverhältnisses und der gigantischen nuklearen Arsenale der Großmächte auch nicht gehen kann — ist der Aufbau einer völlig unabhängigen, aus der militärischen Integration der NATO ausgeklinkten Nuklearstreitmacht, etwa mit Zweitschlagskapazität sowohl gegenüber der SU wie gegenüber den USA. Eine von den anderen nuklearen Arsenalen des Westens abgekoppelte BRD würde über keine zusätzlichen — politisch offensiv instrumentierbaren — Abschreckungskapazitäten und -optionen gegenüber der heutigen Situation verfügen. Wobei sich allerdings aus geostrategischen Gründen die Frage aufdrängt, ob es dem geographisch unmittelbar benachbarten Frankreich überhaupt möglich wäre, sich aus einem von der BRD vom Zaune gebrochenen Nuklearkrieg strategischen Charakters herauszuhalten. (Vor diesem Hintergrund ist auch die Debatte um die Ausweitung des französischen Sanktuariums auf das westdeutsche Vorfeld zu betrachten.) Geographisch und physikalisch ist dies nur

Fortsetzung auf Seite 20

Fortsetzung von vorheriger Seite

»Atombomben — made in Germany?«

desrepublik zu verharmlosen bzw. zu verleugnen. Diese Haltung geht nicht nur an der Realität vorbei, sondern sie stärkt auch noch das verbreitete wohlig-spießbürgerliche Nationalgefühl nach dem Motto: „Schuld sind immer die anderen". Diese Haltung aber schafft den Konzepten eines Herrn von Bülow innerhalb der Friedensbewegung freie Fahrt. Geradezu exemplarisch wurde eine derartige Verfälschung der Resultate der Konferenz durch die Frankfurter Rundschau vorexerziert. In ihrer Berichterstattung („Vor einer militärischen Nutzung der Atomenergie gewarnt"; FR, 9.9.85) erscheint Helmut Schmidt gar als derjenige, der nur eine friedliche Nutzung der Schnellen Brüter wollte und von den Franzosen getäuscht wurde ... Wenn unter dem Strich das Zustandekommen und die Durchführung der Konferenz dennoch einen wichtigen inhaltlichen Fortschritt markiert, dann aus folgendem Grund: Allein das Aufwerfen der Frage „Atombomben made in Germany" auf Flugblättern, Plakaten und (großformatig) in der Friedenszeitung des letzten Evangelischen Kirchentages („Pax An"- Sondernummer) wird — insbesondere im Zusammenhang mit der Mobilisierung gegen die WAA Wackersdorf — Wirkung zeigen. Neben der Anti-AKW-Presse, die das Thema regelmäßig abdeckt, wurde aus Anlaß der Bonner Konferenz eine Schwerpunktausgabe sowohl der „Antimilitarismus-Information" (Juniheft '85) als auch der DFG/VK-Verbandszeitschrift „fid" (friedenspolitischer Informationsdienst 6/85) zur zivilitärischen Atomkraftnutzung in der BRD herausgebracht. Auch von der Bundeskonferenz Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) wurde ein Sonderrundbrief herausgebracht. In Hamburg fand zum 1.9.85 eine mit 400 Teilnehmer/innen gut besuchte Veranstaltung hierzu statt, in Lüneburg eine mit 80 Teilnehmer/innen. Weiteren Diskussionsstoff bieten die (auszugsweise dokumentierten) Beiträge der Konferenz. Ein Buch „Atombomben made in Germany" soll in Kürze im Kölner Volksblatt-Verlag erscheinen. Bei Vorbestellungen gibt es Vorzugspreise. Kontakt: Verlag Kölner Volksblatt, Palmstr. 17., 5000 Köln 1, Tel.: 0221/245211

ms, Bonn

Schlußerklärung des Trägerkreises der bundesweiten Alternativkonferenz »Atombomben made in Germany?«

Bonn, den 8. September 1985



Zur Zeit tagt in Genf die 3. internationale Konferenz zur Überprüfung des Atomwaffensperrvertrages. Im Mittelpunkt der Genfer Diskussion steht die vertragswidrige und in höchstem Maße gefährliche Rüstungspolitik der atomaren Großmächte. Wir haben im Rahmen dieser Alternativkonferenz unser Hauptaugenmerk auf die Rolle der Bundesrepublik bei der (Nicht-)Verbreitung von Kernwaffen und Nukleartechnologien gerichtet.

40 Jahre nach Beendigung des vom deutschen Faschismus entfesselten Zweiten Weltkrieges werden in der Bundesrepublik zielstrebig alle Voraussetzungen sowohl für eine umfassende Teilhabe an der Verfügung über Atomwaffen als auch für eine nationale nukleare Bewaffnung geschaffen. Darüber hinaus wird seitens der BRD die atomare Aufrüstung innerhalb Westeuropas und der NATO beschleunigt und durch den Export von Atomwaffentechnologien die Anzahl der Atomwaffenstaaten weltweit erhöht. Anstatt also ihrer besonderen historischen Verantwortung für eine kriegsverhindernde Politik gerecht zu werden, wird durch die BRD der Atomwaffensperrvertrag bis heute fortlaufend vielfältig verletzt und damit in seinem Bestand gefährdet. Das Beispiel der Bundesrepublik Deutschland zeigt, daß ein hochindustrialisertes Land auch innerhalb des Atomwaffensperrvertrages die technologische Schwelle zur Atommacht faktisch überschreiten kann. Denn jede hochentwickelte Atomtechnik ist gleichzeitig ein militärisches Potential und somit friedensbedrohend. Zivile und militärische Atomtechnik lassen sich nicht voneinander trennen. Entsprechender politischer Wille vorausgesetzt, ist jede Atomtechnologie militärisch nutzbar.

Der Atomwaffensperrvertrag verbietet seinen Unterzeichnern ausschließlich die letzten Schritte zur Fertigung und Erprobung einer einsatzreifen Atombombe. Jedwede Forschung und Entwicklung im Bereich der Atom- und Atomwaffentechnologie sind hingegen nicht nur frei, sondern werden im Rahmen dieses Vertrages (Art. IV) sogar ausdrücklich gefördert. Der Atomwaffensperrvertrag, der in 10 Jahren formell ausläuft, ist für seine Unterzeichner deshalb lediglich eine politische Hürde bei der Verwirklichung der militärischen Option, keinesfalls aber eine materielle.

Weil wir uns auf diesen Vertrag alleine nicht verlassen können, wenden wir uns mit dieser Erklärung an die nationale und internationale Öffentlichkeit, um politischen Druck zur Abwendung drohender Gefahren zu erzeugen. Diese Gefahren sind das Ergebnis einer Politik, die im Folgenden exemplarisch am Beispiel der BRD untersucht und angeklagt wird, einer Politik, die in den drei Bereichen

— nuklearer Aufrüstung (vertikale Profileration),
— Weiterverbreitung von Atomwaffen (horizontale Profileration),

angeklagt wird, einer Politik, die in den drei Bereichen
— nuklearer Aufrüstung (vertikale Profileration),
— Weiterverbreitung von Atomwaffen (horizontale Profileration),

— heimliche Atombewaffnung durch „zivile" Atomtechnik (latente Profileration),

im Folgenden nur in den Punkten skizziert wird, die nach Auffassung des Trägerkreises der Konferenz „Atomwaffen — Made in Germany?" derzeit besonders dringlich einer verstärkten Aufmerksamkeit bedürfen,

1. Beteiligung der BRD an nuklearen Aufrüstungsprogrammen

Mit Unterzeichnung des Atomnwaffensperrvertrages hatte sich die BRD verpflichtet, in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen, „über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle". (Art. VI, NPT) Im krassen Gegensatz hierzu hat sich die BRD auch nach Vertragsunterzeichnung massiv für eine konventionelle und nukleare Aufrüstung eingesetzt: als Bundeskanzler forderte z.B. Helmut Schmidt 1977 als erster die Stationierung von neuen US-Mittelstreckenraketen. Die BRD hatte einen maßgeblichen Anteil am Zustandekommen des „Nach"-Rüstungsbeschlusses der NATO vom Dezember 1979, dessen Verabschiedung durch den Deutschen Bundestag am 22.11.1983 den Abbruch der Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR zur Folge hatte. Mit der Unterstützung und der angestrebten Mitwirkung an SDI verletzt die Bundesrepublik den Atomwaffensperrvertrag gleich zweifach: das gigantische SDI-Aufrüstungsprogramm widerspricht der Abrüstungsverpflichtung und beinhaltet eine weitergehende Beteiligung der BRD an einem Programm atomarer Kriegsführung und potentiell eine Mitwirkung der Bundesrepublik an den vorgesehenen Atomzündungen im Rahmen von SDI.

Eine andere höchst gefährliche, aber von der Öffentlichkeit noch weitgehend ignorierte Entwicklung wird derzeit im westeuropäischen Raum vorangetrieben. Schon heute ist die Bundesrepublik an der nuklearen Aufrüstung Frankreichs und Großbritannies direkt und indirekt beteiligt.

Schon heute wird von der Bundesregierung eine noch engere nukleare Zusammenarbeit im westeuropäischen oder französisch-deutschen Rahmen als ersten Schritt einer angestrebten westeuropäischen nuklearen Verteidigungsgemeinschaft als 2. Säule innerhalb der NATO angestrebt. Auch von einzelnen Sprechern der SPD wird auf Mitwirkung und Mitentscheidung über den Einsatz von Atomwaffen und auf eine engere militärpolitische Zusammenarbeit in Westeuropa gedrungen. Auch damit wird ein neuer Aufrüstungsschub vorbereitet, der gleichzeitig andere Länder und insbesondere die Bundesrepublik näher an die Bombe bringt und den Aufrüstungskurs innerhalb der NATO verstärkt. Auch das von der Bundesregierung und Teilen der SPD propagierte „Eureka"-Projekt läßt befürchten, daß die Bundesrepublik im Verband mit anderen westeuropäischen Aufrüstungsprozessen einen direkten Zugang zur entwickelsten Technologie auch im

len der SPD propagierte „Eureka"-Projekt läßt befürchten, daß die Bundesrepublik im Verband mit anderen westeuropäischen Aufrüstungsprozessen einen direkten Zugang zur entwickelsten Technologie auch im

nuklearen Trägerbereich und der Waffenentwicklung sucht.

Trägerwaffen sind die „hard-ware" jeder Atomstreitmacht. Seit 20 Jahren wird die Bundeswehr mit atomaren Trägerwaffen ausgerüstet und in ihrer Bedienung geschult. Die Aufhebung des BRD-Produktionsverbots für weitreichende Raketen und strategische Bomber am 27.6.1984 durch die Westeuropäische Union (WEU) war ein Auftakt für die Westeuropäisierung der Militärpolitik. Die westeuropäische und weltweite Aufrüstungspolitik hinterläßt schon heute durch die Zerstörung von Lebensbedingungen durch Atombombentests ihre grausamen Spuren.

Die Bundesrepublik trägt eine Mitverantwortung an den französischen Atomwaffentests, da sie seit 30 Jahren und mit zunehmender Tendenz mit der militärisch motivierten Atomenergieentwicklung Frankreichs verflochten ist. Der deutlichste Ausdruck dieser friedensgefährdenden Kooperation ist der gerade in Betrieb genommene Schnelle Brüter Superphenix in Malville, der unter Verwendung bundesdeutschen Plutoniums die nötigen Bombenrohstoffe für die Modernisierung der Force de Frappe bereitstellen soll.

Wir fordern deshalb von der Bundesregierung:

— Keinerlei Mitwirkung der BRD am US-Weltraumrüstungsprogramm „SDI", weder durch ein bilaterales Rahmenabkommen, noch durch staatlich geförderte Firmenkooperation. Keine Steuermittel für die „SDI"-Forschung.
— Ablehnung der aktuellen „Eureka"-Pläne und -Finanzierung, weil hierdurch ebenfalls militärische Ziele (im Rahmen westeuropäischer Atomrüstung, Verknüpfung mit SDI-Forschung, Raketenabwehr etc.) verfolgt werden.
— Einstellung jeglicher nuklearer Zusammenarbeit mit Frankreich. Ausstieg der Bundesrepublik aus dem Projekt Superphenix, das die Bundesrepublik zum direkten Komplizen Frankreichs im Mururoa-Atoll macht.
— Konsequente Denuklearisierung der Bundeswehr und Abschaffung der nuklearen Trägersysteme als erster Schritt dahin. Gesetzliches Verbot der Herstellung von Trägersystemen strategischer Reichweite.

Die Bundesregierung wird stattdessen aufgefordert, den Atomwaffensperrvertrag ernst zu nehmen und ihr gesamtes ökonomisches und politisches Gewicht auf die Waagschale zu legen zugunsten einer raschen nuklearen und konventionellen Abrüstung in der BRD, in Westeuropa und der ganzen Welt. Dazu gehört die Einstellung der Stationierung weiterer US-Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik und der Abbau und die Beseitigung aller hierzulande stationierten Atomsprengköpfe. Dazu gehört insbesondere eine offensive Politik hinsichtlich einer raschen Verwirklichung des vollständigen Atomteststoppabkommens, anstatt, wie durch den jüngst in Genf vorgelegten Plan geschehen, den falschen Eindruck zu erwecken, es gäbe noch ernsthafte technische Probleme bei der Verifizierung von Atomtests.

mens, anstatt, wie durch den jüngst in Genf vorgelegten Plan geschehen, den falschen Eindruck zu erwecken, es gäbe noch ernsthafte technische Probleme bei der Verifizierung von Atomtests.

Die Bundesregierung muß die mit ihr verbündeten Atommächte auffordern, ebenso wie die Sowjetunion, einseitig die Atomtests einzustellen.

Wir appelieren an die derzeit in Genf versammelten Teilnehmer der 3. Atomwaffensperrvertrags-Überprüfungskonferenz, neben der notwendigen Forderung nach einem sofortigen und vollständigen Atomteststopp-Abkommen allen Vorhaben zu einer Aufrüstung des Weltraums eine klare Absage zu erteilen und allen Tendenzen zugunsten einer westeuropäischen Atomstreitmacht eine klare Absage zu erteilen, da beides unvereinbar ist mit Geist und Wortlaut des Atomwaffensperrvertrages. Wir befürworten die anstehenden Aktionen am Atomwaffentestgebiet um Mururoa, deren Verlauf wir öffentlichkeitswirksam unterstützen werden.

2. Weiterverbreitung von Atomwaffen durch Atomexporte aus der Bundesrepublik

Mit ihrer aggressiven Atomexportpolitik hat die Bundesrepublik fortwährend gegen Geist und Wortlaut des Atomwaffensperrvertrages verstoßen:

Der größte Teil der seit 1975 in der Bundesrepublik getätigten Atomexporte aus der BRD ging in Länder, die dem Atomwaffensperrvertrag nicht beigetreten sind, und stabilisierte oftmals die dort herrschenden Regimes (z.B. in Brasilien, Argentinien, Südafrika, Pakistan und Indien). Die BRD hat mehr als jeder andere Sperrvertragsunterzeichner direkt nutzbare Atomwaffentechnologien (Wiederaufarbeitungs- und Urananreicherungsanlagen) exportiert und als einziger Nuklearexporteur im Rahmen des Sperrvertrages bis heute auf vollständige Kontrolle bei den Empfängerstaaten bundesdeutscher Atomexporte verzichtet. Das bundesdeutsche Atomprogramm war zwar schon immer in erster Linie ein Exportprogramm. Mit dem Niedergang und der Krise der Atomenergie in den Industriestaaten steigt aber die Gefahr, daß Länder der „3. Welt" noch skrupelloser mit einer Technik penetriert werden, die sie in eine immer größere finanzielle und energiepolitische Abhängigkeit treibt.

Eine besonders skandalöse Tatsache ist in diesem Zusammenhang die fortwährende nukleare Kooperation der Bundesrepublik mit dem Apartheid-System in Südafrika und Namibia: es waren u.a. Lieferungen von bundesdeutschen Atomanlagen und -Komponenten, die das Regime in Südafrika in die Lage versetzt haben, heute Atomwaffen herstellen und damit drohen zu können. Das bundesdeutsche Atomprogramm wird im Gegenzug zu 40% mit Uran aus Südafrika oder Namibia beliefert. Dies widerspricht eindeutigen Beschlüssen der UNO und stärkt das südafrikanische Apartheid-Regime und seine Herrschaft über Namibia.

Wir fordern deshalb von der Bundesregierung:

— Unverzügliche Beendigung der Uranimporte und einstellung jeglicher weiterer Kooperation mit Sü-

Wir fordern deshalb von der Bundesregierung:
— Unverzügliche Beendigung der Uranimporte und einstellung jeglicher weiterer Kooperation mit Sü-

dafrika und Namibia, Beendigung aller Atomexporte und Aufkündigung bereits abgeschlossener Atomexportverträge, da es eine ausschließlich friedliche nukleare Technik nicht gibt.
— Einseitige Vorleistung für einen weltweiten Verzicht auf Atomenergie durch raschen Ausstieg aus der Atomenergienutzung in der Bundesrepublik. Einseitige Neuinterpretation von Artikel IV, Atomwaffensperrvertrag: statt Erleichterung von Nukleartransfer, wie dort gefordert, maximale Förderung und Hilfe bei der Anwendung und Entwicklung von regenerativen Energiequellen.

Wir appellieren an die Teilnehmer der 3. Atomwaffensperrvertrags-Überprüfungskonferenz, zu bedenken, daß dem Artikel IV des Sperrvertrages die gefährliche und in der Praxis widerlegte Illusion einer prinzipiellen Trennbarkeit von ziviler und militärischer Atomenergie zugrundeliegt. Statt der Atomenergieförderung sollte den Unterzeichnerstaaten eine großzügige Förderung und Hilfestellung bei der Entwicklung nicht-nuklearer und umweltverträglicher Energiequellen garantiert werden.

3. Gefahren einer bundesdeutschen Atombewaffnung durch „zivile" Atomanlagen

In der Bundesrepublik wird derzeit besonders massiv auf Atomtechnologien gesetzt, die ökonomisch und energiepolitisch unsinnig sind, jedoch den potentiellen Zugriff auf eigene Atomwaffen erleichtern:

In Gronau ist eine nationale Urananreicherungsanlage trotz weltweiter Überkapazitäten auf diesem Sektor in Betrieb genommen worden. Damit ist der BRD auch großtechnisch die Möglichkeit der Herstellung hochangereicherten waffenfähigen Urans gegeben. Mit dem Hochtemperaturreaktor in Hamm ist ein Reaktor in Betrieb genommen worden, der waffenfähiges, hochangereichertes Urân und Thorium als Brennstoff verwendet, wobei das Thorium in ein künstliches Uranisotop umgewandelt wird, das für Bombenzwecke fast ebenso geeignet ist wie Plutonium (U 233). Mit der Beteiligung am französischen Schnellen Brüter in Malville und der vorgesehenen Inbetriebnahme des sog. Schnellen Brüters in Kalkar verschafft sich die Bundesrepublik die Fähigkeit der großtechnischen Gewinnung von besonders waffenfähigem Plutonium. Schnelle Brüter sind Zwei-Zweck-Reaktoren, die gereinigtes Reaktorplutonium in Waffenplutonium umwandeln. Bei der kleinen Wiederaufbereitungsanlage in Karlsruhe und der geplanten großen WAA in Wackersdorf handelt es sich um militärische Schlüsseltechnologien, ohne die eine Herstellung moderner Atomwaffen nicht denkbar ist. Sie dienen dem Ziel, das in Atommeilern gewonnene Plutonium abzutrennen. In Wackersdorf sollen pro Jahr fünf Tonnen Plutonium abgetrennt werden, genug für etwa 500 Atomsprengköpfe.

Die Hanauer Atombetriebe schließlich beherbergen schon heute das weltweit größte Potential bombenfähiger Stoffe, das ein Nicht-Atomwaffenstaat jemals besaß. Die geheime staatliche Lagerung von Plutonium im Bunker der Firma Alkem, die beantragte Aufstockung der Plutoniumdurchsätze von heute 460 kg auf 6,7 Tonnen und die Verarbeitung von hochangereichertem Uran in Tonnenmengen verschaffen der BRD mit dem Atomzentrum Hanau schon heute die Option, Atomwaffen zu produzieren.

Diese Entwicklung ist besonders besorgniserregend vor dem Hintergrund der Tatsache, daß

a) maßgebliche Repräsentanten der Bundesregierung traditionell und fortwährend den Atomwaffensperrvertrag bekämpfen und stattdessen auf einen nuklearen Status der Bundesrepublik hingearbeitet haben bzw. erneut darauf hinarbeiten,

b) die Bundeswehr schon heute mit nuklearen Trägerwaffen ausgerüstet ist und nach Aufhebung der letzten konventionellen Rüstungsbeschränkungen durch die Westeuropäische Union die BRD zur eigenständigen Produktion von Fernbombern und cruise missiles in der Lage ist.

Wir fordern deshalb von der Bundesregierung bzw. den zuständigen Landesregierungen:

— sofortige Einstellung jeglicher Plutoniumabtrennung und die Einstellung allen Umgangs mit hochangereichertem Uran. Das in Frankreich abgetrennte Plutonium aus bundesdeutschen Reaktoren ist der Internationalen Atomenergieagentur zur Lagerung und Bewachung zu über-

lung allen Umgangs mit hochangereichertem Uran. Das in Frankreich abgetrennte Plutonium aus bundesdeutschen Reaktoren ist der Internationalen Atomenergieagentur zur Lagerung und Bewachung zu über-

geben. Da in jedem Atomkraftwerk Plutonium entsteht, bedeutet Widerstand gegen Plutoniumwirtschaft gleichzeitig Widerstand gegen Atomkraftwerke.

Die unverzügliche Stillegung aller Atomanlagen ist aber auch deshalb unerläßlich, weil jedes Atomkraftwerk radioaktive Stoffe abgibt, die ungelösten Atommüllprobleme vergrößert und Unfallrisiken von bisher unbekannter Tragweite mit sich bringt.

Wir appellieren an die in Genf versammelten Teilnehmer der 3. Atomwaffensperrvertrags-Überprüfungskonferenz, jegliche Abtrennung von Plutonium und jegliche Erzeugung bzw. Verarbeitung von hochangereichertem Uran zu verurteilen und für unzulässig im Sinne des Artikel I und II des Nichtweiterverbreitungsvertrages zu erklären.

Der Trägerkreis der Alternativkonferenz „Atombomben made in Germany" vom 6.-8. September 1985 in Bonn

Trägerkreis: Arbeitskreis Afrika (Münster), Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute (AGÖF), Atommüllkonferenz, Anti-Atom-Büro Diemelstadt, BI Hanau, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Bundeskonferenz unabhängiger Friedensinitiativen (BUF), BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport", Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsgegner (DFG/VK), Die Friedensliste, Die Grünen im Bundestag, Die Grünen im Hessischen Landtag, Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit (IFIAS), Junge europäische Föderalisten (JEF), Jungsozialisten in der SPD, Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, Landeskonferenz der bayerischen Anti-AKW-Initiativen, SPD Hessen-Süd.

Neuer Schutzzaun der Atomanlage in Hanau

Fortsetzung von Seite 18

schwer vorstellbar bzw. setzt eine diesbezügliche Abmachung mit der SU voraus.

Es geht den Befürwortern einer nationalen nuklearen Option um den Aufbau einer „kleineren" Nuklearstreitmacht („klein" im Verhältnis zu den Arsenalen von SU und USA) — eventuell einfach aus der Unterordnung der in der BRD dislozierten Cruise Missile und Pershing-II unter westdeutsche Kommandogewalt bestehend —, die quasi automatisch im Falle einer Krise die anderen — z.T. erheblich größeren — westlichen Nukleararsenale ankoppelt. Für eine BRD-Nuklearstreitmacht würden somit dieselben Prämissen gelten wie für die Arsenale Großbritanniens und Frankreichs. Sie darf nicht isoliert, sondern muß in ihrer durch Bündnis und Interessenlagen potenzierenden Bedeutung betrachtet werden. Man darf sich dies nun nicht so vorstellen, daß die BRD, etwa zwecks Wahrnehmung eines bestimmten territorialpolitischen Interesses (Wiedervereinigung, die ja immer im Zusammenhang mit deutschen Nuklearwaffen gehandelt wurde) zum nuklearstrategischen Angriff gegen das sowjetische Sanktuarium ausholt. Denn ein weiteres Element des sogenannten „nuklearen Dilemmas" der BRD lautet, daß es für die BRD keine Option rationaler nuklearer Kriegführung gibt. Sie kann darauf spekulieren, daß die SU einen selektiven, begrenzten Einsatz von Nuklearwaffen (zum Zwecke der Kriegsbeendigung) gegen ihr Territorium nicht nuklear beantwortet, aber eine Gewißheit existiert hierfür nicht. Selbst ein hinsichtlich Intensität und Auswahl von Zielen begrenzter und selektiver nuklearstrategischer Schlagabtausch (für die BRD ergibt die Unterscheidung zwischen taktisch-nuklearer und strategisch-nuklearer Kriegführung keinen Sinn) etwa gegen einige militärische Ziele geführt, würde die BRD „ins Mark" treffen. Aufgrund ihres geographisch „eng geschnürten" Territoriums und ihrer hohen Bevölkerungsdichte hätte jeder gegen die BRD als „counter force" (gegen militärische Ziele) geführter selektiver und begrenzter Nuklearangriff die Auswirkungen eines „counter city"-Vorgehens (gegen Städte und Industrieanlagen gerichtet). Das Kalkül lautet von daher anders, was es nicht weniger kriminell und riskant macht: Allein schon die Androhung des Einsatzes ihrer nuklearstrategischen Waffen gegen sowjetisches Sanktuarium soll Moskau gefügig machen. Zumal Moskau um den Ankoppelungseffekt weiß, d.h. sich nicht nur den 100 bis 200 BRD-Systemen gegenübersieht, sondern einem erheblich größeren Nuklearsenal, dessen Einsatz zwangsläufig die allgemeine nukleare Eskalation bedeuten würde. Da a) die BRD, um ihren politischen Interessen Nachdruck zu verleihen, nicht auf die Nukleargarantie des großen „nuklearen Bruders" angewiesen ist (was in Moskau nicht unbedingt „glaubwürdig" wirken würde, da die USA kaum dazu bereit sein dürften — solange sie nicht dazu gezwungen werden — ihre Existenz für BRD-Interessen aufs Spiel zu setzen), sondern die BRD diesen „großen Bruder" entgegen seinen Willen nuklear engagieren kann, und b) die SU auch nicht davon profitieren kann, wenn nicht nur sie, sondern auch die westliche Welt nuklear zerstört wird, könnte Moskau — so das unausgesprochene Kalkül — zu Zugeständnissen bereit sein; jedenfalls, sofern diese Zugeständnisse nicht unmittelbar die Existenz der SU berühren und somit als „kleineres Übel" gegenüber der Vernichtung in der allgemeinen nuklearen Eskalation erscheinen (Die totale Vernichtung des Gegners ist — in Anbetracht des Zustandes mehrfach „gegenseitig gesicherter Zerstörung" — ohnehin kein sinnvolles und verfolgbares militärisches Ziel mehr.).

Die „sicherheitspolitische Logik" der BRD steht in einem eklatanten und unauflöslichen Widerspruch zu jeder Politik realer Abrüstung und realer Entspannung. Die „sicherheitspolitische Logik" der BRD, das Insistieren auf eine politisch offensiv instrumentierbare militärische Abschreckungsopiton, hat eine „Doppelung" der NATO-Rüstung und einen NATO-internen Rüstungswettlauf zur zwangsläufigen Folge. Dies muß wiederum auf den globalen West-Ost-Rüstungswettlauf zusätzlich antreibend wirken.

Wir haben diese verheerende „sicherheitspolitische Logik" bereits anläßlich von SALT-II und dem sogenannten NATO-„Doppelbeschluß" beobachten können: Die Furcht vor einem kodifizierten nuklearstrategischen Patt zwischen den USA und der SU bzw. die Furcht vor einer Relativierung der US-Nukleargarantie und der militärischen Bedeutung der BRD veranlaßte Bonn seinerzeit in der NATO, eine auf dem Boden der BRD installierte quasi-nuklearstrategische Option einzuklagen. Der sogenannten „Glaubwürdigkeitskrise" der militärischen Garantien der USA und der NATO-Strategie versuchte und versucht die BRD stets mit einem Mehr an regionaler Aufrüstung zu begegnen. Man kann hier einen Rüstungswettlauf zwischen Maßnahmen, die der „Abkoppelung" (USA) dienen, und Maßnahmen, die die „Ankoppelung" (BRD) gewährleisten sollen, konstatieren. Der Ruf nach einer nationalen nuklearen Option ist nach dem NATO-„Doppelbeschluß" somit nur der logische nächste Schritt.

Die Friedensbewegung muß die national-nukleare Option bzw. die diesbezüglichen Bemühungen in das Zentrum ihrer Aufklärungsarbeit und Agitation rücken. Denn diese ist aus der Sicht der etablierten „Sicherheitspolitik" der eigentliche Inhalt der „Europäisierungsdebatte" und der Bemühungen um eine deutsch-französische „Achsenbildung".

Die Friedensbewegung muß aber auch den Bruch mit einer Sicherheitsdoktrin organisieren, die an den traditionellen Funktionen militärischer Macht auch im Atomzeitalter festhält und auf einer politisch offensiv instrumentierbaren militärischen Abschreckungsfähigkeit beharrt.

(Red. bearb. Fassg.)

Wolf Geissler

Die bundesdeutsche Bombe — made in Südafrika

Gelder aus Westdeutschland bzw. Nazi-Fluchtkapital finanzierten 1948 maßgeblich den siegreichen Wahlkampf der burischen Nationalen Partei in Südafrika gegen das vorherrschende britische Kapital. Damit standen dort eine gleichgesinnte Herrschaftsgruppe und Uran den in Westdeutschland/Bundesrepublik weiter herrschenden Kräften für die seit 1939 versuchte Herstellung von Atombomben zur Verfügung. Auch mit den 1954 unterzeichneten Verträgen von Brüssel und Paris wurden Herstellung und Lagerung und Entwicklung von ABC-Waffen außerhalb bundesdeutschen Territoriums, also z.B. in Südafrika, nicht verboten. Erst der Atomwaffensperrvertrag, dessen Inkrafttreten von den Bundesregierungen bis 1975 verzögert wurde, untersagte das.

Nazi-A-Bomben-Aktivisten wie Dr. H. Verleger und Prof. R. Haul sowie die Atomwissenschaftler Prof. W.E. Frahn aus Aachen, Dr. H.G. Denkhaus aus Karlsruhe, B. Eisinger, W. Lutsch stehen für Hunderte von Personen aus der BRD, die in Südafrika (S.A.) z.T. seit 1949 die Schritte zur A-Bombe ebneten. Zuarbeit leisteten in der BRD z.B. Prof. Wilke, Clausthal-Zellerfeld, Prof. Erikson, Bonn, Prof. Appel, Karlsruhe, Wissenschaftler der KFA Jülich, des KFZ Karlsruhe, des Hahn-Meintner-Instituts, Berlin, der Universitäten Marburg, Frankfurt usw.. Anfänglich waren die bundesdeutsch-südafrikanischen Aktivitäten auf die Erzeugunn von Plutonium mit Hilfe des offiziell von Allis Chalmer, USA gebauten und international kontrollierten Reaktors Safari I und des offiziell von Südafrika alleine gebauten Reaktors Safari II, der keiner Kontrolle unterliegt, gerichtet. In Wirklichkeit sind Safari I von der heutigen Siemens-Tochter Allis Chalmer, GHH und Hochtief sowie Safari II von Siemens, GHH und Hochtief gebaut worden. Von folgenden Firmen sind in diesem Zusammenhang stehende Lieferungen für atomare Aktivitäten in S.A. bekannt: Degussa, Ffm, Höchst, Ffm, Delbag, Berlin, Freudenberg, Weinheim, Gedore, Remscheid, Lederle, Freiburg, Brandt & Kritzler, Wenden, Mannesmann, Madrid, Demag, Duisburg, August-Thyssen-Hütte, Ddf, Klöckner, Duisburg, Emil Adolff, Reutlingen, Heräus-Vötsch, Hanau, Vacuumschmelze, Hanau.

Ab ca. 1968 war neuer Schwerpunkt die Gewinnung von hochangereichertem Uran mit Hilfe des für die Bundesregierung (über ihre 90prozentige Teilhabe an der GfK Karlsruhe) patentierten Trenndüsenverfahrens. (S. z.B. „Erwiderung, Antwort auf ein Dementi der Bundesregierung zur militärisch-nuklearen Zusammenarbeit Bundesrepublik Deutschland-Südafrika", AAB, Bonn 1979). Die Anlage wurde von Steag, Essen, GfK Karslruhe und Linde, Höllriegelskreutz entworfen. Die entscheidenden Trennelemente wurden von Siemens geliefert, Spezialkompressoren von GHH, Isotopenmeß- und Überwachungssysteme von Varian MAT, Bremen, Spezialventile von Leybold Heräus, Köln, Gastrennungsgeräte von Linde, die Nickel-Galvanisierung besorgte Langbein-Pfannhäuser-Werk, Neuß, der TÜV Rheinland versuchte die Funktionsfähigkeit der Lieferungen zu garantieren. Südafrikanische Nukleartechniker kamen dafür ins KFZ Karlsruhe und zu Steag. Steag-Techniker arbeiteten, nachdem das Bundesamt für Verfassungsschutz sie auf ihre Loyalität gegenüber der südafrikanischen Regierung überprüft hatte, in der hochgeheimen Anlage Valindaba in Südafrika. Und zumindest die Lieferungen der Firma MAN/GHH wurden mit NATO-Kodifizierungsnummern durch das Materialamt der Bundeswehr in St. Augustin versehen. Nach Absprache mit Bundesverteidigungsminister Leber kontrollierte der Beauftragte der Bundesregierung bei der NATO, General Rall, im Herbst 1974 heimlich und unter falschem Namen reisend, die Anlage.

Die Urananreicherungsanlage kann nur für militärische Zwecke vorgesehen sein, da die kontrollierten Reaktoren Safari I und Koeberg nur Brennelemente aus kontrollierten Anlagen benutzen dürfen und Safari II nur minimal angereichertes Uran benötigt.

Am 22. September 1979 explodierte über den südafrikanischen Prince-Edward-Inseln ein nuklearer Sprengsatz. Technische Daten und das Fehlen

Uranabbau in Südafrika

von Hinweisen auf Flugzeuge oder Raketen sprechen dafür, daß er mit einer 155-mm-Artilleriegranate transportiert wurde. Die Anlage zum Füllen derartiger Granaten wurde von der Firma Rheinmetall unter Beteiligung von Otto Junker, Lamersdorf, Süddeutsche Eisen- und Baubeschläge, München, und Wasag, Sythen errichtet.

Die Firma Kärcher, Winnenden hat ABC-Dekontaminationsanlagen an die südafrikanischen Militärs geliefert. Da die Nachbarstaaten über keine ABC-Waffen verfügen, können sie nur zum Schutz vor durch die südafrikanischen Militärs verursachten und wohl auch geplanten ABC-Auswirkungen gedacht sein.

Anlagen zur Produktion von Atombombenspaltstoff, Trägersystem und Schutzvorrichtungen kommen also aus der Bundesrepublik Deutschland. Anzeigen von Mitgliedern der Anti-Apartheid-Bewegung zwangen die Staatsanwaltschaften in z.B. München und Köln sowie Ermittlungen der UNO die Staatsanwaltschaft in Düsseldorf zu offiziellen Ermittlungen gegen Siemens, Leybold Heräus, Rheinmetall. Trotz eindeutiger Beweislage hat es aber z.B. die Staatsanwaltschaft in München seit fast neuen Jahren und die Staatsanwaltschaft in Düsseldorf seit fast acht Jahren geschafft, eine Bestrafung der Verbrecher bei Rheinmetall und Siemens zu verhindern, obwohl die Lieferungen völkerrechtswidrig und damit verfassungswidrig sind. Das verwundert nicht so sehr, wenn man weiß, daß auch der ehemalige Bundesanwalt Buback freundschaftlichen Umgang mit dem Vermittler der Atombombenaktivitäten, Rassisten-Botschafter D.B. Sole pflegte.

Finanziert wurden und werden die Bombenaktivitäten durch Kredite der Deutschen Bank (Abs, Christians), Dresdner Bank (Ponto, Häusgen), Commerzbank (Lichtenberg). Die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau finanzierte unkontrollierte Urangewinnung für die BRD in Südafrikas Palabora-Bergwerk sowie die Elektrizitätsversorgung der geplanten Urananreicherungsanlage mit Hilfe des Stroms aus Cabora Bassa, Mosambik. Hauptakteure wie Siemens erhalten so große Forschungsgelder, daß sie seit Jahren weniger Steuern zahlten als sie an Subventionen erhielten!

Alle bisherigen Bundesregierungen haben die militärisch orientierten atomaren Entwicklungen und Produktionen in Südafrika gefördert. Besonders aktiv waren Strauß, Lücke, Stoltenberg, Schmidt, Genscher, Dohnanyi, Lambsdorff sowie Staatssekretär Haunschild.

Mit Hilfe des 1963 abgeschlossenen Kulturabkommens wird der Austausch von Wissenschaftlern offiziell gefördert. Nur die Bundesrepublik Deutschland unterhält ein derartiges Abkommen mit der Apartheid-Regierung. Auf Grund des Doppelbesteuerungsvermeidungsabkommens werden die Steuerzahlungen bundesdeutscher Firmen in Südafrika an die südafrikanische Regierung auf die Steuerschuld gegenüber der Bundesregierung angerechnet. Dieses Abkommen wurde 1975 in Kraft gesetzt und zwar rückwirkend für zehn Jahre. Damit schenkte die Bundesregierung den in Südafrika tätigen bundesdeutschen Unternehmen Milliarden an DM. Auch die Rückdatierung des Wirkungsbeginns über zehn Jahre ist einmalig.

Mit Lügen und Verleumdungen haben die bisherigen Bundesregierungen auf die Tatsachen ihrer nuklearen Zusammenarbeit mit Pretoria reagiert. Der African National Congress hat mit den Veröffentlichungen „Nuclear Conspiracy" 1975 und „Nuclear Conspiracy Continued" 1977 diese Zusammenarbeit aufgedeckt. Er wird sie sicherlich auch beendigen.

Kongreß gegen atomare Zusammenarbeit
Bundesrepublik - Südafrika

A

Bonn
11./12. Nov. '78

Helmut Ridder:

Betreibt die Bundesrepublik eine militärische Atomenergiepolitik?

Wer es noch nicht wußte (ahnen tun es freilich immer mehr), daß „dieses unser Land" ein seiner eigenen Bevölkerung unbekanntes Wesen ist, dem kann es diese Konferenz, die u.a. eine Konferenz zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten ist, nachdrücklichst vor Augen führen. Innerhalb der fälschlich totgesagten, in Wahrheit — mit freilich unterschiedlichen Erfolgen und unter der Einwirkung zielbewußter Diversionsakte — an die ebenso notwendige wie harte Differenzierungsarbeit herangegangenen Friedensbewegung nimmt diese Konferenz eine Problematik in Angriff, deren Erkenntnis die Gehirne entnebeln könnte. Den Initiatoren muß dafür gedankt werden, daß sie sich des Themas — spät genug, aber hoffentlich nicht zu spät — angenommen haben. Wer in die freilich nur mit ziemlich viel Faktenwissen aufschließbare Problematik eindringt, wird sehr bald feststellen, daß er es auch hier mit der unheimlichen Kontinuität und Folgerichtigkeit einer heimlichen Politik des „Wendens" zu tun hat, die genauso alt ist wie „dieses unser Land" selbst. Die ‚Wende", die ich hier meine, und vor der sich alle späteren sogenannten „Wenden" wie lächerlich winzige Kursschwankungen ausnehmen, sie hat schon am 9. Mai 1945 begonnen, und sie bestand in der Entwertung des 8. Mai 1945 als eines Tages Null, im Wegstecken und Ausklammern der Nazizeit aus den geschichtlichen Entwicklungslinien und in der inbrünstigen Umarmung des antidemokratischen Kontinuums, aus dem erst die spät gekommenen imperialistischen Parvenus und dann das wesentlich gründlichere „Dritte Reich" hervorgegangen waren. Ablesbar wurde diese wieder einmal die von Generation zu Generation vergeblich erhoffte reale Demokratie verhindernde „Wende" wenige Jahre später an den politischen **Prioritäten** des von den Westalliierten in Verbindung mit den „Männern der ersten Stunde" unter den seine Entstehung überhaupt erst ermöglichenden Rahmenbedingungen des „Kalten Krieges" aus der Taufe gehobenen westdeutschen Staats, der sich denn auch folgerichtig in das westeuropäisch-atlantische Bündnissystem eingegliedert hat. Wenn ich davon spreche, spreche ich, obwohl es zunächst befremden mag, durchaus zum Thema. Denn nur, wenn die bei der Geburt des Kinds des „Kalten Krieges" effiziente Konstellation, die auch seinen weiteren Lebensweg bestimmt hat, bekannt ist, läßt sich auch klären, wo bis heute die ideologische Quelle der westdeutschen Rüstungs- und Nuklearpolitik sprudelt (und auf eine erfolgreiche Abgrabung dieser Quelle käme es ja an, wenn man mit dieser Politik nicht einverstanden ist). Was ich Ihnen in diesem Zusammenhang als grundlegendes Erklärungsmuster anbiete, ist eine Vereinfachung, aber da nichts verfälscht wird, nach meiner Meinung keine ungebührliche. Die beiden exemplarischen Geschehnisse, auf die ich in Punkt 5 meiner schriftlich vorgelegten Thesen bereits hingewiesen

nichts verfälscht wird, nach meiner Meinung keine ungebührliche. Die beiden exemplarischen Geschehnisse, auf die ich in Punkt 5 meiner schriftlich vorgelegten Thesen bereits hingewiesen

habe — alles, was ich hier vortrage, dient der Ergänzung und Ausführung dieses Papiers —, bestätigen das; ich komme gleich darauf zurück.

Vorab habe ich die schon gestellte Frage wieder aufzunehmen: Worum ging es denn der maßgeblichen Mehrzahl jener „Männer der ersten Stunde" — und da ist natürlich in erster Linie an den aus dem Ruhestand zur Politik zurückgekehrten nachmaligen Dauerkanzler Adenauer zu denken — **zuvörderst**? Um „Aufarbeitung", um gewissenhaftes Durchmessen und Abgrenzen der Bereiche von „Schuld" und „Verantwortung", um eine „Bewältigung" der Vergangenheit durch „Umdenken" (im Katechismus heißt das „Reue"), um Wiedergutmachung von Unrecht um der Wiedergutmachung willen, um die Gewinnung und Ausbreitung einer bürgerlich-demokratischen (von sozialistischer ist mangels Revolution erst gar nicht zu reden) Ideologie, für die Politik nicht mehr ein Staatsauftrag, für die der Staat vielmehr ein Produkt der für dieses ihr Produkt auch immer und unaufhebbar verantwortlichen Gesellschaft ist? Nein! Nicht, daß es zu all dem keine Ansätze gegeben hätte, aber sie wurden in die Subkulturen und die Randgruppen verdrängt von der Wucht der Prioritäten ist wiederum eine Politik, die „wendet", nämlich **die Niederlage** wendet und damit den politischen Sinn der „bedingungslosen Kapitulation" aufhebt, die ja, verständlicherweise eingedenk des deutschen Machens zweier Weltkriege, nicht nur dem aus der konkreten Gesamtgeschichte ja gar nicht abspaltbaren zwölfjährigen Nazi-Regime, sondern eben „Deutschland", der ganzen Einheit von Volk, Staat und Gesellschaft, galt. Und weil das das Primäre war, wurde z.B. das Unternehmen „Wiedergutmachung" primär im Blick auf das Ansehen der BRD im Ausland unternommen, vor dessen Augen gleichzeitig der ökonomische „Wiederaufbau" begann. Und es war für die politisch führende Elite, großenteils ausgestattet mit sauberem Gewissen, aber mit keinem Funken von Verstand für geschichtliche Verantwortung, mühelos verbunden mit der Einforderung von „Wiedergutmachnung" für das „uns" durch die Vollstreckung der Niederlage angetane „Unrecht" (z.B. den „Raub" der deutschen Ostgebiete, die allerdings gewiß nicht verkleinert, sondern beträchtlich vergrößert worden wären, wenn „wir" — das sind dann auf einmal wieder wir **alle**, die Nazis, die Mitläufer, die Nutznießer, die aktiven Gegner und das ganze Treibholz —, also wenn „wir den Krieg gewonnen hätten!"). Das ungeheuere Übergewicht dieses Vordringlichen hat die BRD von ihren Anfängen an — unter kräftiger Beihilfe des Frontstands ihrer Juristen — zu einem Frontstaat geprägt, der sich „nicht abfinden" mag mit der durch eine Niederlage gebotenen Chance eines Neubeginns, sondern aus der Asche der Niederlage Rechtstitel eines angeblich fortexistierenden „gesamtdeutschen Staates" hervorgaukelt, der an keine der der BRD obliegenden völkerrechtlichen Verpflichtungen gebunden sein soll, und der sich darüber hinaus „nicht abfinden" mag mit der maßgeblich von ihm selbst mitherbeigeführten „deutschen Teilung" und der reichlich Tränen zu vergießen weiß von wegen des „noch ausstehenden Friedensvertrags", zu dessen Verhinderung wiederum seine eigene Politik maßgeblich beigetragen hat. Während es einem zehnjährigen Grundschüler ohne weiteres einleuchtet, daß es nur die BRD allein sein kann, die mit einem zweiten Firmenschild in der Hinterhand eine unehrliche Politik betreibt, ist diese Unehrlichkeit zum höchstrichterlich bestätigten Bestandteil des offiziellen „Selbstverständnisses" der BRD geworden.

Nicht deutlich und häufig genug kann unterstrichen werden, daß die gesamte BRD-Politik, soweit sie auswärtige Bezüge hat, an dem Missionsgedanken orientiert ist, auf dessen letzte visionäre Utopien hier nicht eingegangen zu werden braucht. Jedenfalls ist das **alles eigenständig deutsch**, eigenständige BRD-Politik, die zur Verfolgung ihrer Ziele, wenn sie schon nicht die Unterstützung ihrer Bündnispartner findet, mit großer Entschlossenheit auch ihren eigenen Weg zu gehen sucht und gerade jetzt, im Zeichen der unaufhaltsamen Furchung der NATO durch Revitalisierung der WEU, genü-

ner findet, mit großer Entschlossenheit auch ihren eigenen Weg zu gehen sucht und gerade jetzt, im Zeichen der unaufhaltsamen Furchung der NATO durch Revitalisierung der WEU, genü-

gend Morgenluft wittert, um kraft akkumulierter ökonomischer und militärischer Stärke einen westeuropäischen Führungsanspruch geltend zu machen (abgründig und im Blick auf die NS-Vergangenheit geradezu verworfen heißt er „besondere Verantwortung"). Neu ist daran freilich nur die öffentliche Verkündung. Schon Adenauer hat seinen Kabinettskollegen anvertraut, er sähe in der (später gescheiterten) EVG den Weg zur endgültigen Erledigung des französischen Führungsanspruchs. Und auf der Grundlage der famosen deutsch-französischen „Aussöhnung" hat noch kürzlich ein systemübergreifend gedienter deutscher Reserveoffizier der Leutnantsklasse namens Helmut Schmidt sich zu einem etwas voreiligen Schwätzchen über ein deutsch-französisches „Tandem" animieren lassen (der Hintermann beim Tandem kann, wenn keine anderen Konkurrenten vorhanden sind, so schön Kräfte für anderes sparen und den Vordermann sich abstrampeln lassen). Was aber noch fehlt und so sehnlichst erwünscht wird, ist die volle Nuklear-Hoheit der BRD, die eben auch eine ganz eigenständige nukleare Droh-Politik ermöglichen würde.

Nachdem ich hiermit das engere Kongreßthema erreicht habe, möchte ich zunächst darauf hinweisen, daß es mit dem nuklearen Pauperismus der BRD in der Realität keineswegs so schlecht aussieht, wie man es dazustellen beliebt, nur daß die Realität alles andere als rechtens ist. Richtig ist allerdings, daß es vor allem den Amerikanern unter Anwendung der unter „Freunden" üblichen unfeinen Mittel mehrfach gelungen ist, besonders gefährliche oder laute Schreier nach strategischen Atomwaffen für die Bundeswehr abzuservieren, so seinerzeit den Bundesverteidigungsminister Strauß durch die trefflich eingefädelte „Spiegel-Affäre".

Aber schauen wir uns doch einmal zwei Beispiele aus dem Schattenreich näher an:

a) Kurz nachdem die Bundesregierung von den Westalliierten ausdrücklich strategische Atomwaffen für die Bundeswehr gefordert hatte (Bulletin v. 20.8.1960), erschien am 11. Oktober 1960 in der „Washington Post" ein Bericht, demzufolge bei NUKEM erfolgreich an einem Verfahren gearbeitet werde, um billig spaltbares Uran 235 herzustellen. Die Annahme lag nahe, daß die BRD dabei sei, vertragswidrig selbst Atombomben herzustellen. Das US-Außenministerium, die amerikanische Atomenergiebehörde und das „Joint Committee on Atomic Energy" waren jedenfalls über die Entdeckung aus Hanau so besorgt, daß man die Bundesregierung drängte, das Verfahren für „geheim" zu erklären — also verbieten ließ. In den 60er Jahren wurden dann aber **die bundesdeutschen atomaren Ambitionen** mehr und mehr zum **Kernproblem der NATO** überhaupt, was allen Experten in Politik, Wirtschaft, Militär, Publizistik und Wissenschaft bekannt war und ist, und sie zu gründlichem Schweigen darüber veranlaßte. Auch über die beharrlichen Versuche der BRD, unter Ausnutzung ihres enormen Einflusses als militärisches und ökonomisches Juwel der NATO den Atomwaffensperrvertrag zu torpedieren, haben sich Täter und Veranlasser mehrheitlich in Schweigen gehüllt. Daß schließlich die BRD doch noch zum Sperrvertrag getragen werden konnte, bedurfte des ganz enormen Drucks durch die nach der Lösung der Kuba-Krise von den USA aufgenommene Entspannungspolitik, des Drucks, dem allein es auch zu danken ist, daß die BRD sich zum Abschluß der „Ost-Verträge" herabließ (um sie dann allerdings, wie gezeigt, schnellstmöglich wieder zu entwerten).

b) In den 70er Jahren schritt die Bundesregierung (nunmehr also eine „sozialliberale", aber ich sagte schon, daß es seit den Gründungsjahren der BRD keine grundsätzlichen „Wenden" gibt) unmittelbar zur Tat: Die westdeutsche Gesellschaft OTRAG (natürlich ein „Privatunternehmen") pachtete mit den Geldern der bundesdeutschen Steuerzahler für jährlich 50 Millionen Dollar in Zaire ein Gelände von der Größe des US-Bundesstaates Colorado, pumpte weitere 300 Millionen Dollar in die Errichtung des Versuchsgeländes und testete unter strengster Geheimhaltung Mittelstreckenraketen und Cruise Missiles (es kommt häufiger vor, daß man schon etwas hat, was man erst haben will). Amtliche BRD-Stellen ließen verlau-

unter strengster Geheimhaltung Mittelstreckenraketen und Cruise Missiles (es kommt häufiger vor, daß man schon etwas hat, was man erst haben will). Amtliche BRD-Stellen ließen verlau-

ten, hier würden „Billigraketen" und Wettersatelliten erprobt. Zwei Amerikaner, Senator James Abourezk und der Journalist Ted Szulz, deckten die Geschichte auf. In Anspielung auf eine amerikanisch-westdeutsche Konspiration (zwischen CIA und BND) erklärte Abourezk 1977 im US-Senat: „Herr Präsident, falls es im Interesse des amerikanischen Volkes ist,die Westdeutschen mit den tödlichsten Waffen, die je von der Menschheit ersonnen wurden, auszurüsten, gebe ich zu bedenken, daß dies eine ernste Entscheidung ist, die Gegenstand der weitestmöglichen Debatte werden muß. Da dieser Sachverhalt die Frage des nuklearen Holocaust aufwirft, da er die Frage der Verbreitung nuklearer Trägermittel aufwirft und da er die Frage, ob die SALT-Verhandlungen unterminiert werden, aufwirft, ist es von dringender Wichtigkeit für jeden Menschen auf diesem Planeten, nicht nur für amerikanische Steuerzahler ...

Heute verlangt Bonn die Cruise Missiles" (Congressional Record — Senate v. 15. Dez. 1977, S. 39394). In der deutschen Presse war aufgrund ihrer eigentümlichen Vorstellungen vom Nachrichtenwert über die Verhandlungen des amerikanischen Senats nichts zu finden, in denen Senator Abourezk seine Beschuldigungen auch nicht zurückgenommen hat (Congressional Record — Senate v. 23. Jan. 1978, S. 369). Das Dementi der BRD-Vertretung in Washington ist nicht erwähnenswert. So mußte das Projekt allmählich eingeschläfert werden. Interessant ist die Jahreszahl: 1978. Das ist die Zeit, in der die Bundesregierung das erfolgreiche Ersatzprojekt kreierte, das man auf „Nachrüstung" getauft hat. Es war von vornherein der Hintergedanke dieses Projekts, bei Verweigerung der Stationierung und, ggf. später, der deutschen Mitverfügung oder Alleinverfügung über die Raketen erneut mit NATO-Austritt und Rücktritt vom Atomwaffensperrvertrag zu drohen (es gibt da einen großartigen Art. X im Sperrvertrag, wonach jede Vertragspartei „in Ausübung ihrer staatlichen Souveränität berechtigt" ist, „von diesem Vertrag zurückzutreten, wenn sie entscheidet (!), daß durch außergewöhnliche, mit dem Inhalt dieses Vertrags zusammenhängende Ereignisse eine Gefährdung der höchsten Interessen ihres Landes eingetreten ist"). Das unerwartete und breitenwirksame Auftreten der Friedensbewegung, die viel erfolgreicher ist, als sie selbst weiß, hat die weiteren Operationen sehr erschwert.

Umso näher mußte die Versuchung liegen, eben diese Friedensbewegung unter Ausnutzung ihrer politischen Unerfahrenheit und des enthistorisierten Bewußtseins vieler ihrer Mitglieder ideologisch so zu unterlaufen, daß sie objektiv das Geschäft mit dem Namen „Griff nach der Atombombe" betreibt. Damit bin ich auch bei der Zwecklegende vom „Souveränitätsverzicht" o.ä. der BRD. Um das Juristische vorwegzunehmen, das indes heute kaum noch von einem Juristen „in diesem unserem Lande" beherrscht wird: „Souveränität" ist heute keine über dem Recht stehende höchste staatliche Gewalt nach außen mehr, wie sie sich „klassisch" in der sog. Kriegsfreiheit äußerte, sondern ein Rechtsbegriff. Man kann nur auf Rechte verzichten, die man hat. Der BRD, die alle ihre Rechte nur aus Übertragung oder Zulassung seitens der Patronatsmächte ableiten kann, hat niemals eine militärische Nuklearhoheit besessen. Doch jedermann, „rechts" wie „links", schwarz, rot, rosa, blau und nicht zuletzt auch grün gesonnen, friedensbewegt oder nicht, faselt von Souveränitätsverzicht oder -defizit o.ä. In dem einschlägigen Prozeß hat das Bundesverfassungsgericht das dankbar aufgenommen und damit der Vorstellung weiteren Vorschub geleistet, daß bei Wegfall des Sperrvertrags, bei Ausscheiden aus der WEU, die „Souveränität" der BRD durch die Nuklear-Hoheit arrondiert werden würde. Das zeigt, daß die Entwertung des „Tages Null", an dem der alte deutsche Staat auch juristisch verbrannt ist, von der ganzen Gesellschaft der BRD Besitz ergriffen hat. Denn aufgrund der Annahme eines fortexistierenden deutschen Staats läßt sich natürlich die „Wiederherstellung" von Souveränität einschließlich aller militärischen Sparten konstruieren.

schen Staats läßt sich natürlich die „Wiederherstellung" von Souveränität einschließlich aller militärischen Sparten konstruieren.

Es wäre m.E. die nähere Untersuchung des erstaunlichen Phänomens, daß massenhafter Widerstand gegen die Nuklearisierung der BRD gerade gegenwärtig in unfreiwillige aktuelle Unterstützung transformiert werden kann, eine ganze eigene Folgekonferenz zu dieser Konferenz wert. Die Friedensbewegung darf die neu angestimmte Strophe im Lied der deutschen Selbstbeweinung nicht mitsingen. Daß von deutschem Boden nicht nur nie wieder Krieg, daß sogar der Frieden von ihm ausgehen müsse, gehört mittlerweile zum konventionell-offiziellen Sprachschatz, sogar zum zwischendeutschen, seitdem die BRD die DDR vorübergehend als freundlichen Trabanten gewinnen will (und sich das einiges kosten läßt). Der beträchtliche Macht- und Gewichtzuwachs, der mit einer sehr intensiven Annäherung der beiden deutschen Staaten verbunden wäre, die verständlicherweise das Herz übergehen läßt, während der Kopf außer Funktion tritt, soll dem deutschen Führungsanspruch in einem zur dritten „Supermacht" aufsteigenden Westeuropa nachhelfen.

Diese Akrobatik wird freilich schon wegen ihres Dilettantismus nichts bringen. Aber es ist darüberhinaus beruhigend, daß auch Moskau, Washington und Paris dawider sind. Seien wir uns darüber im klaren, daß die BRD, die es, wie sie ist, nur gibt und geben konnte, weil die maßgeblichen westdeutschen politischen Kräfte seinerzeit den möglichen einheitlichen deutschen Staat verschmäht haben, der die reale Organisation einer mit allen deutschen Tradition brechenden wirklichen Friedensmission hätte werden und sein können, heute noch von Rechts wegen keine militärische Nuklear-Hoheit besitzt! Seien wir uns darüber im klaren, von welchem Wert die dem „Kalte Krieg" und allen BRD-seitigen Versuchen, ihn wieder anzufachen, zum Trotz noch immer bestehende vielbeschworene „Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland als Ganzes", die immer noch gemeinsam wahrgenommen werden könnte (aus der aber die beiden deutschen Staaten nicht etwa eigene Rechte herleiten können), für eine Schutzfunktion gegenüber einer BRD bedeutet, die die höchst irrige unterschwellige Annahme genährt hat, mit ihrer Aufnahme in das WEU/NATO-System sei gewissermaßen die Absolution vom deutschen Raub- und Unterjochungsfeldzug im Osten und seien vielleicht sogar Verheißungen für „Revisionen" verbunden gewesen! Verfallen wir nicht der Naivität des durchschnittlichen FAZ-Leserbrief-Schreibers, der da (war's nun ein Schwarzer oder ein Grüner?) schreibt (FAZ Nr. 199 v. 29.8.1985, S. 17): „Wenn Deutschlandpolitik heute mit Friedenspolitik verbunden wird, wenn Deutschland eine Friedenszone zwischen den Supermächten in Mitteleuropa bildet, kann man sich kaum vorstellen, damit den Frieden zu gefährden" (Überschrift: „Deutschland ist die Gleichberechtigung verwehrt")! Wer würde denn rebus sic stantibus die „Friedenspolitik" der deutschen „Friedenszone" machen? Nach all dem, was wir bisher an „Friedenspolitik" der BRD erfahren haben, und während die BRD schon jetzt in das nicht sonderlich friedensdienliche größte Geschäft dieses und des kommenden Jahrtausends mit dem Namen SDI einsteigt? Da halten wir uns doch lieber vorerst den Schirm der NATO über den Kopf, in der die atomare Überwachung der BRD angelegt ist, in der wenigstens etwas beruhigenden Gewißheit, daß die Bündnispartner die außenpolitischen Ambitionen der BRD nicht teilen!

Ob es unmoralisch ist, auf die vorläufige Fortexistenz von NATO und Warschauer Pakt zu setzen, die in ihrer Zähmungsfunktion bezüglich der BRD teilweise konvergieren? Ich meine nicht. Dann wäre ja auch die Gutheißung der Weltbürgerkriegs-Koalition gegen Nazi-Deutschland, in dem die Deutschen bis zum 7. Mai 1945 gedient haben, eine unmoralische Veranstaltung gewesen. Neu gestellt werden kann die Paktfrage erst dann, wenn „dieses unser Land" eine andere Republik geworden ist, nicht eine nach dem Modell der DDR, die erst vom westdeutschen Extremismus in Fahrt gebracht worden ist (weswegen wir die letzten sind, die sich darüber entrüsten dürften), sondern eine, die ihren Frontstaatcharakter ablegt und sich in eine westeuropäische Normalität umgründet, die ihrem Parlamentarismus an effektiver Kontrollmacht das gibt, was ihm nach westeuropäischen Vorstellungen gebührt usw. usw. Sie würde sich der deutschen Vergangenheit nicht mit offiziellen Alibiveranstaltungen stellen, bei denen jeder Ton so falsch ist, daß ein Vorstoß zur Wahrheit nach dem Vorgang des derzeitigen Bundespräsidenten zum spektakulären Ereignis gerät. Sie würde kaum de profundis

stellen, bei denen jeder Ton so falsch ist, daß ein Vorstoß zur Wahrheit nach dem Vorgang des derzeitigen Bundespräsidenten zum spektakulären Ereignis gerät. Sie würde kaum de profundis

um nukleare Souveränitäts-Defizite lamentieren. Sie könnte ihre riesige ökonomische und technologische Kraft statt zu Erpressungen für die „Offenhaltung der deutschen Frage" in den Pakt einbringen, um dem amerikanischen Rüstungswahn den Boden zu entziehen. Sie würde einen handfesten Beitrag zur Umlenkung der für Rüstung vergeudeten Mittel und Kräfte leisten und dabei eher besser leben können als zuvor.

Das wäre eine Friedenszone BRD, ohne deren Herstellung jede Rede von einer gesamtdeutschen Friedenszone müßig ist (weswegen man sich auch nicht den Kopf darüber zerbrechen muß, ob ein mitmachender Genosse Honnecker in einen künftigen Bundesreichsfriedensrat zu berufen wäre). Doch wenn es so weitergeht wie bisher, wird es bis zur Herstellung der Friedenszone BRD mindestens weitere vierzig Jahre brauchen. Und das, obwohl weder der Warschauer Pakt noch die NATO der Herstellung in den Arm fallen würde — alle wissen, wovor sie zu zittern haben. Die nuklearfreie Friedenszone BRD wäre auch keine „Vorleistung" (womit ich nichts gegen den möglichen Nutzen von „Vorleistungen" gesagt haben will). Sie wäre vielmehr eine aus dem historischen Datenkranz der deutschen Geschichte geschuldete, mehr als überfällige Nachleistung. Aber sie wird nicht möglich sein, solange in „diesem unserem Land" die Typen ministrabel bleiben, die den dauerhaften Nutzen der konkreten BRD schmälern und ihrem Ansehen schaden, indem sie den Nutzen des gesamtdeutschen Hirngespinstes mehren und von ihm Schaden abwenden wollen. Die Typen also, die von einer sich nicht von den Realitäten abhebenden Sprache als vaterlandslose Gesellen bezeichnet werden würden.

BRD und Atomwaffensperrvertrag

In seinem Einführungsbeitrag ,,Atombomben made in Germany'' befaßte sich Dr. Helmut Hirsch mit der Politik der BRD gegenüber dem Atomwaffensperrvertrag (NPT). Er referierte eine Studie, die er im Auftrag der Grünen im Bundestag erstellt hatte. Die Studie verfolgt die Politik der BRD in den Bereichen vertikaler, horizontaler und latenter Proliferation (1) von Atomtechnologie jeweils in den Abschnitten zwischen den Überprüfungskonferenzen des NPT unter Berücksichtigung der internationalen Entwicklung.

Einführend geht Hirsch auf die politischen Interessen von USA und SU ein, die zur Entstehung des NPT führten sowie auf die Auseinandersetzungen in der BRD um den Beitritt.

Atomexportpolitik

Der Bereich, in dem die BRD entscheidend zur Aushöhlung des NPT beitrug ist die Exportpolitik. Diese sieht Hirsch ausschließlich von wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen geleitet, neben denen die Grundsätze der Nichtverbreitung völlig in den Hintergrund traten. Beleuchtet wird die Nuklearkooperation und der Verlauf der Geschäfte mit Argentinien, Brasilien, Südafrika, Iran, Irak, Indien, Pakistan und der SU. Außer dem Iran und der SU sind diese Länder bis 1985 dem NPT nicht beigetreten und zählten Anfang der 70er Jahre, in denen die Geschäfte getätigt wurden, zu den schärfsten Gegnern des NPT. Die meisten dieser Länder verfolgten mehr oder weniger offen militärische Optionen mit dem Erwerb der Atomtechnologie. Indien und Südafrika führten Atomtests durch. Zumindest mit Argentinien und Südafrika bestanden bis in die unmittelbare Nachkriegszeit reichende Kontakte, hier betrieb die BRD auch ausgelagerten Know-How-Erwerb. Die BRD fand sich in allen Fällen bereit, ,,sensible'' (militärisch nutzbare) Atomtechnologie zu liefern und sprang immer wieder ein, wenn die USA oder Kanada die Lieferungen aufgrund militärischer Ambitionen verweigerten.

Der NPT-Beitritt ebnete auch den Weg für Geschäfte mit der SU, die die Euratom-Kontrollen vorher nicht anerkannt hatte und in den folgenden Jahren zu einem der wichtigsten Lieferanten für angereichertes Uran aufstieg. Mit dem Beginn dieser Geschäfte erlosch jegliche ernsthafte Kritik an Atomprogramm und Atomgeschäften der BRD. Das Uran aus der SU und die in Verbindung mit dem Südafrika- und Brasiliengeschäft stehenden Lieferungen machten die BRD von politischen Boykotten des bisherigen Hauptversorgers USA unabhängiger und erlaubten die Fortführung skrupelloser Atomgeschäfte.

In der zusammenfassenden Wertung kommt Hirsch zu dem Schluß, daß die BRD mit ihrer Atomexportpolitik das Nichtverbreitungsregime konsequent geschwächt hat, indem sie sich auf

In der zusammenfassenden Wertung kommt Hirsch zu dem Schluß, daß die BRD mit ihrer Atomexportpolitik das Nichtverbreitungsregime konsequent geschwächt hat, indem sie sich auf

Nicht-NPT-Staaten als Geschäftspartner konzentrierte und die Anwendung von full-scope-safeguards (umfassende Kontrollen aller in einem Land vorhandenen Anlagen) verhinderte. Die Nuklearkooperation mit Südafrika und Pakistan stellt einen offenen Bruch mit dem NPT dar. Die Exportpolitik der BRD war vor allem von folgenden Motiven bestimmt:

— Erzielung möglichst hoher Profiterlöse
— Sicherung des Zugriffs zu Rohstoffvorräten
—Gewinnung von Einfluß in den betreffenden Staaten
— Stärkung wichtiger Partnerländer, Unterstützung derer regionalen Hegemoniebestrebungen. Bei dieser Politik gab es insgesamt ein harmonisches Zusammenwirken der jeweiligen Bundesregierungen mit der Atomindustrie. Die Geschäfte wurden mit Regierungsabkommen und Bürgschaften abgesichert.

BRD und nukleare Aufrüstung

Im Bereich der Aufrüstung untersucht Hirsch die Verantwortung der Regierung Schmidt für den NATO-Doppelbeschluß, die Forderung der gleichen Bundesregierung nach Stationierung der Neutronenwaffen in Europa 1977 und die Unterstützung der US-Linie bei den Abrüstungsverhandlungen. Auf internationaler Ebene geht Hirsch auf Salt I und II sowie die Verhandlungen zum Teststopvertrag ein. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die BRD vor allem bei der weiteren Eskalation der nuklearen Aufrüstung eine Vorreiterrolle übernommen und dadurch einen aktiven Beitrag zur vertikalen Proliferation geleistet habe. Durch diese Politik im Rüstungsbereich trug die BRD ebenfalls zu einer Schwächung des NPT bei — nicht nur direkt durch ihre Verantwortung für die Nichteinhaltung von Art. 6 des Vertrages, sondern auch indirekt, da eben diese Nichteinhaltung wieder Anstöße für die Verweigerung des Beitritts und weitere horizontale Proliferation gibt. Hierzu gehört auch die Argumentationshilfe für eine Verhinderung eines umfassenden Teststopvertrages durch das Hochspielen der Verifikationsproblematik.

Durch die Pläne für eine westeuropäische Atomstreitmacht wird bereits die nächste Stufe der Aufrüstungspolitik vorbereitet. Hirsch wirft die Frage auf, ob die Modelle einer westeuropäischen Atomstreitmacht von Koller und Todenhöfer nur Spekulationen von Außenseitern sind oder eine wirkliche Orientierung bundesdeutscher Politik. Er kommt zu der Wertung, daß es eine Reihe von nachweisbaren Entwicklungen gibt (Aufhebung der Rüstungsbeschränkungen, Reaktivierung der WEU, deutsch-französische Zusammenarbeit), die sehr genau zur Vorstellung der Entwicklung einer westeuropäischen Atomstreitmacht passen. Hirsch schätzt diese Entwicklung als ,,noch im Flusse und nicht ohne innere Widersprüche, aber keineswegs ungefährlich'' ein. Nach Auslaufen des NPT könnten neue Möglichkeiten für die Machtpolitik der BRD salonfähig werden, auf die bisher nur im Verborgenen hingearbeitet wird.

Nationales Atomprogramm

Im Rahmen des nationalen Atomprogramms der BRD wurden in den Jahren vor der 1. Überprüfungskonferenz (1975) wichtige Weichen gestellt. Die in der BRD entwickelte Schwerwasserreaktorlinie mit höherer Plutoniumerzeugungsrate wurde durch ein Programm mit Leichtwasserreaktor, WAA, Urananreicherungsanlage und Schnellem Brüter abgelöst. Der Beitritt zum NPT machte es erforderlich, das Offenhalten der militärischen Option auf indirekterem Wege zu verfolgen als vorher.

Die Grundlage für alle o.a. Anlagen wurde ebenso wie die Forschung für Laseranreicherung und die deutsch-französische Brüterkooperation Anfang der siebziger Jahre gelegt. Die Häufung dieser Termine um die Ratifizierung zeigt, daß den Einschränkungen, die der Vertrag der BRD zweifel-

Laseranreicherung und die deutsch-französische Brüterkooperation Anfang der siebziger Jahre gelegt. Die Häufung dieser Termine um die Ratifizierung zeigt, daß den Einschränkungen, die der Vertrag der BRD zweifel-

los auferlegt, der große Vorteil gegenübersteht, daß nun zivile Vorhaben in großem Maßstab in unverdächtiger Form durchgeführt werden können, die es der BRD ermöglichen, sich dem Zeitpunkt des Besitzes von Kernwaffen bis auf wenige Wochen, wenn nicht Tage zu nähern. Die Fähigkeit zur Realisierung der militärischen Option kann als vorbeugende Maßnahme für unerwartete Entwicklungen im atlantischen Bündnis sowie als Druckmittel zur Durchsetzung eigener Interesen angesehen werden.

Die Überprüfungskonferenzen

Die 1. Überprüfungskonferenz 1975 wurde mit einer gewissen Euphorie erwartet — sie sollte die größte Rüstungskontrollkonferenz seit dem Zweiten Weltkrieg werden. Die Beteiligung war daran gemessen allerdings enttäuschend: 59 von 95 teilnahmeberechtigten Staaten waren vertreten, vorwiegend die Verbündeten von USA und SU, von der großen Gruppe der Blockfreien nahmen nur 36 von 73 möglichen teil. Dies Bild war auf der 2. Konferenz ähnlich. Die Auseinandersetzungen gingen auf beiden Konferenzen im wesentlichen um die Forderung der Blockfreien, die Atommächte sollten die im Rahmen des NPT übernommenen Verpflichtungen (der Abrüstung) endlich erfüllen.

Gefordert wurden verbindliche Beschlüsse zum Atomteststop, zur Reduzierung der atomaren Arsenale, zur Frage der negativen Sicherheitsgarantien und zu atomwaffenfreien Zonen; SALT und der Schwellenteststopvertrag wurden als unzureichend kritisiert. Dazu wurden verschiedene Protokolle eingebracht, beispielsweise zur Kopplung der Beitritte zum NPT mit konkreten Abrüstungsschritten oder ein zehnjähriges Moratorium für Atomtests ab 100 NPT-Mitgliedern, welches bei je zehn weiteren Mitgliedern um drei Jahre verlängert wird.

Die Atommächte zeigten eine völlig unnachgiebige Haltung. Die USA, Großbritannien und die SU hatten sich auf einem internen Treffen kurz vor der Konferenz darauf verständigt, die Forderungen der Blockfreien abzuschmettern und wurden dabei von ihren Bündnispartnern unterstützt. Ein US-Vertreter setzte dem die Krone auf, als er erklärte, die Supermächte könnten ihre Kernwaffenbestände so lange nicht abbauen, wie die Gefahr bestünde, daß sich der Kreis der Atomwaffenbesitzer, nicht zuletzt durch die Ausbreitung der friedlichen Nutzung der Atomenergie, noch ausdehne.

Die 2. Konferenz wurde überschattet von dem Atomtest Südafrikas, Aus- und Neubau sensitiver Anlagen in den Industriestaaten, dem Nicht-Beitritt wichtiger Schwellenländer und dem Ausbau der nuklearen Arsenale der Atommächte.

Konnte die 1. Konferenz noch mit einer zwar widerwillig von den Blockfreien unterzeichneten Erklärung abgeschlossen werden, scheiterte die Verabschiedung einer gemeinsamen Schlußerklärung 1980 an der Forderung der Blockfreien, die Feststellung aufzunehmen, daß Artikel VI nicht erfüllt wurde, die Zahl der strategischen Sprengköpfe zwischen 1970 und 1980 von 5.000 auf 16.000 gestiegen sei und daß nichts getan wurde, um die im Schlußdokument der UN-Sondersitzung für Abrüstung 1978 enthaltenen Vorstellungen zu erfüllen.

Die Rolle der BRD auf den Überprüfungskonferenzen

Die BRD tat sich auf den Überprüfungskonferenzen vor allem durch die Verhinderung von full-scope-safeguards hervor, die in Art.III des NPT gefordert werden; Absatz 2 bestimmt, daß Exporte in Nichtvertragsstaaten nur dann zulässig sind, wenn Sicherheitskontrollen gemäß Art. III angewendet werden. Vor allem die BRD bestand immer darauf, daß derartige Sicherheitskontrollen bei Geschäften mit Nichtvertragsstaaten nicht nötig seien, in der Praxis umging sie diese Kontrollen bei Verträgen mit Argentinien und Brasilien durch Tricks oder verzichtete im Falle Südafrikas gänzlich auf Kontrollmaßnahmen. Kritik am Südafrikageschäft wurde mit der Bemerkung zurückgewiesen, ,,der uneingeschränkte Export ... an alle Länder sei für die BRD von größter Wichtigkeit, politische Beschränkungen in einem Fall müßten Rückwirkungen bei möglichen Exporten in andere Länder haben.'' Mit ihrer immer wieder betonten Be-

Export ... an alle Länder sei für die BRD von größter Wichtigkeit, politische Beschränkungen in einem Fall müßten Rückwirkungen bei möglichen Exporten in andere Länder haben.'' Mit ihrer immer wieder betonten Be-

reitschaft zur uneingeschränkten Weitergabe von Atomtechnologie profilierte sich die BRD als falscher Freund der Entwicklungsländer.

Mit der Verhinderung der umfassenden Sicherheitskontrollen wurden jedoch Vertragsstaaten für ihren Verzicht auf militärische Ambitionen mit weitergehenden Kontrollen im zivilen Bereich bestraft und es wird ein Anreiz geschaffen, dem NPT nicht beizutreten.

Bezüglich Art. VI (nukleare Abrüstung der Nuklear-Staaten) beschränkte sich die BRD darauf, die mageren Ergebnisse der Abrüstungsverhandlungen hochzuloben und auf den fast bedeutungslosen Schwellenteststopvertrag zu verweisen.

Die Krise der Nichtverbreitung

Wichtigster Kritikpunkt am NPT ist für Hirsch, daß der Vertrag von der Trennbarkeit militärischer und ziviler Nutzung der Atomenergie ausgeht, also ,,kein wirksames Instrument der Nichtverbreitung sein kann''. Hinzu kommt, daß von den Gegenleistungen, die Nicht-Atommächte für ihren Verzicht auf Atombewaffnung erhalten sollen, die erste (Abrüstung) nicht erbracht wurde, aber immer entschiedener eingeklagt wird. Die zweite (Zugang zur Atomtechnologie) wird vor allem von den Atomexportländern betont und in den Vordergrund gestellt — an ihr besteht aber von Seiten der Entwicklungsländer immer weniger Interesse bzw. ist militärisch motiviert.

Die BRD hat, entgegen offiziellen Verlautbarungen, in denen eine wirksame Nichtverbreitungspolitik als Anliegen der jeweiligen Bundesregierung hervorgehoben wurde, auf der Ebene der

— vertikalen Proliferation durch Nichterfüllung von Art. VI
— der horizontalen Proliferation durch Nuklearexporte
— der latenten Proliferation durch Aufbau sensitiver Anlagen in der BRD selbst,

eine zunehmende Schwächung des NPT und damit eine Aushöhlung des weltweiten Nichtverbreitungsregimes bewirkt. Dies trotz weitgehender formaler Einhaltung seiner Bestimmungen. Diese Politik bewirkte einerseits, daß die Chancen für ein Fortbestehen des NPT nach 1995 verringert werden. Andererseits ebnet die Weiterentwicklung der Nuklear- und Rüstungstechnologie der BRD bis 1995 den Weg, bei einem ersatzlosen Auslaufen des Vertrages, für eine Atomrüstung im westeuropäischen Rahmen oder für größere nukleare Selbständigkeit den Weg.

,,Die Nuklearpolitik der BRD seit Beitritt zum Vertrag könnte also auch durch die Hypothese erklärt werden, daß der Vertrag zunächst als politische Notwendigkeit akzeptiert werden mußte, aber gezielt auf seine Schwächung und sein Auslaufen hingearbeitet wurde bei gleichzeitiger Schaffung der Voraussetzungen für eine eigene Atomrüstung. 1995 können dann die Früchte dieser langfristig angelegten Strategie geerntet werden. Vielleicht wird auch damit gerechnet, daß zu diesem Zeitpunkt weltweit bereits eine größere Zahl von Atommächten besteht (nicht zuletzt durch BRD-Politik), so daß das Hinzukommen einer weiteren nicht mehr so viel Aufmerksamkeit erregt''.

S., Lüneburg

(1) Vertikale Proliferation: nukleare Aufrüstung; horizontale Proliferation: Weiterverbrbeitung von Atomwaffen; latente Proliferation: heimliche Atombewaffnung durch ,,zivile'' Atomtechnik.
Die Studie ,,Die Bundesrepublik und der A tomwaffen-Nichtweiterverbreitungsvertrag'' von Dr. Helmut Hirsch kann über die Grünen im Bundestag, Bundeshaus, 53 Bonn bestellt werden.



Eine Atombombe für die brasilianische Diktatur? — Die niederländische Regierung will durch den Ausbau (der Ultrazentrifuge) von Almelo und die Lieferung angereicherten Urans daran mitwirken (Aufrufplakat des niederländischen Brasilien-Komitees zur Demonstration in Almelo, März 1978)

Petra Kelly:

Zivile Atomprogramme und Militarisierung Europas

Diskussionsbeitrag am 7.9.85 — Auszug

(...) Nun zur Europäischen Union und zur WEU. Es ist ein bißchen merkwürdig, wenn ein Aktionskomitee für Europa gegründet wird, in dem sich solche Herren wie Dregger, Waigel, Breidt, Helmut Schmidt befinden, aber auch Herr Agnelli und Herr Vogel. Ich frage mich, warum die SPD bei einem Unternehmen mitmacht, welches die alte Konzeption von Strauß und Dregger auf den Tisch bringt, nämlich die Europäische Union als Vorfeld der europäischen Atomstreitmacht zu benutzen. Helga Wex hat dies kürzlich in einem Düsseldorfer Industrieclub noch einmal bekräftigt: ,,Die Europäische Union schafft die Voraussetzung für eine europäische Atomstreitmacht''.

Volker Hauff schrieb kürzlich in der Europäischen Unionszeitschrift, daß er eintritt für eine europäische Rüstungsagentur, die Elemente einer europäischen Identität in der Sicherheits- und Entspannungspolitik entwickeln könne. Ich frage mich, wozu Europäer eine europäische Rüstungsagentur brauchen, um endlich angeblich europäisch zu handeln. Das kann keine Friedenspolitik sein. Deshalb muß es eine klare Absage geben an die zivilen Institutionen, die diese Politik fördern werden.

H.D.Genscher bläst natürlich in dasselbe Horn, wenn er sagt, durch eigenständige europäische Anstrengungen würden wir souverän, würden wir unabhängig.

Da stellt sich die Frage, was die EG als zivile europäische Gemeinschaft bisher geleistet hat, ohne die WEU, ohne die Wiederbelebung. Sie hat ohne Reaktion das britische Vorgehen auf Falkland unterstützt, ohne weiteres die Probleme im Nahen Osten auf einen untersten Nenner gebracht. Und zum Thema Südafrika: wie hat die EG bisher reagiert? Wenn man den EG-Codex für europäische Firmen anschaut in ihrer Reaktion auf eine südafrikanische Situation, wie wir sie heute haben, dann ist die EG für mich heute nicht mehr friedensfähig.

Ich glaube, viele in der SPD täuschen sich, wenn sie meinen, daß die Bewegungen der WEU, der Aufbau einer europäischen Union uns unabhängiger macht. Vielmehr spielt das genau hinein in eine amerikanische Strategie. Die Amerikaner sind sehr froh, wenn wir als Europäer den Amerikanern den Rücken freihalten, damit sie ihre Rolle als globaler Polizist spielen können, damit sie sich anderswo einmischen können. Die WEU ist absolut eine zweite NATO-Säule geworden.

Ich war auf der WEU-Versammlung im Mai und habe nicht mehr gewußt, wo ich gelandet bin, weil ich die einzige war, die immer dagegen stimmte. Ich habe mich gefragt, warum da nicht einige sozialdemokratische Kollegen sind, die es schaffen, auch dagegen zu stimmen. Besonders bei der Diskussion über Rüstungsbeschränkungen habe ich dies beobachtet. Norbert Gansel hat damals in der SPD-Fraktion und im Bundestag erklärt: ,,Wir stehen einer Belebung und einer Stärkung der WEU grundsätzlich nicht ablehnend gegenüber. Sie kann ein Beitrag zur Selbstbehauptung Europas sein''. N. Gansel hat sich bei der Diskussion über die Aufhebung der Rüstungsbeschränkung, gegen die wir ja gestimmt haben, der Stimme enthalten, bzw. an der Abstimmung nicht teilgenommen. Ich frage mich, warum wir nicht klipp und klar sagen können: angesichts der Rüstungslage brauchen wir keine Aufhebung der Rüstungsbeschränkung, sondern im Gegenteil ganz viele Rüstungsbeschränkungen. Das ist ein Trauerspiel.

Ferner: anders als der NATO-Vertrag enthält der WEU-Vertrag keine geographische Begrenzung des Aufgabengebietes. In der Erklärung von Rom und in der Rede Genschers heißt es, die WEU solle sich befassen ,,mit Auswirkungen von Krisen in anderen Regionen der Welt auf Europa''. In der Resolution Nr. 396 vom 29.11.83 — einige Wochen nach dem Nachrüstungsbeschluß, wie merkwürdig — wird u.a. gesagt: ,, ... ist davon überzeugt, (...) daß die Verteidigungspläne und Verpflichtungen der Verbündeten im Brüsseler Vertrag Eingang gefunden haben, und daß im Falle von Entwicklungen, die von den Verbündeten gemeinsam als direkte Bedrohung lebenswichtiger Interessen des Bündnisses angesehen werden, die bereitwillige Unterstützung aller Verbündeten innerhalb des Vertragsgebietes vorhanden sein muß, um amerikanische Verlegungen nach außerhalb des Vertragsgebietes zu ermöglichen.'' In diesem Text ist achtmal auf das ,,außerhalb des Vertragsgebietes'' hingewiesen. Ich frage mich, wie man das eigentlich mittragen kann, und warum die etablierte Presse nicht in der Lage ist, zu zeigen, daß die WEU viel weiter geht als die NATO.

Was die militärische Nutzung des Weltraumes angeht, so ist die WEU ganz offen. In Empfehlung 413 sagt sie, daß sie die Vorschläge von Mitterand für eine europäische Weltraumgemeinschaft begrüßt und bereit ist, als wichtigstes politisches Instrument der inter-gouvernamentalen Abstimmung zu fungieren mit dem Ziel einer einheitlichen westeuropäischen Politik im Bereich der militärischen Nutzung des Weltraums.'' Ich habe nicht fassen können, wie auch dieses Dokument von SPD-Kollegen begrüßt wurde, weil dort am Ende ,,ein europäisches Raumfahrtprogramm für Verteidigungszwecke'' steht, mit der Hoffnung ausgesprochen, daß es bald ein Satellitenaufklärungsprogramm geben soll, daß wir auch dazu übergehen müssen, die Weltraumbehörden und auch die Industrie für diese Anstrengungen militärisch zu nutzen.

Ich glaube, daß diese Frage, die Militarisierung der EG, zu unseren wichtigsten Fragen in Zukunft gehört. (...)

Joop Boer (Groningen):
Uran aus Almelo für britische Kriegsführung
Seit Eisenhowers ,,atoms for peace'' 1953 ist das Märchen vom friedlichen
bezahlten Anlage an: Für die Produktion von hochangereichertem Uran für
um geeignet. Man kann mit diesem Verfahren in einem Schritt aus verunreinigtem Reaktorplutonium superreines Waffenplutonium herstellen. Darüberhinaus ist die Laser-Anreicherung für mehrfache Verwendung des in einer WAA abgetrennten Urans und Plutoniums absolut notwendig. Denn ohne dieses Verfahren kann das aufbereitete Uran und Plutonium wegen der Anhäufung unerwünschter Isotopen nur ein einziges Mal rezykliert werden (BMFT-Seminar. 14.10.1981). Eine
kung, gegen die wir ja gestimmt haben, der Stimme enthalten, bzw. an der Abstimmung nicht teilgenommen. Ich frage mich, warum wir nicht klipp und klar sagen können: angesichts der Rüstungslage brauchen wir keine Aufhebung der Rüstungsbeschränkung, sondern im Gegenteil ganz viele Rüstungsbeschränkungen. Das ist ein Trauerspiel.
Ferner: anders als der NATO-Vertrag enthält der WEU-Vertrag keine geographische Begrenzung des Auf-
von SPD-Kollegen begrüßt wurde, weil dort am Ende ,,ein europäisches Raumfahrtprogramm für Verteidigungszwecke'' steht, mit der Hoffnung ausgesprochen, daß es bald ein Satellitenaufklärungsprogramm geben soll, daß wir auch dazu übergehen müssen, die Weltraumbehörden und auch die Industrie für diese Anstrengungen militärisch zu nutzen.
Ich glaube, daß diese Frage, die Militarisierung der EG, zu unseren wichtigsten Fragen in Zukunft gehört. (...)

Joop Boer (Groningen):

Uran aus Almelo für britische Kriegsführung

Seit Eisenhowers ,,atoms for peace'' 1953 ist das Märchen vom friedlichen Atom in der Welt herumgegangen, ein Märchen, woran viele noch heute glauben. Die Tatsachen aber sehen ganz anders aus. Bis jetzt sind rund 40% von allem bisher gebrauchten Uran (770.000 Tonnen) für militärische Zwecke eingesetzt worden, sei es für Atombomben, atomar betriebene U-Boote oder andere militärische Zwecke. Bei der Urananreicherung ist noch viel deutlicher, daß die militärische Nutzung wichtiger ist als die sogenannte friedliche Nutzung.

Bis jetzt sind in der westlichen Welt mehr als 450 Millionen UTA (Uran-Trenn-Arbeit) produziert worden. Für Energiereaktoren sind 125 Millionen UTA angewandt, für militärische Zwecke dagegen 250 Millionen UTA, also zweimal soviel.

Die BRD hat schon eine alte Tradition bei der Urananreicherung. Im Zweiten Weltkrieg wurde hier mit primitiven Zentrifugen das erste angereicherte Uran produziert. Nach dem Krieg hatten die Deutschen Steenbeck und Zippe die Zentrifugen in Suchuni (UdSSR) weiterentwickelt und später in den Westen gebracht. Dieser Zentrifugen-Typ ist die Basis aller heutigen Zentrifugen, auch der Urenco-Zentrifugen im niederländischen Almelo. Deutsche Wissenschaftler waren auch die Ersten, die die Trenndüsen-Methode für Urananreicherung erfunden haben.

In Brasilien wird von der Bundesrepublik eine solche Anlage gebaut. Eine fast identische Anlage wurde in Südafrika mit Hilfe der STEAG errichtet. Neulich ist herausgekommen, daß Technologen der Marine in Brasilien vom IPEN-Institut in Sao Paulo Ultrazentrifugen-Anreichungsanlagen gebaut haben (Nuclear Fuel, 26.11.1984). Die Marine sollte damit hochangereichertes Uran für nukleare U-Boote produzieren, die Technologie der U-Boote aus der Bundesrepublik kommen ... Woher könnten Brasilianer die Ultrazentrifugentechnologie geholt haben? Früher wurde von bundesdeutschen Aussiedlern versucht, Zentrifugen nach Brasilien zu schmuggeln.

Eine militärische Nutzung von Urananreicherung findet schon direkt vor der Haustür statt. Urenco-Partner Großbritannien wendet die Urenco-Zentrifugen von Almelo in einer speziellen, vom Verteidigungsministerium bezahlten Anlage an: Für die Produktion von hochangereichertem Uran für die englischen U-Boote. Das ist im Almelo-Vertrag im übrigen auch gestattet.

Ein anderer Zusammenhang ist der Kompensationsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA (1976-1981). Die Bundesrepublik kaufte 2,7 Millionen UTA, als Kompensation für die Kosten der USA-Armee in der BRD (Nuclear Fuel, 31.10.1977). Unter anderem deshalb hat die Bundesrepublik ein Vorratslager von 5,7 Millionen UTA (Stand Anfang 1983 lt. Atomwirtschaft, Juni 1984).

Weltweit gibt es Vorräte angereicherten Urans, die 60 bis 75 Millionen UTA entsprechen, genügend für fast vier Jahre Weltverbrauch an UTA. Die internationale Atomenergie-Agentur (IAEA) kontrolliert nur einen kleinen Teil dieser Vorräte. In den Kernwaffenstaaten allein ist in den Kernreaktoren ca. 13.000 Tonnen angereichertes Uran vorhanden. Nur 1.000 Tonnen davon hat die IAEA unter Kontrolle.

Weitaus größer sind die Vorräte an abgereichertem Uran, 435.000 Tonnen weltweit. Es ist bekannt, daß in den Schnellen Brütern aus diesem abgereicherten Uran Plutonium produziert wird. Auch wird dieses Uranmetall von Israel für Geschosse genutzt, um Panzer zu durchlöchern. Von dem abgereicherten Uran hat die IAEA nur 30.000 Tonnen unter Kontrolle. Dem Schwarzhandel mit Uran sind offenbar Tür und Tor geöffnet.

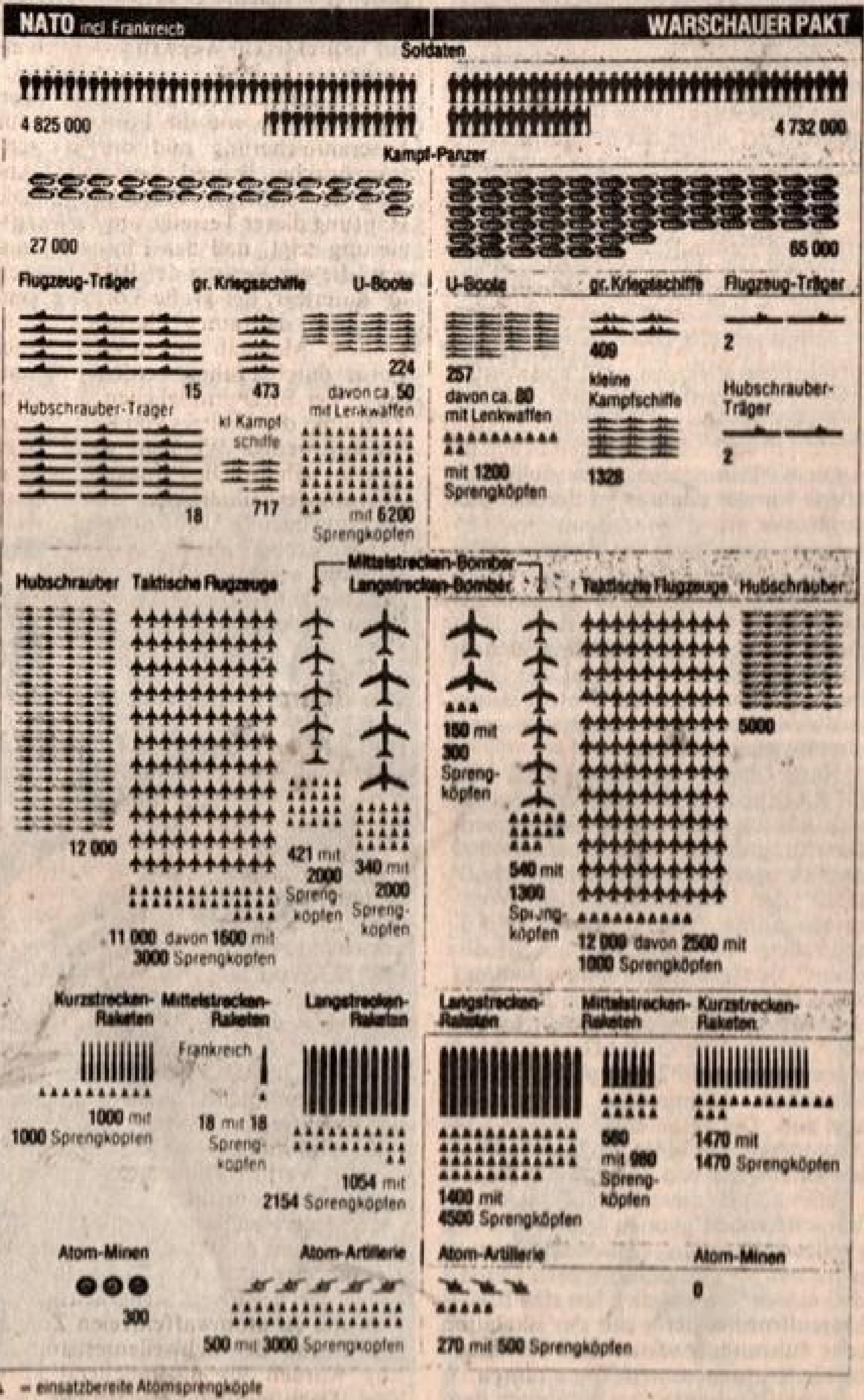
Eine große Gefahr ist die Forschung u.a. der Urenco nach Laser-Anreicherung, gefördert vom Bundesforschungsministerium seit 1971 (Atomwirtschaft (atw), Dezember 1984). Urenco-Direktor Inglis will, daß auch in Europa die Laser-Forschung staatlich untersützt wird, wie derzeit bereits in den USA (Nuclear Europe, Mai 1985). Die Forschung soll dann nicht von jedem Land getrennt, sondern von den westeuropäischen Ländern gemeinsam unternommen werden. Mit dieser Laser-Anreicherung hängen viele Proliferationsprobleme zusammen. Erstens kann in einem Schritt eine sehr hohe Anreicherung erreicht werden. Zweitens ist dieser Prozeß schon in Laboratorien durchzuführen und kann von daher nur sehr schwer entdeckt werden. Drittens ist die Laser-Anreicherung besonders für Plutonium geeignet. Man kann mit diesem Verfahren in einem Schritt aus verunreinigtem Reaktorplutonium superreines Waffenplutonium herstellen. Darüberhinaus ist die Laser-Anreicherung für mehrfache Verwendung des in einer WAA abgetrennten Urans und Plutoniums absolut notwendig. Denn ohne dieses Verfahren kann das aufbereitete Uran und Plutonium wegen der Anhäufung unerwünschter Isotopen nur ein einziges Mal rezykliert werden (BMFT-Seminar, 14.10.1981). Eine nur einmalige Uranrezyklierung bringt aber nur eine Uranersparnis von maximal 15%, was die Mehrkosten der WAA bei weitem nicht wettmacht. Die Extrakosten der Wiederaufarbeitung betragen mindestens 100 Millionen DM pro Jahr pro 1000-Mega-Watt-Reaktor (WISE, 1.2.1985). Ohne Laser-Anreicherung ist die WAA Wackersdorf also völlig unwirtschaftlich.

Es ist immer dasselbe bei Atomenergie und Atomwaffen: Der eine Schritt bringt den zweiten und dritten mit sich, ohne daß das zuvor gesagt wird. Schon jetzt ist die Urenco-Anlage bei Gronau speziell so gebaut worden, daß wiederaufgearbeitetes Uran angereichert werden kann. Dafür ist es durch Nukem speziell mit Dekontaminationsanlagen ausgestattet (BMFT, 14.10.1981). Und das ist nicht umsonst: Das wiederaufgearbeitete Uran enthält u.a. Plutonium, Neptunium und Americium-Fluoride, die sich an der Innenseite der Röhren und Behälter niederschlagen und dort akkumulieren. Auch Spaltprodukte wie Ruthenium und Technecium, die starke Betastrahlung abgeben, sind da. Es können Probleme auftreten bei der Einhaltung der Emissionswerte über die Abluft. Die Arbeiter seien gewarnt. Sind sie es wirklich? Dieses Jahr beginnt die Anlage zu arbeiten ...

Zum Schluß: Urenco. Dank riesiger Staatssubventionen von England, den Niederlanden und der Bundesrepublik ist es Urenco jetzt gelungen, den USA und Frankreich gegenüber konkurrenzfähig zu werden. Der UTA-Preis in den USA ist jetzt 20 Dollar höher als der UTA-Preis von Urenco. Urenco versorgt heute 35% des deutschen UTA-Marktes. 1982 waren es Null Prozent, 1990 sollen es 65% sein. Für die heutigen Verträge muß Urenco bis 1990 eine Kapazität von 3 Millionen UTA haben, gegenüber den derzeitigen 1,4 Millionen UTA. Dabei trägt Urenco zu der enormen Überkapazität von Anreicherungsanlagen bei, die weltweit mehr als zweimal größer ist als eigentlich notwendig. Um bei dieser harten Konkurrenz mithalten zu können, werden bei zukünftigen Verträgen die Vorbehalte gegen die Proliferation immer mehr unter den Tisch fallen.

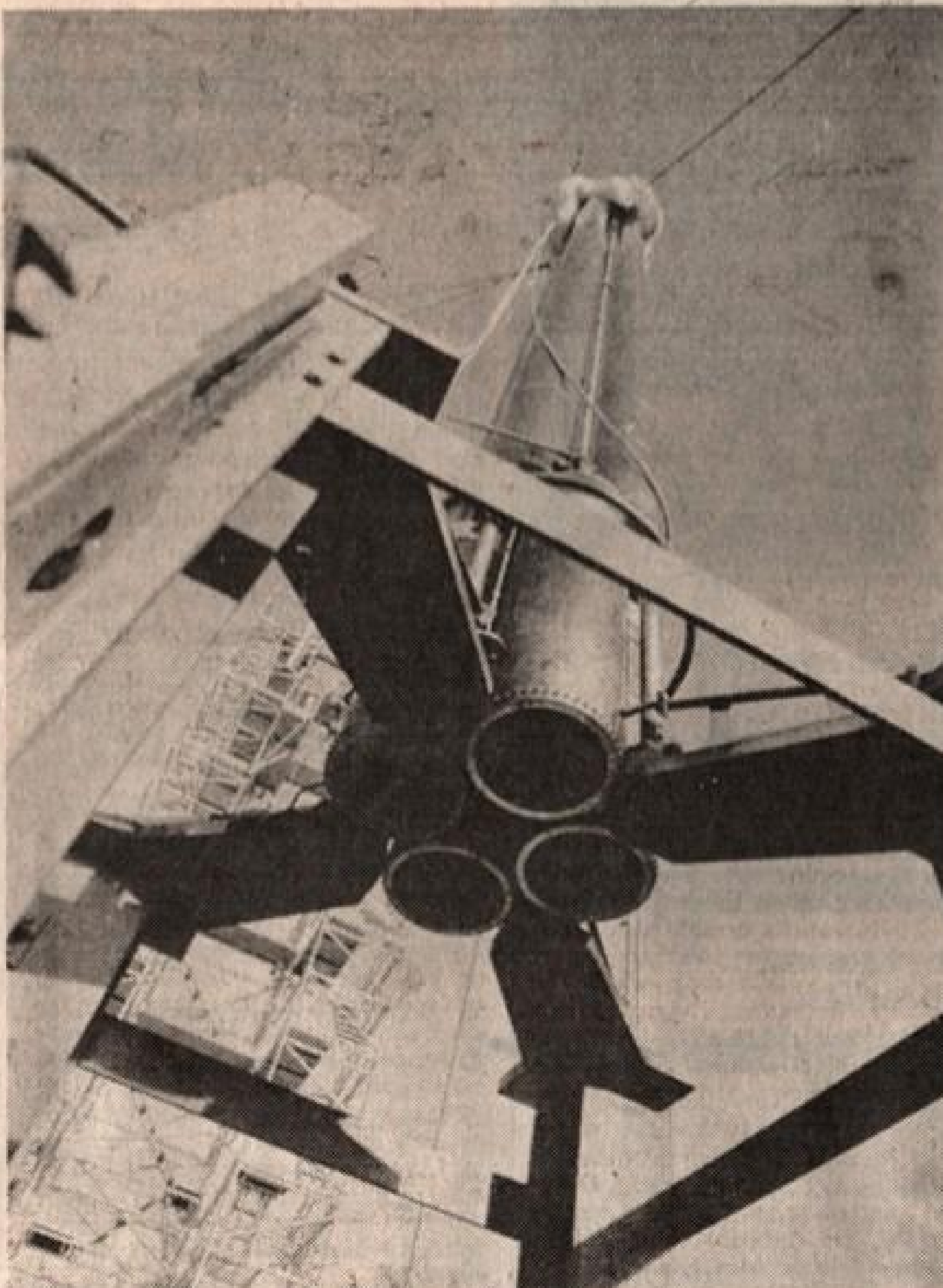
Red. bearb. Fassg.

Das Arsenal des Schreckens



Deutsche (Atom) Raketen — der Bau beginnt!

Jürgen Elsässer



,,Deutschlands Peenemünde in Afrika'' — so bejubelte die rechtsradikale ,,Nationalzeitung'' am 26. Januar 1979 die ersten erfolgreichen Starts bundesdeutscher Cruise Missiles vom Boden Zaires aus. Der federführenden Firma OTRAG sei es endlich gelungen, so die ,,Nationalzeitung'' weiter, ,,Raketen herzustellen, mit denen sich auch finanzschwache Staaten gegen rote Aggressoren zur Wehr setzen könnten''.

Tarnfirma OTRAG

Was war der Grund für die Begeisterung der ,,Nationalzeitung''? Mitte der 70er Jahre hatte ein gewisser Lutz Kayser, der früher intensiv mit dem Nazi-Raketenpionier Sänger zusammengearbeitet hatte, in Baden-Württemberg eine kleine Firma namens OTRAG gegründet. Schlagartig wurden Kayser und seine Firma bekannt, als die Firma OTRAG mit dem Staat Zaire Mitte der 70er einen Pachtvertrag über ein Raketentestgelände abschloß, das mit 100.000 qkm so groß ist wie Baden-Württemberg und Bayern zusammen. Vertraglich festgeschrieben waren außerordentlich großzügige Rechte für die OTRAG: sie durfte eigene bewaffnete Wachmannschaften unterhalten, ihre Mitarbeiter genossen volle diplomatische Immunität, sie hatte in ihrem Pachtgebiet die uneingeschränkte Möglichkeit zum Uranabbau, zur Umsiedlung sämtlicher Ureinwohner und zum Abtragen beispielsweise ganzer Bergzüge erhalten. Kurz: Das Ganze war ein Kolonialvertrag wie zu Zeiten, wo Deutschland sich den Platz an der Sonne noch mit Gelbkreuzgranaten erobern hatte wollen.

In Zaire ging es aber nicht um Gelbkreuz, sondern um Raketen. Nach OTRAG-Angaben handelt es sich um Geschosse mit einer Reichweite von bis zu 1000 km, für selbstverständlich rein zivile Zwecke. Aber nach Erkenntnissen eines ehemaligen Korrespondenten der ,,New York Times'' testete die OTRAG in Zaire Cruise Missiles, und zwar im Auftrag von bundesdeutschen Rüstungskonzernen wie Messerschmidt-Bölkow-Blohm und Dornier. Die Vorwürfe wurden erhärtet durch den Nachbarstaat Angola, der sich von den Entwicklungen existentiell bedroht fühlte, und von der zairischen Befreiungsbewegung, die die OTRAG als ,,Befehlsempfänger der NATO'' bezeichnete.

Trotz internationaler Proteste gingen die OTRAG-Arbeiten in Zaire dann noch bis 1979 weiter. Die Bundesregierung, die die ominöse Firma bis dahin mit über 10 Millionen DM gefördert hatte, verhängte daraufhin — quasi zur Beruhigung für die Weltöffentlichkeit — ein Ausfuhrverbot für OTRAG-Teile.

1980 kam es dann zu einem weiteren Vertragsabschluß mit Sausi-Arabien, dem sogenannten ,,Plan Delta''. Unter diesem Titel wollte der Feudalstaat etwa 2.000 Raketenstellungen errichten, zwei Drittel davon als mobile oder unterirdische Basen, den Rest in Bergstollen als Reserve. Auftragsnehmer war wiederum die Firma OTRAG, aller-

Trotz internationaler Proteste gingen die OTRAG-Arbeiten in Zaire dann noch bis 1979 weiter. Die Bundesregierung, die die ominöse Firma bis dahin mit über 10 Millionen DM gefördert hatte, verhängte daraufhin — quasi zur Beruhigung für die Weltöffentlichkeit — ein Ausfuhrverbot für OTRAG-Teile.

1980 kam es dann zu einem weiteren Vertragsabschluß mit Sausi-Arabien, dem sogenannten ,,Plan Delta''. Unter diesem Titel wollte der Feudalstaat etwa 2.000 Raketenstellungen errichten, zwei Drittel davon als mobile oder unterirdische Basen, den Rest in Bergstollen als Reserve. Auftragsnehmer war wiederum die Firma OTRAG, aller-

dings im Verbund mit einigen anderen Firmen. Die wichtigste davon war der Rüstungskonzern Diehl. (Diehl ist ein Duz-Freund von F.J. Strauß, er ist ebenfalls Besitzer der baden-württembergischen Munitionsfabriken Heckler & Koch und Mauser.)

Diehl hatte zugesagt, die Gefechtsköpfe für die Raketen zu liefern. Unterhändler für die westdeutschen Firmen in Riad war der General a.D. Wust, der wenige Monate zuvor noch Generalinspekteur der Bundeswehr gewesen war. Daß auch aus dem ,,Plan Delta'' nichts wurde, ist übrigens dem Umstand zuzuschreiben, daß der israelische Geheimdienst das Projekt ausgespäht und seine Realisierung somit wertlos gemacht hatte.

Nach dieser Geschichte hat die OTRAG hoch und heilig versprochen, sich künftig nur noch zivilen Höhenforschungsraketen zu widmen. Seither darf sie sogar den offiziellen Abschußplatz der Westeuropäischen Weltraumbehörde ESA in Kiruna (Nordschweden) benutzen. Ihre ,,friedlichen'' Versicherungen sind allerdings keine Pfifferling wert: Nach Berichten der wehrtechnischen Zeitung ,,Interavia'' arbeitet die OTRAG nämlich an einer Rakete 3-6 P2, die mit der amerikanischen Mimiteman vergleichbar sein soll. Die Minuteman ist eine US-Atomrakete mit einer interkontinentalen Reichweite von über 10.000 km ...

Man könnte diese Firma OTRAG in Vergewssenheit geraten lassen und als größenwahnsinnig ansehen, wenn nicht sehr viel darauf hinweisen würde, daß es sich hier lediglich um eine Briefkastenfirma handelt, mit der süddeutsche Rüstungskonzerne und der Staat heikle Rüstungsunternehmen tarnen.

Indiz Nummer 1: Während das Grundkapital der OTRAG weiterhin lächerliche 1 Mio. DM beträgt, belaufen sich die Zuwendungen anonymer Großfinanziers (sogenannte atypische stille Gesellschafter) auf mittlerweile 173 Mió. DM. Aber auch diese Summe deckt nur zu 30-50% das derzeitige Betriebskapital. Der Rest wird offenbar ohne große Schwierigkeiten durch Banken und Finanzinstitute abgedeckt, schreibt ,,Interavia''.

Indiz Nummer 2: Die Bundesregierung hat 1983 90% der Startkosten für die OTRAG getragen.

Indiz Nummer 3: Nach Journalistenberichten ,,sind erstaunlich wenig feste Angestellte in der OTRAG-Zentrale beschäftigt. Sämtliche Fertigungsarbeiten werden nach außen vergeben.'' Nach außen, d.h. die OTRAG-Raketen werden von anderen Firmen angefertigt, und da fällt der Blick natürlich zwangsläufig auf die klassischen Raketenfirmen in Süddeutschland, auf Dornier und MBB.

Indiz Nummer 4: Großen Anteil an den jüngsten Entwicklungen der OTRAG hat auch eine staatliche Forschungseinrichtung, die DFVLR, die Deutsche Forschungs- und Versuchseinrichtung für Luft- und Raumfahrt. Sie hat die Raketenstarts in Kiruna überwacht, und auf ihrem Testgelände im Kreis Heilbronn, in Lampoldshau-

berichten ,,sind erstaunlich wenig feste Angestellte in der OTRAG-Zentrale beschäftigt. Sämtliche Fertigungsarbeiten werden nach außen vergeben.'' Nach außen, d.h. die OTRAG-Raketen werden von anderen Firmen angefertigt, und da fällt der Blick natürlich zwangsläufig auf die klassischen Raketenfirmen in Süddeutschland, auf Dornier und MBB.

Indiz Nummer 4: Großen Anteil an den jüngsten Entwicklungen der OTRAG hat auch eine staatliche Forschungseinrichtung, die DFVLR, die Deutsche Forschungs- und Versuchseinrichtung für Luft- und Raumfahrt. Sie hat die Raketenstarts in Kiruna überwacht, und auf ihrem Testgelände im Kreis Heilbronn, in Lampoldshau-

sen, sind die Triebwerke der OTRAG probegelaufen.



Raketenbauer Kayser (OTRAG)

Staatliche Unternehmen der BRD

Nach den seltsamen Aktivitäten der angeblichen Privatfirma OTRAG möchte ich mich jetzt nämlich den ganz legalen und hochoffiziellen staatlichen Unternehmungen der Bundesrepublik Deutschland im Bereich der Raketenforschung zuwenden. Hierbei stoßen wir auf die eben als OTRAG-Unterstützerin schon genannte DFVLR. Diese staatliche Großforschungseinrichtung hat 13 bundesweit verteilte Institute, die sich ganz unterschiedlichen Bereichen widmen. Die baden-württembergischen Filialen der DFVLR haben ihren Schwerpunkt im Bereich der Raketenantriebe, und das eben schon erwähnte Raketengelände in Lampoldshausen, ist einzigartig in der BRD, sodaß praktisch sämtliche Entwicklungen, bis hin zur Weltraumrakete Ariane, dort durchgetestet werden.

Die DFVLR arbeitet nicht nur mit der OTRAG zusammen, sondern betreibt auch, in Absprache mit der Elite der Militärkonzerne eine eigenartige Flugkörperentwicklung. So läuft in den schwäbischen Instituten der DFVLR schon seit 1980 ein Forschungsprogramm unter dem Titel ,,Marschflugkörper großer Transportleistungen'', bei dem Triebwerkseinläufe bis zur 2 1/2-fachen Schallge-

eben schon erwähnte Raketengelände in Lampoldshausen, ist einzigartig in der BRD, sodaß praktisch sämtliche Entwicklungen, bis hin zur Weltraumrakete Ariane, dort durchgetestet werden.

Die DFVLR arbeitet nicht nur mit der OTRAG zusammen, sondern betreibt auch, in Absprache mit der Elite der Militärkonzerne eine eigenartige Flugkörperentwicklung. So läuft in den schwäbischen Instituten der DFVLR schon seit 1980 ein Forschungsprogramm unter dem Titel ,,Marschflugkörper großer Transportleistungen'', bei dem Triebwerkseinläufe bis zur 2 1/2-fachen Schallge-

schwindigkeit untersucht werden. Die derzeitigen US-Marschflugkörper, die auch im Hunsrück stationiert werden sollen, fliegen lediglich 800 km/h schnell. Einzelne Geschosse könnten deshalb zumindest von der Luftabwehr abgeschossen werden. Bei mehrfach überschallschnellen Geschossen würde diese Möglichkeit wegfallen, es ist die perfekt Waffe für einen Überraschungsschlag.

Nicht weniger verdächtig ist die DFVLR-Raketenkooperation mit nuklearen Schwellenmächten wie z.B. Brasilien. So schrieb die Zeitung ,,Estado de Sao Paolo'' am 9.12.83, daß Brasilien bereits 1990 über Atomwaffen samt Trägerraketen verfügen werde. Diese sollen aus dem sog. ,,SONDA''-Programm entwickelt werden, einem Vorhaben für ,,zivile Höhenforschungsraketen'', an dem seitens der brasilianischen Regierung bezeichnenderweise eine Militärbehörde, die CTA, beteiligt ist, und von bundesdeutscher Seite die DFVLR, das Max-Planck-Institut für extraterrestrische Physik und die Firma MBB.

Alle diese Entwicklungen laufen schon seit Jahren. Im letzten Jahr jedoch haben sie eine neue Qualität erhalten: zu der bisher betriebenen staatlichen Forschung kommt jetzt die Produktion weitreichender Raketenwaffen in der Bundesrepublik selbst. Bis vor knapp einem Jahr war das nämlich nicht möglich. Bis Oktober 1984 durften in der BRD keine Geschosse mit einer Reichweite von über 70 km produziert werden. Dies war eine der WEU-Rüstungsauflagen, die die westeuropä-

bezeichnenderweise eine Militärbehörde, die CTA, beteiligt ist, und von bundesdeutscher Seite die DFVLR, das Max-Planck-Institut für extraterrestrische Physik und die Firma MBB.

Alle diese Entwicklungen laufen schon seit Jahren. Im letzten Jahr jedoch haben sie eine neue Qualität erhalten: zu der bisher betriebenen staatlichen Forschung kommt jetzt die Produktion weitreichender Raketenwaffen in der Bundesrepublik selbst. Bis vor knapp einem Jahr war das nämlich nicht möglich. Bis Oktober 1984 durften in der BRD keine Geschosse mit einer Reichweite von über 70 km produziert werden. Dies war eine der WEU-Rüstungsauflagen, die die westeuropä-

ischen Nachbarstaaten nach dem 2. Weltkrieg erlassen hatten aufgrund der furchtbaren Erfahrungen mit dem deutschen Imperialismus. Nie wieder sollte Deutschland ,,Wunderwaffen'' produzieren können, insbesondere nukleare Trägerwaffen sollten niemals in deutsche Verfügungsgewalt kommen.

Diese Vorschrift schränkte dankenswerterweise westdeutsche Raketenambitionen stark ein, zumindest direkt auf deutschem Boden. Daß natürlich in Zaire und Saudi-Arabien durchaus solche Versuche deutscher Firmen gelaufen sind, habe ich schon aufgezeigt.

Als im Juni dieses Jahres bekannt wurde, daß die Bundesregierung auf eine Aufhebung dieser Bestimmungen drängen wollte, hat die UdSSR sofort eine scharfe Protestnote veröffentlicht und die BRD vor der Produktion weitreichender Angriffswaffen gewarnt. Die Bundesregierung hat scheinheilig eine solche Absicht dementiert und darauf verwiesen, daß die Aufhebung dieser ,,diskriminierenden Rüstungsbeschränkungen'' keinen konkreten Hintergrund habe, also nur so etwas wie eine juristische Selbstbefriedigung sei.

Es liegen hingegen ganz klare Beweise vor, daß in der BRD von den größten Waffenschmieden unübersehbar an solchen weitreichenden Raketenwaffen gearbeitet wird. Dies geschieht nicht nur unter den Augen der angeblich unwissenden Statsorgane, sondern wird von diesen auch noch subventioniert. Schwerpunkte dieser Produktionen in Baden-Württemberg und Bayern sind die Firmen Dornier und Messerschmitt-Bölkow-Blohm.

— Da haben wir z.B. den *Seezielflugkörper ANS*, eine Gemeinschaftsproduktion von MBB und Aerospatiale. Diese Weiterentwicklung der EXOCET stellt ihre Vorläuferin, wir kennen ihre schreckliche Wirkung ja aus dem Falkland-Krieg, in zweierlei Hinsich in den Schatten: Sie ist mit 2,5 Mach mehr als dreimal so schnell, und sie hat — nach Werksangaben — mit 200 km etwa die dreifache Reichweite. Mit dieser Neuentwicklung, die nach dem Fall der WEU-Beschränkungen erst möglich wurde, kann man also nicht nur das blutige Spielchen ,,Schiffe versenken'' betreiben, sondern auch von hoher See aus Ziele tief im Landesinnern vernichten.

— Oder nehmen wir die *AMRAAM-Rakete*, eine Rakete für mittlere Entfernungen, die an den TORNADO angehängt werden soll, von der die Luftwaffe ab 1993 sage und schreibe 3.300 Stück anschaffen möchte. An der Produktion nehmen teil: MBB und Bodenseegerätetechnik.

— Das stärkste Stück im deutschen Stall jedoch wird der Marschflugkörper vom Typ *LR-SOM (Long Range Stand Off Missile)* sein. Eine deutsch-britisch-amerikansche Co-Produktion, um die die Firmen MBB und Dornier konkurrieren. Das besondere an diesem Marschflugkörper, der ebenfalls vom TORNADO aus abgeschossen werden soll, ist seine Reichweite. Die wehrtechnische Zeitschrift ,,Interavia'' schreibt dazu: ,,Die Reichweite wurde auf maximal 600 km begrenzt, um nicht unter die Beschränkungen der SALT-Vereinbarungen zu fallen.'' Im Klartext: die 600 km sind eine Art diplomatischer Beschränkung, die nicht die Obergrenze des ,,technisch Machbaren'' angibt. Zusammen mit der Eindringtiefe des TORNADOS können so also Ziele im Herzen der Sowjetunion angegriffen werden. Die Anschaffung soll 1992 beginnen, vorgesehen sind 500 Stück dieser Cruise Missiles. Dagegen nehmen sich die 96 Marschflugkörper, die die USA im Hunsrück stationieren wollen, schon fast mickrig aus. Wir sind halt wieder wer — auch im Raketenbau.

Schon heute verfügt die Bundeswehr über 1.500 atomar verwendete oder jederzeit atomar verwendbare Trägerwaffensysteme, davon allerdings ,,nur'' knapp 500 Raketen. Bis zur zweiten Hälfte der 90er Jahre, bis zu dem Zeitraum also, wo auch Wackersdorf serienmäßig Atombomben liefern könnte, wird sich das dramatisch verändern: Statt über knapp 500 atomar verwendbarer Raketen wird die Bundeswehr dann über etwa 4.000 dieser Raketen verfügen, und zwar großenteils aus eigener Fertigung. Nicht mitgerechnet sind hier reine Forschungsvorhaben wie die DFVLR, oder undurchsichtige Optionen wie die Interkontinentalrakete der Firma OTRAG. Diese Waffen sind übrigens auch dann von fürchterlicher Wirksamkeit, wenn sie nicht atomar, sondern nur — wie bislang offiziell proklamiert — konventionell bestückt werden. Die dritte Generation von konventionellen Waffen mit intelligenten Geschossen, die sich selber ihre Ziele suchen, soll — so eine Studie von Minister Wörner — ,,in Dimensionen vordringen, die bis-

verwendbarer Raketen wird die Bundeswehr dann über etwa 4.000 dieser Raketen verfügen, und zwar großenteils aus eigener Fertigung. Nicht mitgerechnet sind hier reine Forschungsvorhaben wie die DFVLR, oder undurchsichtige Optionen wie die Interkontinentalrakete der Firma OTRAG. Diese Waffen sind übrigens auch dann von fürchterlicher Wirksamkeit, wenn sie nicht atomar, sondern nur — wie bislang offiziell proklamiert — konventionell bestückt werden. Die dritte Generation von konventionellen Waffen mit intelligenten Geschossen, die sich selber ihre Ziele suchen, soll — so eine Studie von Minister Wörner — ,,in Dimensionen vordringen, die bis-

her Nuklearwaffen vorbehalten waren.''

Aus dieser Entwicklung sind zwei Schlußfolgerungen zu ziehen:

1. Die Bundesrepublik ist nicht nur atomares Schlachtfeld und atomare Abschußrampe, sondern auch atomare Waffenschmiede. Unsere Kritik und Aktionen müssen dem Rechnung tragen und nicht nur in Mutlangen und Heilbronn und im Hunsrück ansetzen, sondern auch bei MBB in München, bei Daimler-Benz in Stuttgart und der Daimler-Benz-Tochter Dornier am Bodensee.

2. Der Bundesrepublik müssen keine Waffen aufgenötigt werden, sie baut sie selber. Die BRD ist nicht Biedermann, sondern Brandstifter. 40 Jahre nach der V 1 und V2 wird das deutsche Militär bald über Raketenwaffen verfügen, die die Todesbringer aus Peenemünde weit in den Schatten stellen. 40 Jahre nach der V1 und V2 wird die Wirkung der deutschen Raketenwaffen dadurch verfielfacht werden, daß sie mit dem Potential der NATO-Verbündeten gekoppelt und allesamt nur in eine Richtung gerichtet sind: nach Osten! 40 Jahre nach V1 und V2 werden sich an der Spitze deutscher Raketen Atomsprengköpfe befinden — zumindest aus US-amerikanischer, vieleicht aber auch bald aus eigener Herstellung.

Hat 40 Jahre nach der V1 und V2 diese deutsche Bevölkerung genug demokratisches und pazifistische Substanz gewonnen, um ein neues Peenemünde und einen neuen Holocaust von weit schrecklicheren Ausmaßen zu verhindern?

(Red. bearbeitete Fassung)



Niederlande:

Sechseinhalb Jahre Raketenstationierung

— Eine Chronologie —

Im November dieses Jahres will die niederländische Regierung die Stationierung der 48 für die Niederlande vorgesehenen Cruise Missiles endgültig beschließen. Das Komitee ,,Cruise Missiles Nein'' (KKN) führt seit Anfang September eine Volkspetition durch, mit der Regierung und Parlament noch umgestimmt werden sollen. Der Widerstand gegen die Stationierung im Ursprungsland der *Hollanditis* dauert nun schon sechseinhalb Jahre an. Im folgenden stellen wir die wichtigsten Stationen dieses Kampfes noch einmal kurz dar. In einer der nächsten Ausgaben des AK werden wir über Verlauf und Ergebnis der Volkspetition berichten.

— Im **Frühjahr 1979** wird die in der NATO diskutierte Raketen,,modernisierung'' der niederländischen *Öffentlichkeit* bekannt. Es erscheinen Aufrufe und Zeitungsanzeigen gegen die NATO-Pläne, es gibt Unterschriftensammlungen und lokale oder regionale Demonstrationen.

— Unter maßgeblicher Beteiligung der zu diesem Zeitpunkt oppositionellen sozialdemokratischen Partei findet am **24. November 1979** in Utrecht die erste große nationale *Demonstration* gegen die Raketenstationierung statt. Das zentrale Motto lautet: *Keine neuen Atomwaffen — Verhandeln Ja — Modernisieren Nein!* Rund 25.000 Menschen nehmen an der Demo teil. (1)

— Am **9. Dezember 1979** demonstrieren über *30.000 Menschen* (darunter viele Niederländer) in Brüssel gegen die Stationierung. (2)

— Drei Tage vorher hat — dank der Unterstützung durch zehn christdemokratische Abgeordnete — die Mehrheit des niederländischen Parlaments sich (mit 76:69 Stimmen) in einem von den Sozialdemokraten eingebrachten Antrag gegen Produktion und Stationierung von Cruise Missiles und Pershing-II-Raketen ausgesprochen.

Die christdemokratisch-rechtsliberale *Regierung* stimmt während der NATO-Tagung am **12. Dezember 1979** in Brüssel dennoch dem ,,Doppelbeschluß'' zu. Allerdings macht sie einen *Vorbehalt* bezüglich der Stationierung im eigenen Land. Die Entscheidung darüber soll im Herbst 1981 getroffen

schluß'' zu. Allerdings macht sie einen *Vorbehalt* bezüglich der Stationierung im eigenen Land. Die Entscheidung darüber soll im Herbst 1981 getroffen

werden.

Genau eine Woche später (also am 19. Dezember) muß die Regierung ihre Haltung im Parlament verantworten. Nach einer tumultösen Debatte ziehen die christdemokratischen ,,Dissidenten'' den Schwanz ein. Sie nehmen die Erklärung der Regierung, in Brüssel das *bestmögliche Ergebnis* erzielt zu haben, hin und verhindern deren Sturz. (3)

— Durch die *Parlamentswahlen* vom **Mai 1981** verliert die ,,Mitte-Rechts''-Koalition ihre Mehrheit und es kommt zu einer ,,Mitte-Links''-Koalition (unter Beteiligung der Christdemokraten, der Sozialdemokraten und der Liberalen). In der strittigen Stationierungsfrage hat man sich auf eine erneute Verschiebung der Entscheidung (vom Herbst 1983) geeinigt. Dieser Kompromiß wird von Kommentatoren als *Zeitbombe unter der Koalition* bezeichnet. (4)

— Der niederländische Interkirchliche Friedensrat (IKV) hat die erste große Bonner Friedensdemonstration (10. Oktober 1981) wesentlich mitinitiiert. Er ist auch der Hauptorganisator der *Amsterdamer Anti-,,Nachrüstungs''-Demonstration* vom **21. November 1981.** Diese wird mit 400.000 Teilnehmer/inn/n nicht nur die bis dahin größte Manifestation der niederländischen Geschichte, sondern auch im internationalen Maßstab die bis dahin absolut (und erst recht relativ) größte der ,,neuen Friedensbewegung''. (5)

— Die weitverbreitete — zum Teil künstlich hochgeputschte — Erwartung, die Amsterdamer Demonstration würde die gerade angetretene ,,Mitte-Links''-Regierung zu einem klaren Nein gegen die Stationierung bewegen, erweist sich mit der erneuten Verschiebung der Entscheidung als Illusion. Dies führt zu Enttäuschung, Verwirrung, Ratlosigkeit (,,Was können wir denn noch tun, um die Stationierung zu verhindern?'') und in der Folge zu einer — zumindest zeitweisen — *Lähmung* des größten Teils der Bewegung.

Die IKV-Spitze bemüht sich mittlerweile mehr um die Eindämmung der *Hollanditis* als um ihre weitere Verbreitung. Radikalere Initiativen (oder solche, die dafür gehalten werden) werden von ihr boykottiert und teilweise regelrecht abgewürgt. (6)



— Am **12. Mai 1982,** acht Monate nach ihrem offiziellen Amtsantritt, *platzt* die *Regierungskoalition*. Die sozialdemokratischen Minister nehmen den Hut. Die verbleibende christdemokratisch-liberale Minderheitsregierung schreibt für September 1982 Neuwahlen aus und bewegt sich in der Zwischenzeit *Milimeter für Milimeter in Richtung Akzeptierung der Cruise Missiles,* wie der IKV schreibt. (7)

— Die *Neuwahlen* am **8. September 1982** bringen — obwohl die ,,Nachrüstung'' neben der ,,Bekämpfung'' der Arbeitslosigkeit zentrales Wahlkampf-Thema ist und diversen Umfragen zufolge über 50% der Niederländer gegen die Stationierung sind — eine klare Mehrheit für die ,,Nachrüstungs''-Befürworter. Christdemokraten und Rechtsliberale bekommen zusammen

die Stationierung sind — eine klare Mehrheit für die ,,Nachrüstungs''-Befürworter. Christdemokraten und Rechtsliberale bekommen zusammen

81 der 150 Parlamentssitze und werden sich in den Koalitionsverhandlungen schnell einig. (8)

— Am **27. Juni 1983** weist die Regierung die Luftwaffenbasis Woensdrecht an als Stationierungsort der für die Niederlande vorgesehenen Cruise Missiles. Es wird betont, die Bestimmung des Stationierungsortes sei ein rein *technischer Beschluß*. Die Stationierungsfrage sei (damit) politisch noch keineswegs entschieden. Neben zahlreichen anderen verurteilt auch der Woensdrechter Gemeinderat die Regierungsmaßnahme. (9)

— Anfang **September 1983** wird in Woensdrecht das *Friedensaktionslager* gegründet. Das Lager dient als permanente Basis für zahlreiche, meist kleinere, direkte Aktionen gegen die Stationierungsvorbereitungen und wird im Verlauf der folgenden zwei Jahre dutzende Male von der Polizei geräumt.

— Am **29. Oktober 1983** findet eine erneute nationale *Großdemonstration* gegen die Stationierung, diesmal in der Regierungsstadt *Den Haag*, statt. Mit 550.000 Teilnehmer/inne/n wird sie tatsächlich noch größer als die Amsterdamer zwei Jahre zuvor. Dennoch ist die Stimmung weniger begeistert und kämpferisch, die Ausstrahlungskraft ist geringer.

Während der Sprecher der sozialdemokratischen Partei der Arbeit (PvdA) in Amsterdam 1981 ein ohrenbetäubendes Pfeifkonzert über sich ergehen lassen mußte, wird dem PvdA-Sprecher in Den Haag (notabene Fraktionschef und Ex-Ministerpräsident Joop den Uyl himself, der sich im Wahlkampf von 1981 noch den Namen *Joop Atoom* eingehandelt hatte) begeistert zugejubelt.

Die Versuche des IKV-Chefs Mient Jan Faber in geheimen Verhandlungen und durch taktische Winkelzüge die christdemokratische Partei zur Demonstrations-Teilnahme zu bewegen, waren bereits im März 1983 gescheitert. (10)

— Die *Beschlußfassung* der Regierung wird (offiziell aus formal-technischen Gründen) zum dritten Mal *verschoben*, diesmal auf Juni 1984.

— Im **April 1984** sorgt das Auffliegen eines Geheimdienst-Agenten amerikanischer Nationalität (Deckname: John Paul Gardiner) im Woensdrechter Friedensaktionslager in dem Lager selbst und in der niederländischen Öffentlichkeit für Aufregung. Auch nach der Parlamentsdebatte über die Affäre



bleibt unklar, ob der *Agent provocateur* nur für den niederländischen Verfassungsschutz (BVD) oder auch im Auftrag eines US-amerikanischen Geheimdienstes arbeitete.

— Anfang **Mai 1984** findet eine *Aktionswoche* gegen die Stationierung statt mit mehreren tausend lokalen oder regionalen Aktionen, Demonstrationen und Veranstaltungen im ganzen Land. 900.000 Beschäftigte unterbrechen für fünfzehn Minuten ihre Arbeit. 35.000 Schüler streiken einen Tag lang.

beit. 35.000 Schüler streiken einen Tag lang.

— Am **27. Mai 1984** beteiligen sich 2.000 Kradfahrer an einem *Motorrad-Kreuzzug gegen den Rüstungswettlauf* nach Woensdrecht. Vier Tage später umzingelt *das größte Orchester aller Zeiten* (10.000 Musiker) die Luftwaffenbasis. (13)

— Nach diversen hohen Besuchen aus und in Washington, Bonn und Paris gibt die niederländische Regierung am **1. Juni 1984** ihren *Beschluß* in Sachen Raketenstationierung der Öffentlichkeit bekannt: Falls die Sowjetunion am 1. November 1985 mehr SS-20-Raketen stationiert hat als am 1. Juni 1984 (angeblich 378 Stück) und es bis dahin kein anderslautendes Rüstungsbegrenzungsabkommen zwischen den USA und der UdSSR gibt, sollen 1988 (das heißt zwei Jahre später als von der NATO vorgesehen) die 48 Cruise Missiles in Woensdrecht stationiert werden. (14)

— Der Kampagnenrat des *IKV*, die *PvdA* und das *Komitee ,,Cruise Missiles Nein''* (KKN), dem eine Reihe von Friedensorganisationen, politischen Parteien und Gewerkschaften angehören, *lehnen den Regierungsbeschluß ab.* IKV-Sekretär Mient Jan Faber betont, der Beschluß habe auch positive Aspekte. Er sei noch nicht endgültig und bedeute Zeitgewinn für die Friedensbewegung.

— Am 1., 2. und 3. **Juni 1984** *blockieren* — trotz Distanzierung des IKV — *5.000 Menschen* die vierzehn Eingänge der Basis in *Woensdrecht*. Die Polizei knüppelt diverse Male Blockade-Gruppen auseinander. Nachts gibt es Angriffe und Brandstiftungen gegen die Umzäunung der Basis, die neben der Basis gelegene Rüstungsfabrik Fokker und Bullen-Autos. An der Abschlußdemonstration beteiligen sich 10.000 Menschen. (15)

— Anfang/Mitte **Juni 1984** finden in verschiedenen größeren Städten *Blockade- und Besetzungsaktionen* aus Wut über den Regierungsbeschluß statt. In Amsterdam beteiligen sich 3.000 Leute an einer von autonomen Kräften organisierten Demonstration; das Parteibüro der rechtsliberalen Regierungspartei VVD wird ausgeräumt. (16)

— Am **13. Juni 1984** *umzingeln mehrere tausend Menschen* das *Parlamentsgebäude* in Den Haag, während der Regierungsbeschluß debattiert wird. Am Abend kommt es zu Scharmützeln mit der Polizei. (17)

— Die *Parlamentsdebatte* zieht sich zwar bis tief in die Nacht hinein, verläuft aber relativ friedlich. Es gelingt der Regierung recht problemlos, ihr bedingtes Ja zur Stationierung durchzubringen. Zwar begrüßen nur 71 Volksvertreter aus dem Regierungslager den Beschluß ausdrücklich. Da die Ablehnung der übrigen 79 jedoch unterschiedlich motiviert (es gibt auch Kritik von rechts) und zudem verschieden stark ist, bekommt der erfolgreichste (von den Liberalen eingebrachte) Gegenantrag, der die Stationierungsfrage bis zum November 1985 offen lassen und nicht ausschließlich von der Haltung der Sowjetunion abhängig machen will, auch nur 71 Stimmen (bei 79 Gegenstimmen). (18)

— Am **18. Juni 1984** überrascht der prominenteste Führer der Friedensbewegung, *Mient Jan Faber*, Freund und Feind mit einer realpolitichen Polemik gegen die PvdA und der Mitteilung, er sei — auf der Basis eines Abrüstungsabkommens — bereit, eine *zeitlich begrenzte Stationierung* von *ein paar* Cruise Missiles in den Niederlanden zu *akzeptieren*. Der PvdA — die Faber mit Blick auf die Parlamentswahlen im Mai 1986 offensichtlich wieder als potentiellen Koalitionspartner der Christdemokraten ins Geschäft bringen will — wirft der IKV-Chef vor, *zu dogmatisch* mit dem Nein gegen die Stationierung umzugehen.

Die empörten Reaktionen, die Faber sich damit — nicht zuletzt aus den eigenen Reihen — zuzieht, veranlassen ihn, einen halben Rückzieher zu machen. (19)

— Im **Dezember 1984** beginnt der von der Stiftung ,,Verbietet die Cruise Missiles'' initiierte *Prozeß gegen den Staat* der Niederlande. Über 20.000 Kläger (darunter viele Organisationen aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen) fordern in einer 140 Seiten umfassenden Klageschrift, daß dem Staat die Zustimmung zur Raketenstationierung verboten wird. Der Prozeß wird mindestens bis Ende 1985 laufen. (20)

— Am **13. Dezember 1984** beschließt das Komitee ,,Cruise Missiles Nein'' im September und Oktober 1985 eine *Volkspetition gegen die Stationierung* durchzuführen.

Bereits Mitte 1983 war — unter Ausschluß der Öffentlichkeit — im KKN über die Möglichkeit eines Volksentscheides diskutiert worden. Der Vorschlag einer Kampagne für ein Referendum wurde abgelehnt, da Referenda — im Gegensatz zu Volkspetitionen — in der niederländischen Verfassung nicht vorgesehen sind. Eine Volkspetition wurde unter anderem vom IKV als geeignetes Mittel gesehen, um radikalere Aktionen (wie Blockaden in Woensdrecht) und eine *Polarisierung in der Gesellschaft* zu verhindern.

Bei einer Volkspetition richtet das Volk mittels einer Unterschriftensammlung eine dringende *Bitte* an Regierung und Parlament. (21)

— Radikalere Kräfte, die die Volkspetition für unzureichend halten bzw. teilweise ganz ablehnen, rufen zum **19. Januar 1985** auf zu einer nationalen Konferenz für weitergehende Aktionen. Die Beteiligung von 600 Aktivist/inn/en ist überraschend groß. Die *Initiative für Zivilen Ungehorsam und Nicht-Kooperation* (BONK) wird offiziell *gegründet*.

Die Teilnahme an den ersten BONK-Aktionen (meist Besetzungen), im Juni 1985 in einer Reihe von Städten, bleibt jedoch weit hinter den Erwartungen zurück.

Niederlande-Kommission



Volkspetition

Volkspetition

,,Ich wende mich gegen die atomare Rüstung. Sie werden um den 1. November einen Beschluß treffen über die Stationierung von Cruise Missiles auf niederländischem Territorium. Ich ersuche Sie dann *Nein* zu sagen zur Stationierung.'' So lautet der Text der Petition, die das KKN Premierminister Lubbers am 26. Oktober 1985 (mit hunderttausenden Unterschriften versehen) übergeben wird.

Nach einer intensiven Werbekampagne (mit Plakaten, Flugblättern, Zeitungsanzeigen, Rundfunkaufrufen, Veranstaltungen usw.) und der Bildung eines nationalen sowie zahlreicher lokaler Empfehlungskomitees (mit Prominenz aus allen gesellschaftlichen Bereichen) wurden in der ersten September-Woche die Petitionskarten per Post an alle 5,3 Millionen Haushalte der Niederlande geschickt. Die Karten sollen unterschrieben (jede Karte bietet Platz für fünf Unterschriften) an das KKN zurückgeschickt werden. Daneben organisieren örtliche KKN-Gruppen Einsammelaktionen. Im Laufe des September und Oktober soll so weit wie möglich bei allen Haustüren im Land mindestens einmal angeklopft werden.

Wenn die Angabe des IKV richtig ist, daß über 50% aller Haushalte mindestens einmal besucht werden und die Meinungsumfragen, nach denen über 50% der Bevölkerung die Petition unterschreiben wollen, tatsächlich zuverlässig sind, dann wäre das von IKV-Chef Faber gesteckte Ziel, *drei Millionen Unterschriften* zu bekommen, durchaus realistisch. Das wäre natürlich eine beachtliche Leistung. Wenn mensch bedenkt, daß die BRD fast fünf Mal so viele Einwohner zählt wie die Niederlande, müßten hierzulande schon annähernd fünfzehn Millionen Unterschriften zusammenkommen, um ein vergleichbares Ergebnis zu erzielen. Dennoch ist es angesichts der bisherigen Entwicklung des Widerstands gegen die Raketenstationierung äußerst fraglich, ob drei Millionen Unterschriften Regierung und Parlament tatsächlich beeindrucken oder gar umstimmen würden — auch wenn im Mai nächsten Jahres Parlamentswahlen anstehen.

Anmerkungen:

1. Siehe dazu auch AK 168, S. 1: Massenproteste gegen NATO-Pläne
2. AK 168, S. 1: Massenproteste gegen NATO-Pläne
3. AK 168, S. 2: „Nachrüstung" in den Niederlanden abgelehnt; AK 239, S. 34/35: IKV-Sekretär Faber: „Für mich regiert die Straße nicht" — Die Entwicklung der niederländischen Friedensbewegung seit 1981

landen abgelehnt; AK 239, S. 34/35: IKV-Sekretär Faber: „Für mich regiert die Straße nicht" — Die Entwicklung der niederländischen Friedensbewegung seit 1981

4. AK 204, S. 36: Wahlen in den Niederlanden
5. AK 213, S. 1 f.: Amsterdam: 500.000
6. AK 221, S. 5: Bonn am 10. Juni: „Internationalisierung der Friedensbewegung"; AK 239, S. 34 f.: IKV-Sekretär Faber: „Für mich regiert die Straße nicht" ...
7. AK 239, S. 34 f.: IKV-Sekretär Faber: „Für mich regiert die Straße nicht" ...
8. AK 225, S. 6 f.: „Nachrüstung" und Rassismus — Parlamentswahlen in den Niederlanden
9. AK 236, S. 17: „Die Amerikaner regieren hier" — Stationierungsort in den Niederlanden bestimmt
10. AK 239, S. 4: 29.10.: „Den Haag ergibt sich der Friedensbewegung"
11. AK 246, S. 31 f.: Niederländische Friedensbewegung und internationale Geheimdienste; AK 247, S. 24: John Paul Gardiner, Agent; AK 248, S. 22: Niederlande: Nebel in der Affäre Gardiner
12. AK 247, S. 19: Niederlande: Aktionswoche gegen Cruise Missiles
13. AK 247, S. 19: Niederlande: Aktionswoche gegen Cruise Missiles; AK 248, S. 16: Reaktionen der Friedensbewegung auf den Regierungsbeschluß
14. AK 247, S. 24: Niederlande: Bedingtes Ja der Regierung zur Stationierung; AK 245, S. 21: Weinberger in Den Haag: „Freunde bedrohen einander nicht"; AK 244, S. 29: Dackel Genscher in Den Haag
15. AK 248, S. 16: Reaktionen der Friedensbewegung auf den Regierungsbeschluß
16. AK 248, S. 16: Reaktionen ...
17. AK 248, S. 16: Reaktionen ...
18. AK 248, S. 16: Moskau erpreßt niederländische Regierung zu Friedensinitiative
19. AK 248, S. 16: Reaktionen ...
20. AK 253, S. 9: Niederlande: Prozeß gegen die Raketenstationierung
21. AK 235, S. 17: Volksentscheid-Debatte in den Niederlanden

Hier nicht aufgeführte, grundsätzlichere Artikel über die niederländische Friedensbewegung in: AK 209, S. 14 ff.: Holländische Medizin — Interview mit Fred van der Spek, Fraktionsvorsitzender der Pazifistisch-Sozialistischen Partei im niederländischen Parlament; AK 222, S. 14 ff. und AK 227, S. 31 ff.: Kleines AK-Lexikon: Die niederländische Friedensbewegung; AK 245, S. 16 ff.: „Sir sind gekommen, dem Militär den Krieg zu erklären" — Ein Bericht aus der niederländischen Terror-Szene (Bunker-Beute Teil 3)



Südseeparadies radioaktiv verseucht

Französisch-Polynesien setzt sich aus rund 130 Inseln, von insgesamt 136.000 Menschen bewohnt, zusammen. Der überwiegende Teil (95.000) lebt auf Tahiti und der Nachbarinsel Moorea. Das Volk der Maoris stellt zwar 77% der Gesamtbevölkerung, allerdings sinkt sein Anteil an der Gesamtbevölkerung kontinuierlich aufgrund der Zuwanderung von Chinesen und Europäern.

Die Chinesen, führend im Handelsleben, stellen 9%, die Europäer 14% der Gesamtbevölkerung. Noch 1954 lebten in Französisch-Polynesien nur 2.600 Europäer (davon 2.300 Franzosen). Mit der Einrichtung der Atomversuchsanlagen zu Beginn der 60er Jahre kamen innerhalb von nur wenigen Wochen 15.000 Wissenschaftler, Militärs, darunter 1.000 Fremdenlegionäre und sonstige Beamte hinzu.

,,Polynesien ... Hundert sonnenüberflutete Inseln, hundert Juwelen in die unendliche Weite des blauen Pazifiks eingebettet durch TAAROA den ‚Schöpfer der Welt' '': so und ähnlich preisen die Touristenprospekte der französischen Verkehrsbüros ,,Frankreichs Trauminseln'' an. Wenn Polynesier selber schreiben, klingt's anders:

,,Tahiti, ein Versuchsfeld für ein ‚kleines Frankreich der Südmeere'. 20.000 km vom legendären ‚Mutterland' entfernt, ist das kleine Volk der Inseln formbar nach Belieben, einfach und wird vollkommen in der Unterwerfung gehalten ... Jeder popaa (Europäer, Anm.AK.) langweilt sich auf Tahiti vor seinem Wermutglas, während der Schutzmann seine Umgebung überwacht ... Tahiti, ein Versuchsfeld auf einem neuen Gebiet seit 1945 ... Denn es standen viel konkretere und grandiosere Versuche bevor: Die Auswahl Tahitis zum Versuchszentrum im Pazifik (C.E.P.) und danach die zum Atomversuchszentrum (C.E.A.) ... Versuche mit ‚dreckigen' Bomben, dann mit ‚sauberen' Bomben und schließlich mit unterirdisch zu zündenden Bomben und sogar mit Neutronenbomben ... Polynesien hat seine kulturellen Stützen verloren und seine Seele zumindest fast verkauft. Es ist ein kleines Land, das aus verstreuten Inseln besteht und das nur noch davon lebt, daß ausländische Reporter in ihren Ländern über die Strahlengeschädigten der Atombombenversuche berichten ...''(1).

Von de Gaulle bis Mitterand

Seit 1965 hat Frankreich über 80 Atombomben im Pazifik zünden lassen, davon 41 in der Atmosphäre. 1954 wurde die Atomenergiebehörde (CEA) gegründet, mit der Zielsetzung der Entwicklung einer französischen Atombombe. Bei der Auswahl des französischen Atombombenversuchsgeländes wurde sich zunächst für die Wüste Sahara entschieden, u.a. wegen der geringeren Entfernung zur ,,Metropole''. Im Februar 1960 beginnt der erste von vier unterirdischen Atombombenversuchen in der Sahara.

De Gaulle war überglücklich. Er schickte ein Glückwunschtelegramm:

,,*Hurra für Frankreich! Seit diesem Morgen ist es stärker und stolzer denn je!*'' (2)

Im November 1961 folgten 13 weitere unterirdische Versuche dort. Der Sieg der algerischen FNL im 1958 begonnenen Befreiungskrieg zwingt allerdings zum Umdisponieren, und so beschließt der General 1962, ohne jegliche Konsultation der polynesischen Bevölkerung, die Atomtests künftig im Pazifik stattfinden zu lassen.

De Gaulle erklärt es allerdings im nachhinein gegenüber einer Delegation tahitischer Politiker: ,,*Ich habe nicht vergessen, was sie alles (für Frankreich) getan haben und aus diesem Grund habe ich beschlossen, diese Basis in Französisch-Polynesien einzurichten.*'' (3) Zwischenzeitlich und vorsorglich ist ein neuer internationaler Flughafen in Papeete (Tahiti) fertiggestellt worden.

Während die Experten immer wieder versichern, nie werde ein radioaktiv verseuchtes Staubkörnchen jemals eine bewohnte Insel erreichen, läßt de Gaulle 1963 die RDPT (1950 gegründete, erste ausschließlich polynesische Partei) kurzerhand auflösen und Fremdenlegionäre die Inseln Mururoa und Fangataufa besetzen.

Am 2.7.1966 findet die erste französische atomare Explosion im Pazifik statt. Der Präsident der polynesischen Territorialversammlung und Vorsitzender der jetzt unter dem neuen Namen ,,Patriotische Partei'' auftretenden RDPT, John Teariki, lanciert einen Appell an de Gaulle: ,,*In der ganzen Geschichte hat noch keine Regierung von ihren Atombombenversuchen Abstand genommen, bevor sie die erwünschten Waffen entwickelt hatte. Keine Regierung war jemals so ehrlich oder vielleicht auch zynisch, einzugestehen, daß die Atombombentests Risiken für die Gesundheit mit sich bringen. Keine Regierung hat jemals gezögert, gerade die Menschen diesen Gefahren auszusetzen, die am schwächsten sind und keine Verteidigungsmöglichkeit haben.*'' (4)

Der General läßt sich freilich davon nicht beirren und kommt im September 1966 persönlich nach Mururoa, denn er will partout eine Atombombenexplosion selber mal gesehen haben. Trotz ungünstiger Wetterverhältnisse fand diese dann statt: über Tausende von Meilen kam damals radioaktiver Niederschlag herunter. Nie wurden die Messungen über die radioaktive Verseuchung durch die damalige Explosion publik. Immerhin wurden daraufhin im Eiltempo Atomschutzbunker auf den Nachbarinseln gebaut.

De Gaulle fand es alles wunderbar: ,,*Es ist ein wundervoller wissenschaftlicher, technischer und industrieller Erfolg für die Unabhängigkeit und Sicherheit Frankreichs, den eine Elite seiner Kinder errungen hat.*'' (5)

Drei Monate nach dem schönen Monat Mai, im August 1968, wird eine Wasserstoffbombe von 2,5 Megatonnen gezündet. Mit der 100fachen Zerstörungskraft der Hiroshima-Bombe. 1970 — inzwischen ist Monsieur Pompidou Präsident der Republik — werden sieben weitere Versuche unternommen. Zwei Jahre später, 1972, findet die erste Protestaktion von ,,Greenpeace'' gegen die französischen Atomtests statt. Mit brutalsten Mitteln, die, ebenso wie in diesem Jahr, die physische Liquidierung der Atombombengegner einkalkulierten, wird von drei Schiffen der Kriegsmarine versucht, die kleine Segelyacht von ,,Greenpeace'' abzudrängen, bis diese schließlich von einem Minenräumboot gerammt und schwer beschädigt wird.

Wer, trotz Indochina, trotz Algerien und und und, immer noch an ein unteilbares ,,Savoir-vivre'' der ,,grande nation'' glaubt, sollte das Buch von David McTaggart (heute Präsident von ,,Greenpeace'') ,,Unternehmen Greenpeace'' (6) lesen: ,,*Vierhundert Bruttoregistertonnen krachten in die Flanke der ‚Vega'. Holz barst kreischend, Splitter flogen durch die Luft. Die Scheuerleiste aus Hartholz riß ab, der ganze Rumpf der ‚Vega' bebte und stöhnte. Der Steven des Minenräumers verfing sich in unserem Rigg und stieß bis fast ans Großsegel vor. Wie betäubt überlegte ich, nach welcher Seite ich über Bord springen sollte, um nicht von den tödlichen Schrauben erfaßt zu werden.*''

Zahlreiche Länder, Neuseeland, Australien, das damals von Allende regierte Chile, Japan und die Fidji-Inseln unternehmen diplomatische Initiativen zur Beendigung der französischen Atomversuche. Kühn erklärt der damalige französische Verteidigungsminister, Michel Debré, vor der UNO-Vollversammlung: ,,*Unsere Versuche haben nie eine Bedrohung für die Umwelt dargestellt ...*'' (10.6.1972). Demgegenüber heißt es im ebenfalls 1972 veröffentlichten gemeinsamen Regierungsprogramm von PS und KPF, sobald sie nur gewählt wären, würden die Versuche im Pazifik gestoppt werden.

1973 wird Frankreich vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag durch Australien, Neuseeland und die Fidji-Inseln verklagt. Der Klage wird zwar stattgegeben, die französische Regierung aber verkündet gleich, sie denke nicht daran, sich an das Urteil zu halten. Im Mai des gleichen Jahres verurteilten anläßlich einer Konferenz der Weltgesundheitsorganisationen 84 Staaten — USA und UdSSR im übrigen inklusive — Frankreichs Atomversuche. Allein Frankreich, Albanien (!?) und Obervolta stimmten gegen die Resolution.



Polynesien Verlorenes Paradies? NEIN zu den unterirdischen Atombombenversuchen auf Fangataufa

Nachdem radioaktive Verseuchungen in Peru festgestellt wurden, bricht Peru im August 1973 die diplomatischen Beziehungen zu Frankreich ab. 100.000 peruanische Frauen unterzeichnen eine Erklärung zur Verurteilung der französischen Atompolitik. Auch in Australien weitet sich der Protest aus: so fertigten vom Mai bis September die australischen Postler keine Post mehr nach Frankreich ab, und auf den Werften wurden französische Schiffe von den Dockern bestreikt. In 100 Staaten der Welt entsandte Neuseeland Boten zur Kampagne gegen die Atomtests. Auch in England, in den Häfen von Southampton und Newhaven, wurden französischen Schiffe von den Werftarbeitern zeitweilig nicht mehr abgefertigt. In Frankreich selber regte sich auch Protest, einerseits über die MDPL (Bewegung für Frieden und Abrüstung), andererseits über die Gewerkschaften CGT und CFDT.

In diesem Jahr gründete der Herausgeber der Wochenzeitschrift ''Express'', Jean-Jacques Servan-Schreiber, die Initiative ,,Die Franzosen gegen die Bombe'', eine Gruppe, die nichts Absolutes gegen Atombomben hat, sondern von ihrer ausreichenden (US-) Menge ausgeht. Ein französisches sogenanntes ,,Friedensbataillon'' (u.a. Servan-Schreiber, General de la Bollardière, der seinen Dienst im Verlauf des Algerien-Krieges quittierte, und Brice Lalonde von ,,Freunde der Erde'') fährt nach Tahiti zur bis damals größten Protestdemonstration: 5.000 Menschen demonstrieren auf Tahiti gegen die Atombombentests.

Eine Protestflotte aus verschiedenen Ländern des Pazifiks setzt sich nach Mururoa in Bewegung. Das eine Schiff, die ,,Fri'', mit Mitgliedern des oben erwähnten ,,Friedensbataillons'', wird von der französischen Kriegsmarine aufgebracht. Das Greenpeace-Schiff wird in bester Piratentradition geentert. Nach einer Verfolgung durch drei Kriegsmarineschiffe macht ein Trupp französischer Uniformierter mit einem Schlauchboot an der ,,Vega'' fest, um die zwei Männer der Greenpeace-Besatzung zusammenzuschlagen: ,,*Der erste Knüppelschlag traf mich mit ungeheurer Wucht am Hinterkopf. Der zweite landete auf meinen Schultern, der nächste in meinem Nacken, dann wieder einer auf dem Kopf. Dann traf es mein Rückgrat, den Kopf, die Nierengegend. Plötzlich war ich in der Luft, flog über die Reling und wurde in das Schlauchboot geworfen ... Dann krachte irgend etwas mit solcher Gewalt in mein rechtes Auge, als sei es bis ins Gehirn durchgestoßen*'', schildert McTaggart (7). McTaggart mußte sofort operiert werden, um nicht das Augenlicht zu verlieren, sein Begleiter an Bord der ,,Vega'' wurde schwer am Rückgrat verletzt.

Pompidou verstarb und Giscard trat die Nachfolge an. 1974 erklärte er, ab 1975 wolle Frankreich nur noch unterirdische Versuche starten, was ein ungeheurer Fortschritt bzw. Entgegenkommen sei. 1977 sprechen sich 46% der Franzosen gegen die Atombewaffnung aus, 34% plädieren für die Fortführung der Atomversuche und 20% sind unentschieden. 1977 stirbt auch der Chef des Trusts ,,Air Liquide'' auf Tahiti infolge eines Anschlages. Zwei Angeklagte werden 1979 zu 20, einer zu 18, ein weiterer zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, die Urteile werden 1980-1981 aufgehoben und etwas milder ausgesprochen, der vermeintliche Anführer Charlie Ching bekommt 5 Jahre Gefängnis.

1978 bricht im Gefängnis von Tahiti eine Gefangenen-Revolte aus; sie fordern u.a. die Unabhängigkeit Polynesiens und den Stop der französischen Atomversuche. Der sogenannte Anführer, Emmanuel Tauhiro, wird zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilt, 6 weitere Angeklagte zu Strafen zwischen 5 und 20 Jahren Zwangsarbeit. Alle diese Häftlinge sitzen in den französischen Hochsicherheitstrakten. Unter der späteren PS/KPF-Regierung wurden die Urteile etwas abgemildert — das Strafmaß liegt zwischen 4 und 20 Jahren Haft.

Schon 1978 wurde erstmal berichtet, Frankreich bastle an der Entwicklung der Neutronenbombe. 1979 berichtete die tahitische Tageszeitung ,,Les Nouvelles'' vom plötzlichen Tod eines 26jährigen, nachdem dieser einen Fisch verzehrt hatte. Der Vater, der überzeugt ist, sein Sohn sei an radioaktiver Verseuchung gestorben, kann indes nicht viel unternehmen: auf Tahiti gibt es nur Militärärzte im Krankenhaus.

Im selben Jahr berichtet die Pariser Tageszeitung ,,Le Matin'' von der Freisetzung einer radioaktiven Wolke infolge einer Explosion. In einer Geheimaktion seien eiligst 40 Dekontaminierungsexperten eingeflogen worden. Im Juli 1979, infolge der Schockwellen der bisher stärksten Explosion, fegt eine Flutwelle über das Atoll. Im Oktober ruft die tahitische Umweltschutzbewegung ,,la Ora Te Natura'' zur Bildung einer Einheitsfront aller Südpazifik-Staaten auf, um den Pazifik zur atomwaffenfreien Zone zu machen. Im Juni 1980 erklärt Präsident Giscard, eine Neutronenbombe sei bereits entwickelt und getestet; zwischen 1982 und 1983 solle die Entscheidung über eine Serienproduktion fallen.

„Die Abschreckung bin ich" (Mitterand)

1981 — der heiß ersehnte Regierungswechsel. PS und KPF sitzen nun im Elysée. Allen Parolen zum Trotz — allein schon die Ernennung des Militärfanatikers Charles Hernu zum Verteidigungsminister macht deutlich, daß nicht einmal millimeterweise an eine Änderung der bisherigen Atompolitik gedacht wird. Und noch im Mai 1981 begründet Hernu die Fortsetzung der Atomtests mit einer angeblichen wahren Flut von Bürgerzuschriften, die ihn förmlich darum bitten würden ...

Erst Ende des Jahres 1981 wird bekannt, daß es im März auf Muroroa zu einer Katastrophe gekommen ist: ein schwerer Orkan hat gelagertes radioaktiv verseuchtes Material erfaßt und in die Lagune hineingetragen. Das Baden dort wird nun verboten. Vorgenommene Messungen weisen auf eine Verdoppelung der Verseuchung zwischen Juli und Oktober hin. Dazu kommt, daß mit jedem Versuch das Atoll um 2 Zentimeter absinkt, und daß zum Beispiel infolge der Explosion von 1979 Risse entstanden sind, und daß Radioaktivität austritt.

Zum x-ten Mal fordert im August 1981 die Konferenz der Staaten des Südpazifiks die sofortige Einstellung aller Tests sowie die Veröffentlichung der bisherigen Untersuchungsergebnisse über den Grad der radioaktiven Verseuchung.

Erneut demonstriert auch ,,Greenpeace'' und fordert die Bildung einer unabhängigen Untersuchungskommission. Dem stimmt die neue Mitterand-Regierung zu — die 1982 zusammengesetzte Kommission erweist sich allerdings als einer der vielen Mitterand-Witze. Sämtliche Mitglieder des Gremiums sind entweder der Regierung oder der Atom-Lobby verbunden ... Natürlich stellt die Kommission auch nichts Beunruhigendes fest, immerhin verweilte sie zwei ganze Tage auf Französisch-Polynesien ...

Ohnehin erklärt Mitterand anläßlich eines Staatsbesuches in Dänemark, wo parallel Kundgebungen gegen die französische Politik im Pazifik stattfinden, ,,*Frankreich muß über Möglichkeiten einer nuklearen Abschreckung verfügen. Ich werde diese Aufgabe weiterverfolgen, egal welche Nachteile eine solche Politik mit sich bringen wird.*'' (Mai 82).

Daß sich auch das konkrete Vorgehen gegen Atombombengegner nicht unter der ,,sozialistischen'' Regierung geändert hat, erfahren im April 1982 12 Australier und Neuseeländer (darunter vier Kinder), deren Schiff ,,Peacemaker'' wieder mal von der französischen Kriegsmarine gerammt und zum Teil zerstört wird. Insbesonders in Australien und Neuseeland kommt es infolge dieses Vorfalls zu scharfen Protesten — in Melbourne und Sidney beteiligen sich jeweils über 30.000 Menschen an entsprechenden Demonstrationen und Kundgebungen.



46% der Franzosen sind schon gegen die Bombe. Die nukleare Abschreckung. Eine wirklichkeitsfremde Verteidigung, eine tatsächliche Gefahr"

Es ist schade, daß das allseits beliebter Gesellschaftsspiel ,,Wo war Georges Marchais '33 - '45? Wo war er gestern, wo ist er heute, wo wird er morgen sein? '' nie auf Mitterrand übertragen wurde. Es würde sich lohnen. Gestern: ,,Wie könnte ich, ein entschiedener Gegner der atomaren force de frappe, von den berechtigten Ängsten einer Bevölkerung ungerührt bleiben, deren Verbindung mit Frankreich dadurch belohnt wird, daß man ihr Land für Atomversuche benutzt, über die weit weg von ihrer Heimat entschieden wird?'' Das war 1965. Und 1972, im Vorwort des Regierungsprogramms ,,Changer la vie'', schrieb er: ,,*Die Menschen auf der Erde sind in ihrem Überleben bedroht und von einer Entfesselung des Hasses infolge der Ungerechtigkeit und der Überbewaffnung der Industriemächte, die sich besonders in ihrem Atomwaffenpotential ausdrückt. Frankreich ist in der Lage, eine entscheidende Rolle im Streben nach Frieden und Sicherheit zu spielen. Wenn es selbst aus dem teuflischen Kreislauf von Atombombenversuchen ausbrechen würde, dann könnte Frankreich den Plan einer weltweiten*

Fortsetzung nächste Seite

Mir sagt ja keiner was...

Es waren nun doch DSGE-Agenten, die den Anschlag auf die ,,Rainbow Warrior'' verübten — aber andere! Verteidigungsminister Charles Hernu und DSGE-Chef Lacoste haben ihren Dienst quittieren müssen, weil sie nichts wußten und nichts wissen. Die Spannung bleibt voll erhalten: Wer hat die ersten zwei DSGE-Gruppen, wer hat die dritte nach Auckland/Neuseeland geschickt? Alle drei Gruppen kommen von der Kampfschwimmer-Basis von Ajaccio (Korsika). Auckland ist zwar groß (65O.OOO Einwohner), es ist aber doch denkbar, daß man sich da mal trifft, zum Beispiel am Strand oder am Hafen ... Wie der Name schon verrät, besteht Sinn und Funktion von Geheimdiensten darin, daß sie Dinge geheim halten. So sagte man Mitterrand nichts. Man sagte Premierminister Fabius nichts, Hernu sagte man nichts, Lacoste sagte man nichts, dem Ermittlungsbeamten Tricot erst recht nichts. Wer hat denn jetzt dem ,,Canard Enchaine'' (französische satirische Zeitung) bescheid gesagt?

Hierzulande weiß man mittlerweile nicht mehr, welcher Grundordnung sich unsere Bonner Beamten, von Zimmermann abwärts, eigentlich verbunden fühlen, und dort, da legt jeder jeden rein. Und dann wollen sie noch regieren! Mit unseren Steuergeldern! Und wir werden als Chaoten beschimpft! Wie soll man das noch alles ernst nehmen?! Zustände sind das!

15 Monate englischer Bergarbeiterstreik

Was kam danach?

Während des großen Streiks haben die britischen Bergarbeiter demonstriert, was das heißt: Mut, Hoffnung, Klassenbewußtsein. Was ist aus diesen Menschen geworden, ein halbes Jahr nach dem Streik?
C., der sagte, er hält die Arbeit nur aus, weil die NUM es möglich macht auch in der Mine aufrecht zu gehen.
B., der kämpfen wollte bis zum Sieg — oder bis zum Tod.
W., der davon ausging, daß der Streik noch ein Jahr länger dauern würde.
Die Frauen, die nie wieder wie früher leben wollten.
Um zu erfahren wie sie heute leben, kehrte ich zurück zu den Menschen, die ich während des Streiks kennen- und schätzengelernt habe.



Die ersten Informationen erhielt ich von A. Sie ist Mitglied einer „Women against Pit Closures"-Gruppe (WAPC) in Kent.

Frauen gegen Minen-Schließungen

Ihre Gruppe ist nach dem Streik von ca. 80 Mitgliedern auf 20 geschrumpft. 17 der Frauen sind mit Bergarbeitern verwandt und leben in der Siedlung Aylsham. Die restlichen 3 sind Studentinnen aus Canterbury. Mit einer Zusammensetzung von mindestens 75% Bergarbeiterfrauen soll verhindert werden, daß der Mittelschichteinfluß zu groß wird.

Die Frauen entwickelten im Laufe des Streiks die verschiedensten Formen politischer Arbeit, vom Geldsammeln über die Einrichtung von Gemeinschaftsküchen bis zu Streikposten stehen und Rundreisen ins Ausland. Sie waren teilweise kurze Zeit im Gefängnis, meist wegen Auseinandersetzungen mit der Polizei an der Streiklinie.

Heute sind harte Auseinandersetzungen um die Wiedereinstellung von entlassenen Bergarbeitern und die Freilassung von Inhaftierten zu führen.

Ein Gespräch

Frage: Viele Frauen sagten während des Streiks, es würde nie mehr sein wie früher. Wie ist die Situation der Frauen nach dem Streik, wie ist die Rollenverteilung innerhalb der Familien?

Antwort: Innerhalb des Hauses hat sich wenig verändert. Die Männer (in Kent!) waren schon immer für die Kindererziehung mitverantwortlich und hatten auch bei der Hausarbeit verschiedene Aufgaben. Außerhalb des Hauses gab es vor allem die Veränderung, daß Frauen alleine, mit eigenem Geld, ausgehen und selbständig ihre Drinks holen. Das war bisher nicht üblich.

F.: Das ist ein wesentlicher Unterschied zur englischen Mittelschichtfamilie, woran liegt das?

A.: Die normale Bergarbeiterschicht dauert sechs Stunden. Dadurch verbringen die Männer viel Zeit zu Hause. Gerade in Kent gibt es auch relativ viel Teilzeit- oder Saisonarbeit für Frauen (hauptsächlich Landwirtschaft oder Putzjobs durch Tourismus).

F.: Die WAPC-Gruppen diskutieren eine assoziierte Mitgliedschaft in der NUM. Würden sich die Frauen nicht besser in ihren eigenen Gewerkschaften organisieren?

A.: Das ist eine schwierige Frage. Grundsätzlich ja! Die meisten Frauen fallen jedoch mit ihren Jobs aus dem Gewerkschaftssystem heraus. Dazu kommt, daß ihr Hauptinteresse die Erhaltung der Bergarbeitersiedlungen ist.

F.: Gibt es Entlassungen durch Minenschließungen?

A.: Ich kenne nur die Situation in Kent. Hier haben ca. 800 Bergarbeiter ihre Redundancy (Wegrationalisierung mit relativ hoher Abfindung) akzeptiert. Dadurch kann eine von drei Minen ohne weitere Entlassungen geschlossen werden. Das Problem trifft also aktuell die Jugendlichen, die das erste Mal Arbeit suchen.

also aktuell die Jugendlichen, die das erste Mal Arbeit suchen.

F.: Warum ist Eure Gruppe so geschrumpft?

A.: Das hat verschiedene Gründe. Einmal fehlt das konkrete Ziel, seit der Streik verloren wurde. Das macht die Arbeit schwieriger. Dazu kommt, daß einige sehr niedergeschlagen bis depremiert sind. Finanzielle Schwierigkeiten (die Rechnungen kommen jetzt!) halten viele für ein individuelles Problem. Sie ziehen sich zurück. Außerdem gab es harte Auseinandersetzungen in der Frage, ob die Redundancy akzeptiert oder gemeinsam bekämpft werden soll. Die Spaltung in dieser Frage ist so tief, daß sie sich bis in die Familien, Nachbarschaftsbeziehungen, Frauengruppen durchschlägt. Organisiertes Eingreifen z.B. durch die NUM war nicht möglich.

Nationale Konferenz der WAPC

Durch A.s Vermittlung konnte ich gemeinsam mit den WAPC-Frauen aus Kent zur nationalen WAPC-Konferenz in Sheffield am 16.8.85 fahren.

Im Sheffielder Quartier, einem Studentenwohnheim, gab es einige Aufregung: Einzelzimmer! Viele der Frauen hatten noch nie alleine übernachtet. Früher teilten sie mit Geschwistern Zimmer oder sogar Bett und dann mit den Männern.

An der Konferenz nahmen teil: ca. 650-700 Mitgliedsfrauen, 250 Besucher/innen und Pressevertreter. Am Beginn stand eine heftige Diskussion über die Rechte dieser Konferenz. Die Tagesordnung enthielt so wichtige Punkte wie Organisation und Zusammensetzung der WAPC, assoziierte Mitgliedschaft in der NUM, Weiterarbeit und Ziele. Die anwesenden Frauen sollten jedoch kein Stimmrecht über diese Fragen haben. Vorgesehen war eine Basisdiskussion. Abstimmen sollten später 17 Area-Delegierte. Mehr als die Hälfte dieser Area-Delegierten brachten ihren Ärger über diese Festlegung dadurch zum Ausdruck, daß sie sich nicht mit aufs Podium setzten, sondern bei ihren Gruppen blieben.

Wir brauchen eine Arbeitskonferenz mit Beschlüssen, forderten die Frauen. Die Gruppen sind in ihrer Existenz gefährdet und schrumpfen immer weiter. Schon auf diese Konferenz kamen nicht so viele wie erwartet. Und ihr (da oben) wollt eine Demonstration für die Presse.

Um die Frauen wieder mehr in die Arbeit einzubeziehen, müssen sie direkt Einfluß auf die Entscheidungen haben.

Wir sind diejenigen, die die ganze Zeit die Arbeit gemacht haben, die rund um die Uhr für den Streik da waren. Wir sind auch diejenigen, die sofort wieder auf der Matte stehen, wenn's weitergeht. Deshalb sind wir auch diejenigen, die bestimmen, was getan werden soll!

Wir sind diejenigen, die die ganze Zeit die Arbeit gemacht haben, die rund um die Uhr für den Streik da wa-

Kritisiert wurde auch die Anwesenheit der Presse: Wenn wir über unsere Weiterarbeit offen diskutieren wollen, können wir die Presse dabei nicht gebrauchen. Die Medien haben in der Vergangenheit so viele Lügen über uns erzählt, daß wir ihnen auch jetzt nicht trauen können. — Nachdem diese Forderung nach Ausschluß der Presse hartnäckig von vielen Frauen immer wieder eingebracht wurde (und von der Konferenz unterstützt), beschloß das Vorbereitungskomitee, daß am Nachmittag unter Ausschluß der Presse getagt werden sollte.

King Arthur zieht ein

Als das Hickhack noch so richtig in Gang war, erreichten die „Verantwortlichen der NUM" die Konferenz, um ihre Grußadressen zu überbringen: Peter Heathfield (Sekretär), Mick McGahey (NUM Schottland) und Arthur Scargill. Die aggressive Stimmung schlug um in ein Happening. Die Frauen erhoben sich, klatschten und sangen „Arthur Scargill, we support you ever more".

Peter Heathfield — „Ohne Euch, wären unsere Aufgaben noch schwieriger gewesen" — bekam einen Anstandsapplaus.

Mick McGahey betonte, daß die WAPC in Schottland bereits assoziierte Mitglieder der NUM sind. Für ihn sind solche Organisationen der Arbeiterklasse außerhalb der Gewerkschaft enorm wichtig, da die Gewerkschaften an Macht und Schlagkraft verloren haben, wie auch die Streikniederlage beweist. Heftiger Beifall für ihn.

Arthur Scargill bezog sich in seiner Rede nicht nur auf NUM und WAPC, sondern vor allem auf die nun anstehenden Kämpfe: Im Gesundheitswesen, im sozialen Bereich überhaupt. Er betonte den Zusammenhag mit der Situation in Südafrika und der internationalen Solidarität. Die englischen Bergarbeiter würden auch in Zukunft alle kämpfenden Arbeiter unterstützen, sogar die, die sie verraten haben. Das sei der einzige gangbare Weg.

Rede nicht nur auf NUM und WAPC, sondern vor allem auf die nun anstehenden Kämpfe: Im Gesundheitswe-

Tosender Beifall, Gesang, Arthur ist der Größte.

Nach der Mittagspause war das Podium dann mit allen Area-Delegierten besetzt. Sie hatten sich beraten und stellten nun der Konferenz einen Kompromiß vor, der von allen getragen wurde: Der Nachmittag sollte genutzt werden, um einen schnellen Überblick über die Diskussion in den einzelnen Regionen zu bekommen, d.h. die Regionen wurden aufgerufen und jeweils eine Frau sollte berichten. Darüber hinaus ist eine zweite Konferenz innerhalb von zwei Monaten vorgesehen, die beschlußfähig sein soll, wahrscheinlich mit Stimmrecht je Ortsgruppe.

Solidarität mit Südafrika

Tanya Abramsce vom South African Congress of Trade Unions schilderte ausführlich die Situation in Südafrika, insbesondere die Lage der Bergarbeiterfamilien. Der Beitrag war sehr kämpferisch und zeigte klar die Kapitalverflechtungen zwischen RSA und Westeuropa auf. Sie rief zur Solidarität mit dem Volk von Südafrika auf. Eine spontan begonnene Spendensammlung wurde vom Vorstand abgebügelt mit dem Hinweis, daß aus den Fonds bereits etwas überwiesen worden sei.

Aus den Regionen

Beim Abfragen der Vorstellungen in den einzelnen Regionen gab es weitgehende Übereinstimmung über die 75/25%-Zusammensetzung der WAPC-Gruppen (75% Bergarbeiterfrauen). In allen Beiträgen wurde darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, daß die Frauen weiterhin selbständig bestimmen, wie ihre Arbeit aussehen soll. Sie wollen keine Einmischung der NUM, sondern eine gleichwertige Zusammenarbeit. Bei den Zielen wurde immer wieder erwähnt, daß ein Schwerpunkt auf der Unterstützung der inhaftierten Bergarbeiter liegen müßte.

Bei den Strafen der Bergarbeiter handele es sich um eine politische Bestrafung, also um politische Gefangene, wurde im Beitrag aus Kent hervorgehoben. Deshalb sei es wichtig, sich für eine Freilassung aller politischen Gefangenen einzusetzen. Die Teilnehmerinnen der Konferenz wurden aufgefordert, sich an entsprechenden Demonstrationen zu beteiligen. Auch dieser Beitrag wurde mit viel Applaus unterstützt.

Die Konferenz endete mit einer Rede, die zur Einigkeit aufrief und einem gemeinsamen Lied: „Ihr seid Frauen, ihr seid stark, ihr kämpft für euer Leben Seite an Seite mit den Männern, ihr seid Frauen der Arbeiterklasse".

Für unsere (westdeutschen) Vorstellungen ist da eine kräftige Bewegung entstanden. Der Anteil der Aktiven ist jedoch auch innerhalb der englischen Bergarbeitergemeinden klein: etwa 10% während des Steiks, etwa 2-3%, die heute noch weitermachen.

Für unsere (westdeutschen) Vorstellungen ist da eine kräftige Bewegung entstanden. Der Anteil der Aktiven ist je-

Nach der Konferenz fuhr ich mit den Frauen aus Barnsley weiter. Ihre Einschätzung der Konferenz: Reine Zeitverschwendung — aber es war gut, denn wir werden eine andere, bessere Konferenz haben.

Von Barnsley aus kam ich nach Woolley, wo ich im letzten Jahr während des Steiks eine Woche gewesen war. Eine kleine Bergarbeitersiedlung, zwei Straßen. Es gibt eine Busverbindung nach Barnsley, jede Stunde, einen Welfare (Treffpunkt mit Bar, Billard, sonntags Disco — Gewinne kommen der Allgemeinheit zugute) und die Mine, die das Leben in Woolley bestimmt: Woolley Colliery.

Bekannte Gesichter — verändert

Als ich das letzte Mal in Woolley war, war Winter und der Streik bestimmte den Tag. Streikposten stehen am Morgen, Besichtigung verschiedener Minen, Treffen mit Arthur Scargill an einem Kraftwerk, Essen in Gemeinschaftsküchen, Gruppentreffen der Frauen. Trotz aller Einschränkungen waren die Menschen optimistisch, sie konnten sich freuen und Feste feiern.

Woolley hat sich verändert. Vor den Häusern stehen wieder Autos, die während des Streiks aus Geldmangel abgemeldet waren. Die meisten Häuser werden repariert oder umgebaut. Eine angenehme Betriebsamkeit — auf den ersten Blick.

Fortsetzung auf Seite 36



Fortsetzung von vorheriger Seite

Abrüstung auf einer noch einzuberufenden Konferenz vorlegen." Nette Pläne. Noch 1977 schlug der Präsident in spe vor, eine Volksabstimmung durchzuführen, denn *„heute hat unser Volk nur die Wahl zwischen Schweigen und Lüge. Das muß geändert werden..."* ("Le Matin", 8.8.77).

1978 klang's schon ein bißchen anders. Da erklärte der Vorstand der PS: *„Die Regierung der Linken kündigt feierlich an, daß sie zu einer Abkehr von der atomaren Bewaffnung unter der Bedingung einer weltweiten Abrüstung bereit ist. Bis die Haltung der anderen Mächte bekannt ist, wird die momentane Streitmacht in ihrem Zustand erhalten."* Um den puren Erhalt geht's eigentlich auch nicht — so erhöhte sich die Zahl der Atomversuche im ersten PS/KPF-Regierungsjahr gegenüber dem Vorjahr auf neun ... Die Tradition wird fortgeführt, und wenn es Attentate gibt, dann fragt man sich, ja, wer war das bloß?

Der Beamte Tricot, mit den Untersuchungen zum Anschlag auf das Greenpeace-Schiff „Rainbow Warrior" beauftragt, hat in seinem Abschlußbericht nichts Erstaunliches zusammengefaßt: *„All das, was ich gehört und gesehen habe, gibt mir die Sicherheit zu sagen, daß auf Regierungsebene keinerlei Entscheidung getroffen wurde, die in Richtung einer Beschädigung der ‚Rainbow Warrior' tendierte. Es gibt überhaupt keinen Grund zu der Annahme, daß der Außengeheimdienst DSGE den Agenten auf Neuseeland andere Weisungen als die der Regierung gegeben hätte."* Der zweite Satz klingt glaubwürdiger. Tricot hat allerdings auch erklärt: *„Ich habe überhaupt keine Ahnung"* und *„Ich schließe nicht aus, daß ich hereingelegt worden bin."* Keiner wollte ihm die Wahrheit sagen. Das erleichtert nicht gerade eine Ermittlungsarbeit, wie man sich denken kann. Bei Manchen hat er das bislang gar nicht erst versucht, zum Beispiel bei dem nach wie vor in Neuseeland einsitzenden Agentenpaar.

dienst DSGE den Agenten auf Neuseeland andere Weisungen als die der Regierung gegeben hätte." Der zweite

Premierminister Fabius hat elegant den Spieß umgedreht: soll doch die neuseeländische Regierung beweisen, daß der französische Geheimdienst den Anschlag verübt hat...

Frankreich-Kommission

Anmerkungen

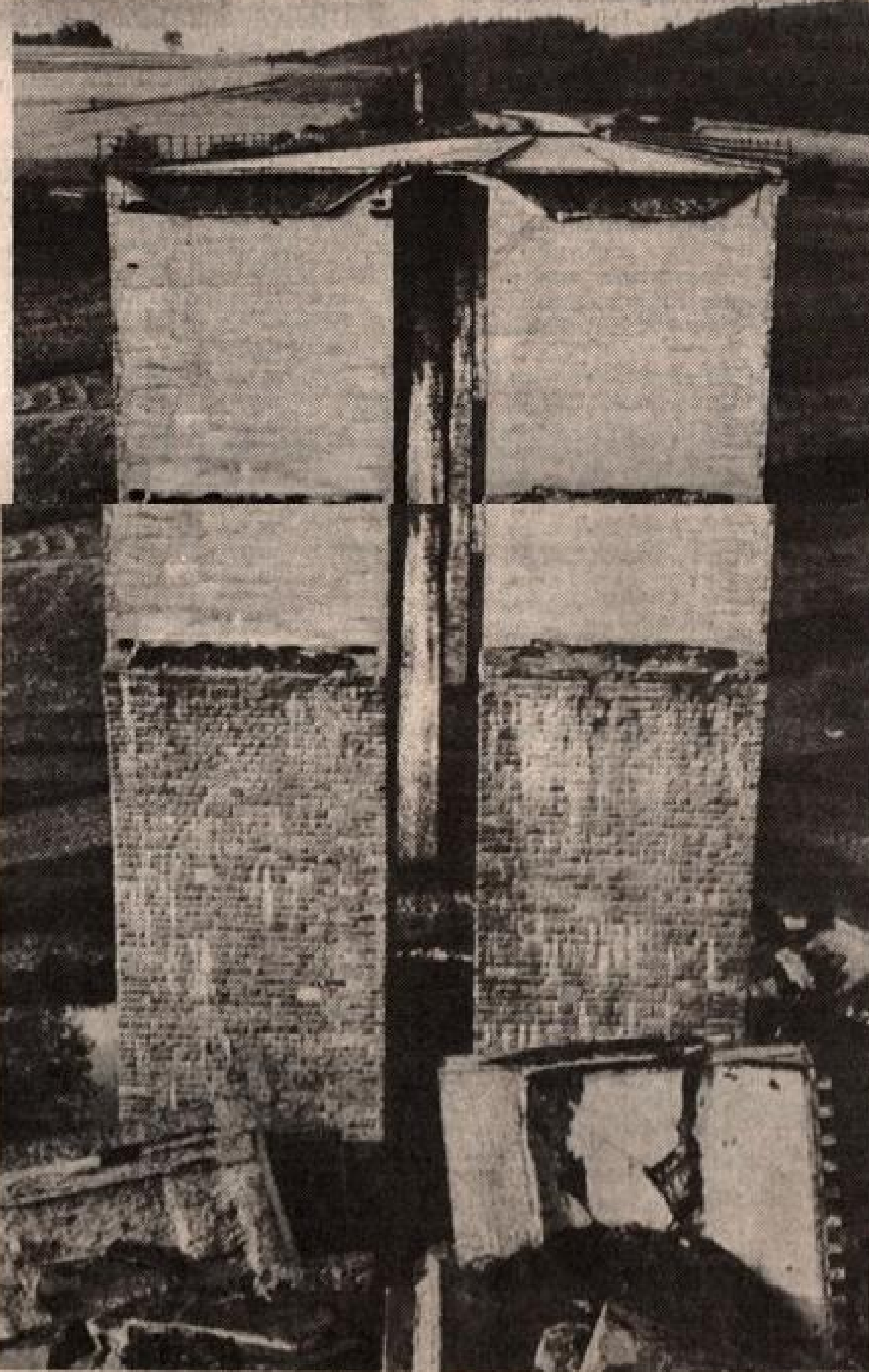
Vorab: Überschriften verändern zwar nicht die Welt, aber können trotzdem daneben liegen. So z.B. die Zeile *„Une malheur francaise"* im letzten AK zum Anschlag auf Greenpeace. Abgesehen von der falschen Grammatik (malheur ist im Französischen männlich...), liegt sie schon deswegen daneben, weil ein Mensch dabei sein Leben verlor, und es im übrigen weitere hätte treffen können. Daneben auch deswegen, weil es nicht um die Frage „Panne oder nicht" geht, sondern um eine Tradition französischer Politik sowohl gegenüber Atomversuchsgegnern im Pazifik als auch gegenüber politisch Unerwünschten. Hier sei u.a. nur an den nach wie vor ungeklärten Mord an Henri Curiel erinnert. Wie aus dem Vorherigen zu entnehmen, wäscht die Frankreich-Kommission ihre Hände in Unschuld, was das Zustandekommen dieses Titels betrifft.

1) „Tahiti, sous le colonialisme atomique francais", Roland Janneret.
2) „Südseeparadis unter dem Atompilz", Herausgeber: Gesellschaft für bedrohte Völker, Greenpeace, Aktion Sühnezeichen, BBU, 1982, S.42
3) ebda., S.44
4) ebda., S.47
5) ebda., S.54
6) „Unternehmen Greenpeace", David McTaggert, Ullstein 1983, S.167
7) ebda., S. 272-273

Das »Wiedervereinigungsgebot« — Herzstück westdeutscher Staatsdoktrin

Als unlängst der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Schmude laut darüber nachdachte, ob nicht das „Wiedervereinigungsgebot" des Grundgesetzes zugunsten größerer Bewegungsfreiheit in der Deutschlandpolitik zu relativieren sei, provozierte er damit nicht nur erregte Stellungnahmen aus den Reihen der CDU/CSU, die darin einen „Schritt zum Untergang Deutschlands" erblickten (Strauß), sondern erntete auch eisige Ablehnung aus den oberen Rängen seiner eigenen Partei.

Als nur wenige Monate zuvor der grüne Abgeordnete Schily im Zuge der Auseinandersetzung um die Absage des italienischen Außenministers Andreotti an die deutsche Wiedervereinigung die gleichen Überlegungen angestellt hatte, war ihm eine ähnliche Resonanz beschieden gewesen. Der grüne Abgeordnete Vogt fand es damals „beschämend, laut über die Revision der Präambel des Grundgesetzes nachzudenken". Offensichtlich haben wir es bei dem Wiedervereinigungsgebot mit einem für Patrioten aller Couleur zentralen Anliegen zu tun. Deshalb soll es hier etwas genauer unter die Lupe genommen werden. Dabei wird es nicht in erster Linie um die politisch-strategtischen Linien der Deutschland- und Ostpolitik gehen, sondern um die rechtlichen Formen, in denen diese Politik daherkommt. Es soll gezeigt werden, mit welchen haarstäubenden Methoden auf dieser Ebene gearbeitet wird, um das politische Ziel der BRD-Imperialisten, die Ergebnisse des 2. Weltkriegs und der unmittelbaren Nachkriegsentwicklung in ihrem Sinne zu revidieren, in Rechtsansprüche gießen zu können. Wenn daneben auch versucht wird, Ansatzpunkte für eine immanente Kritik dieser juristischen Konstrukte aufzuzeigen, so geschieht dies nicht in der längst als Illusion blamierten Hoffnung, so etwas wie einen „Kampf um die demokratischen Inhalte des Grundgesetzes" erfolgreich führen zu können. Aber es darf nicht übersehen werden, daß die Herrschenden in „unserer rechtsstaatlichen Demokratie" auf die juristische Absicherung ihrer Politik deshalb so großen Wert legen, weil die „Verfassungsmäßigkeit" eine grundlegende Bedingung für die Akzeptanz dieser Politik in der Bevölkerung darstellt. Insofern kann es also nichts schaden, der Legitimation revanchistischer Ansprüche mittels bestimmter Rechtstitel auch ein paar Steinchen immanenter Kritik in den Weg zu legen.



Gesprengte Brücke bei Hof. Symbol für die Teilung Deutschlands.

Wenn im Folgenden von der „deutschen Frage" die Rede ist, geht es dabei um die „Wiedervereinigung" im engeren Sinne, d.h. um die Verbindung, Verschmelzung oder was auch immer von DDR und BRD zu einem einheitlichen Staat. Außen vor bleibt die Frage der sog. „Ostgebiete", deren Abtrennung im Rahmen der Potsdamer Konferenz beschlossen worden war. Rechtsansprüche auf diese heute zu Polen und zur UdSSR gehörenden Gebiete werden von den Revanchisten über das Selbstbestimmungsrecht (bzw. das sog. „Recht auf Heimat") geltend gemacht und mit dem „Friedensvertragsvorbehalt" des Potsdamer Abkommens und des Deutschlandvertrages gestützt. (1) Beide Begriffe tauchen allerdings auch auf, wenn es um die beabsichtigte Einverleibung der DDR geht. Deshalb werden auch sie mit erörtert.

Die „deutsche Frage" als juristisches Problem

Die „deutsche Frage" ist das Ergebnis

Die „deutsche Frage" als juristisches Problem

Die „deutsche Frage" ist das Ergebnis

des 2. Weltkriegs und Resultat des Bruchs des Potsdamer Abkommens durch die Westalliierten. Ging die Anti-Hitler-Koalition in Potsdam noch von der politischen Einheit Deutschlands aus, so betrieben spätestens ab 1946 die USA ihre Vorbereitungen zur Abspaltung der Westzonen und deren ökonomische Bindung an das US-Kapital. Strategisches Ziel war die Wiederbewaffnung dieses Teils Deutschlands und seine Einordnung in die Konfrontationspolitik des „Roll back" gegen die Sowjetunion. Alle Angebote der UdSSR für eine friedensvertragliche Regelung der „deutschen Frage" im Sinne eines neutralisierten Gesamtstaates wurden deshalb ausgeschlagen. Für die neuen — alten — herrschenden Kreise in den Westzonen war klar, daß die Revision der Kriegsergebnisse nur im Bündnis mit der als stärkste Macht aus dem Krieg hervorgegangenen USA möglich sein würde. Die sowjetisch besetzte Zone mußte so zwar vorläufig aufgegeben werden, ihre Wiedereinverleibung wurde aber unter dem Titel „Wiedervereinigung in Freiheit" zum zentralen Punkt der neuen westdeutschen Staatsideologie. Die Sozialdemokratie entwickelte in diesem Kontext die sog. „Magnet-Theorie", nach der die Gründung eines westdeutschen Separatstaates, dessen ökonomische Konsolidierung und die damit verbundene ökonomische Ausstrahlungskraft das geeignetste Mittel darstellen sollte, die Einheit Deutschlands unter kapitalistischem Vorzeichen wiederherzustellen. Ob nun stärker militärisch oder stärker ökonomisch akzentuiert, gemeinsam war allen Vorstellungen jedenfalls, daß die Spaltung relativ schnell zu überwinden sei.

Die neue westdeutsche Verfassung sollte demnach nur vorläufigen Charakter haben. Ihre Besonderheit mußte darin bestehen, zu leugnen, was 1949 mit der Gründung der BRD tatsächlich geschehen war: die Bildung eines neuen Staates. Der SPD-Jurist Carlo Schmid war es, der den rechtlichen Rahmen für dieses Vorhaben konstruierte: *„Es ging darum, zu verhindern, daß Präjudizien geschaffen wurden, aus denen man vielleicht später die Feststellung hätte ableiten können, den Deutschen im Westen habe daran gelegen, einen eigenen westdeutschen Staat mit einer eigenen Staatsnation zu bilden."* Für ihn war *„durch den Zusammenbruch Deutschlands die Staatlichkeit des deutschen Volkskörpers nicht vernichtet, sondern lediglich desorganisiert ... Sollte nun Deutschland neu ‚konstruiert' oder sollte es — wenigstens auf einem Teil seines Gebietes — neu ‚organisiert' werden? Wenn man ersteres annahm, wären alle Gebiete, denen die Besatzungsmächte nicht gestatteten, an der Neubildung teilzunehmen, nicht nur politisch, sondern auch staatsrechtlich und völkerrechtlich von dem neu einzurichtendem Gebilde ‚separiert' worden ... Von einem Recht, für ganz Deutschland zu sprechen, hätte dann keine Rede mehr sein können ... Kam man dagegen überein, in den drei westlichen Besatzungszonen die deutsche Staatsgewalt nur zu ‚reorganisieren', dann ... blieb der Substanz nach die Einheit des reorganisierten Teiles und des außerhalb des Prozesses stehenden Teiles Deutschlands erhalten."* (2)

Mit dieser Konstruktion war es möglich, das Deutsche Reich und alle seine Rechtstitel über den Zusammenbruch hinüber zu retten.

Das Gespenst des fortbestehenden Deutschen Reiches und seine Funktion

Allein mit der Aufrechterhaltung der Fiktion vom Fortbestand Gesamtdeutschlands konnten allerdings noch keine Gebietsansprüche begründet werden. So wurde in der Rechtslehre der neugegründeten BRD die sog. „Identitätstheorie" entwickelt. Sie stand im Gegensatz zu anderen Theorien über die Rechtslage Deutschlands, die sich auf der Grundlage der Fortbestandsfiktion oder — wie im Ausland überwiegend der Fall — auf der Grundlage der Auffassung vom Untergang des Deutschen Reiches gebildet hatten. Sie besagte, daß die BRD mit dem Deutschen Reich identisch sei. Die Folge dieser Auffassung war, daß auch die DDR Teil des noch fortbestehenden Deutschen Reiches blieb; die BRD sei nur faktisch daran gehindert, die deutsche Statsgewalt auf dem Territorium der DDR auszuüben, und zwar durch eine Art vom Deutschen Reich abgefallenes Rebellenregime, das der BRD das Recht auf Beherrschung des ganzen Staates streitig machte. Diese Bürgerkriegstheorie war tatsächlich bis zum Amtsantritt der sozial-liberalen Koalition die offizielle Theorie der BRD-Regierungen über die Rechtslage Deutschlands. Sie hätte es der BRD ermöglicht, sich die DDR mit militärischen Mitteln einzuverleiben, ohne daß dies unter das völkerrechtliche Gewaltverbot der UN-Charta gefallen wäre — nämlich im Rahmen einer internen „Polizeiaktion". Da waren zum Glück die realen Verhältnisse davor. In weniger rabiaten Ausprägungen bestimmen aber Fortbestands- und Identitätstheorie bis heute die herrschenden Auffassungen von der rechtlichen Seite der „deutschen Frage".

Im Grundgesetz schlugen sich derartige Auffassungen an verschiedenen Stellen nieder: Die Spaltung wurde nur als eine vorübergehende betrachtet. Daher formuliert Art. 146: *„Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist."*

Die „Väter des Grundgesetzes" betrachteten sich als Sprecher für alle Deutschen, als sie in der Präambel formulierten: *„Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren ... hat das deutsche Volk in den Ländern ... dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden."*

Art. 23 bestimmt, daß das Grundgesetz *„in anderen Teilen Deutschlands ... nach deren Beitritt in Kraft"* gesetzt werden soll. Ebenso kommt in Art. 16 und in Art. 116, in denen die deutsche Staatsangehörigkeit angesprochen wird, zum Ausdruck, daß eine Beschränkung auf das Gebiet der Bundesrepublik nicht angestrebt war.

Es war den Herrschenden in der BRD natürlich klar, daß sie auf lange Zeit allein nicht in der Lage sein würden, die Angliederung der DDR zu erzwingen. Die Bemühungen, die Westmächte auch rechtlich auf dieses Ziel zu verpflichten, fanden im Deutschlandvertrag von 1954 ihren Niederschlag. Darin erhielt die BRD von den drei westlichen Besatzungsmächten ihre Souveränität. In allen Fragen, die „Deutschland als Ganzes" betreffen, sollten allerdings die alliierten Vorbehaltsrechte weiter gelten. Darüberhinaus verpflichteten sich die Westmächte, für ein wiedervereinigtes Deutschland einzutreten, das eine „freiheitlich-demokratische Verfassung ähnlich wie die BRD" erhalten solle. Diese Festlegung der Westmächte auf eine revanchistische Lösung der deutschen Frage gehört noch heute - neben den oben erwähnten einschlägigen Bestimmungen des Grundgesetzes — zu den Stützpfeilern des Wiedervereinigungsanspruches. (3)

Von der Hallstein-Doktrin zum Grundlagenvertrag

des Grundgesetzes — zu den Stützpfeilern des Wiedervereinigungsanspruches. (3)

Von der Hallstein-Doktrin zum Grundlagenvertrag

Die direkte Infragestellung der Nachkriegsgrenzen in Europa war nur im engen Bündnis mit der US-Politik und nur so lange möglich, wie die USA selbst eine Konfrontationspolitik gegenüber der Sowjetunion betrieben. Mit dem „Entspannungs"-Schwenk der amerikanischen Außenpolitik in den 60er Jahren, der auf die mittlerweile eingetretene Gleichgewichtslage im internationalen Kräfteverhältnis zurückzuführen war, verlor die westdeutsche Außenpolitik den notwendigen Rückhalt. Nach mehreren Jahren der Umorientierung (Große Koalition) paßte die sozial-liberale Koalition ab 1969 die westdeutsche Deutschland- und Ostpolitik den neuen Gegebenheiten an, ohne dabei jedoch auf die alten Ansprüche zu verzichten. So wurde im Rahmen der Ostverträge zwar der Status quo in Europa anerkannt; nach Auffassung der BRD wurden jedoch keine endgültige grenzanerkennende Regelung getroffen. Sie verwies dabei auf die vertraglichen Klauseln, die auf die Fortgeltung der alliierten Vorbehaltsrechte bezüglich Gesamtdeutschlands bis zu einer friedensvertraglichen Regelung hinweisen. Die Bundesregierung — und mit ihr alle Bundestagsparteien in einer mit nur wenigen Enthaltungen angenommenen Resolution — stützte darauf ihre Auffassung, alle getroffenen Vereinbarungen verpflichteten nur die BRD, nicht aber einen künftigen gesamtdeutschen Staat.

Der Ende 1972 zwischen der BRD und der DDR geschlossene Grundlagenvertrag setzte diese Politik fort. Mit ihm nahm die BRD offiziell die Existenz der DDR als eigener Staat zur Kenntnis, ohne aber ihren Wiedervereinigungsanspruch aufzugeben. Auch dieser Vertrag enthält die Klausel bezüglich der Fortgeltung der Viermächte-Verantwortung in Bezug auf „Deutschland als Ganzes".

„Entspannung" nur, soweit unvermeidlich

Die bayerische Staatsregierung hatte kurz vor Verabschiedung des Zustimmungsgesetzes zum Grundlagenvertrag beim Bundesverfassungsgericht beantragt, diesen für verfassungswidrig zu erklären, weil er gegen das grundgesetzliche Wiedervereinigungsgebot verstoße. Ziel dieser Operation war nach Aussage ihres politischen Ziehvaters F.J. Strauß nicht die Verhinderung des Inkrafttretens des Vertrages, wie man zunächst annehmen könnte. Vielmehr sollte das Gericht Gelegenheit erhalten, den Vertrag interpretativ festzubinden. (4)

Das Gericht entschied fünf Wochen nach Inkrafttreten des Vertrages, daß dieser grundgesetzkonform sei, allerdings nur in der Auslegung, die der Urteilsbegründung des Gerichts entsprach. (5) Diese Wirkung erzielte es mit einem simplen Trick. Nach dem klaren Wortlaut des Gesetzes können nur der Urteilstenor (die Entscheidungsformel) und derjenige Teil der Begründung, der den Tenor trägt, Bindungswirkung für die staatlichen Organe der BRD bzw. im Fall eines Normenkontrollverfahrens Gesetzeskraft entfalten (§ 31 BVerfGG). Mittels des Kunstgriffs, die Maßgeblichkeit der g e s a m t e n Gründe in der Entscheidungsformel selbst festzustellen und in der Begründung noch einmal ausdrücklich a l l e Ausführungen als tragende Gründe zu bezeichnen, hat das Gericht in diesem Fall seine Ausführungen selbst in Gesetzesrang erhoben.

Was sagt das Urteil nun konkret? Es äußert sich zunächst zur Rechtslage „Deutschlands" und leitet daraus eine Reihe von Konsequenzen ab. So seien alle Verfassungsorgane verpflichtet, in ihrer Politik auf das Ziel der Wiedervereinigung hinzuwirken. Mit Rücksicht auf den Fortbestand des Deutschen Reiches seien grundsätzlich auch die Bürger der DDR deutsche Staatsangehörige. Für die angestrebten Folgeverträge werden enge Vorschriften entwickelt; so darf sich etwa der Handel mit der DDR nicht zum Außenhandel entwickeln. Schließlich wird — von Strauß als wichtigste Feststellung des Urteils gewürdigt — die Grenze zur DDR als „bloß staatsrechtliche Grenze" definiert, ähnlich der zwischen einzelnen Ländern der BRD. Das hat zur Folge, daß — jedenfalls für das Gericht — das völkerrechtliche Gewaltverbot entfällt, was eindeutig der in

DDR als „bloß staatsrechtliche Grenze" definiert, ähnlich der zwischen einzelnen Ländern der BRD. Das hat zur Folge, daß — jedenfalls für das Gericht — das völkerrechtliche Gewaltverbot entfällt, was eindeutig der in

Art. 2 und 3 des Grundlagenvertrages enthaltenen Anerkennung der UN-Charta zuwiderläuft.

Hierin manifestiert sich eine weitere Kompetenzanmaßung des Gerichts: Es legt einen völkerrechtlichen Vertrag anhand verfassungsrechtlicher Kriterien aus. Nach allgemeinem völkerrechtlichen Vertragsrecht ist allerdings die Ersteckung der internen verfassungsrechtlichen Bindungswirkung auf den Vertragspartner nicht zulässig. Die völkerrechtlichen Pflichten der BRD aus dem Vertrag können demnach durch innerstaatliche Gerichte nicht modifiziert werden.

Um diese Hürde zu nehmen, konstruierte das Verfassungsgericht einen „Doppelcharakter" des Vertrages, der zwar auf der einen Seite wie jeder andere völkerrechtliche Vertrag zu behandeln sei, andererseits aber auch staatsrechtlichen Charakter habe, da beide Parteien noch Teil des weiterexistierenden Gesamtdeutschlands seien. Von daher könne seine Auslegung des Vertrags auch gegenüber der DDR geltend gemacht werden.

Das Deutsche Reich ist unverwüstlich

Das Gericht nahm in seiner Entscheidung die Grundthese der herrschenden Staatsrechtlehre in der BRD auf, nach der das Deutsche Reich die Zerschlagung des 3. Reiches überdauert hat und fortexistiert, allerdings als Gesamtstaat zur Zeit nicht handlungsfähig ist. Die BRD ist mit diesem einerseits identisch (Staatsbürgerschaft), andererseits nur „teilidentisch", nämlich in Bezug auf seine räumliche Ausdehnung. Die Hoheitsgewalt der BRD ist demnach auf den Geltungsbereich

des Grundgesetzes beschränkt; trotzdem fühlt sie sich verantwortlich für Gesamtdeutschland. Der DDR wird trotzdem ihre Existenz als Staat im Sinne des Völkerrechts zugebilligt. Damit gibt es jetzt zwei Staaten auf dem Gebiet des noch existierenden Deutschen Reiches, die durch „besondere Beziehungen" verbunden sind.

Unschwer lassen sich hinter den rechtlichen Konstruktionen die Grundlinien der politischen Konstellation ausmachen, der das Gericht zu entsprechen versuchte, indem es Teile der obsolet gewordenen Identitätslehre

„Die Verträge nehmen eine friedensvertragliche Regelung für Deutschland nicht vorweg und schaffen keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen."

„Das unveräußerliche Recht auf Selbstbestimmung wird durch die Verträge nicht berührt. Die Politik der Bundesrepublik Deutschland, die eine friedliche Wiederherstellung der nationalen Einheit im europäischen Rahmen anstrebt, steht nicht im Widerspruch zu den Verträgen, die die Lösung der Deutschen Frage nicht präjudizieren."

„Die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in Bezug auf Deutschland als Ganzes und auf Berlin werden durch die Verträge nicht berührt. Der Deutsche Bundestag hält angesichts der Tatsache, daß die endgültige Regelung der deutschen Frage im Ganzen noch aussteht, den Fortbestand dieser Rechte und Verantwortlichkeiten für wesentlich."

Quelle: Gemeinsamer Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU/CSU, FDP und SPD im Bundestag vom 17. Mai 1982

(die die DDR als „Rebellen-Regime" betrachtete, s.o.) mit solchen der sog. Teilordnungslehre — einer Theorie, die von zwei existierenden Einzelstaaten unter einem gemeinsamen Dach ausgeht — zu verbinden suchte: Die Aufgabe der bis dahin verfolgten strikten Nichtanerkennungspolitik durfte nicht dazu führen, das Offenhalten der „deutschen Frage" für die Zukunft zu verunmöglichen. Deshalb mußte am Fortbestand Gesamtdeutschlands als Rechtssubjekt festgehalten werden. Dieses Programm prägt unverhüllt die gesamte Entscheidung, vor allem die Ausführungen zum „Wiedervereinigungsgebot".

Ohne logische Widersprüche war die Kombination von Elementen völlig unterschiedlicher Theorien allerdings nicht zu bewerkstelligen. Entweder ist die BRD mit dem Deutschen Reich identisch, dann ist dieses auch voll handlungsfähig, oder es existieren auf dem Gebiet des handlungsunfähigen Reiches zwei neu etablierte Staaten. Dann aber gibt es drei Staaten, die nicht miteinander identisch sind. So ist wohl auch zu erklären, daß das Gericht seine Konstruktion nicht bis zum Ende

Reiches zwei neu etablierte Staaten. Dann aber gibt es drei Staaten, die nicht miteinander identisch sind. So ist wohl auch zu erklären, daß das Gericht seine Konstruktion nicht bis zum Ende

durchgezogen hat: Wo die Grenzen des Reiches liegen, sei vom Gericht hier und heute *„genauer zu bestimmen nicht nötig"*.

Außerhalb der Grenzen der BRD finden die Fortbestandstheorien verständlicherweise wenig Gegenliebe, sind sie doch im Kern nichts anderes als Versuche, den historischen Akt der Zerschlagung des Deutschen Reiches durch die Anti-Hitler-Koalition nachträglich aufzuheben. Hier wird überwiegend vom Untergang des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945 — oder doch spätestens zum Zeitpunkt der Souveränitätsverleihungen der Siegermächte an BRD und DDR 1955 — ausgegangen. Der DDR kann auch wohl kaum widersprochen werden, wenn sie sämtliche Versuche aus der behaupteten Identität die Verantwortlichkeit der BRD für ganz Deutschland abzuleiten, als unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR begreift.

Grundgesetz-Präambel: Deklaration oder Rechtssatz?

Die Klage der bayerischen Staatsregierung gegen den Grundlagenvertrag beruhte im Wesentlichen auf der Behauptung, dieser verstoße gegen das grundgesetzlich verankerte Wiedervereinigungsgebot. Das Gericht widmete sich dieser Frage ausführlich und bestätigte die Existenz eines derartigen Verfassungsgrundsatzes ausdrücklich — ohne sich allerdings der Meinung anzuschließen, der Grundlagenvertag verstoße — entsprechend ausgelegt — gegen dieses Gebot.

Hergeleitet wird das Wiedervereinigungsgebot aus der Präambel des Grundgesetzes. Dort ist allerdings von Wiedervereinigung gar nicht die Rede, sondern von der *„Wahrung der staatlichen und nationalen Einheit"* (Satz 1) sowie der *„Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung des ganzen deutschen Volkes"* (Satz 3).

Die rechtliche Qualität dieser Aussagen ist durchaus umstritten. Obwohl die Mehrheit der Fachwelt nur aus dem dritten Satz ein Verfassungsgebot herausliest, die anderen Teile aber für bloße Porgrammsätze hält, wollen einige Autoren (ähnlich wie die bayerische Regierung in ihrer Klagebegründung) aus dem ersten Satz einen verbindlichen „Wahrungsauftrag" gewinnen. Obwohl es wirklich schwierig nachzuvollziehen ist, daß ein Teil des deutschen Volkes von dem „Willen beseelt" war, „seine nationale und staatliche Einheit zu wahren", während es just dabei war, einen eigenen Separatstaat zu gründen, kommt das Verfassungsgericht trotzdem zu einer Pflicht für alle Organe der BRD, die „staatliche Einheit Deutschlands" (d.i. des Deutschen Reiches) zu wahren und „wiederherzustellen". Die Verfassung verbiete, daß die BRD auf einen „Rechtstitel" verzichtet.

Um zu einer derartigen Festlegung zu gelangen, mußte das Gericht allerdings eine ganze Reihe stichhaltiger Argumente zugunsten der Auffassung, daß die Präambel außerhalb des im Grundgesetz geschaffenen Verfassungsrechts bleibt, beiseite schieben. So wird vielfach darauf hingewiesen, daß die Präambeln früherer deutscher Verfassungen (1871 und 1919) nach allgemeinem Verständnis k e i n e

„Wir halten daran fest, daß zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

„Wir halten daran fest, daß zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

keine völkerrechtlichen Beziehungen bestehen können wie zwischen Staaten, die füreinander Ausland sind."

„Es bleibt unsere Aufgabe, ‚auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt'. Der Deutsche Bundestag bekräftig das dem deutschen Volk zustehende Recht auf friedliche Verwirklichung seines Selbstbestimmungsrechts. Die Deutschlandpolitik bleibt bestimmt durch

— das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland,

— den Deutschlandvertrag,

— die Ostverträge, die Briefe zur ‚Deutschen Einheit' sowie die Entschließung des Deutschen Bundestags vom 17. Mai 1972,

— den Grundlagenvertrag und die anderen innerdeutschen Verträge und Vereinbarungen sowie die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 und vom 7. Juli 1975."

Quelle: Gemeinsamer Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU/CSU, FDP und SPD im Bundestag vom 17. Mai 1982

Rechtsnormen darstellten. Auch könne die Präambel schon deshalb nicht Rechtsqualität besitzen, weil sie eine Reihe unrichtiger Behauptungen aufstelle. Etwa die, das „deutsche Volk" habe sich das Grundgesetz gegeben. Eine Volksabstimmung über das von Abgesandten der Länderparlamente im Parlamentarischen Rat verabschiedete und von den West-Allierten genehmigte Grundgesetz hat jedenfalls nie stattgefunden." (6)

Wie die Aufregung um die Schmude-Äußerung (s.o.) beweist, haben jedoch auch Positionen, die nach erfolgter Anerkennung der DDR als Staat der Präambel nur mehr politische Qualität zusprechen wollen, dieser aber die Begründung von Rechtsansprüchen absprechen, auch 40 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges noch keine Durchsetzungschance.

BRD „gebietlich unvollständig"?

Offenbar der Durchschlagskraft der eigenen Argumente nicht so ganz trauend, verbindet eine gewichtige Strömung unter den westdeutschen Staatsrechtlern das aus der Präambel gewonnene Wiedervereinigungsgebot mit solchen Bestimmungen des GG, die ausdrücklich Formen der Wiedervereinigung benennen, und kommen auf diesem Weg teilweise zu erstaunlichen Ergebnissen. Es sind dies die Artikel 23 II, wonach das GG in „anderen Teilen Deutschlands" nach deren Beitritt in Kraft zu setzen ist, sowie der Artikel 146, der bestimmt, daß das GG an dem Tag außer Kraft gesetzt wird, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die „vom deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen" worden ist.

Das Verfassungsgericht hat sich zum Artikel 23 wie folgt geäußert: Die BRD fühle sich „gebietlich unvollständig", weshalb sie verpflichtet sei, das Nötige zu tun, um „anderen Teilen Deutschlands" den Anschluß zu ermöglichen. Zusammen mit dem Gebot der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands aus Satz 3 der Präambel läßt sich so wunderbar die Verpflichtung der Staatsorgane der BRD herleiten, den Beitritt dieser Teile auch kräftig zu fördern (7) — im Rahmen des „völkerrechtlich Zulässigen" natürlich, aber der ist ja bekanntlich dehnbar. Eine derartige „Förderung der Beitrittswilligkeit" kann schließlich auch darin bestehen, Beitrittserklärungen durch einen noch nicht staatlich organisierten Teil des anderen Staates — sprich irgendeine konterrevolutionäre Aufstandsbewegung zu ermöglichen. Diese Möglichkeit haben die notwendigerweise um Akzeptanz ihrer Urteile bemühten Verfassungsrichter zwar nicht formuliert, aber aus ihrer Feststellung zum Artikel 23 spricht trotzdem unverblümter Annexionismus. Ein Staat, der sich „gebietlich unvollständig fühlt", wird zwangsläufig Bestrebungen entwickeln, seine Komplettierung zu erreichen, was nur durch Einverleibung seiner noch außerhalb befindlichen Teile möglich ist.

Daß eine derartige Vorstellung von Wiedervereinigung mit den Prinzipien der UNO-Charta und dem Text des Art. 2 des Grundlagenvertrages, der immerhin die Erklärung der BRD beinhaltet, die DDR forthin als souveränen Staat zu behandeln, nicht in Übereinstimmung zu bringen ist, braucht wohl nicht weiter erklärt zu werden.

Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen

Art. 146 stellt einen weiteren Weg zur Verfügung, um zu einer „gesamtdeutschen" Verfassung zu gelangen. Für die Bundesregierung ergibt sich aus dieser Vorschrift nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts die Pflicht, rechtliche Maßnahmen zu unterlassen, die der Ausübung des Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes entgegengehalten werden könnten.

Alle Bestrebungen, eine solche Entscheidung herbeizuführen, sind nach herrschender Auffassung rechtmäßig. Koppelt man diese Vorschrift mit der „Vollendungsklausel" des Satz 3 der Präambel, kommt man wieder zu einer Pflicht, auf eine derartige Entwicklung hinzuarbeiten. Auch der Inhalt der Entscheidung läßt sich so präjudizieren: Art. 146 für sich genommen schreibt nämlich nicht vor, wie die gesamtdeutsche Verfassung zustandekommen soll und wie sie aussehen soll. Über die „Vollendungsklausel" läßt sich jedoch die Pflicht konstruieren, sich für eine positive Entscheidung über die staatliche Einheit und zugunsten einer „freiheitlichen Verfassung" einzusetzen.

Völkerrechtliche Bestimmungen wie die des Nichteinmischungsgebotes sind konsequenterweise für eine derartige Interpretation kein Hindernis. Die „Klammer der deutschen Nation" soll aus dieser Sicht der Grund dafür sein, daß im Konflikt zwischen der Staatssouveränität und dem Selbstbestimmungsrecht der Deutschen letzteres den Vorrang habe. In den Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts über die „besonderen Beziehungen" zwischen der DDR und der BRD finden solche Auffassungen ihre Stütze. Voraussetzung dafür ist die Weiterexistenz der deutschen Nation als Träger dieses Rechts. Entscheidend für die Beantwortung dieser Frage ist die Definition des Begriffs Nation: Legt man Kriterien wie die der ethnischen und kulturellen Zusammenhänge zugrunde wie hierzulande, wird man diese Frage bejahen. Legt man dagegen soziale,



„Entspannungspolitiker" Brandt und Stoph

vor allem ökonomische Maßstäbe an, so wird man kaum noch von einer einheitlichen deutschen Nation sprechen können.

Die Völkerrechtslehre der DDR weist demnach ein gesamtdeutsches Selbstbestimmungsrecht als unhaltbare Fiktion zurück, da die einheitliche deutsche Nation als Träger dieses Rechts nicht mehr existiere. Das

Selbstbestimmungsrecht als unhaltbare Fiktion zurück, da die einheitliche deutsche Nation als Träger dieses Rechts nicht mehr existiere. Das

Staatsvolk der DDR habe sein ihm zustehendes Selbstbestimmungsrecht bereits durch die „sozialistische Umgestaltung" verwirklicht, ebenso wie das der BRD das seinige. Diese Auffassung hat nicht nur den Vorzug, mit der geschichtlichen Realität übereinzustimmen, sondern darüberhinaus auch den, sich in Einklang mit den Grundsätzen der UNO zu befinden, die kein Selbstbestimmungsrecht in der von den hier Herrschenden (8) vertretenen Form des „Rechts auf Demokratie" kennen.

Der Friedensvertragsvorbehalt als revanchistische Allzweckwaffe

In der Auseinandersetzung um die Ostverträge Anfang der 70er Jahre und auch in der aktuellen Revanchismus-Debatte spielt der sogenannte Friedensvertragsvorbehalt eine tragende Rolle. Auch zur Abstützung des Wiedervereinigungsanspruches tut dieser vielseitig verwendbare Vorbehalt gute Dienste. Das Bundesverfassungsgericht hat ihn als völkerrechtliche Anspruchsgrundlage neben der eben skizzierten staatsrechtlichen gewertet.

Je stärker die kunstvoll mumifizierte Leiche des Deutschen Reiches zu Staub zerfällt und je unhaltbarer damit die Ableitungen des Wiedervereinigungsanspruches aus der Fortbestandstheorie werden, umso stärker rückt dieser Vorbehalt in den Vordergrund.

Bezogen auf das Verhältnis zur DDR ist damit gemeint, daß die alliierten Vorbehaltsrechte aus dem Potsdamer Abkommen in Bezug auf „Deutschland als Ganzes" es angeblich unmöglich machen, daß die BRD die DDR völkerrechtlich (das heißt als Ausland) anerkennt. Endgültig kann nach dieser vorherrschenden Auffassung die deutsche Frage erst im Rahmen eines Friedensvertrages geregelt werden; solange soll die Zuständigkeit der Alliierten für „Deutschland als Ganzes" fortgelten. In den Ostverträgen hat dies in Form sogenannter Nichtberührungsklauseln seinen Niederschlag gefunden, in denen — in unterschiedlichen Formulierungen — auf die vom jeweiligen Vertrag unabhängige Fortgeltung der entsprechenden Bestimmungen verwiesen wird. (9)

Ausdrücklich ist allerdings weder im Grundlagenvertrag noch in den Begleitdokumenten der Begriff „Deutschland als Ganzes" als Objekt der allierten Vorbehaltsrechte genannt.

Die SU, immerhin (Mit-)Inhaberin dieser Rechte, spricht schon seit dem Moskauer Vertrag nicht mehr von diesem Begriff, wenn von alliierten Vorbehaltsrechten die Rede ist. Aber auch in der Erklärung der Botschafter der vier Mächte zur Aufnahme von BRD und DDR in die UNO vom 9.12.72 taucht dieser Begriff nicht mehr auf. Der Schritt, die Vorbehaltsrechte dementsprechend nur noch als formale und objektlose Rechte zu begreifen, liegt zwar nahe, wird aber hierzulande verständlicherweise nicht vollzogen. Dabei läßt die reale politische Entwicklung gar keinen anderen Schluß zu: Im Unterschied zur Zeit bis Mitte der 60er Jahre, als die entsprechenden Vorschläge der SU vorzugsweise in Adenauers Papierkorb verschwanden, ist aktuell der Abschluß eines Friedensvertrages nicht mehr absehbar. Die Regelung der durch den 2. Weltkrieg entstandenen Fragen, auf die die Viermächteverantwortung gerichtet war, ist heute weitgehend abgeschlossen. Mit den Ostverträgen und der Schlußakte der KSZE, die von den ehemaligen Teilnehmern der Anti-Hitler-Koalition inklusive den USA auf der einen und den beiden Rechtsnachfolgern des Deutschen Reiches auf der anderen Seite unterzeichnet wurde, hat

Koalition inklusive den USA auf der einen und den beiden Rechtsnachfolgern des Deutschen Reiches auf der anderen Seite unterzeichnet wurde, hat

die Regelung der durch den Krieg entstandenen Grenzfragen ihren Abschluß gefunden.

Real existiert die Viermächteverantwortung mittlerweile nur noch in Rudimenten, etwa in Form des Kriegsverbrechergefängnisses in Spandau oder der Militärmissionen in Potsdam, Bünde, Heidelberg und Baden-Baden. Ein darüber hinausgehendes Wiederaufleben dieser Rechte wäre nicht gegen den Willen eines der Beteiligten durchzusetzen und auch nur im Rahmen des Potsdamer Abkommens (Stichworte: Entmilitarisierung, Demokratisierung, Entflechtung der Wirtschaft) überhaupt denkbar — absehbar ist es allerdings nicht.

Auch die Berufung auf den sogenannten Deutschland-Vertrag (richtiger: Generalvertrag), der in Art. 2 Formulierungen über die Vorbehaltsrechte der 3 Westalliierten in Bezug auf Berlin und „Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung" enthält, stützt einen gegen die Sowjetunion durchsetzbaren Wiedervereinigungsanspruch nicht. Wenn in Art. 7 dieses Vertrages formuliert wird, man wolle auf ein vereinigtes Deutschland mit einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung hinwirken, dann ist das nichts mehr als eine p o l i t i s c h e Absichtserklärung. Daß auch ihre westlichen Verbündeten die r e c h t l i c h e Grundlage des Wiedervereinigungsanspruches der BRD, nämlich die These von ihrer Identität mit dem Deutschen Reich bzw. „Gesamtdeutschland" nie akzeptiert haben, beweist ein Dokument aus dem Jahr 1950, das der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit bezeichnenderweise nur auf Umwegen bekannt wurde: In einer „Interpretativen-Note" teilten die drei Westmächte der Adenauer-Regierung lapidar mit, daß für sie eine „recognition of the government of the Federal Republik as the de jure government of all Germany" nicht in Betracht komme. (10)

Wiedervereinigung und Gewaltverbot

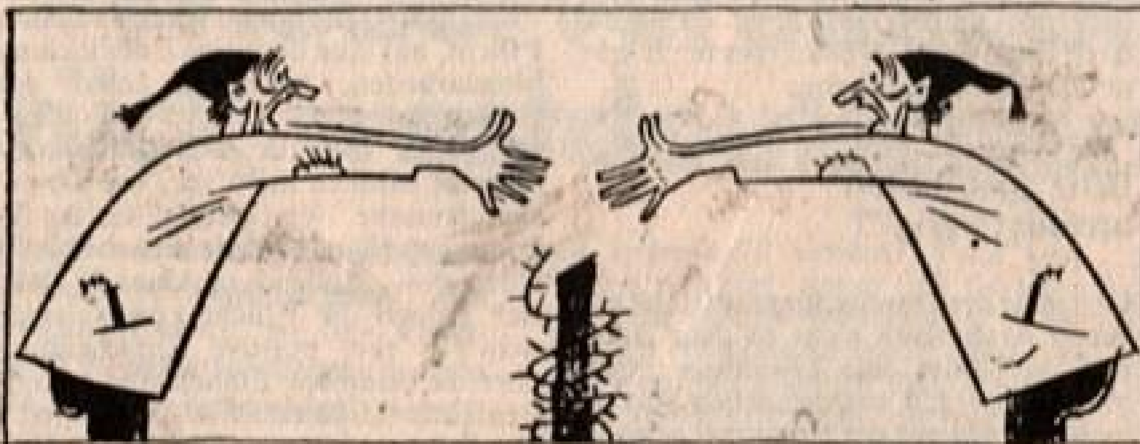
Der informierte Staatsbürger mag nun einwenden, das Wiedervereinigungsgebot sei schon deswegen keine revanchistische Anmaßung, weil ja das GG in den Artikeln 23 bis 26 sich eindeutig gegen Gewaltanwendung ausspreche.

In der Tat sind nach Art. 26 des Grundgesetzes alle Handlungen verboten, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören. Auch Art. 25 des Grundgesetzes verankert den Frieden als verfassungsrechtliches Gebot, indem die allgemeinen Regeln des Völkerrechts in das Bundesrecht übernommen werden, wozu unbestritten das in Art. 2 der UN-Charta verankerte Gewaltverbot zu zählen ist.

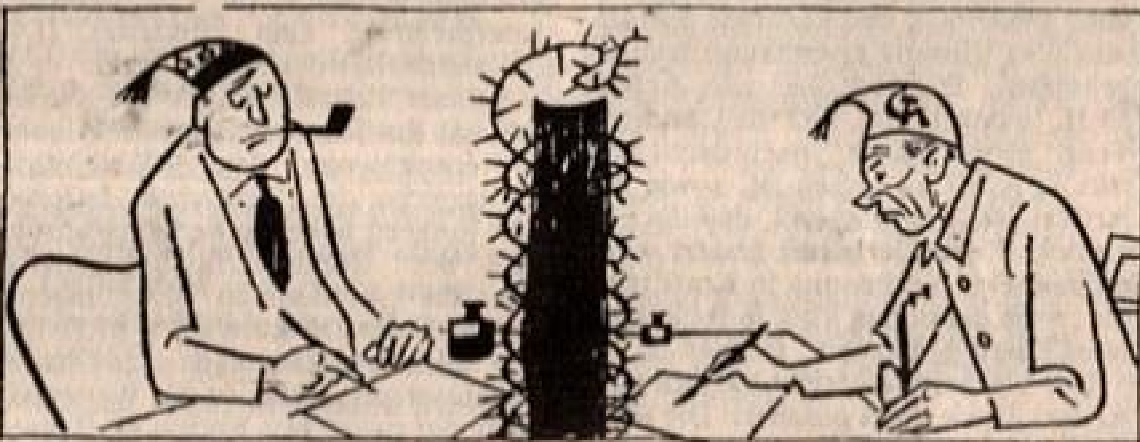
Entsprechend erwähnt auch das Bundesverfassungsgericht, daß die Wiedervereinigung mit friedlichen Mitteln anzustreben sei. Aber wie friedlich ist die bundesdeutsche Deutschland- und Ostpolitik in der Perspektive wirklich?

Es ist hier nochmals darauf zu verweisen, daß die BRD nach i h r e m Verständnis weder in den Ostverträgen noch in der KSZE-Schlußakte eine endgültige Anerkennung der Nachkriegsgrenzen in Europa vorgenommen hat. So hat die sozial-liberale Koalition im Rahmen der KSZE-Beratungen erfolgreich die Ersetzung des Begriffs der *Unveränderbarkeit* der Grenzen durch den der *Unverletzlichkeit* betrieben, womit die Möglichkeit einer ,,einvernehmlichen Veränderung'' offengehalten werden sollte.

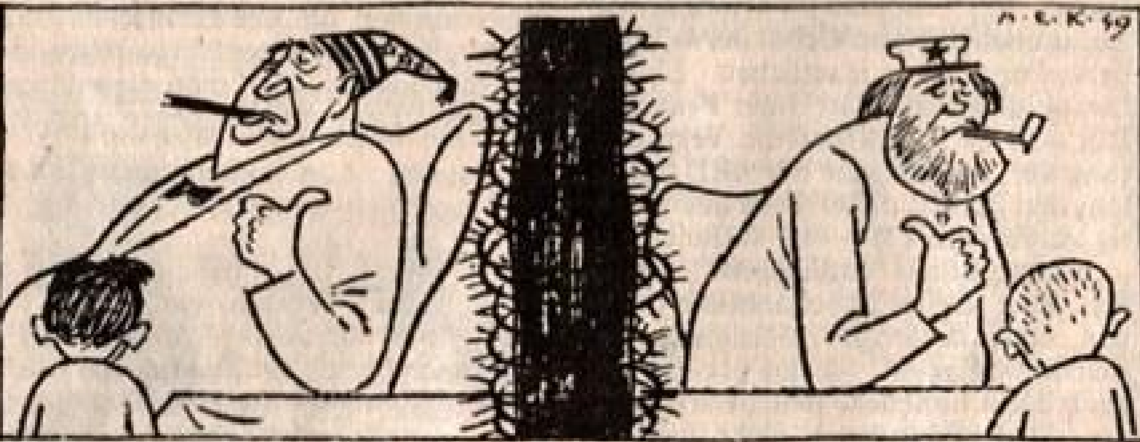
Nun drückt die Formulierung der ,,einvernehmlichen Änderung'' nur eine völkerrechtliche Binsenweisheit aus, denn zu den Rechten souveräner Staaten gehört selbstverständlich auch die Kompetenz vertraglicher Grenzänderungen. Eine Auffassung aber wie die des Bundesverfassungsgerichts, die der DDR keine vollständige Souveränität zugesteht, sondern diese wie einen Gliedstaat der BRD behandelt, dem keine völkerrechtlich geschützten Grenzen zugestanden werden, macht die Grenzen zur gewaltsamen Annektion zumindest fließend. Auch das Münchener Abkommen von 1938 gilt schließlich nach offizieller BRD-Doktrin als ein Beispiel einvernehmlicher Regelung. (14)



1945: ,,Bruder!"



1955: ,,Mein lieber Vetter!"



1965: ,,Ach ja, — wir haben irgendeinen entfernten Verwandten im Ausland . . ."

Ein Blick von den Gefilden ,,juristischer Aggression'' hinüber zur politischen Ebene soll den strategischen Hintergrund des Revanchismus-Vorwurfs verdeutlichen. Wenn Adenauer 1952 formuliert: ,,*Kann einer glauben, daß Sowjetrußland jemals ohne dazu genötigt zu sein, die Ostzone wieder freigeben wird? Ich glaube es nicht. Aber ich denke mir die Entwicklung folgendermaßen: Wenn der Westen stärker ist als Sowjetrußland, dann ist der Tag der Verhandlungen mit Sowjetrußland gekommen ... .Dann wird man Sowjetrußland klarmachen müssen, daß es unmöglich halb Europa in Sklaverei halten kann*'', (11) *dann ist klar, daß das entsprechende Nötigungsmittel, das die SU zu dieser Einsicht bringen soll, nur militärischer Druck sein kann. Auf dem Weg zu diesem Ziel ist die NATO seit dieser Direktive schon ein ganzes Stück vorangekommen, zuletzt durch die ,,Nachrüstung''. So wird die ,,offene deutsche Frage'', deren friedlicher Lösung unsere Wiedervereiniger ihre ganze juristische Interpretationskunst widmen, zum Sprengsatz für einen globalen Atomkrieg.*

Einige Konsequenzen

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung zum Grundlagenvertrag formuliert, diesem sei die Auslegung zu geben, ,,die nach dem Grundgesetz erforderlich sei'', um so seine Sichtweise der deutschen Frage auch gegenüber der DDR geltend machen zu können. Nach allgemeinem völkerrechtlichen Vertragsrecht ist allerdings die Erstreckung der internen Bindungswirkung dieses Urteils auf den Vertragspartner nicht zulässig. Der Vertrag gilt also im internationalen Rahmen genauso, wie sein Inhalt es formuliert, und der besteht in der — allerdings nicht ausgesprochenen — völkerrechtlichen Anerkennung der DDR. Soweit das Gericht versucht, diese Wirkung des Vertrages, mit dem das Deutsche Reich faktisch endgültig in die ewigen Jagdgründe geschickt worden ist und alle darauf gegründeten Rechtsansprüche gegenüber der DDR gegenstandslos geworden sind, dadurch zu begrenzen oder zu eliminieren, daß es die Souveränität der DDR zu durchlöchern sucht, sind diese Ausführungen ohne völkerrechtliche Bedeutung.

Für die im parlamentarischen Raum agierenden fortschrittlichen Kräfte hierzulande gäbe es trotzdem eine Reihe interessanter Aufgaben in diesem Zusammenhang. Die Möglichkeit, Revancheansprüche im Gewand verfassungsrechtlicher Verpflichtungen zu verkaufen, sollte den Regierenden genommen werden. Die Forderung nach ausdrücklicher völkerrechtlicher Anerkennung der DDR durch die BRD, und nach Aufhebung aller diskriminierenden Bestimmungen und der Änderung derjenigen Regelungen des Grundgesetzes, auf die sich der Wiedervereinigungsanspruch stützt, wären mögliche Aufhänger für eine ,,antirevanchistische'' Politik.

Daß derartige Forderungen alles andere als Selbstgänger sind, das hat unter anderem die allgemeine Zustimmung der Fraktionen zur Bundestagsresolution vom 18.1.84 gezeigt, in der unter ausdrücklichem Bezug auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts das ,,Recht des deutschen Volkes auf friedliche Verwirklichung seines Selbstbestimmungsrechts'' bekräftigt wird.

A., Bremerhaven

Anmerkungen:
1) Siehe dazu AK 252, S. 23 f.
2) Zit. nach Schröder/Karuscheit, Friedensbewegung und deutsche Frage, Aufsätze zur Diskussion, Sept. 83, S. 20 f.
3) Was real dahintersteckt, ist natürlich nicht eine Frage juristischer Kunststückchen. Daß nicht allzuviel Vertrauen in die diesbezügliche Vertragstreue der Verbündeten gesetzt wird, mag der Umstand belegen, daß zunehmend die europäische Einigung der deutschen Wiedervereinigung vorangestellt wird.
4) Zit. bei Eisner, Zur rechtlichen und politischen Bedeutung des Karlsruher Urteils zum Grundlagenvertrag, „Blätter" 1973, S. 949.
5) Wortlaut siehe BVerfGE 36, S. 1 ff.
6) Vgl. dazu insgesamt Quist, Rolf, Kennt das Grundgesetz ein Wiedervereinigungsgebot? Politische Studien 1971, S. 615 ff.
7) Ress, Georg, Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes, in: Zieger (Hrsg.), 5 Jahre Grundvertragsurteil des BVerfG, 1979, S. 265 ff.
8) Und nicht nur von diesen: auch für den Ökolibertären Kretschmann ist „die Freiheit der Kern der deutschen Frage" (TAZ v. 2.4.85).
9) Auf die Absurditäten, die sich ergeben, wenn man diese Vorbehalte mit der Identitätsbehauptung der BVerfG konfrontiert, weist Ridder in zitierenswerter Form hin: „Die BRD, angeblich mit dem ‚gesamtdeutschen Staat' identisch (oder teil-identisch) wird von diesem ihrem angeblich handlungsunfähigen alter ego, für das sie aber pausenlos selbst handelt ... in ihrer eigenen Souveränität auf das Empfindlichste beschnitten. Sie kann angeblich durch die von ihr im Zuge der sogenannten neuen Deutschland- und Ostpolitik der sozialliberalen Regierung abgeschlossenen Verträge den ‚gesamtdeutschen Staat' nicht verpflichten, rangiert die Verträge infolgedessen zu modi vivendi herunter und behält dadurch dem nicht vorhandenen ‚gesamtdeutschen Staat', der in ihr selbst vorhanden ist, also sich selbst, eine nicht vom Recht, sondern nur von den Grenzen des Machbaren domestizierte Personalhoheit über Nichtbundesbürger und eine nicht preisgegebene, sondern nur stillgelegte Gebietshoheit über fremdes Staatsgebiet vor". (Ridder, Helmut, Die Souveränität der BRD und ihre Position in der westlichen Allianz, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1982, S. 924)
10) Siehe Menzel, Eberhard, Wie souverän ist die Bundesrepublik? in: Zeitschrift für Rechtspolitik 1971, S. 188
11) Zit. nach „Frontal" Nr. 5/85, S. 26

»Der Sicherheitsstaat«
Zur BRD-Analyse von Joachim Hirsch

Welche ökonomischen Grundlagen führen zur Entdemokratisierung dieser Gesellschaft, bewirken die Herausbildung des ,,Sicherheitsstaates''? Wo weist dieser Staatstyp Berührungspunkte mit dem Faschismus auf? Unter welchen Voraussetzungen kann es zu einer offenen Diktatur kommen?

Diese Fragen erörtert Joachim Hirsch in seiner Untersuchung des ,,Modell Deutschland'' (1). Selbst von Kritikern wird seine Analyse als ,,in den letzten 15 Jahren die theoretisch anspruchsvollste Arbeit'' eingeschätzt. (2) Joachim Hirsch ist SB-Mitglied und Professor in Frankfurt.

Faschisierungs-Diskussion im KB und BRD-Anlyse von J. Hirsch

Seit mehreren Monaten läuft im KB, öffentlich dargestellt auch im ARBEITERKAMPF, eine Diskussion um die Bedeutung der sog. Faschisierungsthese. In einer mehrteiligen Artikelserie wurden die Schwachstellen dieser These aufgezeigt und dafür plädiert, den BRD-Staat unter der Terminologie ,,präventiver Sicherheitsstaat'' zu fassen.

Als Spezifika dieses ,,Sicherheitsstaates'' wurden von F. im AK 259 benannt: ,,eine erheblich fortschreitende Verfilzung von Ökonomie, Staat, Gesellschaft; eine Verbürokratisierung und Institutionalisierung des Parteienwesens sowie anderer Organe der repräsentativen Demokratie; eine tendenzielle Aufhebung der Gewaltenteilung durch die miteinander verflochtenen Apparate; die tendenzielle Verstaatlichung der Gewerkschaften; die Tendenz zum Erfassungs- und Überwachungsstaat; die Erzeugung von Normierungs- und Anpassungsdruck auf bürokratischem Weg bis hin zur Ausgrenzung von Minderheiten, tendenziell die Möglichkeit ihrer Selektion''.

Diese Aspekte werden auch von J. Hirsch behandelt. **In zwei Punkten bringt seine Arbeit aber weitergehende Klarheit** über das Wesen dieses imperialistischen Staatsgebildes:

1. Die ökonomischen Grundlagen des Sicherheitsstaates werden nicht erstrangig in einer Reaktion der Herrschenden auf die Verwertungskrise gesehen, wie sie sich Ende der 60er Jahre abzuzeichnen begann. Vielmehr sei der ,,Sicherheitsstaat'' Ausdruck einer viel tiefergehenden Neustrukturierung der kapitalistischen Produktionsweise (,,Fordismus''). Dies beträfe insbesondere die Reproduktion der Arbeitskraft.

2. Die ,,Durchstaatlichung'' der Gesellschaft führe zur Verschmelzung von zwei Bereichen, die von reformistischen Theoretikern gerne **gegeneinander** gewichtet würden: Dem ,,sozialstaatlichen'' und dem ,,repressiven''. Auch die staatliche ,,Wohlfahrt'' sei Teil der Unterdrückung und Konditionierung der arbeitenden Klassen, sei gekoppelt mit der Überwachungs- und Polizeifunktion des Staates.

Zu kurz kommen in b e i d e n Ansätzen (Hirsch und F.) die Aspekte, die den Übergang zu einer (neuen) Form faschistischer Machtausübung herbeiführen könnten. Zugespitzt: Wie ,,sicher'' steht der ,,Sicherheitsstaat'' da in einer Situation, die durch weltweite **Unsicherheit** (Finanzmärkte, Kriegsgefahr) gekennzeichnet ist? Diese Verkürzungen jedoch sind keine Kernelemente der Theorie vom ,,Sicherheitsstaat, sondern korrigierbare Nebenpunkte.

Staat und Ökonomie

Hirsch begreift die Staatstätigkeit in Zusammenhang mit der kapitalistischen Ökonomie. ,,*Es spricht also einiges für die These, die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaften bis in die jüngste Zeit habe sich im wesentlichen darauf gestützt, daß das Kapital gewissermaßen in ‚vor-' oder ‚nichtkapitalistische' soziale und ökonomische Strukturen und Naturbedingungen hineinwachsen, diese ausbeuten und benützen konnte (Familiensystem, Infrastrukturen, Naturgrundlagen der Produktion). Damit ist der Widerspruch gesetzt, daß das Kapitalverhältnis eben diese Strukturen auflösen, zerstören und beseitigen m u ß, um sich zu erhalten. Das Kapital unterminiert, indem und während es sich entfaltet, fortlaufend seine gesellschaftlichen und natürlichen Reproduktionsbedingungen.* ***Man könnte also sagen, daß die im Zuge der kapitalistischen Entwicklung eintretenden Veränderungen in Form und Funktion des Staates eine Reaktion auf diesen grundlegenden Widerspruch kapitalistischer Vergesellschaftung darstellen*** *— die Unfähigkeit des Kapitals, sich allein auf der Basis von Privatproduktion und Warentausch zu reproduzieren, muß (...)* ***die Ausdehnung komplementär reproduktionssichernder Aktivitäten des Staates, eine forcierte staatliche Vermittlung des gesamten gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhangs, die fortschreitende ‚Durchstaatlichung' der Gesellschaft zur Folge haben.***'' (a, S. 61)

Mit dem Übergang zur hochentwickelten Massenfertigung reißt das Kapital immer mehr Menschen als Lohnabhängige aus ,,vorkapitalistischen'' Strukturen (Bauernhöfe, Manufakturen, Selbständige), deren Aufgaben und Absatzmärkte es mitübernimmt: Statt der bäuerlichen Subsistenzwirtschaft auf dörflichen Märkten das industriell organisierte Agrobusiness. Allerdings kommt das Kapital hier nicht ohne immer stärkere Mithilfe des Staates aus. Dies betrifft insbesondere die Reproduktion (Wiederherstellung) der Arbeitskraft. Dies soll im folgenden erklärt werden.



Von der extensiven zur intensiven Ausbeutung

Im Kapitalismus gibt es den ,,tendenziellen Fall der Profitrate'': Das Kapital ersetzt immer mehr Arbeiter durch Maschinen und rationalisiert so die

Faktoren weg, die allein Mehrwert schaffen können: die arbeitenden Menschen.

Die zentrale Gegentendenz ist die Erhöhung der Ausbeutungsrate. Hier nun ist das Kapital von der **extensiven** zur **intensiven** Methode übergegangen: Aus dem einzelnen Arbeiter wird nicht dadurch „mehr herausgeholt", indem man ihn für Hungerlöhne bis zum Umfallen schuften läßt, sondern indem man durch bessere Abrichtung („Qualifizierung"), beschleunigte Mechanisierung und veränderte Arbeitsorganisation (Taylorisierung) seine Arbeitskraft optimal nutzt.

Diesen Ausbeutungstyp, der sich in Westeuropa nach dem 2. Weltkrieg, in den USA schon früher durchgesetzt hat, bezeichnet Hirsch als „Fordismus". Angespielt wird damit auf ein neues Produktions- und Konsumtionsmodell des Kapitalismus, das mit der Fließbandproduktion Fords am augenfälligsten sichtbar wurde. Voraussetzung dieses neuen Ausbeutungstyps ist der Übergang zur Massenproduktion auf der Grundlage hoher Produktivität. Nur: Ohne die tätige Mithilfe des Staates hätte das Kapital die für die neue Arbeitsweise zurechtgeschliffenen Arbeitskräfte erst gar nicht zur Verfügung (s. dazu im weiteren).

Staat und Reproduktion der Arbeitskraft

Früher lief die (Wieder)Herstellung der Arbeitskraft auf privater Basis: Im Feudalismus gab es nicht einmal ein allgemeines Schulwesen, die Ausbildung erfolgte durch den Vater oder in den Zünften. Mit dem Kapitalismus übernahm dann der Staat als „ideeller Gesamtkapitalist" die Ausbildung, die Schulpflicht wurde eingeführt.

Dennoch waren immer noch weite Bereiche der Arbeitskraft-Reproduktion privat: In der Familie wurde die Arbeitskraft genährt, gekleidet, physisch und psychisch wiederhergestellt und aufgepäppelt. Mit dem Fordismus änderte sich dies radikal: *„Die Reproduktion der Arbeitskraft wird als bedeutende Anlagesphäre für das Kapital erschlossen, was heißt, daß die Befriedigung lebenswichtiger Bedürfnisse und die Kompensation für gesteigerten Arbeitskraftverschleiß gewaltsam in das Korsett kapitalistisch produzierter Waren- und Dienstleistungsangebote gezwängt werden, Lebenszusammenhänge bis in die feinsten Verästelungen (der Wünsche, der Phantasie, des ‚Intimbereichs') hinein zum Objekt kommerzieller Vermarktungsstrategien gemacht werden."* (b, S. 16)

Das Beispiel Familie

Das Beispiel Familie

Damit mensch sich diese neue Art der Reproduktion in ihren Auswirkungen besser vorstellen kann, soll sie am Beispiel der Familie verdeutlicht werden.

Hirsch stellt fest, *„daß die Familie als Kernzelle der materiellen und ideologischen Reproduktion der Arbeitskraft vom gesellschaftlichen Strukturwandel besonders in Mitleidenschaft gezogen wurde."* (a, S. 87) Im Zuge der Herausbildung des Kapitalismus wurde die Großfamilie umgewandelt zur „Zweigenerationen-Kleinfamilie", weil dies für die Mobilität der Arbeiter Vorteile hätte. Große Nachteile erwies dieser neue Familientyp schon bald darin, daß er die materielle Reproduktion bei Alter, Invalidität und Krankheit nicht gewährleisten konnte, woraus Hirsch die Herausbildung entsprechender „sozial"staatlicher Aufgaben herleitet.

Mit der speziell „fordistischen" Form des Kapitalismus kommen weitere Probleme hinzu: Durch die Frauenerwerbstätigkeit leidet die „traditionelle Mütterrolle", durch zunehmende Nacht- und Schichtarbeit reduziert sich die Anwesenheit der Väter in der Familie. Außerdem untergräbt die stark technizistisch-rationalistische Ideologie, die insgesamt den fordistischen Kapitalismustyp prägt, die dem widersprechende Scheinwelt der Familienidylle.

Folge sind zerrüttete Ehen und wachsende Zahl von Ehescheidungen; abnehmende Kinderzahlen zeigen — so Hirsch — *„daß selbst die physische Produktion von Arbeitskräften in Frage gestellt ist"* (a, S. 91)

Auch hier muß wieder der Staat einspringen: Zwar kann er die desolate Familie nicht ersetzen, er versucht aber, sie *„durch Ausweitung staatlicher Stützungs- und Kontrollmaßnahmen zu sichern"*. Neben zunehmender „Familienpropaganda" (Eheberatung usw.) und Abdecken familiärer Defizite durch Staatsorgane („Jugendschutz" durch Jugendbullen, Drogenfahndung, Entwicklung von Jugendzentren als polizeilich beobachtete Jugendtreffs) spielt hier eine besondere Rolle die *„Kontrolle über das generative Verhalten der Frauen"*, also der zunehmende gesellschaftliche und gesetzlich repressive Gebärzwang: Die Familie ist nur ein Beispiel dafür, wie das Kapital die vorherige Reproduktionsart der Arbeitskraft zerstört und somit den Staat zum Eingreifen zwingt. *„Ein sich beschleunigender Prozeß der sozialen Desintegration (...) ist das Resultat der Durchkapitalisierung und Auflösung überkommener sozialer Milieus und Lebenszusammenhänge (häusliche Produktion, Verwandtschafts- und Nachbarschaftsbeziehungen, dörfliche Gemeinschaft, Familie, Arbeiterkulturen) sowie einer sich beschleunigenden Umstrukturierung der Produktion (erzwungene Mobilität, Arbeitsimmigration, forcierte Qualifikations/Dequalifikationsprozesse)."* (b, S. 17) *„Die zunehmende Bedeutung repressiv sozialisierender und sozial konditionierender Institutionen ist die Kehrseite der Auflösung ‚naturwüchsiger' sozialer Zusammenhänge und der Tatsache, daß die ‚freiwillige' und flexible Einpassung der Individuen in die schnell sich verändernden Produktions- und Reproduktionsbedingungen ökonomisch unverzichtbar ist und zugleich zu einer immer prekäreren Angelegenheit wird."* (b, S.19)

Der Sicherheitsstaat

Es kommt somit — wie am Beispiel der Familie gezeigt — zur *„Verflechtung sozialpolitischer Instanzen mit den im engen Sinne repressiven staatlichen Institutionen"* (a, S. 76), der Staat erhält einen Doppelcharakter als „Wohlfahrts"- und Überwachungsstaat. Dabei geht es in beiden Funktionen um die Zurichtung der (künftigen) Arbeiter für den kapitalistischen Produktionsprozeß, die ohne den Staat überhaupt nicht mehr leistbar wäre.

Hirsch schlußfolgert, ***„daß es vor allem die veränderten Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft im entwickelten Kapitalismus sind, welche die Transformation des Staates hin zum Typus des modernen ‚Sicherheitsstaat' bewirken."*** (a, S.78)

Neue Konfliktlinien

Aber auch in anderen Bereichen (als dem der Reproduktion) muß der Staat dazu beitragen, daß die kapitalistische Ausbeutung funktioniert: Um Arbeitskräfte „intensiv" ausbeuten zu können, bedarf es einer hochentwickelten Technologie (staatl. Forschungspolitik), massenhafter Bereitstellung von Energie (Atomprogramm), der Ermöglichung kostengünstiger Produktionszusammenballungen (staatl. Raumord-tik), massenhafter Bereitstellung von Energie (Atomprogramm), der Ermöglichung kostengünstiger Produktionszusammenballungen (staatl. Raumord-nung) und einer dichten industriellen Infrastruktur (Verkehr/Kommunikation). Dies führt zu neuartigen Konfliktverläufen in der Gesellschaft und rückt insbesondere ökologische Themen in den Vordergrund.

„Je mehr der Staat gezwungen ist, produktionstechnologische und infrastrukturelle Strukturanpassung zu organisieren, zu unterstützen und zu vermitteln, umso mehr gerät er objektiv in die Rolle eines Exekutors gesellschaftlich-ökonomischer Krisen (...). Als Instanz, welche das Wertgesetz nach innen zu garantieren hat, erscheint er als aktiv handelnder Verursacher von Kapitalentwertung, Naturzerstörung, Dequalifikation, Arbeitslosigkeit und Marginalisierung." (a, S.72/73)

Dabei entsteht Protest an *„zunächst unverbundenen Punkten des Alltagslebens (da ein Baum ab, dort mehr Lärm, weiter weg ein Kernkraftwerk, und mehr Streß bei der Arbeit)"*. Zusätzlich versucht auch der Staat, *„durch repressive Regulierung und gezielte Subventionierung das Entstehen geballter sozialer Konfliktfronten zu verhindern"* (b, S.18) Das heißt aber, daß dabei von einer direkt „antistaatlichen" Politisierung dieses „antifordistischen" Protestpotentials — im Gegensatz zu den Hoffnungen mancher linken Grünen — nicht ausgegangen werden kann.

Das Innere des Monsters

Wegen seiner zentralen Bedeutung bei der Bekämpfung des tendenziellen Falls der Profitrate bildet sich im Staat eine Dominanz der ökonomischen Bereiche heraus, die ganz unter der Herrschaft des Monopolkapitals stehen.

Haben „früher" Parteien und Parlamente die Rolle des Organisators von Kompromissen innerhalb der Bourgeoisie übernommen, so ist das heute anders. *„Aufgrund der Hegemonie des international operierenden und technologisch fortgeschrittenen Kapitals, der weit vorangetriebenen finanzkapitalistischen Organisierung der herrschenden Kapitalfraktionen und des insgesamt hohen Organisationsgrades des Kapitals werden Kompromißbildungen in hohem Maße in den Bereich der Konzernschaltstellen und Verbände zurückverlagert.* ***Dies bedeutet, daß Parlament und Parteien als Vermittler kapitalfraktioneller Kompromißbildung tendenziell funktionslos werden und diese Aufgabe sich zur Staatsadministration verschiebt."*** (a, S. 100) Die von ihrer sozialen Basis weitgehend abgekoppelten „Volksparteien" spielen nur noch die Rolle von *„Transmissionsriemen zwischen staatlicher Administration/Machtblock und Bevölkerung."* (a, S. 105) Dies bedingt eine Ausschaltung/Reduzierung der innerparteilichen Demokratie, was *„die Kontrollierbarkeit der Parteiapparate durch die bürokratischen Zentralen, d.h. der Regierungspartei durch die jeweiligen politischen Spitzen der Administration"* gewährleistet. Ausdrücklich erwähnt Hirsch die damals noch regierende SPD als Inbegriff dieses neuen Parteityps.

„Modell Deutschland"

Auf dieser Grundlage ist klar, daß Hirsch hier ein Herrschaftsmodell beschreibt, das alle hochkapitalistischen Gesellschaften umfaßt. Das „Modell Deutschland" hat hier allerdings einige Besonderheiten:

— Die Zerstörung sozialer Lebenszusammenhänge („vor-kapitalistische Strukturen") und insbesondere proletarischer Milieus ist gründlicher als anderswo, weil sie schon durch den Faschismus erledigt wurde.

— Die Struktur des „Sicherheitsstaates" (genaueres s.u.) ist schon im Grundgesetz mit seiner Tendenz zum diktatorischen „Ausnahmestaat" angelegt.

— In den drei „Volksparteien" (CDU/FDP/SPD) und den staatsloyalen Gewerkschaften verfügt die BRD über Masseintegrationsinstrumente, die mehr als anderswo gegen die eigene Basis „abgeschottet" sind. Dies machte lange Zeit die Stabilität der BRD aus, führte aber andererseits dazu, daß die „neuen sozialen Bewegungen" zunächst durch diese relativ unbeweglichen Apparate nicht re-integriert werden konnten.

Ökonomische Grundlage des „Modell Deutschland" ist der „Fordismus", der steigende („relative") Ausbeutung mit gleichbleibenden/steigenden Löhnen dadurch vereinbarte, daß technologisch hochentwickelte Massenprodukte auf dem Weltmarkt abgesetzt werden konnten. Dies geschah auf der Grundlage von einem *„instabilen Kompromiß zwischen den sich hegemonial durchsetzenden Fraktionen des technologisch fortgeschrittenen und weltmarktorientierten Monopolkapitals* *mip zwischen den 'sich hegemonial durchsetzenden Fraktionen des technologisch fortgeschrittenen und weltmarktorientierten Monopolkapitals* *einerseits, den gewerkschaftlich organisierten Facharbeitern und vor allem den quantitativ und politisch zunehmend gewichtigen ‚neue Mittelklassen' andererseits."* (a, S. 29)

Ausgangspunkt dieses „Modells" war die Krise 1966/67, in der sich die „technologische Lücke" des westdeutschen Kapitals und die Unmöglichkeit, weiter über „extensive" Ausbeutungsmethoden den Fall der Profitrate zu verhindern (die Marktstellung der Arbeiterklasse war stark, es gab kaum noch Arbeitslose!), gezeigt hatte.

Politische Form dieser Kompromißbildung war die sozialliberale Koalition, und eine Einbindung/Ruhigstellung des DGB in diesen Kompromiß („Konzertierte Aktion" u.ä.).

Die Krise des „Modell Deutschland"

In diesen Klassenkompromiß sind die durch den Fordismus hervorgerufenen „Verlierer" (Arbeitslose, Dequalifizierte, Zwangsmobilisierte, Ruinierte, Ausgestiegene, unqualifizierte Massenarbeiter) nicht einbezogen, sie bilden die Peripherie des „Modell Deutschland". Dieser „nicht-integrierten" Peripherie steht ein gesellschaftlicher „Kern" gegenüber, der Facharbeiter und „neue Mittelschichten" umfaßt.

Zur Instabilität des „Modell Deutschland" kam es, als durch die Weltwirtschaftskrise der 70er Jahre die Basis der intensiven Ausbeutung, die massenhafte Absetzbarkeit von Waren auf dem internationalen Markt, mehr und mehr eingeengt wurde. Von Arbeitslosigkeit und Lohnsenkung wurde zunehmend auch der „Kern" selbst bedroht. Gleichzeitig entstanden die „neuen sozialen Bewegungen" gegen bestimmte Folgen des „Fordismus" (Naturzerstörung etc.), die von den unbeweglich gewordenen Volksparteien nicht integriert werden konnten. Der staatliche Gewaltapparat war gezwungen, sein Gesicht immer offener zu zeigen.

„Autoritärer Sicherheitsstaat" und Faschismus

Über die Verschmelzung mit der „Sozialpolitik" ist *„der staatliche Repressionsapparat stärker, unkontrollierter und flexibler geworden, dringt tiefer in die gesellschaftlichen Sphären und in die Individuen selbst ein."* (a, S. 113) Die **Polizei**, vielfach verflochten mit den Geheimdiensten, fängt an, *„sich als Subjekt von Gesellschaftsveränderung, als regulierende und beeinflussende Kontrollagentur gegenüber einer Gesellschaft zu begreifen"* (a, S. 117). Diese „präventive Sozialkontrolle" *„gegen unkonzessionierte Formen der Interessenswahrnehmung und brisante innere Auseinandersetzung"* verfügt zudem über ein allumfassendes Datenerfassungs- und Auswertungssystem.

Hirsch bilanziert den Zustand als **„Verdoppelung des Staates"**: *„Während die staatlichen, masseintegrativen und ideologischen Apparate in ihrer Gestalt erhalten bleiben, werden sie zugleich von sich ausdehnenden Kontrollnetzen überzogen und untereinander verbunden. Quer zu den bürokratischen Zuständigkeiten und Funktionsverteilungen etabliert sich ein ‚Sicherheitsapparat', der tendenziell immer mehr Züge eines unkontrollierten ‚Staats im Staate' annimmt, traditionelle Ressortschranken sprengt, bürokratische und politische Segmentierung überwindet, Kontrollbefugnisse und Verantwortlichkeiten auf den Kopf stellt."* (a, S. 121)

Durch diese „Dominanz der Sicherheitsapparate" (Hirsch) entsteht auch eine *„Herrschaftsreserve für den Fall, daß die technisch rationalisierten und ‚sauberen' Formen der Disziplinierung und Kontrolle mit sich ausdehnenden Tendenzen der Abweichung (...) nicht mehr fertig werden. Der Sicherheitsstaat könnte deshalb relativ leicht in einen Faschismus neuen Typs umkippen, weil die dazu notwendige institutionelle Struktur sich bereits in den bestehenden Verhältnissen eingenistet hat."* (a, S. 123)

Umkippen nach rechts ...

Einen Faschismus **herkömmlichen** Typs hält Hirsch für unmöglich, weil *„eine nationalistische, rassistische und chauvinistische ideologische Mobilisierung angesichts der Weltmarktabhängigkeit und Weltmarktverflechtung des westdeutschen Kapitals nicht ohne weiteres möglich ist."* (a, S. 129). Sehr wohl möglich sei allerdings ein *„Staatsfaschismus mit rigide kontrollierten Formen der Massenmobilisierung unter Gebrauch eines perfekten Überwachungsapparates."* (a, S. 131) Dazu könnte es dann kommen, *„wenn die Kapitalverwertungs-Strategie der weltmarkt-expansiven und technolo-**Überwachungsapparates."* (a, S. 131) Dazu könnte es dann kommen, *„wenn die Kapitalverwertungs-Strategie der weltmarkt-expansiven und technolo-**gieabgestützten Ausdehnung der relativen Mehrwertproduktion an äußere oder innere Schranken stößt."* (a, S. 131)

Beides hängt miteinander zusammen: Prallt die Weltmarktoffensive der BRD durch innerimperialistischen Konkurrenzkampf, Sättigung der Märkte und Überschuldung der Abnehmer an eine „äußere Schranke", muß innenpolitisch der „Kern" der Arbeiterklasse direkt materiell angegriffen werden (vermehrt Rückkehr zu extensiver Ausbeutung). Das gilt auch umgekehrt: Läßt sich — aus welchen Gründen auch immer — die staatstreue des „Kerns" nicht mehr aufrechterhalten, verweigern sich die Arbeiter einer „intensiven Ausbeutung", wird „deutsche Wertarbeit" auf dem Weltmarkt teurer, was wiederum den Spielraum für materielle Konzessionen zur Re-Integration der Unzufriedenen einengt.

Eine „Wende" weg vom sozialintegrativen „Modell Deutschland" befürchtete Hirsch z.B. schon anläßlich der Strauß-Kandidatur 1980: *„Überraschend schnell hatte sich damit der reaktionärste, aus Teilen der CDU und der CSU bestehende Flügel des gegenwärtigen Parteienkartells als politische Formation behauptet, die — anders als die vom abgelösten Kanzlerkandidaten Kohl repräsentierte sozialkonservative Richtung — sich politisch deutlich vom sozialliberalen „Modell Deutschland" unterscheidet."* Dabei gehe es zwar noch nicht um einen Faschismus, wohl aber um *„eine gründliche Strukturveränderung des politischen Herrschaftssystems"* (a, S. 9), die an die Stelle „korporatistischer Einbindung" des DGB seine strenge Reglementierung setze (a, S. 46) und die „Beseitigung liberaler und demokratischer Restbestände" zur Folge habe (a, S. 47).

... oder Stabilisierung des „Modell Deutschland"

Es macht die Stärke von Hirsch's Analyse aus, daß er neben einer schroffen Rechtsentwicklung im Zuge einer Strauß-Regierung durchaus auch einkalkulierte, was dann tatsächlich geschah: Eine Stabilisierung des Herrschaftsmodells der 70er Jahre. Das Kapital — so Hirsch 1980 — könne versuchen, *„auf die Verschlechterung der Konkurrenzbedingungen mit einer weiteren Intensivierung der ‚technologischen' Expansion und der damit verbundenen Restrukturierungsprozesse zu reagieren (...)."* *„Das korporatistische Regierungskartell, das sich zwischen Regierung und Gewerkschaften eingenistet hat, dürfte sogar gewissen Reallohnsenkungen standhalten, sofern es gelingt, traumatische ökonomische Einbrüche zu vermeiden."* (a, S. 49) Zudem *„trägt die von Strauß (...) angebotene Alternative das schwer kalkulierbare Risiko internationaler Verwicklungen und Verhärtungen, innerer sozialer Konfrontationen und unkontrollierter ideologischer Auswirkungen in sich."* Die *„unspektakuläre und lautlose Ausdehnung der Überwachungs- und Kontrollnetze"* sei gegenüber *„politischem Rabaukentum, Chauvinismus und reaktionärer Massenmobilisierung"* die *„passende politische Form für technologisch hochentwickeltes, weltmarktorientiertes und damit gegen unberechenbare Störungen des gesellschaftlichen Normalbetriebes allergisches Kapital."* (a, S. 51)

Resumée

Was bei Hirsch fehlt, ist eine Erklärung für diese Vorliebe des BRD-Kapitals für die „lautlose Repression", die über diese Andeutungen hinausgeht. Ebenfalls müßte untersucht werden, wie lange die Formen der relativen Mehrwertabpressung, zumindest „im Kern" der Gesellschaft, noch aufrechterhalten werden können, bzw. ob nicht mit einem baldigen Übergang zur absoluten Mehrwertabpressung gerechnet werden muß, was die Möglichkeit verschärfter Klassenkämpfe und/oder verschärfter Unterdrückung zumindest nahelegt.

Mit Recht warnt Hirsch aber vor einer Haltung, wo man mit gefalteten Händen den *„auf längere Sicht unausweichlichen Zusammenbruch dieses Integrations- und Herrschaftsmodells prognostiziert"*, ohne daß sich daraus für das Hier und Heute *„eine politisch weitertreibende oder gar revolutionäre Perspektive ergibt."* (b, S. 21)

Weiterhin hervorhebenswert ist, daß Hirsch **prinzipiell** am Grundwiderspruch Kapital/Arbeiterklasse festhält und eine Orientierung an der „Peripherie" der Gesellschaft, die es gegen den „Kern" zu mobilisieren gelte, ablehnt (Randgruppenstrategie): Er begreift die „ *‚neuen sozialen Bewegungen' als isolierte und isolierbare Ausdrucksformen einer marginalisierten* lehnt (Randgruppenstrategie): Er begreift die „ *‚neuen sozialen Bewegungen' als isolierte und isolierbare Ausdrucksformen einer marginalisierten* *Peripherie, deren politische Perspektiven grundsätzlich zweifelhaft sind: sei es infolge ihrer objektiven strukturellen Schwäche (z.B. wegen der Distanz zum materiellen Produktionsprozeß und der fehlenden Verbindung zur Arbeiterklasse), sei es, weil sie als Element der (...) Spaltungs- und Ausgrenzungsstrategien gesehen werden (etwa durch Verbreitung tendenziell reaktionärer Ideologien, parteimäßiger Integration, Verbreitung einer Bescheidenheitsmoral, folgenlosem Sozialutopismus)."* (b, S. 21)

Leider bewahrt ihn diese richtige Skepsis nicht davor, sich andernorts seitenweise über die Bedeutung der „neuen sozialen Bewegungen" als Basis eines „radikalen Reformismus" (so Hirsch) auszulassen, was hier nicht weiter analysiert werden soll.

Bei der Beurteilung von Hirsch sollte man also trennen zwischen seiner Untersuchung und seinen Schlußfolgerungen. Sind letztere nur mit Vorsicht zu genießen, so ändert das doch nichts daran, daß seine BRD-Analyse für die revolutionäre Linke eine Vielzahl wichtiger Anstöße beinhaltet.

Jürgen/Stuttgart

Anmerkungen:

1)
Im wesentlichen stütze ich mich bei diesem Artikel auf zwei Arbeiten von Hirsch: a) Joachim Hirsch, Der Sicherheitsstaat, EVA 1980; b) Joachim Hirsch/Roland Roth, Modell Deutschland und neue soziale Bewegungen, in: PROKLA 40, 1980.

Nicht mit herangezogen habe ich neuere Untersuchungen von Hirsch, wo er sich mit der Umstrukturierung des BRD-Staates hin auf ein „postfordistisches Herrschaftsmodell" beschäftigt.

2)
So die CILIP-Redakteure Heiner Busch und Falco Werkentin im „Argument"-Sonderband Nr. 105. Die Bedeutung von Hirschs Untersuchung für die laufende KB-Debatte besteht darin, daß er auf der Grundlage von Poulantzas' Staatstheorie (diese ist Teil des Schulungszyklus „Staat" der KB-Multiplikatoren-Schulung) arbeitet, die er auf eine Periode anwendet, die wir auch in unserer Faschisierungs-diskussion reflektieren.

Gegen die Dämonisierung der Gentechnologie

Fortschritte in der Biotechnik haben eine neue Runde der Technologie-Debatte eingeleitet, und die Spalten der Medien füllen sich mit populärwissenschaftlichen, ethischen, ökologischen und feministischen Erörterungen des Themas. Der AK kann und will seinen Leserinnen und Leser keinen fertigen Standpunkt dazu liefern, gerade weil wir das schlichte grüne Finger-weg-davon genauso unbefriedigend finden die die Akzeptanz-Diskussionen sozialdemokratischer Experten für Nachdenklichkeit und Bürgernähe. Wir werden uns also gewiß noch eine Weile mit unterschiedlichen Einstiegen und widersprüchlichen Beiträgen gedulden müssen. Soviel läßt sich jedoch heute schon mit Sicherheit sagen: Sollte sich dereinst auch in dieser Frage die Überlegenheit des dialektischen Materialimus über alle bürgerlichen Methoden herausstellen, so wird das bestimmt nicht an kommunistischen Genen liegen. Red.

Die Aufregung, die neuerdings eine spezielle Unterdisziplin der Mikrobiologie und Biochemie auslöst, bezieht ihre Substanz aus sensationellen Meldungen. Je nach Standpunkt wird entweder das Blaue vom Himmel herunterversprochen (Abschaffung des Hungers, der Erbkrankheiten usw.) oder die Hölle auf Erden an die Wand gemalt (widernatürliche Monster-Bakterien fressen alles auf, Ausrottung der Frauen durch die Männer u.ä. (1)). Das Pharmakapital hört schon die Dollars klimpern, und Grüne fordern ein Verbot der neuen Technologie.

Was ist wirklich dran an diesem neuen Teufelswerk? Was unterscheidet die Gentechnik von anderen wissenschaftlichen Erkenntnissen und Methoden? Und was haben Linke damit zu tun?

1. Wozu ist die Gentechnologie wirklich in der Lage?

Veröffentlichungen über die Gentechnologie sind geprägt von erstaunlichen und erschreckenden Nachrichten. Unter den schlagzeilenträchtigen Meldungen befinden sich z.B.

— die Geschichte von der ,,Tomoffel'', einer Super-Kombination von Tomate und Kartoffel, einer Pflanze, von der man dann angeblich beide Früchte ernten könne,

— die Geschichte vom Super-Weizen, der — gegen Kälte, Hitze, Trockenheit und Schädlinge gefeit— dazu beitragen soll, das Hungerproblem in der Dritten Welt endgültig zu lösen,

— die Geschichte von der ägyptischen Mumie, der man Hautproben entnahm, und deren Gene man angeblich klonieren konnte,

— die Berichte von Bakterien im Bergbau, von Öl- und Dioxin-fressenden Mikroorganismen,

— die Horrorvision von geklonten und genetisch programmierten Menschen.

Mikroorganismen,
— die Horrorvision von geklonten und genetisch programmierten Menschen.

Der größte Teil dieser Meldungen entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als Übertreibung; man kann immer wieder feststellen, daß es sich häufig nur um Pläne oder Ideen handelt, an denen gearbeitet bzw. auf die hingearbeitet wird. Auf die Hintergründe dieser besonders bei der Gentechnologie zu beobachtenden Erscheinung komme ich im nächsten Absatz zu sprechen. Zunächst ein paar Beispiele für das Zustandekommen solcher Meldungen.

Gentechnik bei Pflanzen

So hat z.B. die Geschichte um die ,,Tomoffel'' insofern einen wahren Kern, als es tatsächlich irgendwelchen Pflanzenbiologen gelungen ist, die Zellkerne — und damit die Erbanlagen — von Tomate und Kartoffel miteinander zu verschmelzen. Herausgekommen ist ein mickriges, kaum ein paar Zentimeter hohes Pflänzchen ohne Wurzel und ohne Fortpflanzungs-Fähigkeit, von dem man genauso viele Kartoffeln und Tomaten ernten könnte wie von einem Spazierstock, den man in die Erde steckt. Und das, obwohl beide Pflanzen eng miteinander verwandt sind (Nachtschattengewächse). Dieses Beispiel ist typisch: Sämtliche Berichte über die große Bedeutung der Gentechnologie für Nutzpflanzen — bzw. überhaupt in der Pflanzenbiologie — neigen zu Übertreibungen. Pflanzen-Gene sind aufgrund technischer Probleme weitgehend unerforscht. Als hundertprozentiges Phantasieprodukt ist auch die immer wieder auftauchende Meldung zu bewerten, man arbeite bereits daran, Pflanzen derart gentechnologisch zu manipulieren, daß sie Stickstoff direkt aus der Luft binden und aufnehmen können. Das käme einer ,,Revolution'' in der Nahrungsmittelproduktion gleich, weil so das Problem der Düngung entfallen würde. Das käme aber auch einer ,,Revolution'' in der Natur gleich, denn es gibt keine Pflanze, die auch nur annähernd ähnliches leistet. In wissenschaftlichen Veröffentlichungen wird inzwischen zugegeben, daß eine solche Pflanze ,,nicht einmal auf dem Papier'' existiert (2).

Sämtliche handfesten Ergebnisse in der Weiterentwicklung von Nutzpflanzen beruhen auch heute auf Methoden, wie man sie seit 150 Jahren anwendet: Kreuzung und Züchtung. Das trifft auch auf den bekannten Hybrid-Weizen zu, der den Vorteil einer extrem hohen Ernte-Rate mit dem Nachteil verbindet, durch die Hochzüchtung nicht mehr fortpflanzungsfähig zu sein.

Gentechnik in Bergbau und Umweltschutz

Einen realistischen Kern haben da schon Berichte über den (möglichen) Einsatz von Mikroorganismen im Bergbau oder für die Verarbeitung giftiger Substanzen. Aber auch hier entpuppen sich sensationelle Meldungen bei genauem Hinsehen als weniger spektakulär: Alle diesbezüglichen Vorhaben — und z.T. bereits in der Praxis durchgeführten Unternehmungen — beruhen auf seit Jahrmillionen in der Natur vorkommenden Prozessen, die man allerdings erst jetzt zu verstehen beginnt.

Ein Beispiel: Seit rund 3000 Jahren betreiben Menschen Kupfergewinnung durch Laugung von Minenwässern. Erst seit 25 Jahren weiß man, daß dabei Bakterien eine wesentliche Rolle spielen. Sie leben von der chemischen Umwandlung anorganischer Substanzen wie Metallen, Salzen und Säuren. Einige fühlen sich erst bei Temperaturen von knapp unter 100°C in einer kräftigen Konzentration aus Schwefelsäure so richtig wohl — die Idee, solche Mikroben zur Rauchgasentschwefelung einzusetzen, liegt auf der Hand. Die Gentechnologie spielt dabei sowohl für das Verständnis dieser Vorgänge eine Rolle als auch für Überlegungen eines gezielten Einsatzes solcher Möglichkeiten. In den meisten Fällen ist man allerdings noch weiter entfernt, als zugegeben wird. So reicht z.B. die Entdeckung, daß es offensichtlich Mikroben gibt, die in stark Dioxin-verseuchten Abwässern überleben können, um in der Presse Schlagzeilen zu machen wie : ,,Gentechnologen produzieren Dioxin-fressende Bakterien.''

Insgesamt ist es aber durchaus realistisch, daß mittelfristig industriell verwertbare Ergebnisse auf diesen Gebie-
terien.''

Insgesamt ist es aber durchaus realistisch, daß mittelfristig industriell verwertbare Ergebnisse auf diesen Gebieten geliefert werden können.

Gentechnik in der Medizin

In einem dritten Bereich deuten einige Anzeichen darauf hin, daß auch hier längerfristig Erfolge erzielt werden könnten: in der Medizin und der Pharmakologie. Allerdings sind die Ergebnisse bisher so dünn und betreffen derart spezielle Bereiche, daß sie in keinem Verhältnis zur Jubelpropaganda der Pharma-Industrie stehen. Es ist kein Zufall, daß immer wieder die gleichen Beispiele für erfolgreich angewandte Gentechnologie in der Humanmedizin genannt werden (Insulin, Interferon, Wachstumshormone): es gibt nämlich bisher keine anderen.

Es gibt Schätzungen, nach denen von rund 50.000 nutzbaren chemischen Verbindungen mindestens 10% biotechnologisch unter Einfluß der Gentechnologie hergestellt werden könnten. Ob das stimmt, muß sich erst noch herausstellen.

Und auch hier muß man sich vergegenwärtigen, daß es sich dabei um alles andere als um Wunderdinge handelt: die Produktion von komplexen Proteinstrukturen mithilfe von Mikroorganismen basiert auf der Arbeit mit einem bestimmten Bakterium: dem Escherichia Coli (E. Coli). Diese Mikrobe, die sich bevorzugt im Darmbereich des Menschen aufhält, hat von Natur aus die Eigenschaft, immer wieder neue Bestandteile in seine DNS einzubauen und damit die eigene Genstruktur zu verändern. Das hat man sich zunutze gemacht, und die Leistung der Gentechnologie besteht nur darin, diese Vorgänge erkannt zu haben und gezielt ablaufen zu lassen.

Ansonsten erschöpft sich die Anwendung der Gentechnologie in der Medizin in der Früherkennung (Aminozentese, Chorion-Biopsie) von Chromosomenschäden und einigen erblichen Stoffwechseldefekten. Alles andere ist derzeit Fiction. Das betrifft besonders das Einschleusen von Genen in Keimzellen.

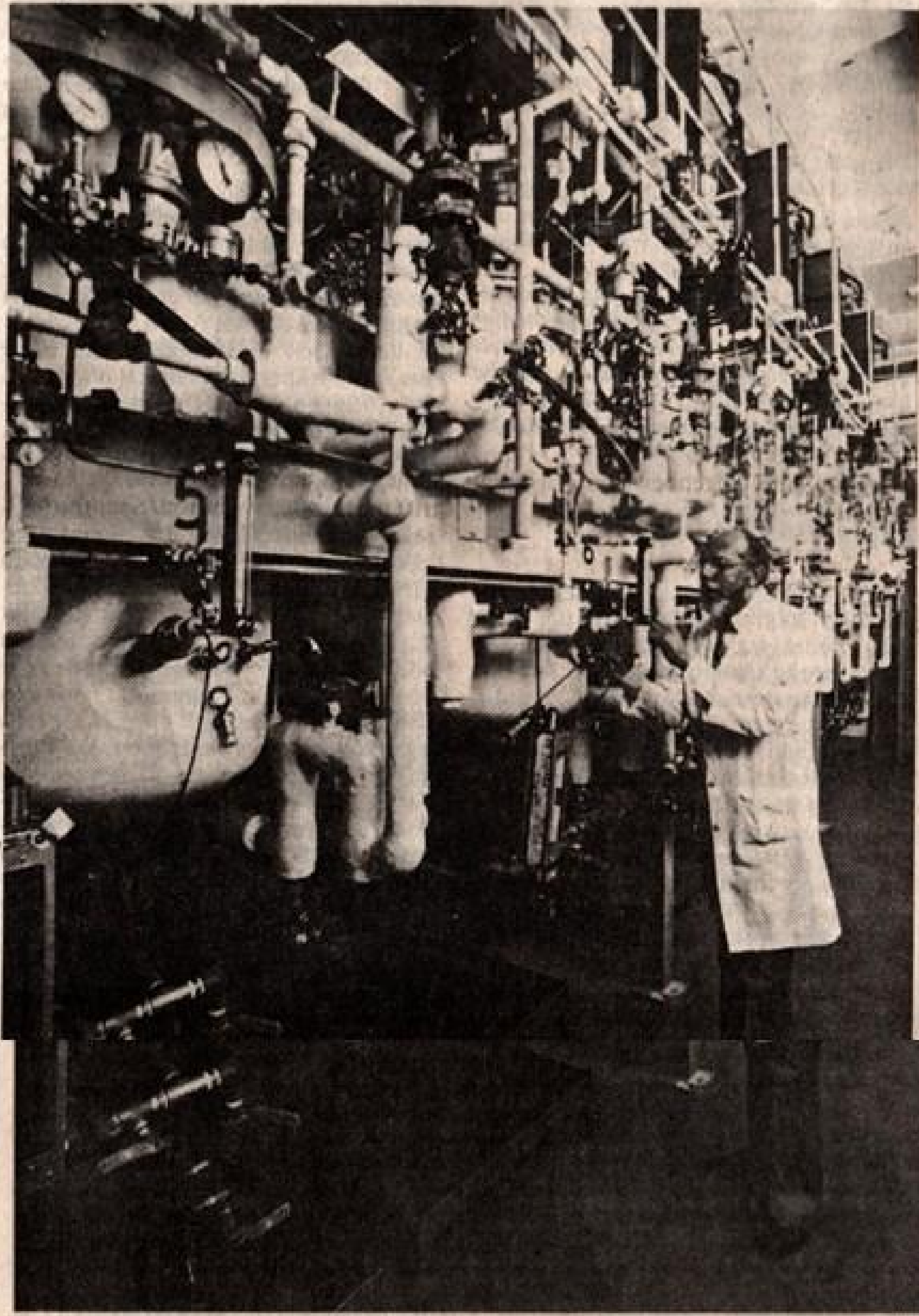
Spektakulärstes Beispiel für einen Eingriff in die Keimzellen bei Säugetieren sind die sogenannten ,,Riesenmäuse'', denen ein Gen für das Wachstumshormon der Ratte eingepflanzt wurde. Erreicht wurde dieses Ziel, indem man die Zellkerne von befruchteten Mäuse-Eizellen mit mehreren tausend Genen für das Rattenhormon ,,bombardierte''. Bei rund 30% der Eizellen wurde zufällig ein Rattengen in das Erbgut der Maus eingebaut. Doch das reicht noch nicht aus, denn das Gen muß auch später im Gewebe zur richtigen Zeit aktiv werden (das heißt, ,,angeschaltet'' werden) — und das ist bis heute in keinem einzigen Fall erreicht worden. Über all diese Dinge — das An- und Abschalten von Genen, der Zusammenhang und die ,,Zusammenarbeit'' zwischen Genen, die multifaktorielle Aufgabe von Genen usw. — ist heute kaum etwas bekannt, geschweige denn, daß man diese Vorgänge steuern könnte.

Davon klar unterschieden werden müssen Eingriffe in die genetische Substanz von normalen Körperzellen, weil die Folgen auf das Individuum begrenzt bleiben (und nicht vererbt werden können) und von daher kaum anders zu bewerten sind als z.B. Organ-Transplantationen. Doch auch auf diesem Gebiet äußern sich wissenschaftliche Veröffentlichungen äußerst skeptisch. Eine Gen-Therapie in Form einer Körperzellen-Therapie steht vor einer derart großen Zahl von ungelösten Problemen (die hier nicht aufgelistet werden können), daß es nicht absehbar ist, ob sie überhaupt irgendwann eine größere Bedeutung erlangen kann.

Gentechnik im militärischen Bereich

Ihren Ursprung hat die Gentechnologie — im Unterschied zur Informatik — nicht im militärischen Bereich. Sie ist nicht in ihrem Auftrag entstanden oder entwickelt worden. Während Computer in ihrer heutigen Form ohne militärische Förderung nicht denkbar wären, ist es bei den Erkenntnissen der Gen-Forschung so, daß erst verhältnismäßig spät Aktivitäten unternommen wurden, sie auf eine Tauglichkeit für die Kriegsführung zu überprüfen. Es gibt wohl in den USA eine Reihe Forschungsprojekte, über die man aus naheliegenden Gründen nichts weiß. Spekulationen gehen immer in die gleiche Richtung: angeblich wird an biologischen Waffen gearbeitet, für die man das — dem Gegner unbekannte — Gegenmittel gleich miterfindet.

Daß von Militärs Überlegungen in diese Richtung angestellt werden, ist wahrscheinlich. Allerdings spielen biologische Waffen in den verschiedenen imperialistischen Kriegs-Optionen praktisch keine Rolle, was mit ihren auch für den Angreifer unkalkulierbaren Folgen zusammenhängt. Diese Risiken könnten unter Umständen bei einer gentechnologisch ,,ausgereiften'' Waffe etwas reduziert, grundsätzlich aber nicht ausgeschlossen werden. Eine Waffe, deren Wirkung davon abhängt, ob eine chemische Formel in die Hände des Gegners gerät oder nicht, ist doch wohl nicht besonders zuverlässig. Immerhin müßte z.B. ein Gegenmittel früh genug breit verteilt werden, was einer Geheimhaltung nicht gerade zugute kommen dürfte. Grundsätzlich läßt sich das Dilemma biologischer Waffen wohl kaum lösen.



Eines der wenigen Beispiele für eine bereits industriell betriebene Gentechnik: Die Produktion von Interferon

Zusammenfassung

Sensationsmeldungen über die Gentechnologie müssen kritisch hinterfragt werden. Auch hier wird nur mit Wasser gekocht, sprich: die Gentechnologen können froh sein, wenn es ihnen gelingt, natürliche Prozesse zu verstehen, nachzuvollziehen und u.U. im Reagenzglas zu wiederholen. ,,Widernatürliches'' ist ihnen bisher nicht gelungen — und das ist auch nicht zu erwarten.

Unverblümt formuliert ein Kenner der Materie und Pionier der Gentechnologie, Erwin Chargaff: ,,*Ich glaube nicht, daß bis heute tatsächlich ein Gen mit Beginn- und Stop-Zeichen isoliert wurde. Es wird sehr viel gegackert auf diesem Gebiet.*'' (3)

,,Gegackere'' ist vermutlich auch der in Wirtschaftskreisen gern angestellte Vergleich mit der Mikroelektronik: die zu erwartende Umwälzung durch die Gentechnologie sei ähnlich groß. Selbst wenn wirklich entsprechende Fortschritte erzielt werden sollten, ist doch z.B. der Pharma-Markt für sich genommen sehr eng und nur winzig im Vergleich zur Gesamtwirtschaft. Ein Rationalisierungsschub, wie ihn die Mikroelektronik mit sich bringt, ist auf ,,biologischem'' Sektor kaum vorstellbar.

Es stellt sich die Frage, warum dieses Thema trotzdem heute in aller Munde ist.

Wie ist es möglich, daß eine recht wenig erforschte und entwickelte Technologie besonders in den USA so verhältnismäßig viel Kapital bindet und zu zig Firmengründungen führt, obwohl diese Firmen bisher kaum etwas Sinnvolles produzieren konnten? Welche Erwartungen knüpfen sich seitens des Kapitals und der kapitalistischen Regierungen an diese Technologie? Warum spielt dieses Thema in der öffentlichen Diskussion eine viel größere Rolle als real im Leben der Menschen? Was treibt schließlich Linke dazu, ein Forschungsverbot zu fordern, wie in der TAZ oder kürzlich sogar im AK?

2. Was steckt hinter dem ,,Hochpowern'' der Gentechnologie?

Den wichtigsten wirtschaftlichen Anstoß für das Kapital stellte die Entscheidung eines amerikanischen Gerichts im Jahre 1980 dar, einen gentechnisch manipulierten Mikroorganismus für grundsätzlich patentierbar zu erklären, als eine Art ,,mikrobiologische Erfindung''. Die Folge war ein neuer ,,gold-rush'': Hunderte von Millionen Dollar wurden innerhalb kürzester Zeit in die kommerzielle Nutzung der Gentechnologie gesteckt. Neue Firmen, die nur aus ein paar Wissenschaftlern und Managern bestanden und erst einmal nichts produzieren konnten, gaben sogar Aktien aus, was den Anteil spekulativen Kapitals noch erhöhte. Überhaupt dominierte bei den neugegründeten Unternehmungen sogenanntes Venture-Kapital, d.h. Risiko-Kapital, das ohne kurzfristige Profiterwartungen angelegt wird. Als 1982 in der Firma Eli Lilly als erstes begonnen wurde, Insulin industriell zu produzieren, war die Investitions-Woge schon wieder abgeebbt.

Gleichzeitig mit dem ,,Gen-Gold-Rausch'' tauchten natürlich besonders in den amerikanischen Medien verstärkt Presseberichte auf, die der Gentechnologie eine goldene Zukunft versprachen. Die neue Technologie wurde von ihrer Bedeutung und ihren zu erwartenden Profitmargen mit der Computer-Technologie verglichen.

1981 war das Jahr, in dem sich der Einstieg des BRD-Kapitals in das neue Gebiet vollzog: Der Pharma-Konzern Hoechst investierte in — wo auch sonst — den USA 50 Millionen Dollar für den Aufbau eines Genforschungsinstitutes am Massachusetts General Hospital in Boston. Der Konzern schloß

den Aufbau eines Genforschungsinstitutes am Massachusetts General Hospital in Boston. Der Konzern schloß

einen Vertrag ab, der ihm das Recht gibt, nach 10 Jahren die 40 qualifiziertesten Wissenschaftler aus dem Institut abzuziehen und für die eigenen Belange einzusetzen.

Die ,,Abwanderung'' des Hoechst-Kapitals führte in gewissen Kreisen der BRD erst zu erheblicher Aufregung und dann sehr schnell zu entsprechenden Aktivitäten. Allenthalben wurde Panikstimmung verbreitet. ,,Deutschland — ein genetisches Flachland'' und ,,Unsere Hochschulen verdämmern im Reformschlaf'' lauteten Schlagzeilen. Damit wurde sogleich zum Angriff auf Errungenschaften der Bildungspolitik der 70er Jahre geblasen, so die (relative) Unabhängigkeit der Universitäten von der Industrie. Mit Hilfe der Gentechnologie und unter dem allgemeinen Innovationsdruck sollte ein neues Modell geschaffen werden: Enge Kooperation von Kapital, privater Forschung und Hochschulen.

Auch noch andre Fliegen sollten mit derselben Klappe geschlagen werden: im momentanen Stadium hatte es für das Kapital keinen Sinn, unter Bedingungen der Konkurrenz gegeneinander zu forschen, man wolte deshalb die Kräfte bündeln und sich absprechen. Das Modell, das daraus entstand, sah folgendermaßen aus: In drei Orten, nämlich in Köln, Heidelberg und München, wurden 1983 Institue (Genzentren) geschaffen, in denen die örtlichen Universitäten, Max-Planck-Gesellschaften und jeweils ein Chemie-Konzern eng zusammenarbeiten sollen. Die drei Pharma/Chemie-Giganten der BRD haben sich den Kuchen aufgeteilt: BASF sitzt in Heidelberg mit am Tisch, Bayer in Köln und Hoechst in München. Ein viertes, vergleichbares Projekt läuft zur Zeit in Berlin an, dort ist die Arzneimittelfirma Schering AG mit 80 Millionen ,,engagiert''. (4)

Im Unterschied zum US-amerikanischen Umgang mit der neuen Technologie wird also in der BRD ersteinmal recht vorsichtig rangegangen. Einer der Architekten des neuen Modells beschreibt die Aufgaben so: *„Ein wesentlicher Teil der Entwicklung wird im Grundlagenbereich vorangetrieben. Die Umsetzung in die großindustrielle Anwendung ist, im Gegensatz zu sensationell aufgemachten Berichten in der Tagespresse, zur Zeit nicht in Sicht. Die potentiellen Möglichkeiten sind jedoch bekannt. Der Weg zu neuen Industrien kann deshalb nur mit einer Forschungsförderung erfolgreich zurückgelegt werden, die den notwendigen ‚langen Atem' hat. Die Chancen sind dabei umso größer, je freier und vielfältiger sich die Forschung entwickeln kann."* (5)

Aus dieser kurzen Übersicht wird deutlich, daß es — im Verhältnis zum realen Stand dieser neuen Technologie — zu einer sehr frühen „Aufregung" kam, die sich auch in der öffentlichen Diskussion niederschlug. Das unterscheidet die Gentechnologie z.B. von der Informatik: Dort entstand erst zu einem Zeitpunkt eine breite Diskussion und das vielzitierte „Akzeptanzproblem" (6) (in Form von Volkszählungs-Boykott und Datenschutz-Forderungen), als sich jeder einen Klein-Computer für den Hausgebrauch kaufen konnte und sich alle Welt verwundert die Augen rieb und feststellte, daß die Mikrochip-Technologie wesentliche gesellschaftliche Bereiche längst erobert hatte. Für die Regierungen der wichtigen kapitalistischen Staaten und die Pharma-Konzerne spielten — das zeigen die einschlägigen Veröffentlichungen — gerade auch die Erfahrungen auf dem Computer-Sektor eine wesentliche Rolle für das z.T. panikartige Stürzen auf die Gentechnologie: diesmal wollte man nicht wieder den Fehler machen, zu spät in ein lohnendes Geschäft einzusteigen.

Die politischen Gründe

Neben dem interessierten Kapital gibt es aber auch noch eine andere Branche, die auf dem Gebiet technologischer Neuentwicklungen alte Fehler vermeiden möchte: Das sind die Politiker der etablierten Parteien, die — wohl nicht zu Unrecht — befürchten, daß mit der Gentechnologie „Akzeptanz-Probleme" auf sie zukommen, die denen der AKW- und Daten-Technologie ebenbürtig sind. Daß bei dieser diffizilen Aufgabe die Sozialdemokraten als Spezialisten für heikle „Akzeptanz-Fragen" voranmarschieren, versteht sich von selbst. Und da geben sie sich schon jetzt ganz „ökologisch":

„.... der Marktmechanismus bewertet neue Technologien ausschließlich nach möglicher Gewinnerzielung, kann aber auf Fragen der gesellschaftlichen Verträglichkeit keine Antwort geben. Dazu ist es auch nötig, gerade jetzt die gesellschaftlichen Folgen von technischen Innovationen, die weitgehend verdeckt im privaten Bereich der Industrie entwickelt wurden, offenzulegen. Die Auseinandersetzung um die Kernenergie, das hat eine Batelle-Studie über Risikostrategien im Bereich technologischer Entwicklung gezeigt, muß uns davor warnen, die Diskussion über die Gentechnologie nur als Erörterung technischer Risiken führen zu wollen. Denn der Debatte um Gentechnologie wird in noch stärkerem Maße als der Kernenergiediskussion die Funktion einer ‚symbolischen Stellvertreterfunktion im Rahmen der generellen Problematisierung des gesellschaftlichen Umgangs mit neuen Technologien' zukommen. Auch in der Gentechnologie-Kontroverse, die sich in der Gesellschaft abzeichnet, wird es um die Entscheidung darüber gehen, wie wir und wie wir nicht leben wollen." (7)

Das Zitat stammt aus einem Buch, das im sozialdemokratischen Verlag Neue Gesellschaft vor einigen Monaten erschienen ist. Es ist pluralistisch aufgebaut, (neben Sozialdemokraten kommen auch CDUler, Wissenschaftler, Theologen usw. zu Wort) und dient offensichtlich dem Zweck, der Gefahr entgegenzutreten, daß *„durch diese Interessengruppen* (gemeint sind Kapital, Gewerkschaften, Wissenschaftler; Anm. AK) *negative Folgewirkungen heruntergespielt werden und entsprechende Gegenreaktionen auf dieses Herunterspielen durch andere gesellschaftliche Gruppen erfolgen"* (7), also so eine Art Krisen-Prophylaxe.

Auch im politisch-ideologischen Bereich will man eben alte Fehler nicht noch einmal machen und kommt auf eine naheliegende Idee: Bisher hat man den Leuten nicht nur Technologien vorgesetzt, die sie nicht wollten, sondern man hat sie auch vor vollendete Tatsachen gestellt. Das soll nun anders werden. Man beteiligt sich selbst an einer Übertreibung der Bedeutung der Gentechnik, um frühzeitig Risiken aufdecken zu können. Es werden also fleißig „Diskurse" geführt, sogenannte „TAs" (Technologie-Folgen-Abschätzung) entwickelt, Enquete-Kommissionen eingesetzt, Studien und Dossiers geschrieben und der anderen Dinge mehr. Stolz kann also der hessische Wirtschaftsminister Ulrich Steger im oben erwähnten Buch schreiben:

„In diesem Sinne kann die Gentechnologie als die gegenwärtig am besten prognostizierte Wissenschaft bezeichnet werden. Niemand wird später sagen können, man sei überrascht gewesen, wie etwa bei der Kernenergie, wo die Entsorgungs- und Akzeptanzprobleme erst auftauchten, als schon kommerzielle Reaktoren liefen und als Folge der ersten Energiepreis-Krise beschleunigt zugebaut werden sollten."

Aber so ganz sicher will er sich wohl doch nicht geben, denn er fragt weiter: *„Oder gibt es auch bei der Gentechnologie ein — bislang unbekanntes — ‚Entsorgungsproblem'?"*

Die Idee, möglichst frühzeitig die Akzeptanzfrage anzupacken und nicht erst zu warten, bis das Kind aus dem Reagenzglas gefallen ist, haben aber nicht nur die Sozialdemokraten. CDU-Forschungsminister Riesenhuber gibt sich auch ganz diskursfreundlich: *„Die Politik hat in der ganzen Komplexität dieser Auseinandersetzung vor allem eine Rolle: Unter denen, die zu der anstehenden Entscheidung Position bezogen haben, ein Gespräch zu vermitteln — und dies so frühzeitig, daß es nicht von Emotionen erschlagen wird, ... zu einem Zeitpunkt, an dem diese Technik sich selbst noch gestaltet, wo ihre Möglichkeiten noch beeinflußbar sind, ihre Risiken erkennbar geworden sind, aber wo diese Technik noch nicht durch massenhaften Einsatz zu einem Grundsatzproblem geworden ist."*

Die Behauptung der Grünen, sie hätten erst mit ihren Initiativen im Bundestag die Debatte um die Gentechnik ausgelöst, und sie seien die einzigen, die dieses heikle Thema aufgreifen würden, ist offenkundig unsinnig. Die zitierten Äußerungen beweisen, daß bürgerlichen Politikern eine breite Diskussion des Themas keineswegs so ungelegen kommt, im Gegenteil: sie erhoffen sich davon wichtige Hinweise auf „Knack-Punkte", die zu Aufhängern für eine Gegenbewegung werden könnten.

Zusammenfassung

Es gibt also ganz plausible und handfeste Gründe, warum über dieses Thema breiter und ausführlicher diskutiert wird, als es derzeit seiner realen Bedeutung entsprechen würde. Dieser Widerspruch drückt sich u.a. in der ernüchternden Tatsache aus, daß die Aktienwerte vieler amerikanischer Gentech-Firmen inzwischen wieder stagnieren oder sogar fallen — was im übrigen in den entsprechenden Kreisen in Europa mit einer gewissen Zufriedenheit registriert wird.

3. Bietet die Gentechnik Ansatzpunkte für eine linke Kritik?

Grundsätzlich ist es natürlich immer zu begrüßen, wenn bürgerliche Politik mit Akzeptanzproblemen zu kämpfen hat und auf Schwierigkeiten bei der Durchsetzung ihrer Ziele stößt (es sei denn, es handelt sich um rechten Widerstand). Nur bedeutet das noch längst nicht, daß sich dabei automatisch die Verbreitungsmöglichkeiten für linke Positionen vergrößern.

Das hat uns das Beispiel „Ökologie" drastisch vor Augen geführt. War dieses Thema vor einigen Jahren unbestreitbar ein wesentlicher Faktor beim Ablösungsprozeß erheblicher Teile der Wähler von ihren angestammten Parteien, so wird es jetzt genau umgekehrt zum Vehikel der Re-Integration. Das hängt unter anderem damit zusammen, daß die Prophezeiung vieler Linker damals, das Thema biete die Möglichkeit zur schlagartigen Verbreiterung subversiver Gedanken, zu 100% als Irrtum angesehen werden muß. Es war im Gegenteil die „Einstiegs-Droge" vieler Linker in die bürgerliche Welt der Parlamente und „Realpolitik".

Und das hing *auch* mit unmaterialistischen Einschätzungen der Ökologie zusammen. Sie stellte sich dar als grundsätzlich unvereinbar mit den herrschenden Verhältnissen, ja sie formulierte sogar den Anspruch, in krasserem Widerspruch zu bestehenden System zu stehen als sozialistische und kommunistische Vorstellungen. Klassenwidersprüche wurden in den Hintergrund gedrängt, ihren Platz nahmen angebliche Widersprüche wie Technik-Natur, Wachstum-Nullwachstum u.ä. ein. Als ganz besondere „Leistung" konnte die Öko-Ideologie verbuchen,

Die berühmte „Tomoffel": ein mickriger Bastard

die eigentlich recht alte Vorstellung vom „Moloch Maschine" auf moderne Verhältnisse übertragen und massenhaft verbreitet zu haben. Es gilt heute inzwischen als altmodisch und „traditionalistisch", überhaupt noch eine Unterscheidung zwischen wissenschaftlicher Entwicklung einerseits und ihrer Anwendung andererseits zu machen. Das reicht dann als Argument schon aus, um eine konkrete Untersuchung, ob und inwieweit eine solche Trennung nicht doch berechtigt wäre, gar nicht erst vorzunehmen.

Insofern ist die aktuelle Debatte um die Gentechnik ein Kind des Ökologismus, die Argumentationsmuster wiederholen sich.

Mystische Natur

Im Vordergrund steht die Mystifizierung der Natur, oft mit religiösen Phantasien garniert. *„Die Gentechnologie stellt einen schweren Eingriff in Ökosysteme, Gesellschaft und in die Evolution/Schöpfung dar"*, so die grüne Bundestagsfraktion in einer Presseerklärung vom 12.10.83. Das ist keineswegs ein Ausrutscher, dieses Begriffspaar „Evolution/Schöpfung" (ja, was denn nu?) kommt immer wieder vor. An anderen Stellen wird nicht nur unter Beweis gestellt, daß man gaanz tief im christlichen Glauben verankert ist, sondern auch, daß man keine Ahnung vom Thema hat: *„So ist beispielsweise schon die Vermischung der Erbinformation von Viren, Mikroorganismen und höheren Lebewesen, die natürlicherweise nicht vorkommt und in gentechnischen Labors zur alltäglichen Praxis gehört, ‚gegen die Schöpfung' gerichtet."* (Presseerklärung vom 16.3.84) Das ist absoluter Unsinn, viele Viren „leben" geradezu davon, daß sie ihre DNS woanders einschleusen. So wird paradoxerweise die Natur in ihrer phantastischen Vielfalt ausgerechnet von diesen christlichen Philistern und Dogmatikern zurechtgestutzt, weil sie sich nicht in das verengte Weltbild pressen läßt.

Kein Wunder, daß sich auch das „ökologische Markenzeichen" bereits eingestellt hat: Die Berührungspunkte zu konservativ-reaktionären Positionen. Das gilt ja heutzutage bei vielen geradezu als Beweis für die Richtigkeit der eigenen, „lebensbewahrenden" Haltung. Allen voran warnt natürlich die katholische Kirche vor dem schrecklichen Versuch, dem Herrgott ins Handwerk pfuschen zu wollen und nutzt die fehlende Akzeptanz bezüglich Gentechnik für reaktionäre Vorstöße z.B. beim Paragraph 218. Zum hundertjährigen Jubiläum des Pharmakonzerns Hoechst (ausgerechnet!) hielt ein Herr Jonas einen Festvortrag, in dem er vor dem „apokalyptischen Potential" neuer Technologien warnte und die Hybris verdammte, *„mit der wir uns mit Hilfe der Gentechnologie zu Herren unserer eigenen Artentwicklung"* aufschwingen (9).

Vor diesem Hintergrund ist es blanker Opportunismus, wenn die Grünen z.B. wiederholt betonen, daß sich lobenswerterweise „kirchlichen Gruppen" u.a. dieser Thematik angenommen hätten. Eine vom Anspruch her fortschrittliche Kritik kann doch nicht einfach davon abstrahieren, in welchen Zusammenhängen und „Bündniskonstellationen" sie vorgetragen wird. Das Mindeste ist doch, daß sie sich von reaktionären Vorstellungen klar abgrenzt und den Unterschied zu ihren eigenen Positionen herausarbeitet.

Verwechslung von Ursache und Wirkung

Das Stichwort Gentechnologie dient dazu, um über alles mögliche andere zu reden: über imperialistische Nahrungsmittelpolitik, Reproduktionstechnologie, Leihmütter, Aminozentese, Samenbanken, Bevölkerungspolitik, Frauen in Indien, Pharma-Profite, Abschied von der Sozialmedizin usw. usf. ...

Nun kann man natürlich mit gutem Grund über alle diese Dinge reden, nur mit Gentechnologie haben sie in den meisten Fällen nichts zu tun. Es besteht allerdings die große Wahrscheinlichkeit, daß neue Erkenntnisse in Biologie, Chemie und Medizin z.B. dazu beitragen werden, die Kassen der Pharma-Konzerne klingeln zu lassen. Ursache dafür ist aber nicht die Gentechnologie, sondern — man traut es sich kaum zu sagen — die kapitalistische Produktion und Aneignung.

Daraus folgt natürlich auch, daß Forschung, so wie sie hier betrieben wird, auf die herrschenden Kapital-Interessen ausgerichtet ist und ihnen dienen soll. Das trifft aber auf jede wissenschaftliche Tätigkeit in allen Bereichen zu. Die Argumentation, die eine Forschung in der Gentechnik deshalb ablehnt, weil die Pharma-Konzerne davon später profitieren, müßte konsequenterweise zur Ablehnung jeglicher Wissenschaft im Kapitalismus führen. Das gilt besonders für solche „mittelständischen" Argumente, wie sie im AK 261 formuliert wurden. Dort heißt es: *„Das wird zur Folge haben, daß der ohnehin schon stark verflochtene Pharmamarkt in der BRD noch enger wird und die wenigen verbliebenen mittelständischen Unternehmen ganz aufgesogen werden."* Das kann uns doch nun wirklich schnurzegal sein, so etwas ist bestenfalls sozialdemokratische Agitation ...

Was bleibt also übrig an linker Kritik an der Gentechnologie und der Forschung auf diesem Sektor? Ich beziehe mich auf den Schlußabsatz im AK 261: *„In den Bereichen, in denen gentechnisch hergestellte Medikamente heute bereits eingesetzt werden, kann von einem therapeutischen Durchbruch keine Rede sein ... über mögliche Nebenwirkungen gentechnisch hergestellter Medikamente existieren so gut wie keine Informationen, weil in diesem Bereich nicht geforscht wird ... Im Bereich der Mikrobiologie existieren insgesamt gesehen nach wie vor mehr Fragen als Antworten ..."*

Das sind alles Argumente für *mehr* und nicht für weniger Forschung. Wären diese Kriterien in den letzten 200 Jahren angelegt worden, um eine Entscheidung darüber zu treffen, ob in einem bestimmten Bereich geforscht werden darf oder nicht, sähe es heute bestimmt nicht besser aus. Nur ein Zyniker kann z.B. gegen medizinische Forschung *deshalb* argumentieren, weil ein u.U. dabei entwickeltes Medikament die Profite eines Konzerns erhöht.

Ehe man in der Technik-Kritik einfach auf der grünen Welle mitschwimmt, sollte darüber nachgedacht werden, welche Ansatzpunkte für eine spezifisch linke Auseinandersetzung existieren. Zur Zeit der Anti-AKW-Bewegung wurden z.B. ursprünglich folgende Schwerpunkte im AK gesetzt: Erstens der Zusammenhang zwischen ziviler und militärischer Atomtechnologie vor dem Hintergrund der Atomwaffenträume der westdeutschen Bourgeoisie, zweitens die Bedeutung der Atomenergie im Kontext der imperialistischen Energiepolitik (Zerschlagung der OPEC usw.) und drittens die Rolle von Polizei und Repression bei der Durchsetzung des Atomprogramms.

Vergleichbare Elemente hat die Debatte um Gentechnologie bisher jedenfalls noch nicht aufgedeckt. Das Thema bietet zwar wegen der allgemeinen Aufregung durchaus Ansatzpunkte, von denen ausgehend man verwandte Bereiche — wie etwa die Nahrungsmittel- oder die Bevölkerungspolitik — zum Inhalt linker Propaganda machen könnte. Die Forderung nach einem *Verbot* nicht nur der industriellen Anwendung sondern sogar der Forschung auf dem Gebiet der Gentechnologie hat aber keine rationale Grundlage.

M., KB Gruppe Nürnberg



Anmerkungen:
1. Eine These aus dem Lager der Frauenbewegung lautet, daß die neuen Technologien lediglich ein Mittel seien, „... den Geschlechterkrieg fortzuführen. Es ist das bisher letzte, noch unvollständige, sich in der Experimentierphase befindliche Glied in der Kette der vergangenen und gegenwärtigen Frauenmorde ... Sichtbar wird der Wunsch von Männern nach einer eingeschlechtlichen Welt auch in ihrer ‚Bevölkerungspolitik'. Die durch die Reproduktionstechnologie mögliche Geschlechts/vor/bestimmung ist dabei nur eine Fortsetzung der bereits jahrtausendalten männlichen Bevölkerungskontrolle" (Traude Bührmann in der taz vom 5.1.83), zitiert nach (9)
2. Ein Bericht über diese Veröffentlichungen im Wissenschaftsteil der FAZ vom 4.9.85
3. aus dem Aufsatz „Was ist eigentlich Gentechnologie?", Gewerkschaftliche Monatsherfe 10/84, zitiert nach (8). Chargaff ist der Entdecker der dann nach ihm benannten „Chargaff-Regeln", die 1950 zur Aufklärung der chemischen Zusammensetzung der DNS Wesentliches beitrugen. Er gehört heute zu den scharfen Kritikern der Gentechnologie, dabei argumentiert er von einem religiösen Standpunkt aus.
4. Das Modell erinnert an das Anfangsstadium der Atomtechnologie in der BRD, als sich in den fünfziger Jahren die fünf Großen der Elektro-Branche absprachen und jeder eine spezielle Reaktor-Linie verfolgte.
5. Gunter-Otto Kirst, Biologe, 1981-83 im Referat „Biotechnologie" des Bundesministeriums für Forschung und Technologie tätig, zitiert nach (8)
6. Ein beliebter Begriff bürgerlicher Soziologen, die damit zum Ausdruck bringen wollen, daß ein großer Teil der Bevölkerung eine bestimmte Regierungspolitik ablehnt.
7. Wolf-Michael Catenhusen, SPD-MdB, Vorsitzender der Enquete-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie", aus: „Ansätze für eine umwelt- und sozialverträgliche Steuerung der Gentechnologie", zitiert nach (8)
8. Ulrich Steger (Hg.), Die Herstellung der Natur, Chancen und Risiken der Gentechnologie, Bonn 1985
9. Silvia Kontos, „Wider die Dämonisierung medizinischer Technik", aus: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Nr. 14, Köln 1985

Zermürbungskrieg gegen Nicaragua

Der Zwischenfall an der nicaraguanischen Grenze am 13.9. war die erste direkte Konfrontation zwischen sandinistischen und honduranischen Truppen. Auslöser war das (versuchte) Eindringen von 800 Contras von Honduras auf nicaraguanisches Gebiet, während weitere 1500 gesammelt ebenfalls zum Einmarsch bereitstanden. Eine klare Provokation, denn derartige Truppenansammlungen mußten bemerkt werden und militärische Gegenmaßnahmen der Sandinisten hervorrufen. Die honduranische Luftwaffe hat den Angriff unterstützt und nach eigenen Angaben Militärstützpunkte in Nicaragua angegriffen, angeblich nach einem Granatwerferangriff der sandinistischen Truppen auf honduranisches Gebiet — kein Wort von den dort auf- und einmarschierenden Contra-Truppen.

Diese Aktion zu diesem Zeitpunkt hatte vor allem zwei Ziele:
1. den Contadora-Friedensprozeß in die „richtige" Richtung zu lenken und
2. den Boden für eine mögliche US-Invasion zu bereiten.

Die Außenminister der Contadora-Staaten hatten nur wenige Stunden zuvor in Panama City ihre Konferenz mit den Außenministern der mittelamerikanischen Staaten beendet und den Entwurf für ein Friedensabkommen für Mittelamerika verabschiedet.

Dieser Friedensplan ist der zweite seiner Art. Der erste von vor einem Jahr sah den Abzug aller ausländischen Berater und Truppen vor. Er wurde von Nicaragua unterzeichnet, auf Druck der USA von den anderen Staaten nicht, angeblich weil die Kontrollmechanismen fehlten. Der neue Friedensplan sieht — nach allerdings widersprüchlichen Meldungen — nicht mehr den Abzug aller ausländischen Truppen und Berater vor. Die USA können also die für das Funktionieren der von ihr hochgerüsteten honduranischen und salvadorianischen Militärmaschinerie notwendigen Berater behalten. Das Entscheidende aber sind die weiteren Vorstellungen der nicaraguanischen Nachbarländer, wie sie bei einem Treffen der Außenminister in San José am 8.9. formuliert wurden. Sie verlangen von der nicaraguanischen Regierung die Zulassung einer „pluralistisch-demokratischen" Entwicklung in Nicaragua und direkte Verhandlungen mit der Contra. Der erste Punkt wird auch von Mexico vertreten.



Am Samstag, den 27. Juli, überfiel eine Contra-Einheit einen Lastwagen-Konvoi in der Nähe von Matagalpa im Norden Nicaraguas und ermordete auf bestialische Weise acht Frauen. Es waren Mütter aus León, die mit anderen Familienangehörigen unterwegs waren, um ihre Söhne in einem Ausbildungslager des SMP (Wehrdienst) zu besuchen. Die Fotos dokumentieren Szenen des Begräbnisses in León (alle Fotos aus: BARRICADA vom 30.7.85).

Die Forderung nach direkten Verhandlungen ist nicht neu, sie wurde von der US-Regierung nach dem Abbruch der Gespräche im März dieses Jahres ultimativ gestellt. Sie ist von Nicaragua immer abgelehnt worden. Verhandlungen ja, aber nur mit den Verantwortlichen in Washington und nicht mit den finanzierten und dirigierten Handlangern.

In dem Maße aber wie, provoziert durch die Contra-Aktivitäten, die direkten Konfrontationen zwischen regulären Truppen an der Grenze und die Spannungen in der Region zunehmen, gerät die sandinistische Regierung stärker unter Druck.

Und die honduranische Regierung tut wie vor kurzem schon die costaricanische (1) alles, um die Spannungen zu erhalten. Sie hat die eigenen Truppen in Alarmbereitschaft versetzt, zusätzlich 2000 Soldaten an die Grenze verlegt, den Botschafter aus Managua zurückgerufen, die von Ortega angebotenen direkten Gespräche abgelehnt und auf den nicaraguanischen Vorschlag gemeinsamer Grenzpatrouillen bisher nicht reagiert. Mister Reagan war begeistert von den scharfen Tönen, die aus Tegucigalpa kamen und meinte, Honduras hätte sich nobel verhalten.

Es sind bisher keine weiteren Einzelheiten des verabschiedeten Friedensplanes bekannt — in den nächsten 10 Wochen sollen noch Konkretisierungen stattfinden — es steht jedoch zu erwarten, daß die Contadora in Zukunft eher zu einer Belastung der nicaraguanischen Revolution werden wird. Durch die erfolgreiche US-Blockierungspolitik ist aus der Contadora ein Instrument geworden, einseitig Nicaragua weitere Konzessionen abzuringen, so daß der nicaraguanische Vize-Präsident Ramirez in Kolumbien nicht gerade diplomatisch zurückhaltend formulierte: „*Die Bedeutung der Contadora muß man eher daran messen, was verhindert werden konnte und nicht so sehr daran, was erreicht werden konnte.*"

Die bundesdeutsche Soli-Bewegung wird sich von der Hoffnung auf die Contadora entgültig verabschieden müssen.

Mit dem Grenzzwischenfall zwischen Nicaragua und Honduras haben die USA auch ein Instrument in der Hand, das sich bei Bedarf als hervorragender Vorwand für eine Invasion nutzen läßt.

Nur noch bis zum 1. Oktober 85 sind der US-Regierung durch das Boland-Amendment die Hände gebunden. Dieser Verfassungszusatz verbot der USA eine direkte oder indirekte Beteiligung an einer (para-)militärischen Aktion in Nicaragua zum Sturz der Regierung. Dieser Zusatz wurde am 12.6. vom Repräsentantenhaus gekippt und am 26.6. durch ein Gesetz ersetzt, daß dem US-Präsidenten verbietet, ohne Kriegserklärung und nachfolgende Zustimmung durch den Kongreß Truppen nach Nicaragua zu entsenden. Mit 375 gegen 45 Stimmen wurden jedoch mehrere Ausnahmen zugelassen. Künftig darf der US-Präsident u.a. dann jederzeit Truppen nach Nicaragua entsenden, wenn er glaubhaft machen kann, besser wenn geglaubt werden will, daß Nicaragua US-Bürger oder mit den USA verbündete Staaten in Zentralamerika angegriffen hat.

Damit sind die juristischen Voraussetzungen für eine Invasion geschaffen. Die Legitimation mußte die Contra liefern, neu formiert und mit vielen Dollars beschenkt. Eine Neuformierung der Contra wurde notwendig, nachdem es einzelne Auflösungserscheinungen gegeben hat. Es gab Contra-Führer, die mit den Sandinisten verhandeln wollten und die das Amnestie-Angebot der nicaraguanischen Regierung genutzt haben (2).

Mitte Juni wurde die Bildung der nicaraguanischen Oppositionsunion (UNO) bekanntgegeben (3). Anfang September wurde aus kleinen Teilen der Miskitotruppe MISURASATA von Brooklyn Rivera — er führt seit mehreren Monaten Verhandlungen mit der Regierung — und vor allem von MISURA (von Steadman Fagoth) die neue Organisation KISAN geschaffen, eine von gemäßigten Elementen gesäuberte Kampftruppe, die gute Chancen hat, in die UNO aufgenommen zu werden und so etwas von den 27 Millionen Dollar abzubekommen, die das US-Repräsentantenhaus am 12.6. bewilligt hat — als humanitäre Hilfe — und die nur über die UNO verteilt werden — die ARDE bekommt keinen Cent. Humanitäre Hilfe heißt z.B., wie der FDN Chef Calero ankündigte, der Kauf von Hubschraubern — um Verwundete aus der Kampfzone zu fliegen.

Die neu formierte und verstärkte Contra — die FDN hat die Zahl ihrer Kämpfer im letzten Jahr von 9.000 auf 16.000 erhöht — muß beweisen, daß sie das Geld wert ist, das sie außer von der US-Regierung von vielen Privaten, von US-Gesellschaften und von den Konservativen Aktionsgruppen bekommen hat. Ihre Aktionen im Raum Esteli, Matagalpa, Jinotega in den letzten Monaten sprechen für eine weitere Stärkung der Contra, haben aber auch eine stärkere Mobilisierung der sandinistischen Kräfte bewirkt.

Die Contra wird nicht in der Lage sein, einen Sieg zu erringen. Diese Einschätzung ist Bestandteil eines Geheimpapieres des US-Außenministeriums für eine Vorbereitungssitzung mit den befreundeten Regierungen zur Contadora-Konferenz Anfang des Monats. Das Ziel, so heißt es, sei ein gutes Übereinkommen; ein Scheitern der Contadora-Bemühungen sei zwar keine völlige Katastrophe, aber angesichts der bevorstehenden Wahlen in Guatemala (3.11.) und Honduras (24.11.) nicht erwünscht.

D., Hamburg

Anmerkungen:
1) Am 31.5. wurden zwei costaricanische Zivilgardisten an der Grenze von der ARDE erschossen. Nicaragua schlug eine entmilitarisierte Zone im Grenzgebiet vor. Costa Rica verlangte als Voraussetzung dafür eine Entschuldigung Nicaraguas, die natürlich nicht gegeben werden konnte. Eine Kommision der Contadora und der OAS (darauf hatte Costa Rica bestanden) hatte zuvor festgestellt, daß nicht festzustellen sei, wer die Schüsse abgegeben habe.
2) So sollte der Miskito-Führer Eduardo Panting von der MISURA angeblich gegen Regine Schmemann ausgetauscht werden, wurde jedoch schon zuvor von seinen eigenen Leuten umgebracht, da er mit den Sandinisten reden wollte.
3) Die UNO ist ein Zusammenschluß von Alfonso Robelo, Vorsitzender der Exiloppositionspartei „demokratische nicaraguanische Bewegung" (MDN), Adolfo Calero, Chef der Contra-Bande „Demokratische Kraft Nicaraguas" (FDN) und Arturo Cruz, Chef der Oppositionsbewegung Coordinadora democratica (CDN).

Die Stunde der kommenden Kämpfe erfordert mehr Organisation

Zu den Umstrukturierungen in der FSLN

Bereits im Januar dieses Jahres gab Comandante Bayardo Arce bekannt, daß die Parteistrukturen der FSLN gegenwärtig daraufhin überprüft werden, ob sie den „neuen Wirklichkeiten" (1) noch entsprechen. Die bisherige Organisationsstruktur der Frente wurde kurz nach dem Sieg der Revolution, 1980, auf der zweiten Asamblea Sandinista (2) beschlossen: Bis auf diese kleine Notiz in der BARRICADA wurde öffentlich von diesem Projekt nichts weiter bekannt.

Anfang Juli wurden wir dann davon überrascht, daß Comandante Luis Carrión die politische und administrative Führung der beiden vom Krieg am stärksten betroffenen Regionen (3) von der Frente übertragen wurde. Luis Carrión, Mitglied der Nationalen Leitung der FSLN (4), wurde als Vollzeitkader für diese Aufgabe von seinen übrigen Funktionen in der Parteiführung, sowie auch als Vizeminister im Innenministerium freigestellt. Dieses ist eine außerordentliche Entscheidung. Was steckt dahinter? Die FSLN will damit die Umsetzung des in aller Stille ausgearbeiteten, sog. Plan General Unico sicherstellen. Dieser Plan General Unico sieht administrative Umstrukturierungen auf militärischem, politischem und wirtschaftlichem Gebiet vor. Das Neue und Besondere dieser Maßnahme ist die vereinheitlichte Führung in Händen von Luis Carrión. Dies soll die Umsetzung des Planes er-
ser Maßnahme ist die vereinheitlichte Führung in Händen von Luis Carrión. Dies soll die Umsetzung des Planes er-
möglichen, der speziell als Antwort auf die besondere Situation in den Kriegszonen entwickelt wurde. Bei dieser Zentralisierungsmaßnahme geht es der Frente nicht darum, die beiden Regionen zusammenzufassen, vielmehr bleiben die lokalen Institutionen der Regierung und der FSLN erhalten. „*Das, was wir geschaffen haben, ist ein politischer Kopf, der die allgemeinsten und wichtigsten Entscheidungen trifft. Aber diese werden dann umgesetzt von den regionalen Institutionen*"(5).

Konkret heißt das, daß eine Vielzahl von Verteidigungs- und politischen Komitees und Kommissionen zu e i n e m Regionalkomitee und den entsprechenden Zonalkomitees zusammengefaßt wurden (6).

In dieser Straffung der politischen Führung wurde in den Regionen I und VI eine Struktur eingeführt, die als Prinzip später von der Asamblea Sandinista für die nationale Eben beschlossen wurde.

ASAMBLEA SANDINISTA: Neue Strukturen, um eine integrale Führung gegen den Imperialismus aufzubauen!

Am 3. August trat eine außerordentliche Asamblea Sandinista zusammen. Auf dieser Versammlung, deren Mitglieder nur ausgewählte FSLN-Kader sind, wurde eine neue Parteistruktur beschlossen, die den neuen Anforderungen der Praxis genügen soll. „*Wir waren eine Untergrundzelle, wir waren eine Guerilla-Einheit. Heute sind wir Arbeitermacht, Bauernmacht, Poder Popular!*"(7). Von der Guerillaorganisation zur gewählten Regierungspartei steht die FSLN heute vor neuen andersartigen Aufgaben: Der militärischen Agression und der anhaltenden Wirtschaftskrise muß so effizient wie möglich begegnet werden. „*Genauso wie in der Endoffensive, wo die integrale Führung entscheidend war, um die Somoza-Diktatur zu stürzen, brauchen wir heute mehr denn je diese integrale Führung*"(8). Die neuen Strukturen qualifiziert Ortega als Ergebnis der täglichen Praxis gegen den Imperialismus.

Die konkreten Beschlüsse:

1. Die nationale Leitung der FSLN
In der Nationalen Leitung, als höchstes Leitungsorgan der Frente, bildet sich eine Exekutiv-Kommission mit dem Auftrag, die Umsetzung der Beschlüsse auf allen Ebenen der revolutionären Macht zu organisieren und zu kontrollieren. Sie ersetzt die Politische Kommission und deren Exekutivfunktionen. Sie hat keine eigenen Entscheidungsbefugnisse.

Den Vorsitz dieser Exekutiv-Kommission hat ein Koordinator inne, der die Arbeit von der Nationalen Leitung verantwortet, und ein Vize-Koordinator, der mit den täglichen Aufgaben betraut ist und den Kontakt zu den übrigen Parteistrukturen halten soll. Die Mitglieder dieser Kommission sind: Daniel Ortega als Koordinator, Bayardo Arce als Vize-Koordinator, sowie die Comandantes Tomás Borge, Humberto Ortega und Jaime Wheelock.

2. Die Asamblea Sandinista
Die Asamblea Sandinista ist ein ständiges Beratungsorgan zur Unterstützung der Nationalen Leitung. Sie darf nicht mehr als 105 Mitglieder haben, die von der Nationalen Leitung ernannt werden. Die Asamblea kommt einmal im Jahr zu einer regulären Sitzung zwecks Auswertung zusammen. Außergewöhnliche Versammlungen werden zu speziellen Themen einberufen. Die Nationale Leitung überprüft regelmäßig die personelle Zusammensetzung der Asamblea.
die personelle Zusammensetzung der Asamblea.

3. Unterstützungsabteilungen der Nationalen Leitung
Die sieben Unterstützungsabteilungen werden von Com. Bayardo Arce, als Vize-Koordinator der Exekutivkommission angeleitet.

Es sind die folgenden:
1. Sekretariat für allgemeine Angelegenheiten
2. Organisationsabteilung
3. Abteilung für Agitation und Propaganda
4. Abteilung für politische Erziehung
5. Abteilung Internationale Beziehungen
6. Abteilung Finanzen
7. Institut für Studien über Sandinismus (IES)

4. Die Regionalkomitees
Die Regionalkomitees werden als Führungs- und Koordinationsgremien der FSLN eingerichtet. Sie repräsentieren die Nationale Leitung in den Regionen. Um die Effektivität und Handlungsfähigkeit sicherzustellen, sollen die Regionalkomitees nicht mehr als zehn Miglieder haben. Sie werden von einem Koordinator als politischem Verantwortlichen geführt.

5. Zonalkomitees
Die Zonalkomitees sind den Regionalkomitees untergeordnet. Die Festlegung ihrer Funktionen, Aufgaben und Arbeitsgebiete befinden sich noch in einem Diskussionsprozeß

6. Die Basiskomitees
Die Basiskomitees sind die Grundeinheiten der FSLN und ebenso wie die Zonalkomitees derzeit einem Auswertungs- und Reflexionsprozeß unterworfen. Das schließt eine Analyse der politisch-ideologischen Inhalte, der Organisationsfähigkeit, äußeres Erscheinungsbild und die Verbindung zum Volk, sowohl als Organisation, als auch als einzelnes Mitglied.

Das besonders Interessante an der Einrichtung der neuen Regionalkomitees ist die gleichzeitige Benennung der jeweiligen Koordinatoren als oberste Regierungsvertreter (Delegado de la Presidencia) für die Regionen. Somit ist die politische Führung der Partei und die Führung der staatlichen Verwaltung (auf regionaler Ebene) zentralisiert, ohne daß Partei und Staatsapparat organisatorisch miteinander verschmolzen werden. Es wird also das gleiche Prinzip angewandt wie bei der Einsetzung von Com. Carrión in den Regionen I und VI. Die Absicht der Frente ist es, mit der Umstrukturierung den besonderen historischen Umständen Rechnung zu tragen, indem sie die politische Einheit der FSLN stärken will und die noch zu starke Zersplitterung der eigenen Kräfte überwinden will.

Im einzelnen nennt sie folgende Zielsetzungen:
— Stärkung der Handlungsfähigkeit und Exekutivgewalt der Nationalen Leitung.
— Die FSLN stärker in die Lage zu versetzen, die grundlegenden Strukturen der revolutionären Macht harmonisch miteinander zu verbinden und die Energien des Volkes für die Verteidigung zu mobilisieren.
— Die Unterstützungsabteilungen als effektive Hilfsinstrumente zur Unterstützung der allgemeinen Führung der nationalen Leitung zu nutzen.
— Stärkere Beteiligung der Kader an der Ausarbeitung der politischen Linien, der Auswertung und der Verallgemeinerung der Praxiserfahrungen.
— Stärkung von internen Mechanismen zur Förderung der eigenen Entwicklung als Revolutionäre. Das beinhaltet den beständigen Kampf gegen Lebens- und Arbeitsstile, die die Frente von den Massen entfernt.

Bei einer Bewertung dieser Maßnahmen, zudem ihre Umsetzung noch weitgehend offen ist, kann man gar
men, zudem ihre Umsetzung noch weitgehend offen ist, kann man gar
nicht vorsichtig genug sein. Sicher ist, daß es einen Versuch darstellt, den Einfluß der FSLN auf institutioneller Ebene zu vergrößern. Um die gegenwärtige Situation, gekennzeichnet durch Krieg und Wirtschaftskrise, bewältigen zu können, ist dieser Stärkungs- und Vereinheitlichungsprozeß notwendig geworden.

Die Anforderungen an die Organisation und ihre Kader haben sich in den letzten sechs Jahren grundlegend geändert, die Militanten der FSLN mußten sich in neue Aufgaben einfinden, wie Regierungs- und Verwaltungsgeschäfte, Aufbau einer politischen Massenbasis und entsprechende Strukturen — der Schwerpunkt verlagerte sich immer mehr auf die ideologische Ebene. Nicht alle haben sich bewährt. Und die letzten sechs Jahre politischer Alltagserfahrung dienen nun der FSLN als Grundlage, um Struktur und Kaderzusammensetzung neu zu überdenken.

Ein weiterer Aspekt der Umstrukturierung ist der Versuch der FSLN, sich als gewählte Regierungspartei neben den staatlichen Verwaltungsstrukturen eine eigenständige, funktionierende Parteistruktur aufzubauen. Ihren Einfluß auf den Staatsapparat, vor allem auf Regionalebene versucht sie durch Personalunion in den jeweiligen Leitungen zu garantieren.

Die Umstrukturierungen der FSLN bedeuten unterm Strich eine enorme Zentralisation politischer Macht.

U.U.

Anmerkungen:
1. BARRICADA, 25.1.1985
2. Die Asamblea Sandinista = Beratungsgremium der Nationalen Leitung (s.u.). Vergleichbar mit der Funktion des Politbüros
3. Region I = Nueva Segovia, Esteli, Madriz Region VI = Jinotega, Matagalpa
4. 9 Mitglieder
5. Cmdte Carrión in BARRICADA, 10.7.85
6. Nicaragua ist verwaltungsmäßig aufgeteilt in sechs Regionen und drei Spezialzonen (Atlantikküste). Die Regionen werden jeweils auf politischer Ebene durch ein Regionalkomitee der FSLN geführt. Diesen Regionalkomitees sind die Zonalkomitees untergeordnet.
7. Cmdte Daniel Ortega in BARRICADA 4.8.85 in der Abschlußrede zur Asamblea Sandinista
8. Ortega ebd.
Alle weiteren Informationen aus dem Abschlußkommuniqué der Asamblea Sandinista, veröffentlicht in BARRICADA vom 4.8.1985.

Städtepartnerschaft mit Nicaragua

Neue Möglichkeiten der Solidarität?

Seit dem Herbst 1983 haben die Bestrebungen zum Aufbau von Städtepartnerschaften zwischen Nicaragua und der BRD stark zugenommen. Diskussionen um die Ziele und die konkrete Arbeit, die Perspektiven und Hoffnungen dieser Projekte werden in der Nicaragua-Solidaritätsszene und darüberhinaus in vielen der SPD nahestehenden Organisationen geführt. Neue Ebenen der Solidaritäts- und Öffentlichkeitsarbeit sollten erschlossen werden. Und so waren und sind die politischen Motivationen der Träger solcher Projekte sehr unterschiedich.

Innerhalb kürzester Zeit schossen seit dem Herbst 1983 Initiativen und Vereine zur Errichtung einer Städtepartnerschaft wie Pilze aus dem Boden. Diese Gruppen sind meist als kommunale Bündnisse angelegt. Im Sog der allgemeinen Nicaragua-Solidarität gründeten sich im Laufe der Zeit mehr als 60 solcher Gruppen.

Mittlerweile hat sich die Euphorie etwas gelegt, und vielfach ist nicht das herausgekommen, was mensch sich anfänglich versprochen hatte. Zuerst hatte die SPD größeres Interesse signalisiert, in mehreren Städten dieserart Partnerschaften zu unterstützen. Bisher konnten jedoch nur vier offizielle Städtpartnerschaften von Stadt- und Gemeindeparlamenten verabschiedet werden: so in Nürnberg, Langenselbold, Offenbach und im Bezirk Westberlin/Kreuzberg. In einigen Städten wurde die Verbundenheit mit Nicaragua in weniger verbindliche Formen gefaßt: in Bielefeld existiert eine Städte-Patenschaft mit Esteli, in Freiburg eine Städte-Freundschaft mit Wiwili. Darüberhinaus wurde in einigen Städten lediglich die finanzielle Unterstützung von Projekten in Nicaragua beschlossen, in vielen Städten aber auch dies — und natürlich alles andere — abgelehnt. Am leichtesten durchsetzbar waren Vorhaben dieser Art in Situationen, wo die SPD zur Regierungsmehrheit auf grüne oder andere linke Bündnispartner angewiesen war. Dort wurde der Abschluß einer Städtepartnerschaft manchmal auch Teil der Koalitionsverhandlungen.

Die Idee der Städtepartnerschaften mischte die Absicht, konkrete finanzielle Hilfe für Nicaragua herauszuholen mit der Absicht, Druck auf die SPD auszuüben, die ja wiederholt öffentlich ihre Unterstützung für das Land erklärt hatte. Noch im November 1984 hatten die SPD-Fraktionen in Ländern und Kommunen eine Erklärung verabschiedet, in der sie sich ausdrücklich für Städtpartnerschaften mit Nicaragua aussprachen. Doch in der Realität ist bis heute wenig passiert. Statt sich auf die längerfristige finanzielle Unterstützung über Partnerschaften einzulassen, werden lieber kurzfristige und begrenzte Projekte vorgenommen oder ganz abgeblockt. In den Partnerschaftsinitiativen wird dem allzuoft mit einem eher unpolitischen Pragmatismus nachgegeben, Hauptsache, man hat wenigstens etwas für Nicaragua herausgeholt. Der SPD wird auf diese Weise eher ein billiger Einstieg in die Solidaritätsbewegung mit Nicaragua verschafft.

Nicht zuletzt deshalb wollen Teile der Nicaragua-Solidaritätsbewegung im Herbst eine kleine Kampagne starten um den politischen Charakter der Nicaragua-Städtepartnerschaften und den bundesweiten Zusammenhang der Inis stärker herauszuarbeiten. Auf dem letzten Bundestreffen der Städtepartnerschaftsinitiativen (am 8.6.85 in Duisburg) und auf dem letzten Bundestreffen der Nicaragua- und Mittelamerikakomitees (am 22./23.6.85 in Darmstadt) wurde deshalb beschlossen, im Herbst dazu einen gemeinsamen Aufruf zu erstellen, bundesweites Info-Material anzufertigen (Plakate, Broschüren etc.) und im Zusammenhang mit den sonstigen Aktionen der Solibewegung (z.B. der Kaffeekampagne) verstärkte Aktivitäten, Veranstaltungen, Rundreisen etc. anzuleiern. Bleibt abzuwarten, ob damit der laufenden Zersplitterung und einer unpolitischen Projektrödelei entgegengetreten werden kann, die eine vollkommen überflüssige Profilierung der SPD erleichtern.

Wir stellen drei Beispiele aus Nürnberg, Hamburg und Bremen vor.

Das Beispiel Nürnberg

Anfang 84 wird mit einigermaßen breiter Beteiligung eine Städtepartnerschaftsinitiative gegründet (Stadtzeitung, Jusos, Falken, DGB-Jugend, Terre des Hommes, Grüne, DKP, örtliches Lateinamerikakomitee u.a.). Dann folgte das Übliche, was mensch so macht, wenn politische Initiativen gestartet werden. Es wurde ein Aufruf erstellt und gefordert, daß San Carlos mit Region im Süden Nicaraguas neue Partnerstadt Nürnbergs wird, da gerade hier Hilfe am notwendigsten sei, und San Carlos und der Rio San Juan als Grenzgebiet zu Costa Rica zur Konfliktzone in Nicaragua zählt. Mit dieser Forderung wurde breite Öffentlichkeitsarbeit entwickelt. Von Anfang an gab es natürlich innerhalb der Initiative zwischen den verschiedenen Strömungen Auseinandersetzungen über Vorgehensweisen und Forderungen. Streitpunkte dabei waren, ob ausschließlich eine offizielle Städtepartnerschaft angestrebt wird, ob sich die Initiative von sich aus mit einer „Basispartnerschaft" im Falle eines Scheiterns einer offiziellen Partnerschaft zufrieden gibt, wie der notwendige politische Druck (v.a. auf die SPD) herzustellen ist usw.

Im März 84 fanden in Bayern Kommunalwahlen statt — es gelang der Initiative, die Städtepartnerschaft in den Wahlkampf mit einzubringen und in bescheidenem Maße zu einem Thema zu machen. Der Ausgang der Kommunalwahlen in Nürnberg war eine „rot"-grüne Mehrheit im Stadtrat, woraufhin sich Verhandlungen zu einer „langfristigen Zusammenarbeit" zwischen SPD und Grünen anschlossen. Ergebnis der Verhandlungen war ein „rot"-grünes Bündnis, leicht unterhalb der Koalitionsschwelle, aber dennoch für längere Zeit gedacht. Dazu wurde ein Konsens-Dissens-Papier erarbeitet, auf der Pro-Seite war dann die angestrebte Städtpartnerschaft mit San Carlos zu finden. Somit waren wenigstens die parlamentarischen Voraussetzungen für die weitere Diskussion um die Städtepartnerschaft gegeben.

Nachdem die Städtepartnerschaft dann am 6. Juni 84 zum ersten Mal zur Diskussion und Entscheidung im Nürnberger Stadtrat anstand, wurde schließlich nach einigen Schwankungen in der SPD am 4. Juli 84 mit den Stimmen der SPD, der Grünen, einer DKP-Stimme und des parteilosen Oberbürgermeisters Urschlechter ein überwiegend humanitär begründeter Antrag verabschiedet. Er sah neben einer finanziellen Soforthilfe von 20.000 DM das Anstreben einer Städtepartnerschaft mit San Carlos und Region und den späteren Abschluß eines förmlichen Vertrags vor. Die städtische Verwaltung wurde beauftragt, ein Konzept zur Öffentlichkeitsarbeit zu entwickeln und mit der nicaraguansischen Seite in die Vertragsverhandlungen einzusteigen. Großzügigerweise wurde nun von dieser der Nica-Seite das Erstvorschlagsrecht für diesen Vertrag zugestanden (wohl mit dem Hintergedanken, daß es dann recht lange dauern würde, bis ein Vertragsvorschlag vorliegt). Überraschenderweise lag dann im November 84 ein detaillierter und recht politischer Vertragsvorschlag aus Nicaragua vor. Wie erst später (im Januar 85) bekannt wurde, wurde dieser Vertragsvorschlag vom Oberbürgermeister Urschlechter unbearbeitet und unaufgefordert der Rechtsaufsichtsbehörde der Regierung von Mittelfranken (reine CSU-Behörde) überstellt. Diese hatte dann natürlich prompt „rechtsaufsichtliche Bedenken". Damit lag die Sache vorläufig auf Eis. Inzwischen waren bei den städtischen Haushaltsberatungen für die neue Städtepartnerschaft mit San Carlos 100.000 DM als Haushaltstitel eingesetzt worden — diese Gelder konnten und können immer noch nicht abgerufen werden, da sie angeblich an die Vertragsunterzeichnung gebunden sind.

Das Drama ging weiter: nachdem der Nürnberger Stadtrat endgültig einem nochmals überarbeiteten Vertragsentwurf zugestimmt hat, ging dieser neue Vertragsentwurf nochmals als Vorschlag nach Nicaragua. Von dort kommt prompte Antwort, jawohl es besteht Einverständnis mit dem überarbeiteten Vertragsentwurf — die wesentlichste Einschränkung besteht in der Tatsache, daß die Städtepartnerschaft sich ausschließlich auf San Carlos und nicht, wie ursprünglich vorgesehen, auf die gesamte Region Rio San Juan bezieht.

Eigentlich hätte nun einer sofortigen förmlichen und feierlichen Vertragsunterzeichnung nichts mehr im Wege gestanden — aber zu früh gefreut. Jetzt liegt nämlich der Vertrag schon zum zweiten Mal bei der Rechtsaufsicht der Regierung von Mittelfranken in Ansbach — obwohl bereits beide Vertragsunterzeichner, die Stadt Nürnberg und die Behörden in San Carlos diesem zugestimmt haben. Die Unterzeichnung des Vertrags ist noch einmal hinausgeschoben, damit auch die politischen Implikationen und das Abfließen von Geldern aus dem 100.000 DM-Topf. Dies ist der vorläufige Schlußakt.

Die Nürnberger SPD ist fein aus dem Schneider. Nach ihren anfänglichen Schwankungen hat sie sich verbal immer für die Städtepartnerschaft eingesetzt — natürlich in erster Linie aus humanitären Gründen, hinter vorgehaltener Hand auch, um die Sandinisten zu unterstützen — aber man macht ja als Stadtratsfraktion keine Außenpolitik. Derzeit fällt es ihr leicht, die Verantwortung dafür auf den parteilosen OB abzuschieben, mit dem man sich ja noch arrangieren muß, damit dieser nicht ganz abblockt. Deshalb weigert die SPD sich, auch stärkeren Druck auf diesen auszuüben, damit die „Sachzwänge" die Städtepartnerschaft nicht ganz zu Fall bringen.

Was hat die Nürnberger Städtepartnerschaft mit San Carlos bisher gebracht?

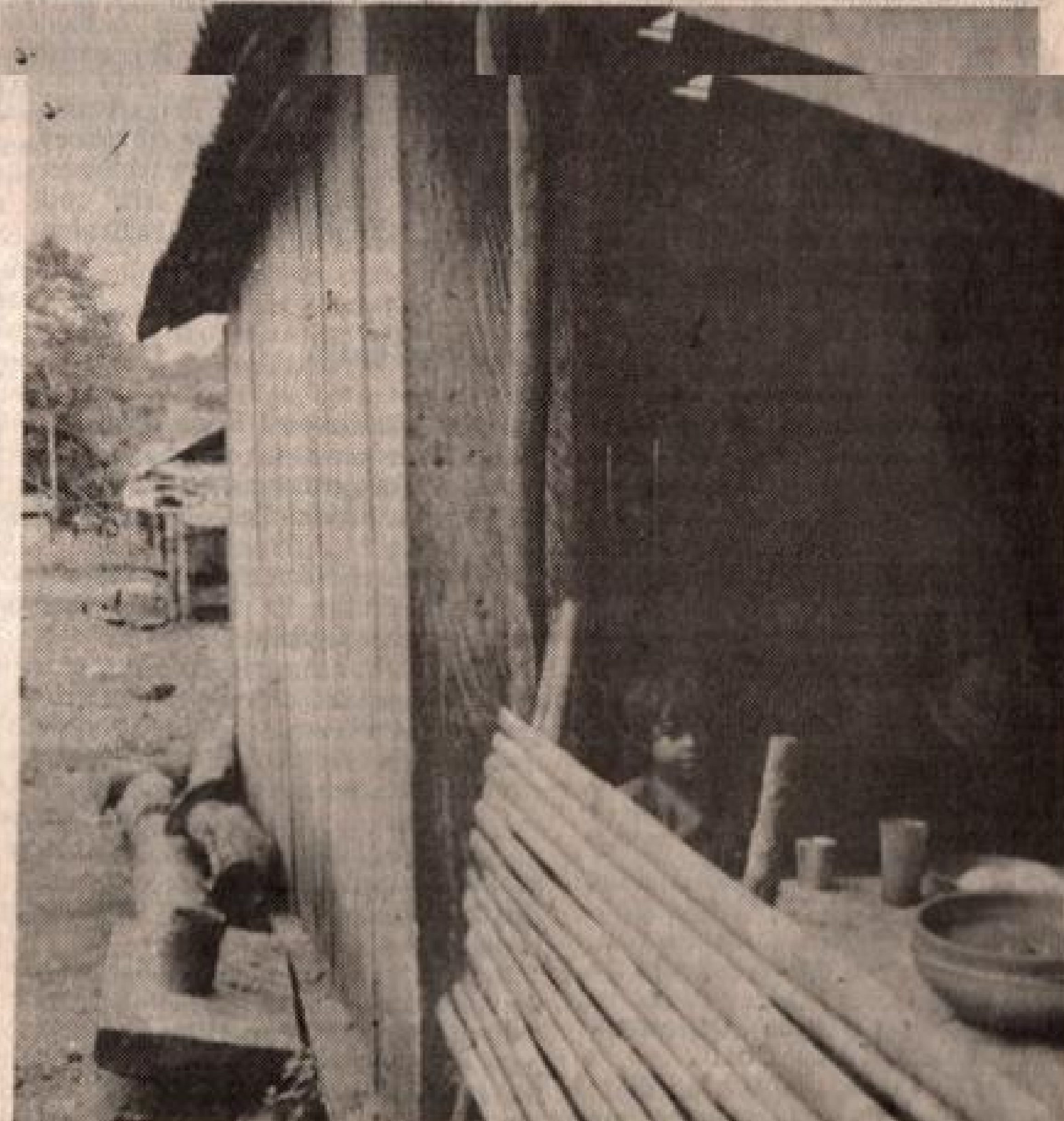
Allgemein kann wohl festgestellt werden, daß sich aufgrund der Städtepartnerschaft eine größere Öffentlichkeit mit dem Thema Nicaragua und der aggressiven US-Mittelamerikapolitik auseinandersetzt. Allein die Querelen um den formalen Teil der Partnerschaft fanden ein größeres Presseecho. Darüberhinaus ist festzustellen, daß sich eine Reihe von Basisinitiativen gebildet hat, um die Städtepartnerschaft auszufüllen, ihrerseits praktische Solidaritätsarbeit zu beginnen. Bspw. haben Schüler angefangen, an Nürnberger Schulen Nicaragua Arbeitskreise zu gründen, um spezielle Schulpartnerschaften aufzubauen, es gab Nicaragua-Aktionstage an Schulen, gewerkschaftliche und kirchliche Gruppen nehmen die Städtepartnerschaft zum Anlaß für verstärkte Aktivitäten, Organisationen und Einrichtungen bauten spezielle Verbindungen zur Partnerregion auf, um Projekte zu unterstützen und Informationsarbeit zu machen, es laufen Sammel- und Spendenaktionen usw. Sogar einige städtische Dienststellen wurden bei der Ausgestaltung der Städtepartnerschaft aktiv, in Kulturdienststellen laufen Nicaragua-Aktivitäten. So hat das städtische „Jugendzentrum für politische Bildung" in einer halbjährigen Vorbereitung 20 Jugendliche/junge Erwachsene auf ihren Arbeitseinsatz in der Partnerregion in Nicaragua vorbereitet — mit finanzieller Unterstützung der Stadt wurden die Fahrt und der Arbeitseinsatz in der Partnerregion im August durchgeführt. Mittlerweile haben die anfängliche breite Beteiligung, der Elan und die Begeisterung im Städtepartnerschaftsunterstützerverein beträchtlich nachgelassen, hier spielen natürlich das kleinliche Gezänk um den Vertragsabschluß und eine gewisse Projektfixierung eine nicht unerhebliche Rolle.

Städtepartnerschaft Hamburg-Leon

Anfang September 1983 hielt sich Ernesto Cardenal, Kulturminister von Nicaragua, in Hamburg auf. Der Hamburger SPD-Bürgermeister Klaus von Dohnanyi präsentierte sich an seiner Seite und nahm den von Hamburger Prominenten zeitgleich vorgetragenen Wunsch nach einer Städtepartnerschaft Hamburgs mit der nicaraguanischen Stadt Leon als *„sinnvolle Anregung"* zur Kenntnis. Öffentlich versprach er, diesen Vorschlag auf seine Realisierungsmöglichkeiten *„zu prüfen"*.

Ein SPD-Landesparteitag nahm diese bürgermeisterlichen Worte auf und sprach sich noch im September 83 für eine Städtepartnerschaft Hamburgs mit Leon aus.

Dies hinderte die SPD-Bürgerschaftsfraktion jedoch nicht, den von der GAL am 21. September 1983 in die Bürgerschaft eingebrachten Antrag auf eben diese Städtepartnerschaft abzulehnen. Sie votierten stattdessen für die Beratung dieses Antrags im Verfassungsausschuß. Ein Jahr später, am 30.8.84, wurde der GAL-Antrag in diesem Ausschuß mit den Stimmen der CDU und der SPD für „erledigt" erklärt und in ein „Ersuchen" an den Senat verwässert, das die bisher regide Handhabung der Praxis von Städtepartnerschaften Hamburgs mit „anderen Städten" überdenken soll. Der Senat wurde aufgefordert, *„über die Gesichtspunkte und die denkbaren Partnerstädte, die künftig bei der Übernahme einer weiteren* (bisher gibt es lediglich eine Partnerschaft mit Marseille, die Red.) *oder mehrerer neuer Städtepartnerschaften vorrangig in Betracht kommen, zu berichten"* (Drs. 11/2889). Nach der Rückkehr einiger prominenter Hamburger von einer Informations- und Besuchsreise im Sommer 84 nach Nicaragua, an der u.a. das zum linken SPD-Flügel zählende SPD-Vorstandsmitglied, Bodo Schümann, teilgenommen hat, stellten die SPD-Linken im Dezember 1984 unter dem Druck des rege arbeitenden Nicaragua-Vereins e.V., der sich für die Städtepartnerschaft Hamburgs mit Leon einsetzt und die Informationsreise nach Nicaragua organisiert hatte, erneut einen „Ersuchensantrag" an den Hamburger Senat. Dieser wird „ersucht", sich mit Nachdruck bei der Bonner CDU/CSU/FDP-Koalition für die Freigabe des gesperrten 40 Millionen-Kredits an Nicaragua einsetzen. Ansonsten wird der Senat gebeten *„zu prüfen"*, *„zu berichten"* und ersucht, *„mit geeigneten Mitteln dazu beizutragen, daß ..."*. Von Städtepartnerschaft ist in diesem Antrag der SPD-Linken kein Wort zu finden — sein Glanz besteht in der Unverbindlichkeit.



Erreicht wurde mit diesem Antrag zweierlei: erstens konnte die gesamte SPd-Riege diesem Antrag zustimmen und den Eindruck erwecken, die SPD nähme sich weiter der Nicaragua-Solidarität an, zweitens war der Antrag so gehalten, daß der Senat zu nichts verpflichtet wurde.

Dieses im Herbst 1983 begonnene Spielchen findet mit der Antwort des Senats auf eine Kleine Anfrage des SPD-Linken Bodo Schümann vom 8. Juli 1985 seinen vorläufigen Höhepunkt. Auf die Frage, wie weit der Senat mit der Überprüfung seiner rigiden Praxis der Städtepartnerschaft gekommen sei, fiel die Antwort kurz und knapp aus: *„.... wird nach der Sommerpause beraten ..."* (Drs. 11/4659).

Mittlerweile ist auch die Sommerpause verstrichen, ohne daß etwas konkretes geschehen ist.

Städtesolidarität Bremen-Corinto

Seit dem 24. Juni gibt es in Bremen einen Verein „Städtesolidarität Bremen-Corinto/Nicaragua e.V.". Er wurde von einem politisch recht breiten Spektrum aus der linken Soli-Szene, Grüne, Jusos, DKP, SPD und Gewerkschaften ins Leben gerufen.

Der Verein will „gesellschaftspolitische Belange" und den kulturellen Austausch zwischen den Einwohnern beider Städte fördern, *„durch Öffentlichkeitsarbeit Verständnis für die entwicklungspolitischen Probleme Corintos als Stadt eines 3. Welt-Landes herstellen"*, die Anstrengungen anderer Gruppen und Organisationen in der Nicaragua-Solidaritätsarbeit unterstützen und sich um eine offizjelle Partnerschaft zwischen Bremen und Corinto bemühen. In Corinto selbst sollen Aufbauprojekte initiiert oder unterstützt werden (aus der Satzung).

Der Vereinsgründung waren längere Diskussionen bei den Jusos und im Nicaragua/El Salvador-Komitee vorausgegangen, die sich seit ca. einem Jahr unabhängig voneinander für eine Städtepartnerschaft eingesetzt hatten. Die Reise eines Komitee-Mitgliedes hatte dann den Kontakt zu Bürgermeister, FSLN und Kirche Corintos gebracht. Der Bürgermeister gab einen Brief für den bremischen Kollegen Koschnick mit, in welchem er das Interesse Bremens an einer Verschwisterung beider Städte begrüßte. Ausdrücklich forderte er zur Solidarität angesichts des ungerechten Krieges gegen Nicaragua und der US-Angriffe auf. Koschnick beantwortete das Schreiben sehr freundlich, wandte sich dagegen, daß der „Befreiungsprozeß" in Nicaragua *„wirtschaftlich und militärisch in empörender Weise stranguliert wird"*. Er sprach seine Unterstützung für die Initiative von Bremer Guppen zu verstärkter Zusammenarbeit mit Corinto aus, sprach jedoch weder von Verschwisterung noch von Partnerschaft.

Für etliche Leute aus SPD und DGB war dieser Brief Koschnicks das Zeichen, nun für die Gründung des Vereins als Träger der Soli-Arbeit für Corinto auch in ihren Reihen zu mobilisieren. Von seiten des Komitees wurde zwar immer wieder das Projekt „offizielle Partnerschaft" ins Gespräch gebracht, von den SPD-Vertretern aber stets abgelehnt. Als Begründung wurde angegeben, daß Bremen grundsätzlich keinerlei Städtepartnerschaften eingehe, in vergleichbaren Fällen auch immer die Form eines Vereins als Trägerinstitution gewählt worden sei und selbst mit Danzig (beliebtes Reiseziel von Koschnick) nur ein „Rahmenabkommen" abgeschlossen worden sei.

Nach der Gründung des Vereins ist es erstmal sehr still geworden um die Städtesolidarität mit Corinto. Ein Veranstaltungsprojekt, geplant für den Herbst, wurde auf das Frühjahr verschoben. Eine genaue Planung, was der Verein sich nun konkret vornehmen will, muß noch geschehen. Immerhin ist eine Beteiligung an der Kaffee-Kampagne der Soli-Bewegung beschlossen worden.

HA., A., R.

Fortsetzung von Seite 27

15 Monate englischer Bergarbeiterstreik

Was kam danach?

Bloody Hell

Doch die Gesichter sind müde, blaß, hoffnungslos. Das Leben wird jetzt bestimmt durch die Arbeit und die Arbeit wird nicht mehr bestimmt durch die Gewerkschaft sondern ausschließlich durch den Manager. Die Miners haben dieses Jahr nur zwei Tage Urlaub, sie sind nicht sozialversichert. Sie haben Angst, gekündigt zu werden. Kündigungsgrund ist z.B. wenn man Überstunden verweigert, also wird gearbeitet — bis zu 60 Wochenstunden, bis zu 12 Stunden am Tag — unter Tage. Die normale Wochenarbeitszeit beträgt 6x6 Stunden. Und es sind nicht nur die Überstunden, die die Arbeitszeit verlängern. Auch die normale Schicht wurde gestreckt. Wenn die Mittagsschicht vor dem Streik um 12.00 Uhr begann, dann heißt das: 12.00 Uhr Mine, Einfahrt ca. 12.15 bis 12.20 Uhr. Heute heißt Schichtbeginn = Einfahrt. Wer also um 11.50 Uhr seine Lampe nicht abgeholt hat, kann nicht mehr einfahren, da dann die Ausgabestelle geschlossen ist. Bislang war es auch immer mal möglich, etwas früher nach Hause zu gehen. Jetzt wird die Zeit abgestochen auf eine Lochkarte.

Innerhalb der Mine sind Kameras installiert, die jeden einzelnen überwachen können. Das kurze Gespräch mit Kollegen kann zum Kündigungsgrund werden. Also bleiben lassen.

Die Bergarbeiter sprechen von der ,,Bloody Hell'', die sich Arbeit nennt, die sich Leben nennt.

Einige hoffen darauf, daß sie wegrationalisiert werden und eine hohe Abfindung bekommen. Schließlich sollen in Woolley über 700 (von ca. 1.200) Arbeitsplätze wegrationalisiert werden. Nur ein Teil davon kann mit einem Job in einer anderen Mine rechnen. Die meisten wollen auch gar nicht weg von Woolley.

Andere spielen in der Lotterie und hoffen auf einen saftigen Gewinn. Der einzige Traum ist: Weg, nach Spanien, nach Kanada, nach Australien — aber weg.

Aufgefallen ist mir, daß es sich meist um die ledigen oder geschiedenen Männer handelt, die wegwollen oder auf Redundancy hoffen. Die Familienväter haben keine Wahl. Ältere Kinder sind bereits aus der Schule und finden keine Arbeit. Die Jüngeren werden auch noch kommen und für sie sind die Chancen voraussichtlich noch schlechter.

Also muß der Arbeitsplatz des Vaters um jeden Preis erhalten bleiben, um irgendwie die Familie zu versorgen. Seit Streikende sind zu allem Elend auch noch besondere Leistungen, die nur betrieblich festgelegt waren, weggefallen. Das heißt also: noch mehr ranschaffen. Für mehr Stunden, weniger Geld. Wieder einmal funktioniert die Verantwortung für die Familie, sie diszipliniert.

Auf der anderen Seite leiden die Familien darunter, daß die Männer so ausgelaugt und fertig sind. Im Gegensatz zu Kent, finden die Frauen in Yorkshire seltener Arbeit. Das wiederum bindet sie an den Haushalt und die Kinder, gerade in so einer angespannten Situation. Streitereien nehmen zu. Frauen bleiben nur noch, weil sie kein eigenes Geld haben. Dieser Grund ist schwerwiegend und in den meisten Fällen auch ausreichend.

Trotzdem gibt es einige Menschen, die versuchen, die Gewerkschaft am Leben zu halten. Es gibt sogar welche, die erst nach dem Streik eingesehen haben, wie bedroht ihre Gemeinschaft ist und nun versuchen, örtliche Aktivitäten zu erhalten. Es gibt immer noch Widerstand, meist spontan und unorganisiert. Das ist sogleich Stärke und Schwäche. Er ist nicht kontrollierbar, bricht aber auch schnell wieder zusammen.

Hoffnung auf Labour

Das veränderte Gesicht von Woolley hat mich sehr betroffen und traurig gemacht. So war ich froh, als sich die Gelegenheit bot, einen Tag rauszukommen und mit einem Anwalt der NUM über die Situation der inhaftierten Bergarbeiter zu sprechen. Zusammen mit W., einem der 59 (von 66) Labour-Abgeordneten in Barnsley machte ich mich auf den Weg.

Frage: Die Leute in Woolley scheinen wenig Hoffnung zu haben. Jeder, der es sich leisten kann, setzt auf Redundancy. Welche Chancen siehst du für die NUM?

Antwort: Es ist richtig, es geht uns heute viel schlechter als während des Streiks. Ich denke aber — und das ist meine persönliche Meinung — wenn die Minenschließungen beendet sind und die Leute wegrationalisiert, dann gibt es einen harten Kern, der noch arbeitet und die NUM wieder stark macht.

F.: Aber wie ist die Situation für die anderen, die dann keine Arbeit mehr haben?

A.: Sie bekommen eine Abfindung und wenn sie über 50 sind auch eine Rente von 85 Pfund die Woche. Für die über 50jährigen ist es also in Ordnung. Die anderen bekommen ein Jahr Arbeitslosengeld. Danach gibt es Sozialhilfe, vorausgesetzt, sie besitzen nicht mehr als 3.000 Pfund.

F.: Heißt das, daß die Bergarbeiter bei ihrer hohen Abfindung dann erst mal keine Sozialhilfe bekommen?

A.: Ja.

F.: Von der Frauengruppe in Barnsley habe ich gehört, daß sie große Schwierigkeiten haben, die Gruppe beisammenzuhalten. Es kommen zwar zu jedem Treffen Frauen, doch jedesmal andere, dadurch ist eine kontinuierliche Arbeit nicht möglich.

A.: Die Tory-Regierung gibt uns genug zu tun. Die Frauen werden schon wieder eine Aufgabe finden, z.B. im Gesundheitsbereich.

F.: Siehst du Chancen, daß diese Region, Süd-Yorkshire, nicht vollkommen verelendet? Siehst du eine Chance für England?

A.: Oh, ja! Die Tories verlieren an Boden. Bei der nächsten Wahl wird es bestimmt wieder eine Labour-Regierung geben.

F.: Welche Hoffnungen setzt du in die Labour-Regierung? Was kann sie in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation tatsächlich ändern?

A.: Sie kann natürlich nicht alles auf einmal lösen. Aber sie kann ein, vielleicht zwei Probleme angehen und es wird lange Zeit dauern, bis sich wirklich etwas ändert. Jedenfalls können die Tories nicht weitermachen, das führt in die Katastrophe.

Derselbe Mann zeigte mir auf dem Weg zum NUM-Büro einen Labour-Abgeordneten, der wegen radikaler Stellungnahme für die Bergarbeiter von seinen Labour-Kollegen ein halbes Jahr von den Sitzungen ausgeschlossen wurde. Er bedauerte das sehr und wünschte sich mehr solche radikalen Mitstreiter.

Arthurs Castle

Das NUM-Büro wird heute noch Arthurs Castle genannt, weil der NUM-Präsident früher hier seinen Sitz hatte. Mittlerweile ist die Zentrale in Sheffield.

Wir trafen auf den Hauptanwalt der NUM Yorkshire. Er berichtete über die Taktik vor Gericht. Die NUM setzt bei jedem Prozeß viele Anwälte ein, die nacheinander den Belastungszeugen (meist Polizisten) dieselben Fragen stellen. Dabei haben sich viele Zeugen so verzettelt, daß ein Großteil der Prozesse gewonnen werden konnte. Nach seiner Aussage gibt es in Yorkshire keine inhaftierten Bergarbeiter mehr, in England noch ca. 12 wirklich schwierige Fälle.

Schwierigkeiten sah er bei der Wiedereinstellung von entlassenen Bergarbeitern. Am Anfang hätten sie dabei ganz schöne Erfolge erzielt. Von ca. 360 Entlassenen wurde die Hälfte wieder eingestellt. Doch in der Zwischenzeit werden die Verhandlungen immer zäher und erfolgloser. Dazu kommen neue Entlassungen. Während direkt nach dem Streik ziemlich willkürlich irgendwelche Leute herausgegriffen wurden, wobei man oft den Eindruck hatte, der Manager wollte Angst und Schrecken verbreiten und seine Wut abreagieren, sind die Entlassungen heute zielgerichtet. Sie haben einen konkreten Anlaß. Dadurch sind sie auch nicht so leicht rückgängig zu machen.

Was denn die NUM sonst noch macht, um ihre in Not geratenen Mitglieder zu unterstützen, wollte ich wissen.

Da gibt es vor allem finanzielle Unterstützung sowohl für die Inhaftierten als auch für die Entlassenen. Allerdings weiß er nicht sicher, ob das in allen Regionen gleich ist.

Am nächsten Tag wollte ich heimfahren und war gar nicht so unglücklich darüber.

So., Ludwigshafen

Doch nur ein Bürgerkrieg?

Neuere politische Tendenzen in der El Salvador Solidarität

,,Lange Zeit schien es ausgemacht, daß es in El Salvador nur die Alternative zwischen einer Diktatur der Oligarchie und einer sozialistischen Entwicklung gäbe. Heute scheint es nicht mehr unmöglich, daß sich ein kapitalistisches Entwicklungsmodell mit bürgerlich-demokratischen Herrschaftsformen durchsetzt.'' Dieses Resümee ziehen die Autoren eines umfangreichen Artikels, der in der Juni-Ausgabe der IZ3W unter dem Titel erschien: ,,Nicht nur ein Bürgerkrieg — Neuere politische Tendenzen in El Salvador''.

Die Verfasser sprechen von der ,,Perspektivlosigkeit des bewaffneten Kampfes''; sie halten Duarte für einen mit ,,sozialreformerischen Ambitionen'' und ,,reformistischen Interessen'' ausgestatteten Mann. Und sie sehen die Möglichkeit eines Kompromisses zwischen FMLN-FDR und dem Regime El Salvadors. Solche Positionen waren von anderer Seite schon des öfteren zu hören. In der Solidarität mit El Salvador sind sie neu.

Einziger Ausweg — Dialog!

Die Autoren Heidi F. und Roger P. (im folgenden: H. u. R.) gehen von einer pessimistischen Einschätzung der Chancen der Befreiungskräfte aus. *,,Die Situation in El Salvador ist festgefahren. Ein militärischer Durchbruch der FDR/FMLN erscheint immer unwahrscheinlicher. Ihm steht vor allem der eindeutige Wille der USA, einen solchen zu verhindern, gegenüber.''* (1) Damit soll nicht gesagt werden, die FMLN stünde absehbar vor einer Niederlage. Im Gegenteil, die Autoren halten die militärische Kraft der Guerilla nach wie vor für groß.

A b e r : *,,Die Strategie der Revolution über den bewaffneten Kampf scheint in El Salvador am Ende ihrer Möglichkeiten angekommen zu sein. Das ist in erster Linie dem massiven Eingreifen der USA geschuldet. Auch wenn dies zu verurteilen ist, so ist es doch eine Tatsache, die in strategischen und taktischen Überlegungen berücksichtigt werden muß.''*

Eine Fortführung des militärischen Kampfes unter diesen Bedingungen fortgesetzter US-Intervention würde, so die Autoren, nicht nur zu keinem Durchbruch führen, sondern könnte langfristig sogar die Existenz der revolutionären Linken überhaupt gefährden. Um aus dieser von ihnen so beschriebenen Sackgasse herauszukommen, halten H. und R. den *,,Dialog mit der Regierung — gestützt auf die unbestrittene militärische Kraft der FMLN — für die einzige realistische Chance, politisch wieder im Bewußtsein der großen Mehrheit der Salvadorianer präsent zu werden.''* Eine solche Verhandlungsstrategie wird als nicht ungefährlich für die revolutionäre Opposition eingeschätzt: Die Fortführung des Dialoges könnte zu weitreichenden Kompromissen zwingen, die die FMLN/FDR spalten könnten. Die Autoren räumen die Möglichkeit ein, daß der gesamte Verhandlungsprozeß nicht zu den von der FMLN angestrebten Zielen führen würde, sondern ,,überwiegend Duarte zugute kommen'' könnte.

Duartes Verhandlungsvorschläge vom Oktober 84 bestanden in einer allgemeinen Amnestie der Kämpfenden, wenn sie die Waffen niederlegten, und ihrer ,,Reintegrierung in das politische Leben'' über Teilnahme an Wahlen.

,,Aber selbst unter diesen Voraussetzungen (wo Duarte sich weitgehend durchgesetzt hätte, d.V.) *scheint der Fortbestand einer relativ starken Linken gesichert, was bei einer rein militärischen Strategie auf Dauer noch die Frage ist.''*

Denn Duarte ...

So ziemlich alle Beobachter und Freunde des salvadorianischen Befreiungskampfes halten — wie auch die FLMN/FDR — einen baldigen Sieg der Revolution für unrealistisch. Darüber, wie stark die FMLN ist, ob sie sich in der strategischen Offensive oder Defensive befindet, gehen die Einschätzungen auseinander. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es für die FMLN in nächster Zeit vor allem darum geht, ihre Kräfte zu halten, also in diesem Sinne zu ,,überleben'' und auf eine neue revolutionäre Situation hinzuarbeiten.

H. und R. schlagen als — ihrer Meinung nach — tatsächlich gangbaren Weg den politischen Kompromiß mit Duarte vor. Wenn ein solcher Ausgleich möglich sein soll, muß es mindestens an einigen wichtigen Punkten Interessensübereinstimmungen zwischen revolutionärer Opposition und Christdemokratie geben. Die Autoren glauben, daß es sie gibt.

,,Duarte und die PDC (Christdemokratische Partei) wissen, daß sie eine militärische Niederlage der FMLN politisch nicht überleben würden.'' Begründet wird diese Behauptung mit der Annahme, Duarte verlöre in dem Fall seine Funktion als ,,internationales Vorzeigeschild''. Zudem würde sich die Machtbalance ,,zwangsläufig zugunsten der extremen Rechten'' verschieben.

Aber wie verträgt sich die Behauptung (die im Umkehrschluß bedeutet, daß Duarte sogar ein Interesse an militärischer Stärke der FMLN haben müßte) mit der Tatsache, daß Duarte die Bombardierungen gegen die von der Guerilla kontrollierten Zonen nicht etwa einzudämmen versucht, sondern im Gegenteil rechtfertigt? Daß unter seiner Amtszeit als Regierungschef 30.000 Menschen ermordet wurden! Welchen Grund hätten die USA, Duarte nach einem militärischen Sieg über die FMLN, der zudem überhaupt nicht absehbar ist, fallenzulassen? Viel wahrscheinlicher wäre, daß die Versuche fortgesetzt würden, ein ,,demokratisches'' El Salvador gegen das ,,totalitäre'' Nicaragua propagandistisch aufzubauen.

Auch der Hinweis auf die ,,Verschiebung der Machtbalance'' enthält einen Gedankenfehler. Die extreme Rechte El Salvadors hat mit allen Mitteln des Terrors gegen Massen und mit gewaltigen Militäroffensiven versucht, die revolutionäre Bewegung zu zerstören. Sie scheiterte. Aber nicht aus Mangel an Feuerkraft, Flugzeugen und Bomben, sondern, weil die Armee politisch zu schwach war. Sie war und ist bis heute nicht in der Lage, der FMLN politisch die Basis zu nehmen. Dafür als kriegsentscheidendes Element ist gerade eine innenpolitische **Stärkung** Duartes, die die Unterstützer der FMLN zu ihm herüberzöge, die Voraussetzung.

... ist ein Freund der Armen

Ungeachtet der Aufgaben, die Duarte seit Jahren in dem Krieg gegen den Aufstand übernimmt, unterstellen H. und R. auf einer weiteren Ebene Gemeinsamkeiten zwischen FMLN/FDR und der Christdemokratie. Duarte wird als Mann mit ,,sozialreformerischen Ambitionen'' charakterisiert. Mehr noch: *,,Duartes machtpolitischer Ehrgeiz verbindet sich mit der Vision, aus El Salvador ein Modell des 3. Weges zwischen Kapitalismus und Sozialismus in Lateinamerika zu machen.''*

Diesen ,,Ambitionen'', die ja noch über bloß kosmetische Reformen hinausgehen sollen — die Phrase des ,,3. Weges'' beinhaltet in der Konsequenz sogar ein **anderes** Gesellschaftssystem als den Kapitalismus — braucht man als nur ein Beispiel die Agrarreform gegenüberzustellen, um sie unschwer als Demagogie zu erkennen. (2).

Es bleibt völlig unverständlich, weshalb die Autoren, die die Entwicklung in El Salvador seit Jahren kennen, solche Positionen ausgraben. Positionen, wegen derer die CDU 80/81 verlacht wurde, denen auch kein Glauben geschenkt wurde, als die SPD sie 83/84 kolportierte.

In der Tat verfügte die PDC bis vor einigen Jahren über einen reformorientierten Flügel. Dieser zog nach dem Scheitern der Junta von 1979 die fälligen Konsequenzen und befindet sich heute auf der Seite der Linken. Das frühere Mitglied der Christdemokratischen Partei Ruben Zamora z.B. ist in der dreiköpfigen politisch-diplomatischen Kommission der FMLN/FDR vertreten.

Die dritte strategische Gemeinsamkeit wähnen H. und R. in der Frontstellung zur Oligarchie. Die PDC sei ,,anti-oligarchisch''. *,,Das politische Kalkül Duartes und der PDC zielt daher* (gemeint ist, daß bei weiterer Zerstörung der Wirtschaft in Folge des Krieges die materielle Basis für ,,Reformen'' zerstört wird) *darauf, die FDR-FMLN über Verhandlungen Schritt für Schritt in ein politisches Modell einzubinden, das von der Christdemokratie kontrolliert wird. Wenn die FMLN-FDR in einem solchen Modell 20 % der Parlamentssitze hält, kann das in diesem Kalkül als Gegengewicht zur extremen Rechten nur nützlich sein.''*

Zunächst ist es schlicht absurd, daß sich die gesamte FMLN/FDR im Parlament wiederfände. Beabsichtigt für dieses Projekt sind **Teile** des Bündnisses. Denn das ,,Kalkül'' beinhaltet die Niederlegung der Waffen der FMLN, also ihr physisches Todesurteil, was Duarte sehr genau weiß.

Den eklatanten Widerspruch zwischen behauptetem ,,Anti-Oligarchismus'' und dem praktischen Handeln der Christdemokratie leugnen die Autoren nicht. Aber sie versuchen ihn mit der Schwäche Duartes zu erklären. Duartes Macht werde zwar durch verschiedene Faktoren erweitert, sei aber sehr begrenzt und er könne des**halb** wenig im Sinne *,,seiner eigenen reformistischen Interessen bewirken.''*

Unter **diesem** Blickwinkel wird natürlich alles, was Duarte unternimmt, immer ,,anti-oligarchisch'' oder ,,reformistisch'' sein. Und wenn es das augenscheinlich nicht ist, sondern offen reaktionär, dann nur deshalb, weil sein Handlungsspielraum eben nichts anderes zuläßt. Damit läßt sich zwar wenig erklären, aber so ziemlich alles entschuldigen.

Privatsektor kaltgestellt?

Die Sichtweise von H. und R. läßt sich bis hierhin so zusammenfassen: Die FMLN kann nicht siegen. Sie muß einen Kompromiß suchen, der wenigstens ihr Überleben sichert. Die Christdemokratie ist gegen die Oligarchie und will Reformen, für beides ist sie aber noch nicht stark genug. Duarte bietet einen Kompromiß an, der unter bestimmten Bedingungen den Fortbestand der revolutionären Opposition gewährleistet, gleichzeitig den Einfluß der extremen Rechten weiter zurückdrängt und so einen Neuaufbau einer politischen Bewegung in den Städten begünstigt.

In diese Vorstellung fügt sich das Bild der Autoren von der Politik der

Fortsetzung nächste Seite



Duarte

Fortsetzung von vorheriger Seite



Kaffee- und Industriekapitalisten. ,,*Nach der Wahl Duartes zum Präsidenten kam es, von den üblichen Querelen abgesehen, bisher nicht, wie von vielen vorausgesehen, zu wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen des Privatsektors.*''

Vorher wurde behauptet, Duarte strebe einen Ausgleich mit der revolutionären Opposition an, Refomen, die die Oligarchie schwächen, in der Konsequenz sogar eine andere Gesellschaftsform. Ein solcher Präsident müßte den Privatsektor allerdings in höchste Alarmstimmung versetzen. Warum verhielten sich die Kaffeeoligarchen und der Kapitalistenverband ANEP aber dann so ruhig?

,,*Dies deutet an, daß die extreme Rechte ihre zweifellos vorhandene wirtschaftliche Macht nicht ohne weiteres in wirtschaftliche und politische Destabilisierung umsetzen kann*'', meinen H. und R. **Die Möglichkeit, daß der Privatsektor dies aus bestimmten Gründen gegenwärtig gar nicht w i l l, scheint den Autoren ausgeschlossen.**

Oligarchie geschwächt?

Den Grund für die relative Stützung der Duarte-Regierung durch die Kapitalisten sehen H. und R. in der ,,*deutlichen Schwächung der Machtposition der Oligarchie in El Salvador.*'' Diese ,,Schwächung'' drücke sich auch in anderen Bereichen aus: In der Armee ist es zu einer Reihe von Umbesetzungen gekommen (auf diesen Punkt wird noch eingegangen). Die Morde der Todesschwadronen sind zahlenmäßig zurückgegangen. Die ,,Wahlen'' von 84 haben das erste Mal in der Geschichte El Salvadors einen Christdemokraten (aber nicht irgendeinen, sondern Duarte!) zum Präsidenten des Landes gemacht. Schließlich wird ein weiteres Phänomen als ,,Zurückdrängung der Oligarchie'' gewertet: ,,*Über den von den USA aufgezwungenen Wahlprozeß und die Debatte um die neue Verfassung ist die extreme Rechte auch in gewissem Sinne dazu veranlaßt worden, ihre Aktivitäten zu ,legalisieren' und zu ,parlamentarisieren' ... Nun kann zwar mit Recht angenommen werden, daß die extreme Rechte wenig*

fassung ist die extreme Rechte auch in gewissem Sinne dazu veranlaßt worden, ihre Aktivitäten zu ,legalisieren' und zu ,parlamentarisieren' ... Nun kann zwar mit Recht angenommen werden, daß die extreme Rechte wenig

Skrupel hat, bei Gelegenheit und Zweckmäßigkeit die Anwendung terroristischer Methoden wieder zu forcieren. Auf der anderen Seite schafft das jetzige Agieren der extremen Rechten auch in den eigenen Reihen politisch/psychologische Tatsachen, die eine Umkehrung der bisherigen Linie zwar nicht unmöglich, aber schwer machen, was anderen Kräften wie den Christdemokraten bei gegebenem Anlaß wichtige Zeitvorsprünge sichern kann.'' Hinter diesen Auffassungen steckt das schematische Verständnis von einer Oligarchie, die — als einzig ihr möglich erscheinenden Weg — immer auf eine durchweg faschistische Lösung drängt. Wenn sich die Oligarchie dann in der Praxis anders verhält, wird das eben mit ,,Zurückdrängung'' erklärt. Diese Sicht wird ergänzt durch die vorhin beschriebene Vorstellung von einer Christdemokratie, die, in schroffem Gegensatz dazu, auf eine reformistische Lösung dränge. Eine reformistische Lösung im wirklichen Sinn des Wortes, also reale, materielle Zugeständnisse anbietet. Wenn sich die Christdemokratie ihrerseits anders verhält, dann ebenfalls aus ,,Schwäche''.

Die herrschende Klasse ...

Die Politik der herrschenden Klasse El Salvadors hat sich in der Tat in vielen Punkten seit 1979 geändert. Und die Entwicklung der Klassenauseinandersetzung hat einen anderen Verlauf genommen, als viele vor fünf Jahren erwarteten. Der ERP (die heute stärkste Organisation in der FMLN) z.B. und mit ihm der größte Teil der Solidaritätsbewegung ging von der Möglichkeit eines raschen politisch-militärischen Sieges ab 1980 aus. Demgegenüber waren die FPL unter Führung Salvador Cayetano Carpios (Marcial) der Auffassung, daß sich mit einer **langwierigen** Zuspitzung der Kämpfe die gesellschaftliche Polarisierung unaufhaltsam verschärfen würde: auf der Seite der herrschenden Klasse um den Pol einer terroristisch-faschistischen Politik — auf der Seite der Opposition um das Bündnis der Bauern und Arbeiter unter Führung der Arbeiterklasse. Alle Mittelkräfte würden über kurz oder lang gezwungen sein, sich für den einen oder anderen Weg zu entscheiden.

Auf den ersten Blick scheint die reale Entwicklung in El Salvador dieser Erwartung zu widersprechen: ,,*Lange Zeit ist, auch von den Verfassern dieses Artikels, eingeschätzt worden, daß die salvadorianische Christdemokratie keine Chance hat, sich im Widerspruchsfeld zwischen der extremen Rechten auf der einen und der revolutionären Linken auf der anderen Seite zu behaupten.*'' Wahrscheinlich sind H. und R. genau hierüber, über die Christdemokratische Partei, gestolpert.

Der Fehler in der Analyse der beiden liegt darin, daß sie von einer Christdemokratie ausgehen, wie sie **vor** 1979/80 existierte. ,,*Die PDC war lange Zeit die gesellschaftlich relevante Oppositionspartei* (in den 70er Jahren im Wahlbündnis UNO zusammen mit Sozialdemokraten und sowjetisch orientierter KP, d.V.) *zu den herrschenden Militärs und der Oligarchie*'', heißt es in der Broschüre ,,Krieg und Dialog''. (3) **Aber der reformistische Flügel ist längst aus der Partei ausgeschieden. Heute wird die Politik der PDC von den Rechten Chaves-Mena, Duarte und Prendes bestimmt.**

Der zweite Fehler besteht darin, daß sie die Widersprüche, die es zweifellos zwischen PDC und extremen Rechten gab und gibt und die oft auch blutig ausgetragen wurden, zu unversöhnlichen, unüberbrückbaren erklären. Aber diese Widersprüche wurden gelöst: Die FPL erwarteten, daß ein revolutionärer Sieg nicht nur gegen die herrschende Klasse durchgesetzt werden müßte, sondern erst nach einer langen direkten militärischen Konfrontation mit dem US-Imperialismus möglich sein würde.

Und in der Tat griffen die USA massiv in den salvadorenischen Klassenkampf ein. Aber nicht so sehr mit eigenen Truppen, sondern mit einem eigenen Konzept für den Kampf gegen den Aufstand. Ein Konzept, um das herum sich die salvadorenische Bourgeoisie organisieren sollte. Zum Teil gegen, zum Teil mit den Faschisten (D'Abuisson ist nie von den USA isoliert worden) wurde dies Konzept schließlich auf dem **Wege der Umstrukturierung der Armee** durchgesetzt. Die Methode bestand in den gewaltigen Militär- und Wirtschaftshilfen, den in den USA ausgebildeten Eliteeinheiten und der Besetzung zentraler Kommandoträger mit US-Militärs.

Dieser Prozeß war von heftigen Auseinandersetzungen begleitet: 1981 gab es immer wieder ,,Demonstrationen'' von Mitgliedern jener 14 Familien **gegen** die US-Botschaft, wo gegen das

mit US-Militärs.

Dieser Prozeß war von heftigen Auseinandersetzungen begleitet: 1981 gab es immer wieder ,,Demonstrationen'' von Mitgliedern jener 14 Familien **gegen** die US-Botschaft, wo gegen das

Vorhandensein von ,,Kommunisten'' in Reagans Kabinett protestiert wurde. Opfer der Todesschwadronen waren häufig die von den USA gestützten Christdemokraten. Weitgehend beigelegt war der Streit zum Jahreswechsel 83/84. Mit der Verabschiedung der ,,Verfassung'', in der festgelegt war, daß die ,,Agrarreform'' nicht weitergeführt werden würde, gab die rechtsradikale Mehrheit im Parlament ihre Zustimmung zu ,,Wahlen''.

... ist einiger!

Damit hatte sich die salvadorenische Bourgeoisie — nach der Intervention der USA und dem Scheitern der großen Militäroffensiven — nicht für die Fortsetzung durchgängig faschistischer Politik entschieden, sondern für ein Projekt, in dem **sowohl** die Todesschwadronen, **als auch** Duarte eine wichtige Rolle spielen.

Die Christdemokratie hat sich zu diesem Zwecke scharf nach rechts entwickelt und ist mit PAISA, PCN und auch Teilen von ARENA ein Bündnis eingegangen. Die Parteien der extremen Rechten ließen sich ihrerseits auf das Bündnis ein. Lopez Nuilla, Chef der ESA-Todesschwadronen und Teilnehmer am Dialog von Ayagualo im November 84, hat nicht etwa seine terroristische ,,Vergangenheit'' hinter sich gelassen und ist nunmehr von Duarte und dessen politischem Schicksal abhängig, wie H. und R. glauben. Im Gegenteil ist diese Gestalt der personelle Ausdruck dafür, daß die herrschende Klasse die Zeichen der Zeit begriffen und sich auf eine gegenwärtig als wirksamer eingeschätzte Linie der Aufstandsbekämpfung festgelegt hat. Eine Linie, der die Kissinger-Kommission von 82 den Namen gab: ,,Krieg mit (Schein)-Reformen''. Zu keinem Zeitpunkt ist die materielle Grundlage der Klassenherrschaft jener Oligarchie — die große Kaffeeproduktion — angetastet worden. Die lauthals verkündete ,,Agrarreform'' ist — eingestandenermaßen — immer das geblieben, was sie war: ein in erster Linie demagogisches Projekt. Die vollzogene ,,Demokratisierung'' beinhaltet unter anderem ein Zurückgehen der Aktionen der Todesschwadronen. Ihr Vorgehen ist dafür gezielter, wirksamer geworden. Einige, auch linke, Gewerkschaften können wieder Büros in San Salvador unterhalten. Aber wenn sie zum Streik greifen, befiehlt **Duarte** dessen **militärische** Niederschlagung, wie im vorigen Juni bei dem Sturm auf eine Klinik in der Hauptstadt. Die kürzlich eingerichtete ,,Informationszentrale'', die die Propagandakriegsführung von Armee und Regierung koordiniert, zeichnet sich durch ein ebenso ausgeklügeltes wie aggressives Vorgehen gegen die FMLN/FDR aus. Geleitet wird sie von Rey Prendes, einem führenden Christdemokraten!

Duarte kämpft nicht gegen die extreme Rechte, wie H. und R. glauben machen wollen, er befindet sich längst im Bündnis mit ihr gegen die Opposition.

hy., Göttingen

Anmerkungen

1. Alle Zitate sind der IZ 3W-Ausgabe entnommen. Das in der Einleitung Zitierte ist aus redaktionellen Gründen gekürzt wiedergegeben. Um den Anmerkungssalat nicht unnötig zu vergrößern, ist auf die Angabe von Seitenzahlen für die einzelnen Zitate verzichtet worden.
2. Die „Agrarreform" sollte in drei Phasen ablaufen. Phase I wandelte etwa 300 Landgüter in Genossenschaften um. Dabei handelte es sich fast nur um unproduktive Viehwirtschaftliche Großbetriebe. Phase II sah die Betriebe zwischen 150 und 500 ha vor. Dies *„träfe den Kern oligarchischer Macht, die hochproduktiven Kaffeeplantagen, die aus organisatorischen Gründen meist nicht größer sind als 200 bis 300 ha,"* schreiben H. und R. Eben deshalb wurde Phase II nie angegangen und ist mit der neuen Verfassung endgültig vom Tisch.
3. In der Broschüre „El Salvador 1985 — Krieg und Dialog" ist eine längere Version des Artikels abgedruckt.

Leserbrief zu:

Vor 40 Jahren: Der erste Atombombenabwurf (AK 261)

Im o.g. Artikel, in dem es um die Hintergründe der Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki geht, wird von dem Autor behauptet, ,,*daß seit 1944 eine militärische Eigendynamik in Gang gebracht worden war, die wenig zu tun hatte mit der konkreten Frage, unter welchen politischen Bedingungen die Bombenabwürfe schließlich stattfanden und ob sie überhaupt noch nötig gewesen wären.*'' (1)

Es gab aber konkrete politische Gründe, die m.E. entscheidend waren für die Bombenabwürfe am 6. bzw. am 9. August 1945: Stalin hatte sich auf der Konferenz in Jalta im Februar 1945 dazu verpflichtet, drei Monate nach der (bevorstehenden) Kapitulation Deutschlands gegen Japan in den Krieg einzutreten. Die Kriegserklärung der Sowjets sollte vertragsgemäß also am 8. August erfolgen, was auch tatsächlich geschah. Bereits am 28. Mai hatte Hopkins, der US-Botschafter in Moskau, an Truman telegrafiert: ,,*Bis zum 8. August wird die sowjetische Armee ihre Stellungen in der Mandschurei ordnungsgemäß bezogen haben. Japan ist verloren und die Japaner wissen es.*'' (2)

Dazu kommt, daß in Jalta der Sowjetunion das Recht garantiert worden war, in Dairen und Port Arthur präsent zu sein. Dairen sollte als Handelshafen unter interntionale Kontrolle gestellt werden (wobei der Sowjetunion freier Zugang garantiert wurde), während Port Arthur der Sowjetunion als Marinestützpunkt verpachtet werden sollte. Wollten die USA also diese strategisch wichtigen Häfen unter ihre alleinige Kontrolle bringen, mußten sie einem Kriegseintritt der Sowjetunion gegen Japan unbedingt zuvorkommen. US-Außenminister Byrnes sagte am 28. Juli, ,,*ihm liege sehr viel daran, die japanische Angelegenheit erledigt zu wissen, ehe die Russen sich einmischen, besonders im Hinblick auf Dairen und Port Arthur. Säßen sie erst einmal dort, würde es seiner Meinung nach nicht leicht sein, sie wieder hinauszudrängen.*'' (3) David Horowitz kommt in seiner Analyse der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam (,,Kalter Krieg'', s. Anm.) zu dem Schluß: ,,*Zurückschauend dürfte der Wunsch, die Russen aus dem Krieg herauszuhalten, der primäre Grund für den Einsatz von Atombomben gewesen sein. Nur so läßt sich die Eile erklären, mit der sie abgeworfen wurden, sowie das Fehlen eines angemessenen zeitlichen Abstandes oder eines zweiten Ultimatums zwischen beiden Abwürfen.*'' (4)

Ein weiterer Beweis dafür, daß die USA unbedingt dem Kriegseintritt der Sowjetunion zuvorkommen wollten, ist das Ultimatum an Japan, bei dem die Sowjetunion nicht nur nicht konsultiert wurde, sondern erst nach des-

Ein weiterer Beweis dafür, daß die USA unbedingt dem Kriegseintritt der Sowjetunion zuvorkommen wollten, ist das Ultimatum an Japan, bei dem die Sowjetunion nicht nur nicht konsultiert wurde, sondern erst nach des-

sen Veröffentlichung informiert wurde. In dem Ultimatium wurde Japan dazu aufgefordert, bedingungslos zu kapitulieren. Es war am 26. Juli, also dreizehn Tage vor dem festgesetzten Kriegseintritt der Sowjetunion, von den USA, Großbritannien und China gestellt worden.

Mit der Behauptung, die Sowjetunion habe ,,*die von Juni bis Anfang August immer offensiver werdenden japanischen ,Friedensfühler' beharrlich abblitzen lassen*'' und damit eine zu dieser Zeit entscheidende Rolle nicht wahrgenommen (5), weist der AK-Autor der Sowjetunion ein Mitverschulden der Katastrophen von Hiroshima und Nagasaki zu. Tatsache ist aber, daß die USA schon bald von den Absichten Japans wußten, den Krieg über die Vermittlung der Sowjetunion so früh wie möglich zu beenden. Schon am 13. Juli war eine Nachricht abgefangen worden, in der der japanische Botschafter in Moskau dazu aufgefordert wurde, Molotow aufzusuchen, ,,*um ihm den lebhaften Wunsch des Kaisers nach einer Beendigung des Krieges zu unterbreiten.*'' (6) Außerdem hatte ,,*Stalin übrigens Truman von den japanischen Bemühungen unterrichtet, die Russen in ihrem Auftrag zu einer diplomatischen Intervention zu veranlassen und sie für die Rolle des Friedensvermittlers zu gewinnen.*'' (7).

hk, Nürnberg

Quellen:
(1) AK 261, S. 9
(2) Fleming, The Cold War and Its Origins, in: David Horowitz, Kalter Krieg, Wagenbach Verlag (z.Zt. wieder erhältlich) S. 46
(3) Forrestal, The Forrestal Diaries, in: Horowitz, a.a.o., S. 48
(4) D. Horowitz, a.a.o., S. 48
(5) AK 261, S. 9
(6) Forrestal, op. cit., S. 46
(7) D. Horowitz, op. cit., S. 47

Anmerkungen des Autors

Den Hinweisen von hk auf ,,konkrete politische Gründe'' für die Atombomben-Abwürfe ist in der Substanz nicht zu widersprechen. Siehe AK 261, S.9: ,, ... Daß sich besondere politische Überlegungen an die konkreten historischen Umstände knüpften, unter denen im August 1945 zwei Atombomben gegen Japan eingesetzt wurden, ist ... sicher''. Ich hatte an dieser Stelle auf das Buch von Gar Alperowitz, Atomic Diplomacy, verwiesen. Dort sind viele Aspekte dieser Politik ausführlich dargestellt, so auch die wechselnde Haltung der US-Spitze zum sowjetischen Kriegseintritt gegen Japan. Die These in AK 261 war lediglich, daß es unzureichend und verfehlt ist, die Bombenabwürfe primär oder ausschließlich von den konkreten Bedingungen im Sommer 1945 her zu erklären: ,,Daß ... alles Erdenkliche veranstaltet wurde, um vor Abschluß des Weltkrieges die Bombe unter realen Bedingungen zu testen und vorzuführen, bedarf nicht der Erklärung durch die außenpolitische Wende von 1945: Es lag in der ganzen Logik des Projekts selbst, das seit 1943 immer deutlicher nicht mehr auf die Entscheidung des aktuell stattfindenden Weltkriegs, sondern schon auf die globale Konfrontation der Nachkriegsordnung abzielte.'' Die Entschlossenheit der US-Spitze, die Bombe sobald wie möglich als Kriegswaffe einzusetzen, stand schon lange vor Roosevelts Tod fest. Um dies zu realisieren, mußte zuvor ein umfangreicher militärischer Apparat aufgebaut werden, und dies begann tatsächlich schon im Herbst 1944. Also bereits vor der Jalta-Konferenz, auf der die US-Vertreter die Sowjetunion noch einmal zum Kriegseintritt gegen Japan drängten, und dafür einiges an territorialen ,,Belohnungen'' zubilligten.

Das von hk erwähnte Ultimatum der USA, Großbritanniens und Chinas an Japan wurde, was man zum besseren Verständnis des Vorgangs wissen sollte, im Rahmen der Potsdamer Konferenz veröffentlicht. Daß dieses Ultima-

USA, Großbritanniens und Chinas an Japan wurde, was man zum besseren Verständnis des Vorgangs wissen sollte, im Rahmen der Potsdamer Konferenz veröffentlicht. Daß dieses Ultima-

tum, in dem Japan unter Androhung der völligen Vernichtung zur Kapitulation aufgefordert wurde, nicht von der Sowjetunion mitunterzeichnet wurde, ergibt sich einfach aus der Tatsache, daß die SU im Gegensatz zu den drei anderen Staaten nicht im Kriegszustand mit Japan war. Die SU-Vertreter waren über die Absicht der anderen Regierungen, ein solches Ultimatum zu publizieren, informiert worden, wurden allerdings über den Inhalt tatsächlich nicht konsultiert. Sie haben ihm andererseits, soweit bekannt, auch nicht widersprochen.

Recht hat hk mit dem Hinweis, daß die US-Spitze frühzeitig vollständig über die Absichten der japanischen Regierung informiert war, mit Hilfe sowjetischer Vermittlung einen Ausweg aus dem Krieg zu finden. Die Kenntnis der USA ergab sich daraus, daß man den japanischen Code entschlüsselt hatte und den Funkverkehr zwischen Tokio und der japanischen Botschaft in Moskau unter Kontrolle hatte. Ebenso wahr ist aber, daß die Sowjetunion den seit Mai 1945 immer drängender werdenden diplomatischen Vorstößen Japans nur eine kalte Abfuhr erteilte. Das gilt auch für die japanischen Versuche im Juli 1945, Kontakt zu Außenminister Molotow zu bekommen. Japan scheint zu diesem Zeitpunkt bereit gewesen zu sein, unterhalb der bedingungslosen Kapitulation allen Forderungen zuzustimmen. Die Sowjetunion ging auf die drängenden japanischen Gesprächsersuchen nicht ein. Molotow ließ den japanischen Botschafter erst am 8.August (zwei Tage nach Hiroschima!) zu sich bestellen. Und das lediglich zu dem Zweck, die sowjetische Kriegserklärung mitzuteilen. Richtig ist, daß Stalin die US-Regierung während der Potsdamer Konferenz über die japanischen Vorstöße formal informierte, was zwischen Bündnispartnern nicht mehr als eine Selbstverständlichkeit war. Irgendein sowjetisches Eintreten für den denkbaren Versuch, sich auf die japanischen Fühler sondierend einzulassen, ist weder in der westlichen noch in der sowjetischen Literatur verzeichnet. Daß nachträglich von sowjetischer Seite die Gelegenheit wahrgenommen wird, die USA wegen Hiroschima und Nagasaki heftig anzuprangern, ist nur allzu verständlich. Es ist aber überhaupt nicht zu erkennen, daß die sowjetische Regierung eine solche kritische Haltung bereits im August 1945 eingenommen hätte. Wenn, wie etwa die DKP-Presse schrieb, es für die Atombombenabwürfe 1945 keine militärische Notwendigkeit gab, da Japan eigentlich schon geschlagen war, so gab es logischerweise auch keine militärische Notwendigkeit für den sowjetischen Kriegseintritt und den Einmarsch nach Nordchina. Das eine ist so richtig oder falsch wie das andere.

Kt.

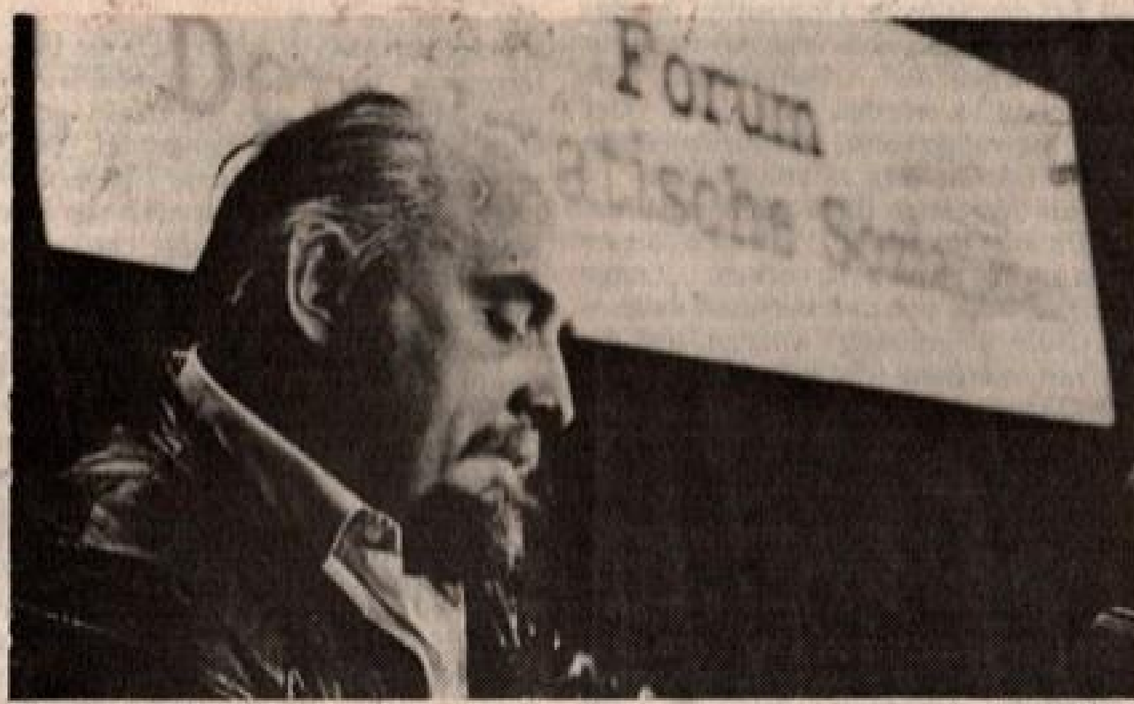
Ein ganz dummer Fehler

Ganz und gar nicht von Roosevelt, sondern von seinem Nachfolger Truman ist der Ausspruch, der im letzten ,,Arbeiterkampf'' auf Seite 8 wiedergegeben wurde. Das ergibt sich schon aus der Tatsache, daß Roosevelt zu dem dort angegebenen Datum bereits vier Monate tot war. Ein Beitrag zur Jenseits-Forschung war mit diesem Fehler nicht beabsichtigt. Er war mir als Schreibfehler im Manuskript unterlaufen, und leider konnte ich danach den gesetzten Text urlaubshalber nicht mehr selber durchkorrigieren. Wohlmeinende Menschen in der Redaktion gaben dann ihrerseits noch eins drauf, indem sie neben das Zitat ein Roosevelt-Foto rückten. Ob der Artikel zu Hiroshima nun von niemandem gelesen wurde oder ob die LeserInnen/Leser allesamt zu höflich sind: jedenfalls ist zu diesem faux pas kein einziger Widerspruch eingegangen.

Kt.

»Demokratische Sozialisten« — gibt's die noch?

Wer erinnert sich noch? Im Januar 1982 kündigten die SPD-Bundestagsabgeordneten Manfred Coppik und Karl Heinz Hansen die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft ,,Demokratische Sozialisten'' an. In Erwartung, daß der Münchener SPD-Parteitag vom April 1982 die gestiegene Kritik am NATO-,,Nach''rüstungsbeschluß von der Tagesordnung kippen würde, initiierten sie — als Auffangbecken für abgesprungene Sozialdemokraten und als Sammelbecken für die sozialistische Linke — im März 1982, zum Frühjahrsanfang, in Recklinghausen die Gründung der ,,Initiative Demokratische Sozialisten'', der im November desselben Jahres in Münster die formelle Parteigründung folgte. 2.500 Mitglieder haben die DS in ihren besten Zeiten gehabt. Nicht nur ausgetretene Sozialdemokraten, linke Grüne (vor allem ISP/Moderne Zeiten), Gruppen wie SoSt und REVIER, Trotzkisten aller Schattierungen, auch einzelne Mitglieder aus der KPD/ML und dem KB waren dabei.



Manfred Coppik



Fotos: H.W.

K.H. Hansen

,,Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt'', begrüßte der ARBEITERKAMPF mit einem Zitat aus Schillers Wallenstein am 25.1.82 den Austritt von Coppik und Hansen aus der SPD. Zu spät, wie sich bald zeigte. Die erhoffte Dynamik in der SPD-Linken blieb aus.

Mittlerweile sind die DS in eine tiefe politische und finanzielle Krise geraten. Am 28. und 29. September soll ein außerordentlicher Parteitag in Frankfurt über die Zukunft der DS entscheiden. In den Materialien hierzu (abgedruckt in ,,linke zeitung'' 15-16 vom 30.8.85) wird von verbliebenen 700 Mitgliedern gesprochen, *,,wovon wahrscheinlich ein Großteil gar nicht weiß, daß er noch Mitglied ist''*. Viele *,,Karteileichen''* und ca. 200-240 Aktive in 10-12 Gruppen registriert ein Mitglied des DS-Bundesvorstands. Die Zahl der Mitglieder *,,sinkt kontinuierlich, und damit die Einnahmen der DS; eine weitgehende Eigenfinanzierung der ‚linken zeitung' wurde nicht erreicht. Die finanziellen Ressourcen der Bundespartei sind aufgebraucht, Apparat und Zeitung in der jetzigen Form*

der ‚linken zeitung' wurde nicht erreicht. Die finanziellen Ressourcen der Bundespartei sind aufgebraucht, Apparat und Zeitung in der jetzigen Form

materiell nicht mehr aufrechtzuerhalten.'' Der Frankfurter Parteitag soll daher auch über organisatorische Veränderungen und die *,,formelle und öffentliche Aufhebung des Parteistatus''* beraten.

Organisiert bei den DS mitarbeitende Gruppen sind nacheinander ausgestiegen: die linken Grünen/ISP (in den Auseinandersetzungen zur Bundestagswahl 1983), die SoSt (1983) und REVIER (1984).

Zwischen SPD und Grünen aufgerieben

Der interessanteste Beitrag zum außerordentlichen Parteitag stammt vom DS-Bundesvorstandsmitglied Herwart Achterberg, einem ehemaligen Leitungsmitglied der GIM. Achterberg bemüht sich um eine Analyse der DS-Entwicklung.

Bei der Gründung der DS seien *,,die objektiven Voraussetzungen für ein Gelingen dieses Projekts — relativ betrachtet gegenüber den früheren Bedingungen — günstiger als je zuvor''* gewesen. Die SPD hatte abgewirtschaftet, die DKP konnte keinen Nutzen daraus ziehen, die gewerkschaftliche Sozialpartnerschaft bröckelte, die ,,K-Gruppen'' waren gescheitert, die Grünen boten keine sozialistische Perspektive und waren zu der Zeit auch noch nicht parlamentarisch etabliert. In dieser Situation, so Achterberg, konnte vom Coppik-Hansen-Vorstoß eine Initialzündung ausgehen.

Ziel sei gewesen, *,,die Schaffung einer wählbaren linken Alternative zur SPD, die sowohl in den Bewegungen, als auch den Gewerkschaften und auf der Ebene von Wahlen etwas bewirken kann, die einen wirksamen Beitrag zur Bekämpfung der katastrophalen Auswirkungen der Politik der späten Schmidt-Phase (Kriegsgefahr, Massenarbeitslosigkeit, Umweltvernichtung) leisten kann.''*

Doch was wurde daraus: *,,Jetzt, drei Jahre nach der Parteigründung, müssen wir ohne jeden Zweifel das Nichterreichen aller gesteckten Ziele und das Scheitern des Projekts DS als Partei bilanzieren.''* Achterberg nennt hierfür objektive Gründe wie subjektive Fehler.

Zu den objektiven Gründen zählt er — *,,Ironie der Geschichte''* — daß zum Zeitpunkt der formellen Parteigründung die Schmidt-Regierung, *,,deren Politik die Initiative zur Partei DS ausgelöst hatte''*, bereits gestürzt und von der ,,Wende'' abgelöst war. Die SPD ging auf Oppositionskurs, verstärkte ihre Bindungen zu den Gewerkschaften. Damit wurde *,,jede Möglichkeit einer weiteren Abwanderung relevanter Teile der SPD-Linken zur DS abrupt gestoppt''*, die DS fanden *,,sich plötzlich in der Rolle als Opposition zur Opposition''*.

Als zweiten Grund sieht er für das DS-Scheitern den grünen Wahlerfolg bei der Bundestagswahl 1983, mit dem erstmals seit Jahrzehnten das Drei-Parteien-System in der Bundesrepublik durchbrochen werden konnte. Zeitweise hätten die Grünen die Rolle der *,,eigentlichen Oppositionspartei''* gespielt. Dieser Erfolg habe die Linke *,,elektrisiert''*, *,,die andere linke Kraft mit Parteianspruch, eben die DS, (geriet) rasch in den Ruf eines ‚hoffnungslosen Fqlles'.''*

Dritter Grund für das Scheitern sei gewesen, daß die DS die betriebliche und gewerkschaftliche Linke, die mit der SPD und Sozialpartnerschaft gebrochen habe, nicht für ihr Projekt gewinnen konnte. Verantwortlich dafür sei eine Änderung der Gewerkschaftspolitik, der Kampf um die 35-Stunden-Woche sowie die gewerkschaftliche Defensive gegenüber dem Druck von Massenarbeitslosigkeit und Krise. *,,Der Not gehorchend''* hätten die Gewerkschaften *,,eine deutliche Öffnung des gewerkschaftlichen Apparates gegenüber den klassenkämpferischen und aktiven Kräften in den Betrieben''* gewagt, da diese gebraucht wurden.

des gewerkschaftlichen Apparates gegenüber den klassenkämpferischen und aktiven Kräften in den Betrieben'' gewagt, da diese gebraucht wurden.

Diese Linken würden mehr und mehr die Gewerkschaften als *,,Ersatzpartei''* betrachten und seien für eine sozialistische Partei derzeit nicht erreichbar.

,,Konsolidierung auf zu niedrigem Niveau''

Subjektive Fehler? Da wäre zum einen der zunächst positiv betrachtete politische Pluralismus, *,,die Vielzahl divergierender Richtungen und Interessen wirkte lähmend und bald zersetzend. Viele hatten ihr ‚Standbein' in einer anderen Gruppe und nur ihr ‚Spielbein' in der DS''* gehabt. Genannt werden da diejenigen, deren *,,revolutionäre Positionen in diesem unseren Land derzeit nicht für eine nennenswerte Zahl von Leuten wählbar sein dürften''*. Zum anderen der Konflikt mit der *,,linksgrünen Minderheit, die die Zukunft der DS als linken Flügel der Grünen sah''*. Diese Minderheit (zumeist aus der ISP) hatte sich *,,Apparat, Presse und Finanzen''* gesichert. Die durch interne Auseinandersetzungen eintretende Lähmung führte zu *,,Abbröckelungs- und Resignationsprozessen''*.

Als die Linksgrünen in Vorbereitungen der März-Bundestagswahlen 1983 absprangen, setzte 1983 bei den DS zwar eine Konsolidierung ein, doch *,,sie erfolgte auf dem Niveau einer kleinen Gruppe, nicht auf dem einer politischen Partei.''* Ansatzweise sei es gelungen, sich auf politische Inhalte und Schwerpunktsetzungen zu einigen, Fortschritte habe es bei der Schulung, in der Betriebs- und Frauenarbeit gegeben. Finanziell habe man *,,die Situation in den Griff bekommen''*. Allerdings sei die *,, ‚Entsorgung' der finanziellen ‚Erblast' ''*, die die Linksgrünen hinterlassen hätten, *,,nur über den Umweg einer zumindest in diesem Punkt erfolgreichen Bündnispolitik bei Wahlen''* möglich gewesen.

Doch gerade solche Wahlbeteiligungen wie die in Hessen 1983, gegen die Grünen und am alternativen Spektrum vorbei, und mit der Friedensliste in NRW 1985 hätten *,,zu internen Zerreißproben''*, *,,Austrittswellen, Verlust von aktiven Gruppen''* und einer Verengung des politischen Spektrums in den DS geführt. *,,Es ging den DS nach diesen Kampagnen wie dem König Pyrrhus von Epirus, der feststellen mußte: ‚Noch so ein Sieg und ich bin besiegt'.''*

In der Folge hätten sich die DS zu einer Organisation entwickelt, die zwar überall dabei war, wenn es politische Kampagnen gab, die aber immer weniger selber kampagnefähig als Partei war und zunehmend weniger ein eigenes Profil gehabt hätte. Achterberg bezweifelt, daß die DS *,,eine derartige Diskrepanz zwischen Parteianspruch und Wirklichkeit auf Dauer aushalten können, sie zudem zunehmend ins Licht politischer Hochstapelei geraten und immer weniger in ihrem politischen Umfeld ernst genommen werden.''*

,,Öffentliche Aufhebung des Parteistatus'' — und was dann?

Die Aufgabe des Parteianspruchs soll die Konkurrenzsituation zu anderen Parteien abschaffen. *,,Der damit erklärte Verzicht der DS auf die eigenständige Teilnahme an Wahlen dürfte ihr beim gegenwärtigen Zustand nicht schwerfallen''*, schreibt Achterberg. Auf die Weise sollen die DS versuchen, *,,in gewisser Weise zum ‚linken Gewissen' für die Sozialisten in SPD, Grünen und anderswo zu werden, als einer Kraft, die man als Konkurrenz derzeit nicht zu fürchten hat, deren Wort aber Gewicht besitzt.''* An anderer Stelle nennt er zusätzlich noch *,,undogmatische DKP-Mitglieder''*, mit denen es ins Gespräch zu kommen gelte und sie *,,eventuell für unsere inhaltlichen Positionen zu gewinnen''*.

Für alle die, die keine andere Heimat haben, schlägt Achterberg die Aufrechterhaltung der DS *,,als gemeinsame politische Formation''* vor. Die Perspektive, die offensichtlich von Manfred Coppik geteilt wird, dürfte denn auch eher zur Auflösung der DS führen, als den oben erhobenen Anspruch realisieren. Wo sind die DS-eigenen inhaltlichen Positionen, für die es andere Linke zu gewinnen gilt? So verbleibt Achterbergs neuformulierter Zielsetzung wohl nur das Schicksal, den registrierten Auflösungsprozeß zu verlangsamen: *,,Die Strukturen und die organisatorische-finanzielle Ausgestaltung dieser Formation DS müssen bei aller Bescheidenheit so hoch angesetzt sein, daß weiterhin gemeinsame Diskussionen, Beschlußfassung, Aktivitäten, Aktionen, Erfahrungsaustausch und Schulung möglich bleiben. Ebenso eine publizistische Verbreitung unserer inhaltlichen Aussagen.''*

hr.

Alles im Griff auf dem sinkenden Schiff:

Alles im Griff auf dem sinkenden Schiff:

Der Lotse geht an Bord

Die Verschmelzung der ehemals maoistischen, danach nur noch stalinistischen, inzwischen kaum mehr definierbaren KPD (früher KPD/ML) mit der trotzkistischen GIM scheint nicht mehr aufzuhalten. Ohne bis dahin überhaupt eine öffentliche Debatte geführt zu haben, teilte das ZK der KPD in seinem ,,Roten Morgen'' am 23.8. überraschend mit, daß zwischen beiden Vereinen ,,ein relativ hohes Maß an programmatischer Übereinkunft deutlich'' geworden sei. Das lasse nunmehr ,,die Vereinigung beider Organisationen als möglich erscheinen''. Oder, wie gleich noch weitgehender vom ZK formuliert wurde, nicht bloß möglich, sondern ,,geradezu erforderlich''. Vorher will man aber noch die Mitglieder um ihre Meinung fragen. Das müßte inzwischen auf Mitgliederversammlungen geschehen sein, die quer durch die Partei am 21. und 22.September stattfinden sollten. Eine endgültige Entscheidung über den Fortgang des Fusionsprozesses mit der GIM soll aber erst auf einem sog. Sonderparteitag im November stattfinden.

Mittlerweile halten die beiden ZKs die linke Öffentlichkeit für reif, ihr über die unvermeidlichen Meldungen im ,,Arbeiterkampf'' hinaus Material zum Fusionsunternehmen vorzulegen: eine gemeinsame Broschüre faßt die bisher nur intern kursierenden Programmpapiere beider ZKs zusammen und informiert über den aktuellen Zwischenstand des Unternehmens. Die ,,was tun'' der GIM brachte, einen AK-Titel zitierend, am 12.9. ,,Richtigstellungen über die ‚Hochzeit des Jahres'''. Was dort tatsächlich richtiggestellt werden soll, ist lediglich dies: ,,Alle, die darin nur ein Manöver einer Seite sehen, die andere ‚in den Sack zu stecken', werden enttäuscht werden. Bei der Vereinigung von zwei revolutionären Organisationen kommt es nicht darauf an, die jeweils andere Organisation zu sich hinüberzuziehen.''

Aber nicht doch: so dämlich und naiv, wie sie sich da geben, sind die Leute von der GIM wirklich nicht. Soweit sich bei einer Fusion konträre Meinungen und Interessen gegenüberstehen, geht es selbstverständlich um die Frage, wer sich durchsetzt. Zwischen GIM und KPD stehen die Dinge folgendermaßen: Die KPD hat einen langen Weg vom Maoismus und Stalinismus herkommend hinter sich, hält ihrer alten Liebe, dem stalinistischen Albanien, immer noch ein bißchen die Treue, ist aber ansonsten reichlich offen für alle neuen Impulse. Sie scheint nach einer neuen Identität zu suchen, hat sie aber ganz sicher noch nicht gefunden. Die GIM hingegen ist seit ihren Anfängen Ende der 60er Jahre eine bibeltreue trotzkistische Organisation. Glaubenskrisen in dieser Hinsicht war sie, soweit man dies als Beobachter sagen kann, noch niemals ausgesetzt. Die GIM bringt also in die Fusion ein komplettes ideologisches Weltbild, samt unanfechtbarer Sicht historischer Zusammenhänge, ein. Nicht einmal die GIM selbst hat bisher einen Punkt angeben können, in dem sich vielleicht nicht bloß die KPD, sondern auch die GIM in den letzten Jahren ein bißchen bewegt hat, um die anstehende Fusion sinnvoll werden zu lassen. Formaler Ausdruck dieser Glaubensgewißheit ist die Mitgliedschaft der GIM in der sog. Vierten Internationale, einem von mehreren (miteinander heftig im Streit liegenden) trotzkistischen Weltverbänden. Demgegenüber sagt bisher das ZK der KPD: Die trotzkistische Ideologie als Paket übernehmen will man nicht, auch wenn man in Einzelpunkten sich traditionellen trotzkistischen Interpretationsmustern angenähert hat. In die Vierte Internationale eintreten will man schon gar nicht.

Lösung des Problems: Das angestrebte Fusionsprodukt aus GIM und KPD wird ,,zunächst'' (dieses Wort wird von der GIM sehr betont) nicht der Vierten Internationale beitreten. Wohl aber wird die GIM in dem neuen Verband als eigenständige Fraktion fortbestehen, und diese Fraktion wird natürlich der trotzkistischen Internationalen angeschlossen bleiben. Logisch auch, daß die GIM dafür kämpfen wird, ,,daß die neue Organisation sich der IV.Internationale anschließt. Darüber soll eine demokratische Debatte geführt werden, die in einem vereinbarten Zeitraum zu einem Kongreß führt, der darüber entscheidet''. So steht es in der gleichen ,,was tun'', in der man ein paar Absätze vorher bieder beteuert, man wolle die KPD gar nicht zu sich herüberziehen.

Über die Lage in der KPD lassen sich, mangels einer entfalteten öffentlichen Debatte und sachlichen Informationen, nur einzelne Anhaltspunkte notieren. Übereinstimmend wird die Situation als desolat beschrieben; der Durchblick sei allgemein verlorengegangen. Viel mehr als die Hälfte der Parteibasis habe das ZK für seinen Revisions- und Fusionskurs nicht hinter sich, und vielleicht sogar weniger als die Hälfte. Jedoch ist auf jeden Fall die Opposition gegen das ZK viel zu sehr zersplittert und untereinander uneins, als daß noch Auflehnung im breiterem Maßstab erwartet wird. Ein sicherer Durchmarsch des ZK auf dem Sonderparteitag im November wird somit erwartet. Der, damit verbundene ,,stille'' Mitgliederverlust durch individuelle Austritte und resignatives Wegbröckeln wird aber als erheblich eingeschätzt.

Als Fraktion in der KPD rührt sich bisher nur das sog. Koordinationskomitee. Unter diesem Titel sammeln sich die ganz standhaften MLer, denen außer wildem Geschimpfe auf jede ideologische Abweichung und außer dem Herunterleiern von Klassikerzitaten bisher erbärmlich wenig eingefallen ist. Zu diesem Zweck wird eine Fraktionszeitschrift namens ,,Weg der Partei'' herausgegeben, mittlerweile schon die Nr.4. Überschriften wie ,,Der Programmentwurf des ZK — Anbetung xder Spontaneität und Herabminderung der marxistisch-leninistischen Wissenschaft'' oder ,,Der Trotzkismus — eine antimarxistische, antileninistische Strömung in der Arbeiterbewegung'' versprechen Ungutes, was in den nachfolgenden Artikeln prompt voll eingelöst wird. Es wird nicht weniger als der bizarre Versuch unternom-

Fortsetzung nächste Seite

Zum Tod von Ernst Aust

Im Alter von erst 62 Jahren ist am 25.August der langjährige Vorsitzende der KPD/ML, die sich seit ein paar Jahren KPD nennt, durch Herzinfarkt gestorben. Seine Partei, die sich politisch längst weit von ihm entfernt hatte, bekundet ein letztes Mal ihren Respekt. Der endgültige Bruch mit allem, was in der Vergangenheit die Besonderheiten der von Aust gegründeten Partei ausmachte, wird danach umso leichter fallen. Die KPD/ML ist noch vor Aust gestorben.

Ernst Aust war Jahrgang 1923, geborener Hamburger, noch genauer: Eimsbüttler. Am 2.Weltkrieg nahm er seit 1941 als Soldat der Wehrmacht teil. In der britischen Kriegsgefangenschaft wurde er für den Kommunismus gewonnen. Nach seiner Entlassung trat er dem KP-nahen ,,Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands'' und bald darauf auch der KPD bei. Seit 1951 arbeitete er als Journalist für die Partei. 1953 wurde er Verantwortlicher für die Zeitung ,,Dat Blinkfüer'' (Der Leuchtturm), die von der KPD in erster Linie für die Agitation unter Fischern und Bauern Schleswig-Holsteins herausgegeben wurde. Als die KPD 1956 verboten wurde, war das ,,Blinkfüer'' eine von ganz wenigen Partei-Zeitungen, deren Erscheinen nicht eingestellt wurde. Unter der Herausgeberschaft und Chefredaktion von Aust wurde aus dem Regionalblättchen eine Zeitschrift, die sich auch mit der ,,großen Politik'' befaßte und im ganzen norddeutschen Raum eine, gemessen an den Verhältnissen, respektable Auflage erreichte.

Im Dezember 1966 trennte sich Aust vom ,,Blinkfüer'', und einige Monate später auch von der KPD, um fast im Alleingang etwas ganz Neues zu beginnen: die Bildung einer ML-Partei nach chinesischem Muster. Im Juli 1967 bekamen Hunderte von ,,Blinkfüer''-Abonnenten zum ersten Mal eine hektographierte kleine Zeitschrift namens ,,Roter Morgen'' zugeschickt. Die anonymen Autoren bekannten sich zur Revisionismus-Kritik der KP Chinas, zu Mao Tse-tung und zur Kulturrevolution, sowie zu den Traditionen der guten alten KPD vor dem bösen 20.Parteitag der KPdSU. Im Oktober 1967 stellte sich Aust öffentlich als Herausgeber des Blättchens vor. Zielstrebig steuerte er nun das nächste Ziel an: die offizielle Gründung einer richtigen maoistischen Partei, wie es sie zu dieser Zeit schon in allen anderen westeuropäischen Ländern gab. Am 31.12. 68 war es soweit. In der abwechslungsreichen Geschichte der kommunistischen Bewegung ist es sicher nicht sehr häufig vorgekommen, daß die Gründungsteilnehmer von niemandem delegiert, sondern vom zukünftigen Parteivorsitzenden persönlich ausgewählt und eingeladen wurden.

Krach konnte dennoch nicht ausbleiben, sobald die neue Partei sich über den überschaubaren Rahmen hinaus ausdehnte. Das geschah in der Anfangszeit in einem erstaunlichen Tempo und Ausmaß. Maoismus wurde damals, nach dem Abflauen der APO-Revolte, die große Mode. Schon im Frühjahr 1970 gab es die erste Spaltung: von der KPD/ML trennte sich eine vorwiegend aus Jugendlichen bestehende Fraktion ab, die sich verwirrenderweise gleichfalls KPD/ML nannte. Zum Glück hatte sie anstelle des ZK ein ZB (Zentralbüro), sodaß man die beiden Vorhut-Parteien daran unterscheiden konnte. Es gehört zu den spezifischen Talent-Beweisen von Ernst Aust, daß ihm 1972 die Wiedereingliederung dieser Entlaufenen in seine Partei glückte. Aus der Spaltung von 1970 ging außerdem eine Gruppe um die Zeitschrift ,,Revolutionärer Weg'' hervor, aus der über einige Zwischenstationen die heutige MLPD wurde.

Ein zweiter großer Konflikt brachte die KPD/ML Ende 1971 an den Rand des Zusammenbruchs. Lediglich die Tatsache, daß die gegen Aust opponierenden Fraktionen inhaltlich nicht unter einen Hut zu bringen waren, und daß niemand aus diesem Lager die Initiative zu einem Sammlungsversuch unternahm, rettete noch einmal die Situation.

Nach diesen Tumulten ihrer frühen Jahre geriet die KPD/ML in ruhigeres Fahrwasser. Mehrere atemberaubende Linienschwenks wurden von oben nach unten durchgesetzt, ohne daß sich Opposition bemerkbar machte. In der Regel wurden diese Linienschwenks durch Reden und Aufsätze des Parteivorsitzenden eingeleitet und besiegelt. In Spitzenzeiten war Ernst Aust fähig, innerhalb weniger Monate eine völlig neue ,,Linie'' zu verkünden und wieder aus dem Verkehr zu ziehen, ohne den geringsten Schaden für seine Position davonzutragen. Beispielhaft dafür ist die kurze Episode der sog. Vaterlandsverteidigung 1975. Auch die Wendung von den schwülstigen Treueschwüren nach dem Tode Mao Tsetungs 1976 zu dessen absoluter Verdammung 1978 gehört zu den ganz und gar unehrenhaften Episoden im Leben des KPD/ML-Vorsitzenden.

Die Selbstauflösung der maoistisch-patriotischen KPD 1980 gab der KPD/ML die Gelegenheit, sich den freigewordenen Namen zuzulegen, also das vor allem durch die KPD/ML selbst zum negativen Markenzeichen gewordene ML einfach abzustreifen. Wenig später konnte man in den offiziellen Darstellungen der Parteigeschichte lesen: Die KPD habe eigentlich niemals zur bösen ML-Bewegung gehört. Und an früheren sektiererischen Eskapaden der Partei sei in erster Linie der Einfluß des Kleinbürgers Mao Tsetung schuld. Daß jemand die KPD/ML 1968 ganz bewußt und ausdrücklich unter Berufung auf die KP Chinas und Mao gegründet hatte, blieb unausgesprochen und unreflektiert.

Ende 1983 gab Aust sein Amt als Parteivorsitzender auf. Aus Gesundheitsgründen, wie offiziell erklärt wurde. Diese Darstellung, die damals Verdacht provozieren mußte, erscheint heute sehr viel wahrscheinlicher. Tatsache bleibt aber, daß der Amtsverzicht von Aust einen entscheidenden Bruch in der Entwicklung der KPD markierte. Die KPD, die als KPD/ML eigentlich schon immer Stalin weit über Mao gestellt hatte, gebärdete sich plötzlich undogmatisch und anpassungsfreudig. Mit einigen Jahren Verspätung entdeckte nun auch die KPD die Frauenfrage und ein paar andere Nebenwidersprüche. Der traditionelle Führungsanspruch als ,,Avantgarde der Arbeiterklasse'' verschwand im Mülleimer. Vereinigungsverhandlungen mit der trotzkistischen GIM wurden aufgenommen und stehen inzwischen kurz vor dem erfolgreichen Abschluß.

Ernst Aust konnte selbstverständlich mit diesem Gang der Dinge überhaupt nicht einverstanden sein. Im Frühjahr hatte er angekündigt, demnächst seine Kritik ausführlich zu Papier zu bringen. Dazu ist er nicht mehr gekommen. Interessant wäre sein Beitrag vermutlich geworden, denn Aust scheint sich immerhin nicht mit den phrasendreschenden Flachköpfen identifiziert zu haben, die jetzt in der KPD das Bild der ,,marxistisch-leninistischen'' Minderheitsopposition gegen den ,,revisionistisch-trotzkistischen Verrat'' bestimmen.

Liest man die Nachrufe auf den verstorbenen Ex-Vorsitzenden in der KPD-Zeitung ,,Roter Morgen'', so glaubt man sich noch einmal, und wohl zum allerletzten Mal, in die strammgläubigen, stalinistischen 70er Jahre zurückversetzt, als die ML-Welt noch heil war. Da liest mensch dann neben vielem anderen Phrasenschwulst und Blödsinn beispielsweise auch, daß es ohne den ,,entscheidenden Beitrag'' von Ernst Aust überhaupt nicht zur Gründung der KPD/ML gekommen wäre. Über die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte scheinen dort bisweilen noch recht altertümliche Vorstellungen hochzukommen. Mit ein bißchen mehr Recht könnte man behaupten, daß ohne die führende Aktivität von Aust die KPD/ML nicht die Charakteristika angenommen hätte, für die sie jahrelang berühmt war und von denen sie sich derzeit immer mehr trennt. Aber das wäre erstens alles andere als ein Lob, und es wäre zweitens allzu ungenau. Die Entstehung solcher ML-Vereine, mit ihrem bizarren Gepräge und ihren heute heute kaum noch glaublichen Possen, lag in den 70er Jahren sozusagen ,,in der Luft''. Das Phänomen trat in praktisch allen Industriestaaten auf, und es verging ebenso schwer erklärbar, wie es entstanden war. Die KPD/ML war, so gesehen, ein Nachzügler: sie wurde gerade erst gegründet, als in vielen anderen ML-Parteien schon die ersten Spaltungskämpfe stattfanden.

Die Nachrufer des ,,Roten Morgen'' mochten auf die törichte, längst widerlegte Legende nicht verzichten, Ernst Aust habe ,,in der alten, revisionistischen KPD'' den Kampf zur ,,Sammlung der marxistisch-leninistischen Kräfte'' geführt. Wahr ist, daß Aust zu seiner eigenen großen Enttäuschung nicht einmal ein halbes Dutzend Menschen aus seinem Wirkungskreis in der Hamburger KPD für die KPD/ML gewinnen konnte. Aust hatte mit gutem Grund ein besseres Resultat erhofft, denn er war als Herausgeber des wichtigsten legalen Bezugspunkts für die illegalisierte Gemeinde und als Redner auf vielen von der KPD organisierten Veranstaltungen eine sehr populäre Figur gewesen. Daran orientierten sich 1967 seine Erwartungen in das künftige Wachstum der zu gründenden ML-Partei.

Ernst Aust war ein Mensch, dem das Leben viele Erwartungen und Wünsche offengelassen hat. Das gilt nicht nur für den politischen Bereich, wo der totale Zusammenbruch seiner Arbeit vieler Jahre offensichtlich ist. Es gilt auch für eine Seite seiner Existenz, von der bezeichnenderweise in den Nachrufen überhaupt nicht die Rede war: gern wäre Aust in seiner Jugend Schauspieler und Regisseur geworden. Nur kurze Zeit hat er sich nach dem Krieg auf diesen Gebieten betätigt. Als Journalist hätte Ernst Aust Gutes leisten können. Beispielhaft dafür sind die Artikel und Kommentare, die er während der Hamburger Flutkatastrophe 1962 für das ,,Blinkfüer'' schrieb. Er nannte Ursachen und Zusammenhänge, griff Verantwortliche namentlich an. Mehrmalige Verbote und Beschlagnahmungen des ,,Blinkfüer'' auf Weisung des damaligen Innensenators Helmut Schmidt waren die Quittung. Daran gemessen war die Karriere als Gründer und Chef der KPD/ML nicht wesentlich mehr als ein tragikomischer Irrweg.

Kt., Hamburg

Fortsetzung von vorheriger Seite

men, die KPD ungefähr in das Jahr 1970 zurückzukatapultieren. Allerdings, da ist man streng, ganz ohne Mao und die Kulturrevolution. Vielleicht, daß diese Strömung sehr schnell den Weg in die MLPD finden wird, wo man in die gleichen leeren Phrasen und Rituale verliebt ist. Vielleicht aber auch, daß man politisch zugrunde geht, ohne Spuren zu hinterlassen. Irgendetwas, was Ähnlichkeiten mit einem neuen Organisationsansatz haben könnte, wird auf diese Weise jedenfalls nicht entstehen. Um die Posse komplett zu machen, hat man Anfang September eine ,,Konferenz der Marxisten-Leninisten'' in Frankfurt veranstaltet und dort die Reihen der Partei mit dem eisernen Besen und der schwieligen Faust des Proletariats gesäubert: Man hat ganz einfach ,,die trotzkistische Fraktion um (den Parteivorsitzenden) H.D. Koch'' aus der Partei ausgeschlossen und ist nun selber die KPD, d.h. man beansprucht Alleinvertretungsrecht für diesen Namen. Spätestens bis Jahresende will man einen ,,Parteitag der KPD'' durchführen. Und: ,,Ein Sonderparteitag findet nicht statt''. In deutsche Umgangssprache übersetzt: Der Sonderparteitag der KPD im November wird von der ML-Fraktion nicht anerkannt und anscheinend auch nicht heimgesucht werden. Die Abschiedsvorstellung wollte man laut Konferenz-Beschluß auf den KPD-Mitgliederversammlungen am 21. und 22.September geben. Berichte darüber liegen noch nicht vor.

July's Leute

Nadine Gordimer, 1923 als Tochter jüdischer Emigranten in Südafrika geboren, schrieb diesen Roman 1981: In Südafrika ist die Revolution ausgebrochen, die weiße Familie Smales, er Architekt, sie ehemalige Tänzerin, ist nun allein auf ihren schwarzen Diener July angewiesen, genannt nach dem Monat seines Dienstantritts vor 15 Jahren. Bam, Maureen Smales und ihre drei Kinder flüchten in sein Heimatdorf.

,,*Es begann seltsam prosaisch. Die Streiks von 1980 hatten sich hingezogen, einer angeregt oder herbeigeführt durch Solidarität mit einem anderen, bis die Aufstände und Betriebsschließungen als einander folgende und stetige Erscheinungen erlebt wurden, aber nicht als industrielles Chaos ... Nach wochenlangen Aufständen in Soweto, die man nicht zu sehen bekam, war ein Marsch von (unterschiedlich geschätzten) fünfzehntausend Schwarzen nach Johannesburg am Rand des Geschäftsviertels aufgehalten worden, um den Preis einer (unterschiedlich geschätzten) Anzahl von Todesopfern, weißen und schwarzen.*'' (July's Leute, Fischer 1985, S.13-14)

Hin und wieder hatte die Familie überlegt, auszuwandern, zum Beispiel nach Kanada. ,,*Zuerst hatten die Smales zehn Jahre als die noch verbleibende Zeit angenommen, dann weitere fünf Jahre, dann vielleicht weit länger, bis in die Zeit ihrer Kinder hinein.*'' (S.16) Sie wollten weg, um die Ablehnung durch die Schwarzen und auch das weiße Privileg abzuschütteln. Geblieben sind sie dennoch — wegen des Hauses, der Erbschaft, der ,,Heimat'' ... Jetzt waren sie Flüchtlinge, jetzt waren sie auf die Schwarzen angewiesen, auf deren Schutz und konkret auf July.

,,*Der anständig bezahlte, zufriedene Hausangestellte, der, seit sie geheiratet hatten, ein Zimmer im Anbau auf ihrem Hinterhof bewohnt und von ihnen zwei Garnituren Dienstkleidung erhalten hatte, aus Khakistoff für die grobe Hausarbeit, aus weißem Drillich, um bei Tisch zu bedienen, der mittwochs und jeden zweiten Sonntag frei hatte und dessen Stadtfrau mit ihm in seinem Zimmer schlief — er erwies sich als der Erwählte, in dessen Hände sie ihr Leben legen sollten; Froschkönig, Retter, July*'', überlegt Maureen, in einer Mischung von Selbstgefälligkeit, Staunen und Skepsis. Natürlich — sie hatten sich einen Besuch in July's Heimatdorf ganz anders vorgestellt: ,,*Hier herkommen mit Geschenken für sie, alle haben sich in einer Reihe aufgestellt und klatschen zur Begrüßung in die Hände. Den Kindern sagen, das ist sein Zuhause, so lebt er, schaut mal, wie geschickt July Häuser für sich baut. Zu Hause allen erzählen, daß wir ihn den ganzen Weg bis zum ‚bundu' gefahren, ihn als Freund besucht haben*'' (S.53). Man wäre mit gutem Gewissen nach Hause gefahren — die Kinder hätten was erlebt, den Freunden in der Stadt hätte man erzählen können, wie schrecklich die Lebensbedingungen der Schwarzen sind, und schließlich hätte man selber ja auch Geschenke mitgebracht...

Jetzt, wohl zum allerersten Mal in ihrem südafrikanischem Leben, sind sie, die sich schon deshalb liberal wähnen, weil er, Bam, sich nicht mit ,,Master'', sondern mit ,,Sir'' anreden läßt, weil sie, Maureen, July eine gewisse Intelligenz konzediert, mit dem Denken, dem Leben und der Armut der schwarzafrikanischen Bevölkerung stumm konfrontiert. Stumm — weil sie einander wegen der Sprache nicht verstehen. Nur July, der spricht Englisch ... Das Dorf: eine Anhäufung von Lehmhütten, wo July's Familie und Verwandtschaft lebt, wo Kinder mit einer alten Bademantelkordel Seilhüpfen spielen, wo aus Apfelsinennetzen Seile geflochten werden, wo es nirgendwo Abfälle gibt, einfach weil es nichts zum Wegwerfen gibt, wo man sich von Maismehl und wildem Spinat ernährt, wo es nichts gibt und wo man ihnen dennoch die Hütte der alten Mutter zum Wohnen zur Verfügung stellt. Nie zuvor haben die übrigen Bewohner des Dorfes Weiße gesehen. Sie verstehen nicht, weshalb Weiße, die doch überall so viele mächtige Freunde haben, jetzt ausgerechnet auf sie angewiesen sein sollen. Und überhaupt sind sie von ihrem Aussehen enttäuscht. Sie hätten sich weiße, reiche Menschen schöner vorgestellt...

Die neue Situation ändert vorläufig nichts am Verhältnis zwischen July einerseits und den Smales andererseits — für July bleiben sie Arbeitgeber, Leute, die ihm Geld für seine Arbeit geben, Fremde eben. ,,Afrikaner lieben das Geld'', sagt er, zum moralischen Entsetzen der Maureen Smales. Die Smales andererseits, die eine gewisse Sympathie für Fidel Castro hegen, weil er als Sprößling der ,,Großbourgeoisie'' es zum Revolutionär ,,gebracht'' hat, können sich nur schwer an ihre neue Abhängigkeit gewöhnen. Gleichzeitig moquieren sie sich über July: ,,*Er ist seit fünfzehn Jahren mit uns zusammen. Niemand wird diese Verstrickung lösen können, solange er lebt; ist das alles? Eine schöne Antwort, um sie den Schwarzen zu geben, die getötet werden, um ihn zu befreien.*'' (S.168)

Einer aus dem Dorf, Daniel, entwendet das Gewehr von Bam Smales: ,,*Daniel er ist gehen mit denen wie in Stadt. Er ist eintreten.*'' (S.198)
July kennt das Leben der Weißafrikaner in der Stadt.
Sie, sie erfahren, erstmals nach 15 Jahren, daß er in Wirklichkeit Mwawate heißt.
Zum Schluß des Romans rennt Maureen. Wohin?

E.

»PATU!«

,,Du kannst es lieben,
du kannst es hassen ...
du kannst gerade mittendrin sein.''

Das ist das Motto eines fetzigen Dokumentarfilmes über die Tournee der südafrikanischen Rugby-Mannschaft durch Neuseeland 1981.

Am Anfang sind es nur ein paar Flugblätter und Büchertische gegen die Apartheid. Aber der Konflikt — ins eigene Land getragen — beginnt zu greifen. Die Neuseeländer kommen in Wallung. Der Film ,,PATU'' geht hier direkt einher mit der Entwicklung des Protests und der eskalierenden Staatsmacht. Das halbe Land gegen die Tour, die Herrschenden entschlossen, die Tour durchzuziehen. Was darauf hinauslief, daß Neuseeland bis an die Grenze des Bürgerkrieges gespalten war. Das zeigt der Film von der Ankündigung der Tour über die Mobilisierung bis hin zur unerwarteten harten Konfrontation der Polizei gegen die Protestierenden.

In Südafrika wird die Tour aufmerksam verfolgt: ,,Tour is on'' schlagzeilt eine südafrikanische Zeitung, als das erste Spiel nicht verhindert werden konnte. Ein durch Besetzung des Feldes verhindertes Spiel ist als Live-Übertragung in Südafrika auf den Fernsehschirmen.

Am Ende des Filmes stehen Bilder, die an die Anti-AKW-Bewegung erinnern. Mit einem Unterschied: ,,PATU'' macht spürbar, daß sich die Radikalität der Anti-Apartheid-Bewegung in Neuseeland wirklich aus einer breiten Masse heraus entwickelt. Gerade die Maoris, die Ureinwohner Neuseelands, beteiligen sich fast geschlossen am Protest, der — über Jahre hinweg — einiges aufgewirbelt hat. Jetzt, im Juli 85 verbot ein neuseeländisches Gericht eine Tournee des neuseeländischen Rugby-Teams nach Südafrika. Begründung: das könnte Unruhe ins Land bringen.

,,PATU'' lief in Neuseeland monatelang in Programmkinos. Auf dem ,,Festival von Filmen gegen Rassismus'' in Amiens 83 erhielt er einen Preis. *Das dritte Fernsehprogramm zeigt ,,PATU'' am 27.10. um 23 Uhr (Nordkette).*

mor., KB-Lehrlinge



Protest und Würde

Zum Tod von Wolfgang Abendroth



9. Juni 1967. Ein Schweigemarsch passiert Hannovers Georgstraße. Ein Mittzwanziger, irritiert, aber von seinem neugierigen Kollegen ermuntert, reiht sich zögernd ein. Er, der bisher nie an so etwas teilgenommen, ja, nicht einmal gesehen hatte, fragt schließlich nach einigen hundert Metern, worum es denn überhaupt geht. Und erfährt: Einige Tage zuvor, am 2. Juni, ist in Westberlin bei einer Demonstration gegen den Schahbesuch der Student Benno Ohnesorg von Polizei erschossen worden. Der Mittzwanziger, rebellisch zwar seit langem, aber ziellos und politisch völlig unaufgeklärt, ist empört. Es wird ihm gesagt, daß nach dem Schweigemarsch ein großer Kongreß stattfinden werde. Er geht weiter mit, schimpft, als gehörte er schon seit langem dazu, über hupende Autofahrer und pöbelnde Passanten. Hört dann beim Kongreß viele Reden, deren Inhalt er kaum versteht — aber die applaudierenden und pfeifenden, die anzugtragenden oder langhaarigen Zuhörer, die Spannung in der Halle, teils Trauer, teils Wut, sie halten ihn fest.

Dann geht zum Podium ein schon alter Mann mit schlohweißer, wehender Haarmähne. Springt aus dem Stand auf die Bühne, hält zuerst sich am Rednerpult fest, greift dann im Feuer seiner Rede das Pult mit beiden Händen, bewegt es bis an den Rand des Podiums, zieht es zurück, hebt es an ... Der Mittzwanziger versteht vom Gesagten zwar wiederum fast nichts, sieht aber in der Erscheinung dieses Alten einen, wie er ihn gesucht hat: einen, der rebellisch ist, der klug ist, der sich nicht duckt.

Dieser 9. Juni 1967 und der herausragende Auftritt von Prof. Wolfgang Abendroth waren es, die jenen Mittzwanziger dazu brachten, nicht allein mehr zu rebellieren, sondern auch wissen zu wollen — und: unbeugsam zu sein wie dieser Alte.

In seiner Rede auf dem Kongreß ,,Bedingungen und Organisation des Widerstands'' formulierte Abendroth seine Lebenserfahrung und seinen selbsterteilten politischen Auftrag: ,,Sie, die Studenten, wir, die wenigen Intellektuellen, wir repräsentieren keine Macht, die das Establishment der Bundesrepublik und Westberlins allein zum Rückzug zwingen könnte. Und machen Sie sich keine Hoffnung, daß Albertz (Oberbürgermeister Westberlins — Anm. AK) und Konsorten durch Argumente zu irgendetwas zu überzeugen wären. Gustav Noske, unter dessen Schutz die Morde an den deutschen Linken 1919 und 1920 geschahen, war auch nicht durch Argumente zu stürzen. Worauf es hier ankommt ist, daß die Intellektuellen erkennen, daß die Kraft, die die Verhältnisse in der Bundesrepublik verändern und die Demokratie retten kann — zunächst die *politische* Demokratie, dann durch Verbreiterung der politischen auch die Demokratie in unserer Gesellschaft — unter den Millionen deutscher Arbeiter zu suchen ist, um deren Leben es hier geht. Wir müssen Wege finden, Sie, die Studenten und die Teile der deutschen Arbeiterbewegung, die beginnen, die Gefahren zu sehen, Wege im Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung, Wege, die große Masse der deutschen Arbeiter durch rationale Aufklärung zu einer Kraft zusammenzuführen, die die Demokratie in Deutschland bewahrt und uns von der Schande unserer Vergangenheit befreit.''

Abendroth sprach bewußt von der Schande *unserer*, also auch der seinen Vergangenheit, wiewohl doch gerade er zu den Wenigen gehört, die seit den zwanziger Jahren das Ihre getan haben, dem Sieg des Faschismus zu wehren und nach dem Zweiten Weltkrieg dann, diese Schande auszumerzen.

Wolfgang Abendroth stammt aus einer sozialdemokratischen Lehrerfamilie, trat aber, erst vierzehnjährig, in den Jugendverband der KPD ein — der Großvater, der noch unter dem Sozialistengesetz gekämpft hatte, mag hierzu beigetragen haben. 1928 wurde Abendroth wegen seiner Kritik an der ,,Sozialfaschismus''-These (Stalin 1924: Sozialdemokratie und Faschismus sind Zwillingsbrüder) und seiner Zugehörigkeit zur KP-Opposition (KPO) aus der KPD ausgeschlossen.

Kurz vor dem Assessor-Examen, am 1. April 1933, wird er verhaftet und aus dem Justizdienst entlassen. Nach jahrelanger illegaler Tätigkeit ergreift ihn die Gestapo 1936, er wird zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, 1943 zum Strafbataillon 999 eingezogen und nach Griechenland gebracht. Dort organisiert er Kontakte zu griechischen Partisanen und ist in deren Organisation, EAM, tätig.

Nach 1945 sieht Abendroth seine politische Heimat in der SPD. In der SBZ wird er Professor für öffentliches Recht und ist führend an der Ausbildung von Volksrichtern beteiligt. 1948 flüchtet er aufgrund einer (tatsächlich oder vermeintlich) drohenden Verhaf-

dung von Volksrichtern beteiligt. 1948 flüchtet er aufgrund einer (tatsächlich oder vermeintlich) drohenden Verhaf-

tung durch den NKWD in den Westen.

Von 1951 an ist die Universität Marburg sein Wirkungsort. In der BRD muß er erleben, daß besonders in den Bereichen, für die er sich politisch engagiert, in Justiz und Verwaltung, ehemals führende Nazis wieder zu Einfluß und Macht gelangen. Und er muß erleben, daß ihm, dem engagierten Sozialdemokraten, sogar in den Gewerkschaften die Wirkungsmöglichkeiten genommen werden. Nach dem Zeitungsstreik 1952 wird er noch zu einem Gutachten aufgefordert, nach dem Metallerstreik 1956/57 aber teilt ihm Otto Brenner mit, er sei als Gutachter in den Gewerkschaften nicht mehr durchsetzbar. Ebensowenig kann Abendroth seinen Gegenentwurf zum Godesberger Programm zur Wirksamkeit bringen, er wird 1961 wegen seiner Mitgliedschaft in der Fördergesellschaft des SDS aus der SPD ausgeschlossen.

Erst mit dem Aufkommen der ApO findet Abendroth ein interessiertes Publikum und die ApO in ihm einen engagierten Mitkämpfer, ungeachtet dessen lebenslanger Distanz zur Frankfurter Schule und deren ,,Kritischer Theorie''.

Zum 8. Mai-Seminar von KB und BWK haben wir Wolfgang Abendroth als Referenten eingeladen. Er antwortete uns, daß es nicht die politischen Differenzen seien, die ihn von der Teilnahme abhielten, sondern seine angegriffene Gesundheit. Abendroth starb, fast achtzig Jahre alt, am 15. September 1985. Er lebte sein Leben in strenger Moralität für die Einheit der Arbeiterklasse und die Erkämpfung der Massendemokratie.

K., Hamburg

Über das Leben Wolfgang Abendroths informiert ausführlich der Mitte der siebziger Jahre von Barbara Dietrich und Joachim Perels herausgegebene Band „Ein Leben in der Arbeiterbewegung" (Gespräche mit Abendroth). — Aus seinem umfangreichen publizistischen Schaffen sei hingewiesen auf seine Arbeit „Die Aktualität der Arbeiterbewegung".

Inhalt

Lateinamerika

kam danach? ....S. 27

